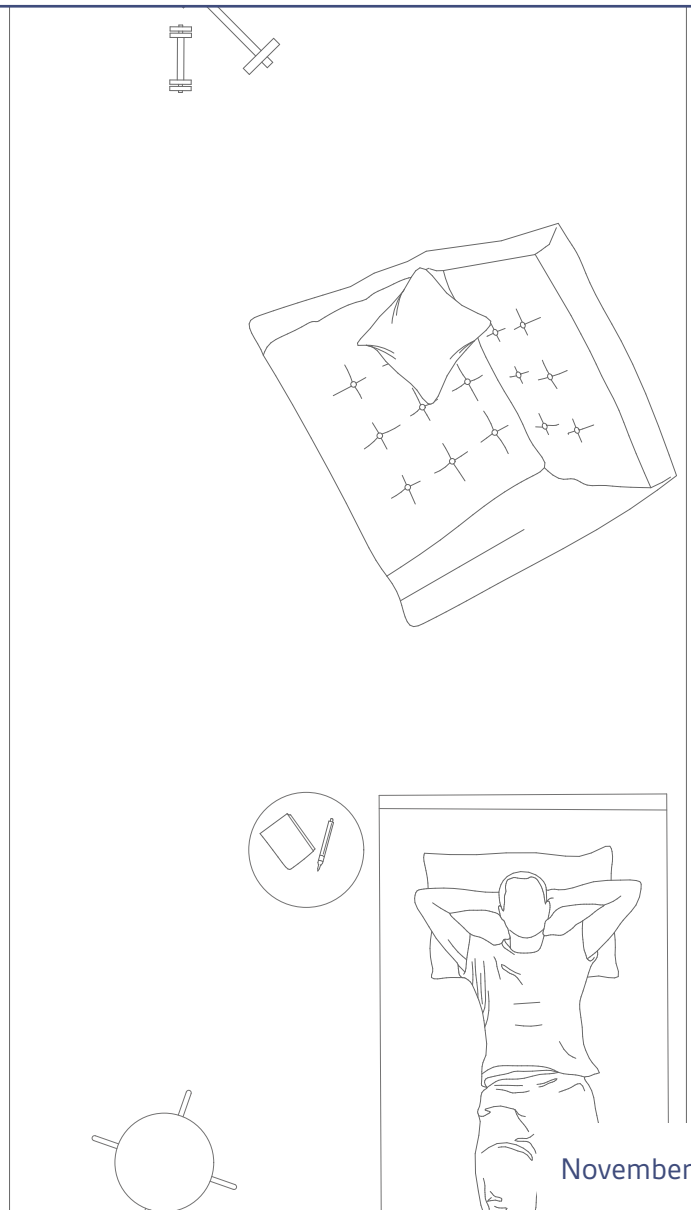
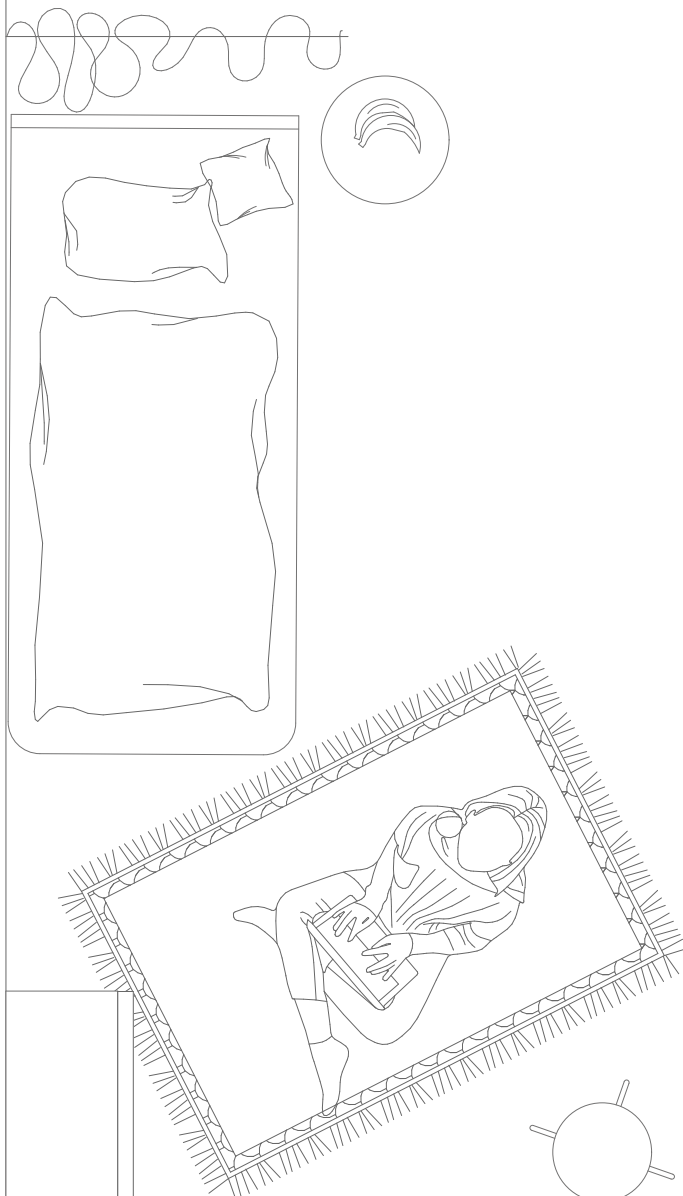


Machbarkeitsstudie zum Azubiwohnen in Berlin

Eine Analyse zur Wohnrealität und zu den Perspektiven
von Auszubildenden

Emilia Fabiańczyk, Anne von Oswald

Im Auftrag der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung





Impressum

Autorinnen:

Emilia Fabiańczyk, Dr. Anne von Oswald

Diese Publikation entstand im Rahmen der „Machbarkeitsstudie zur Wohnsituation von Auszubildenden in Berlin und Möglichkeiten zu ihrer Verbesserung“, durchgeführt von



Alt-Reinickendorf 25

13407 Berlin

Tel: +49 30 – 45 79 89 500

E-Mail: minor@minor-wissenschaft.de

www.minor-wissenschaft.de

Titelbild:

Die Darstellung ist Teil der Bachelorthesis von Olga Corell mit dem Titel „Wohnen für Auszubildende – Leben und Lernen im Viktoriaspeicher“. Das Projekt wurde im Kontext eines Bachelorthesis-Studios an der Bauhaus-Universität Weimar erarbeitet und von Verena von Beckerath und Till Hoffmann betreut.

Berlin, November 2025

Die Machbarkeitsstudie wird im Auftrag der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung durchgeführt.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	BERLIN	
--	---------------	--



Inhalt

Zusammenfassung	5
1. Einleitung	8
2. Methodik der Studie	10
3. Analyse des Berliner Ausbildungsmarktes	12
3.1. Trends in der Entwicklung von Ausbildungsplätzen und Bewerber*innenzahlen	12
3.2. Schüler*innen in den berufsbildenden Schulen sowie in Schulen des Gesundheitswesens	16
3.3. Gute Praxis-Beispiele	22
4. Berliner Wohnungsmarkt für Auszubildende	25
4.1. Marktentwicklung und Preistrends	25
4.2. Bezahlbarkeit und Verfügbarkeit des Wohnraums für Auszubildende	29
4.3. Bestehende Wohnangebote für Auszubildende	32
4.4. Weitere Unterstützungsstrukturen für Auszubildende	35
5. Einschätzungen und Erfahrungen von Auszubildenden in Berlin	39
5.1. Methodik der Untersuchung	39
5.2. Inhalte der Befragungen	40
5.3. Soziodemografisches Profil der Befragten	41
5.4. Wohn- und Lebenssituation der Auszubildenden	43
5.5. Finanzielle Situation und Belastung der Auszubildenden	47
5.6. Repräsentative Persona-Charakteristika ausgewählter Auszubildenden-Gruppen	50
5.7. Zusammenhang zwischen Wohnen und Ausbildung	52
5.8. (Unterstützungs-) Bedarfe von Auszubildenden in Bezug auf Wohnen	55
5.9. Bekanntheit und Anforderungen zur Wohnform „Azubiwohnheim“	59
5.10. Bedeutung von kostenlosen Angeboten in Azubiwohnheimen	64
5.11. Das Wichtigste aus den Befragungen in Kürze	66
6. Lösungsansätze zur Verbesserung der Lebenssituation von Auszubildenden in Berlin	67
6.1. Einführung	67
6.2. Baukasten möglicher Lösungsansätze für das AzubiWerk Berlin	73
6.2.1. Lösungsansatz 1/Baustein 1: Aufbau der Koordinierungsstelle und Wohnraumbörse für Auszubildende	73
6.2.2. Lösungsansatz 2/Baustein 2: Anmietung und Neubau bezahlbarer Wohneinheiten	77
6.2.3. Lösungsansatz 3/Baustein 3: Umnutzung bestehender Infrastrukturen	79
6.2.4. Lösungsansatz 4/Baustein 4: Pop-up-Dorms (temporäre Wohnlösungen)	81



7.	Mögliche Beratungs- und Unterstützungsangebote des AzubiWerk Berlin	84
7.1.	Unterstützung der Wohnungssuche beim Übergang von der Ausbildung in den regulären Wohnungsmarkt	85
7.2.	Bildungsangebote zu lebenspraktischen Fähigkeiten und finanzielle Beratung	86
7.3.	Sozial- und Rechtsberatung	89
7.4.	Sozialpädagogische Beratung und Begleitung während der Ausbildung	91
7.5.	Psychologische Beratung und mentale Gesundheit	94
7.6.	Struktur und Modell der Beratungs- und Unterstützungsangebote im AzubiWerk Berlin	97
8.	Schlussfolgerungen	99
	Anhang I: Mobilität von Auszubildenden in Berlin im Bundesvergleich	101
	Anhang II: Höhe der Ausbildungsvergütung nach Berufssektor in Berlin	103
	Anhang III: Wohnanbieter für Auszubildende in Berlin, 2025	105
	Anhang IV: Architektonische Entwürfe zum Azubiwohnen	107
	Literaturverzeichnis	127
	Abbildungsverzeichnis	133
	Tabellenverzeichnis	134



Zusammenfassung

Berliner Ausbildungsmarkt

- » **Versorgungs- und Passungsproblem:** Berlin steht im Gegensatz zum Bundestrend vor allem vor einem Versorgungsproblem: Die Zahl der Bewerber*innen übersteigt das Angebot an dualen Ausbildungsplätzen deutlich. Mit nur rund 0,7 Ausbildungsplätzen pro Bewerber*in weist Berlin bundesweit die geringsten Chancen auf einen Ausbildungsplatz auf. Zusätzlich besteht ein Passungsproblem zwischen den Anforderungen der Betriebe und der Vorbereitung und den Erwartungen der Ausbildungsbewerber*innen.
- » **Demografische Veränderungen und Ausbildungsbeteiligung:** Im Schuljahr 2023/2024 besuchten 78.010 Schüler*innen berufsbildende Schulen in Berlin. Der Anteil von Schüler*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit steigt kontinuierlich und liegt bei fast 20,0 %.
- » **Vertragslösungen:** Jährlich werden etwa 14.106 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, von denen jedoch über ein Drittel vorzeitig gelöst wird, am häufigsten im ersten Ausbildungsjahr. Mit einer Vertragslösungsquote von 36,6 % liegt Berlin deutlich über dem Bundesdurchschnitt (29,7 %).

Berliner Wohnungsmarkt für Auszubildende

- » **Wohnraumknappheit:** Der Berliner Wohnungsmarkt weist eine der niedrigsten Leerstandsquoten Deutschlands auf (2023: 0,3 %). Eine wachsende Bevölkerung trifft auf ein unzureichendes Wohnungsangebot, insbesondere im unteren und mittleren Preissegment.
- » **Mietpreissteigerungen:** Die durchschnittlichen Angebotsmieten haben sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt (+91 %) und liegen 2024 bei einer durchschnittlicher Nettokaltmiete von 15,74 Euro / Quadratmeter. Im bundesweiten Vergleich 2024 belegt Berlin damit Platz 3 der teuersten Großstädte Deutschlands, hinter München und Frankfurt am Main.
- » **Bezahlbarkeit:** Bei einem medianen Brutto-Ausbildungsentgelt von 1.135 Euro ist bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende auf dem freien Markt kaum vorhanden. 2023 steht theoretisch nur für 0,5 % der Auszubildenden ein bezahlbares WG-Zimmer und für 1,9 % eine bezahlbare Wohnung zur Verfügung, wobei sie dabei mit anderen Gruppen um diesen Wohnraum konkurrieren.
- » **Vorhandene Wohnangebote:** Bestehende Wohn(heim)angebote sind zahlenmäßig begrenzt und stark nachgefragt. Viele Betriebe erkennen das Problem, reagieren aber bislang überwiegend mit indirekten Unterstützungsformen statt mit eigener Wohnraumbereitstellung.

Perspektive der Auszubildenden

- » **Datengrundlage:** Auf Basis von 2.953 ausgewerteten Antworten der Online-Befragung, ergänzenden Interviews und einer Fokusgruppe wird ein detailliertes Bild der Wohn- und Lebenssituation sowie der Bedarfe von Berliner Auszubildenden erstellt.

- » **Wohnsituation:** Etwa die Hälfte der Befragten lebt bei den Eltern, rund ein Drittel in einer eigenen Wohnung. Jede dritte befragte Person ist mit ihrer Wohnsituation unzufrieden oder sehr unzufrieden, besonders häufig Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.
- » **Finanzielle Situation:** Drei Viertel der Befragten verfügen über weniger als 1.000 Euro monatlich. 60,1 % geben mehr als ein Drittel ihrer Netto-Ausbildungsvergütung für Wohnkosten aus. Viele berichten über hohe subjektive finanzielle Belastung.
- » **Wechselwirkungen zwischen Wohnen und Ausbildung:** Befragte berichten mehrheitlich, dass ihre Wohnsituation die Ausbildung beeinträchtigt, vor allem durch lange Fahrtwege, ungünstige Lernbedingungen und finanzielle Engpässe. Umgekehrt steigt mit höherer Wohnzufriedenheit auch die Ausbildungszufriedenheit.
- » **Verbesserungsbedarfe und Wohnprioritäten:** Die zentralen Bedürfnisse der Befragten betreffen v.a. bezahlbaren und eigenen Wohnraum (eigene Wohnung oder eigenes Zimmer), kurze Wege zum Ausbildungsort, finanzielle Unterstützung, mehr Platz und Privatsphäre, eine gute Lage sowie angemessene Wohnbedingungen.
- » **Bekanntheit der Wohnform „Azubiwohnheim“:** Über die Hälfte der Befragten kennt die Wohnform „Azubiwohnheim“ kaum oder gar nicht.
- » **Anforderungen an Azubiwohnheime:** Rund zwei Drittel würden in ein solches Wohnheim einziehen, sofern für sie wichtige Bedingungen erfüllt sind: v.a. günstige Miete, Vertrag über die gesamte Ausbildungsdauer, gute Verkehrsanbindung und ausreichende Privatsphäre. Die durchschnittliche „Schmerzgrenze“ für Miete liegt bei rund 450 Euro pro Monat.
- » **Unterstützungsangebote im Azubiwohnheim:** Besonders geschätzt werden Angebote, die zur Sicherung der Wohn- und Lebenssituation beitragen. Nichtdeutsche und weibliche Befragte bewerten sämtliche Unterstützungsangebote durchweg positiver.

Lösungsansätze

- » **Ausgangslage:** Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum stellt einen erheblichen Standortnachteil für die Ausbildung in Berlin dar. Er hemmt den Ausbau betrieblicher Ausbildungskapazitäten und verschärft den Fachkräftemangel.
- » **Zielrichtung:** Eine nachhaltige Lösung erfordert die Schaffung struktureller Rahmenbedingungen, die Ausbildung und Wohnen systematisch miteinander verbinden.
- » **Zentrale Maßnahme:** Der Aufbau eines Berliner Azubiwerks analog zum Studierendenwerk bietet hierfür ein geeignetes Modell. Es soll bezahlbaren Wohnraum bereitstellen, Beratungs- und Unterstützungsangebote integrieren und als zentrale Anlaufstelle für Auszubildende fungieren.
- » **Möglicher schrittweiser Aufbau:** (1) Einrichtung einer Koordinierungsstelle auf Verwaltungsebene zur Entwicklung einer digitalen Wohnraumbörse und zur Anmietung erster Wohnplätze. Gefolgt von der (2) Gründung des AzubiWerk Berlin sowie Ausbau der Strukturen und Angebote.
- » **Vielfalt möglicher Wohnformen:** Mikroapartments, Wohngemeinschaften, Umnutzung bestehender Gebäude (z. B. Schulen, Büros, Hotels) sowie temporäre Lösungen wie Pop-up-Dorms nach Wiener Vorbild, die kurzfristig bezahlbaren Wohnraum schaffen.
- » **Perspektive:** Die konkrete Ausgestaltung und Priorisierung der Module erfolgt im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse.

Mögliche begleitende Beratungs- und Unterstützungsangebote des AzubiWerk Berlin

- » **Grundlage:** Die vorgeschlagenen Maßnahmen basieren auf den empirisch ermittelten Bedarfen Berliner Auszubildender sowie auf Erfahrungen vergleichbarer Einrichtungen.
- » **Zielsetzung:** Aufbau eines integrierten Unterstützungsmodells zur Förderung stabiler Ausbildungsverläufe, zur Stärkung der Eigenständigkeit und zur Verbesserung der Lebensbedingungen während der Ausbildungszeit.
- » **Vorgeschlagene thematische Schwerpunkte der Beratungs- und Unterstützungsangebote:** Unterstützung bei der Wohnungssuche beim Übergang von der Ausbildung in den regulären Wohnungsmarkt, Bildungsangebote zu lebenspraktischen Fähigkeiten und finanzielle Beratung, Sozial- und Rechtsberatung, sozialpädagogische Beratung und Begleitung während der Ausbildung, psychologische Beratung und mentale Gesundheit.
- » **Langfristige Perspektive:** Langfristig könnte das AzubiWerk Berlin als zentrale Schnittstelle im Berliner Unterstützungsnetzwerk etabliert werden. Es würde bestehende Angebote besser verknüpfen und so den Zugang zu Wohnraum, Beratung und Begleitung für Auszubildende nachhaltig verbessern.



1. Einleitung

Der anhaltende Wohnungsmangel und die hohen Mietpreise in Berlin prägen seit Jahren die öffentliche Diskussion. Kaum eine gesellschaftliche Gruppe bleibt davon unberührt – betroffen sind nahezu alle, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Auch die Wohnraumversorgung von Auszubildenden¹ steht dabei vor besonderen Herausforderungen und wird zunehmend als Handlungsfeld stadt- und sozialpolitischer Planung erkannt.

Hohe Mieten, ein eklatanter Mangel an bezahlbarem Wohnraum und steigende Lebenshaltungskosten prägen die Lebensrealität von Auszubildenden in besonderer Weise. Ihre schwierige Situation zeigt sich insbesondere in ihrer finanziellen Lage: Sie gehören zu den einkommensschwächeren Gruppen, weswegen ihre finanziellen Möglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt eingeschränkt sind. Spezielle Wohnangebote für diese Zielgruppe sind in Berlin rar. Auf dem freien Markt konkurrieren Auszubildende mit Studierenden und anderen Gruppen der sozialen Wohnraumversorgung (bspw. Transferleistungsempfänger*innen oder Alleinerziehenden) um den ohnehin knappen bezahlbaren Wohnraum.

Die ökonomische Notwendigkeit führt bei vielen jungen Menschen dazu, dass sie im Elternhaus verbleiben oder lange Pendelwege in Kauf nehmen müssen. Beides kann den Zugang zu einer (passenden) Ausbildung oder deren erfolgreichen Verlauf erschweren. Denn die räumliche Nähe zum Ausbildungsort ist aufgrund geringerer Mobilitätsoptionen oder spezifischer Arbeitszeiten häufig entscheidend und kann den Verlauf sowie den erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung beeinflussen. Wohnungsknappheit wird damit zu einer Zugangshürde in die berufliche Bildung. Hinzu kommt die besondere Lebenssituation dieser Altersgruppe: Viele Auszubildende befinden sich in einer vulnerablen Übergangsphase, in der sie erstmals eigenständig wohnen, ins Berufsleben einsteigen und alltägliche Herausforderungen selbst bewältigen müssen. Während Studierende in Berlin über das Studierendenwerk Zugang zu Wohnheimen, Beratungsangeboten und Unterstützungsleistungen erhalten, existiert ein vergleichbares System für Auszubildende bislang nicht. Diese Ungleichbehandlung verstärkt das Gefühl einer geringeren gesellschaftlichen Wertschätzung der beruflichen Ausbildung gegenüber dem Studium. So zeigt etwa eine gemeinsame Studie der Bertelsmann Stiftung und des Instituts der deutschen Wirtschaft (2024: 15), dass ungefähr die Hälfte der Jugendlichen und Unternehmen der Meinung sind, der dualen Ausbildung fehle es an gesellschaftlicher Anerkennung.

¹ In dieser Studie bezeichnet der Begriff „Auszubildende“ alle Personen, die eine berufliche Ausbildung absolvieren, unabhängig von der Ausbildungsform. „Berliner Auszubildende“ bezeichnet dabei Personen, die ihre Ausbildung in Berlin absolvieren.

Zugleich steht der Berliner Ausbildungs- und Arbeitsmarkt selbst vor erheblichen Herausforderungen: Zu wenige Ausbildungsplätze, Passungsprobleme und Fachkräftemangel sind nur einige davon. Zunehmend wird erkannt, dass eine bessere Wohnraumversorgung einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Ausbildungsstandorts Berlin und zur Fachkräftesicherung leisten kann. Berliner Auszubildende wie auch die Interessenvertretungen – etwa die DGB-Jugend Berlin-Brandenburg – fordern in diesem Zusammenhang seit Jahren die flächendeckende Schaffung attraktiver und bezahlbarer Auszubildendenwohnheime (DGB-Jugend Berlin-Brandenburg 2022: 42).

Die politische Beschlusslage in Berlin trägt dieser Einsicht Rechnung. In den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026 ist festgehalten, dass der Senat bis zum Ende der laufenden Wahlperiode bis zu 5.000 neue Wohneinheiten für Studierende und Auszubildende schaffen und zusätzliche Förderprogramme für den Bau von Wohnheimen einrichten will. Darüber hinaus wird betont, dass die Wohn- und Lebenssituation von Auszubildenden und Fachschüler*innen stärker in den Fokus rücken soll.

Berlin steht mit dieser Zielsetzung nicht allein. In anderen Städten zeigen bereits erfolgreich umgesetzte Modelle (etwa die Azubiwerke in Bremen, Hamburg und München), dass die Kombination aus bezahlbarem Wohnraum, sozialpädagogischer Begleitung und individueller Beratung ein wirksames Instrument kommunaler Bildungs- und Sozialpolitik sein kann.

Vor diesem Hintergrund beauftragte die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) Minor – Wissenschaft Gesellschaft mit der Erstellung dieser Machbarkeitsstudie zum Azubiwohnen in Berlin. Ziel der Studie ist es, mit einer empirisch fundierten Situationsbeschreibung und Bedarfsanalyse eine belastbare Basis für das weitere Verwaltungshandeln zu schaffen.

Die Studie richtet den Blick dabei nicht primär auf Hemmnisse und Probleme, sondern auf konkrete Lösungsoptionen und Handlungsperspektiven. Ein zentrales Anliegen ist es, die Perspektive der jungen Menschen selbst einzubeziehen: Im Rahmen der Studie wurde eine umfangreiche Befragung unter fast 3.000 Berliner Auszubildenden durchgeführt, deren Ergebnisse zentrale Hinweise für bedarfsgerechte Konzepte liefern.

Nach einer Darstellung der Ausgangslage auf dem Ausbildungsmarkt (Kapitel 3) und einer Analyse des Berliner Wohnungsmarktes für Auszubildende (Kapitel 4) werden in Kapitel 5 die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Befragungen vorgestellt. Aufbauend darauf werden in Kapitel 6 konkrete Lösungsansätze für die Schaffung zusätzlicher Wohnangebote für Auszubildende in Berlin entwickelt. Kapitel 7 schließt mit möglichen Handlungsfeldern für die Einrichtung eines begleitenden Beratungs- und Unterstützungsangebots – etwa im Rahmen eines zukünftigen Azubiwerks. Die Anhänge I-IV ab Seite 101 enthalten ergänzende Informationen und Daten sowie von Studierenden der Bauhaus-Universität Weimar entwickelte architektonische Konzepte, die aufzeigen, wie bestehende Gebäude zu Auszubildendenwohnheimen umgebaut werden könnten.



2. Methodik der Studie

Die Machbarkeitsstudie folgt einem mehrstufigen, kombinierten Forschungs- und Beteiligungsansatz, der quantitative und qualitative Methoden der Sozialforschung verbindet. Die Studie gliedert sich in zwei Hauptarbeitsphasen: eine analytische Phase und eine konzeptionelle Phase. Während der gesamten Laufzeit besteht ein enger Austausch mit der SenASGIVA, um eine inhaltliche Abstimmung und Relevanz der Ergebnisse sicherzustellen.

In der analytischen Phase findet eine umfassende Bestandsaufnahme des Berliner Ausbildungsmarktes und der Wohnsituation für Auszubildende statt. Im Rahmen einer Sekundäranalyse werden verfügbare statistische Daten, wissenschaftliche Studien und Veröffentlichungen zum Wohnungs- und Ausbildungsmarkt in Berlin ausgewertet und darauf aufbauend eigene Analysen durchgeführt (Desk Research). Zur systematischen Bewertung der bestehenden Rahmenbedingungen wird eine SWOT-Analyse für den Berliner Ausbildungs- und Wohnungsmarkt durchgeführt.

Ergänzend finden eine Online-Befragung sowie qualitative Befragungen unter Auszubildenden (Field Research) statt. Die Erhebungsinstrumente, insbesondere die Fragebögen, werden auf Basis vorhandener Studien sowie unter Beteiligung relevanter Institutionen, Verbände und Verwaltungseinrichtungen in Berlin entwickelt; die genaue Methodik sowie die Stichprobenbeschreibung werden in Kapitel 5 detailliert erläutert. Die Auswertung der quantitativen Daten erfolgt mithilfe deskriptiver statistischer Verfahren.

Ein wichtiger Bestandteil des Studiendesigns sind Gespräche mit relevanten Akteur*innen und Expert*innen aus Verwaltung, Wirtschaft, den Sozialpartnern sowie weiteren Institutionen. Diese Gespräche finden fortlaufend über die gesamte Laufzeit der Studie statt. Die Auswahl der Gesprächspartner*innen erfolgt in enger Absprache mit dem Fördermittelgeber und richtet sich nach thematischer Relevanz. Die Interviews werden von einem bzw. zwei Mitgliedern des Teams entweder persönlich oder über eine Video-Meeting-Software durchgeführt und nach vorheriger Absprache aufgezeichnet. Die Ton- bzw. Filmaufnahmen werden maschinell transkribiert und anschließend redaktionell überprüft. Die Veröffentlichung von Zitaten erfolgt ausschließlich nach ausdrücklicher Einwilligung der interviewten Expert*innen. Eine vollständige Auflistung der Gesprächspartner*innen ist in der folgenden Tabelle (Tabelle 1) dargestellt.

Name der Institution / Organisation
AzubiWerk München
Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH
Berliner Wasserbetriebe (Fokusgruppe von Auszubildenden)
DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, Bereich Jugend- und Ausbildungspolitik
Handwerkskammer Berlin (HWK), Bereich Wirtschaftspolitik
Haupt-Jugend- und Auszubildendenvertretung für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin (HJAV)
Industrie- und Handelskammer zu Berlin (IHK), Bereich Wirtschaft und Politik
Kolping Jugendwohnen Berlin
Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt, Antidiskriminierung (SenASGIVA)
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Abteilung IV, Wohnungspolitik, Wohnraumförderung (SenStadt)
Stadt Berlin, Bezirksamt Mitte, Bereich Stadtentwicklung und Facility Management
Studierendenwerk Berlin
Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg, Bereich Arbeitsmarkt und Bildungspolitik

Tabelle 1: Gesprächspartner*innen in Berlin und München

© Minor

Die Bestandsanalyse des Berliner Wohnungs- und Ausbildungsmarktes sowie die Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Erhebungen und Gespräche bilden die Grundlage für die konzeptionelle Phase. Auf Basis dieser empirischen Ergebnisse werden Handlungsoptionen entwickelt, die verschiedene Modelle zur Verbesserung der Wohnsituation von Auszubildenden umfassen.

Der Ansatz der Gründung eines eigenständigen Azubiwerks dient dabei als zentraler Referenzpunkt, dem vier alternative bzw. ergänzende Lösungsmodelle gegenübergestellt werden. Die Bewertung der Ansätze erfolgt in enger Abstimmung mit der Auftraggeberin. Zudem entsteht auf dieser Grundlage ein Vorschlag zur Weiterentwicklung des Unterstützungs- und Beratungsangebots für Auszubildende in Berlin.

Die Gesamtheit der empirischen und konzeptionellen Ergebnisse werden in diesem Endbericht dargestellt. Abbildungen, Tabellen und ausgewählte Zitate – insbesondere von Auszubildenden selbst, aber auch von Expert*innen – aus Befragungen und Interviews illustrieren die zentralen Ergebnisse. Darüber hinaus werden in farblich hervorgehobenen Kästchen sogenannte Good-Practice-Beispiele sowie besonders relevante Inhalte dargestellt.

Begleitend zu diesem Endbericht entstehen im Rahmen der Machbarkeitsstudie ein Rechtsgutachten, ein Businessplan, ein Entwurf für einen Generalmietvertrag sowie Entwürfe von Architekturstudierenden der Bauhaus-Universität Weimar zur Umgestaltung von leerstehenden Gebäuden.



3. Analyse des Berliner Ausbildungsmarktes

Stärken und Schwächen

3.1. Trends in der Entwicklung von Ausbildungsplätzen und Bewerber*innenzahlen

Bundesweit ein
Besetzungsproblem –
in Berlin ein Versor-
gungsproblem

Die zentralen Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt lassen sich anhand der jährlich gemeldeten Ausbildungsstellen und der registrierten Bewerber*innenzahlen der Bundesagentur für Arbeit über die vergangenen zehn Jahre auf Bundes- und Landesebene nachvollziehen.

Auf Bundesebene lässt sich ein strukturelles Besetzungsproblem beobachten. Während im Jahr 2014 bundesweit noch 559.430 Bewerber*innen auf 532.990 gemeldete Ausbildungsplätze treffen, sinkt die Zahl der Bewerber*innen bis 2024 auf 431.550 (BA 2024a). Im gleichen Zeitraum bleibt die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen mit 519.400 – trotz Schwankungen, insbesondere infolge der COVID-19-Pandemie – insgesamt relativ konstant.

Diese Entwicklung lässt sich auf eine abnehmende Nachfrage junger Menschen nach dualer Ausbildung zurückführen. Seit dem Jahr 2016 übersteigt das Angebot an Ausbildungsplätzen bundesweit kontinuierlich die Zahl der Bewerber*innen, was in einer zunehmenden Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen mündet. Die jüngsten Zahlen für 2024 deuten auf eine verändernde Dynamik hin. Die Zahl der Bewerber*innen steigt leicht, während die gemeldeten Ausbildungsstellen zurückgehen (von 545.040 auf 519.400).

In Berlin hingegen übersteigt die Zahl der ausbildungsinteressierten jungen Menschen seit Jahren deutlich das Angebot an Ausbildungsplätzen – ein strukturelles Versorgungsdefizit, das trotz zeitweiser Schwankungen in den letzten zehn Jahren unverändert fortbesteht und die anhaltende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage deutlich sichtbar macht. Insbesondere die COVID-19-Pandemie hat spürbare Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt: Im Vergleich zu 2019 kommt es im Jahr 2020 in Berlin sowohl bei den Bewerber*innen (-6,7 %) als auch bei den gemeldeten Ausbildungsplätzen (-13,0 %) zu signifikanten Rückgängen. Obwohl die Zahl der Berufsausbildungsstellen ab 2020 tendenziell wieder ansteigt (mit Ausnahme der Jahre 2023/2024), erreicht sie bis heute (2024: 16.720)

nicht das Niveau der Zeit vor der Pandemie (2019: 17.320). Die Zahl der Bewerber*innenzahlen hingegen steigt seit 2020 kontinuierlich an und erreicht im Jahr 2024 mit 22.150 einen neuen Höchststand.

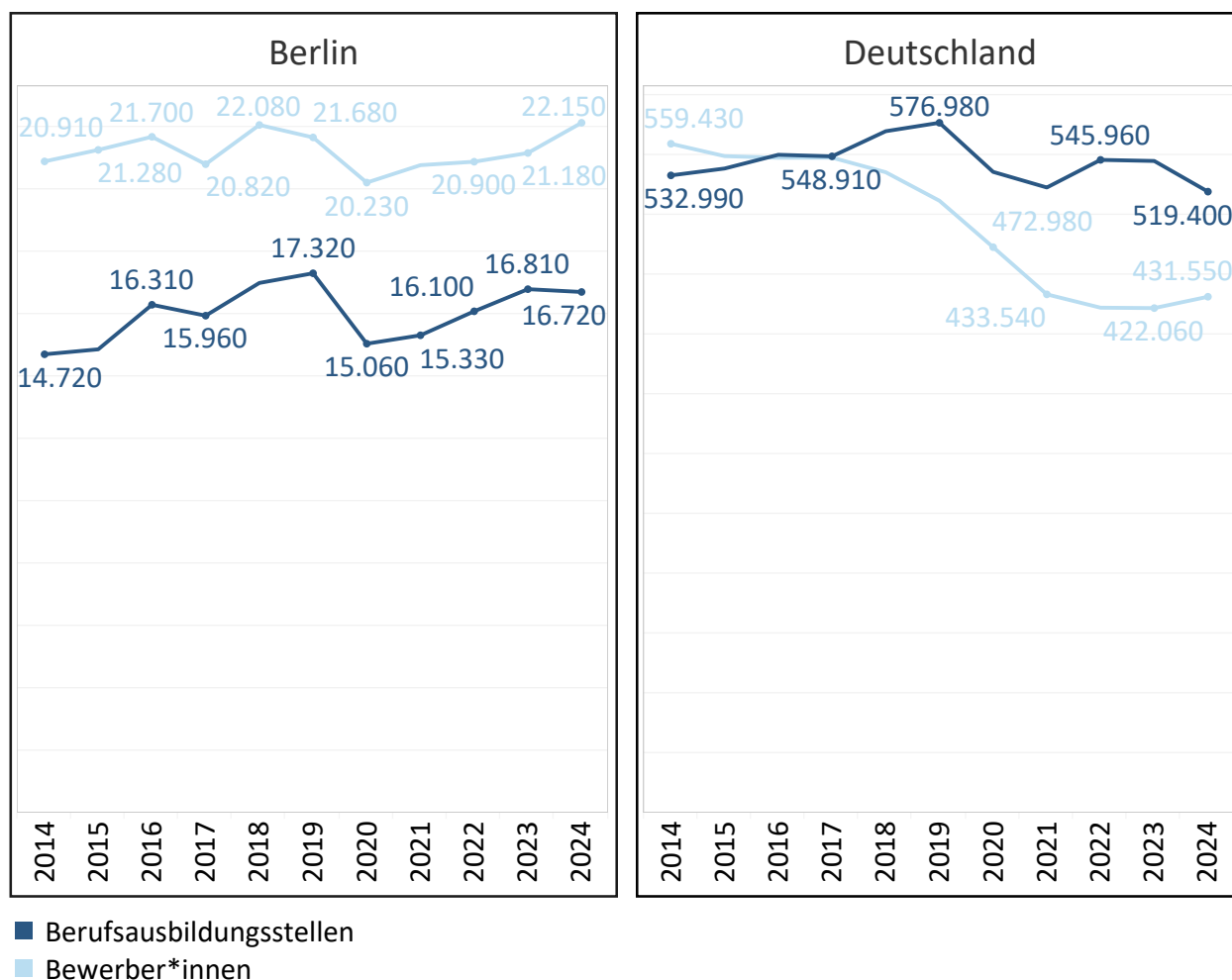


Abbildung 1: Anzahl der gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen und Bewerber*innen in Berlin und bundesweit im Zeitraum von 2014 bis 2024

Stichtag jeweils 30.09. Eigene Darstellung nach BA 2024a © Minor

Bundesweit geringste Ausbildungschancen

Berlin ist das einzige Bundesland mit einem nachweislichen Versorgungsproblem im Bereich der dualen Ausbildung. Das Verhältnis von gemeldeten Ausbildungsstellen und der Anzahl der Bewerber*innen fällt in Berlin im bundesweiten Vergleich am niedrigsten aus. Während dieses Verhältnis in anderen Bundesländern zwischen 1,0 und 1,6 liegt, kommen in Berlin auf eine*n Bewerber*in lediglich 0,7 Ausbildungsstellen (Abbildung 2). In der Folge haben ausbildungsinteressierte Bewerber*innen in Berlin bundesweit die geringsten Chancen, in eine duale Berufsausbildung einzumünden.

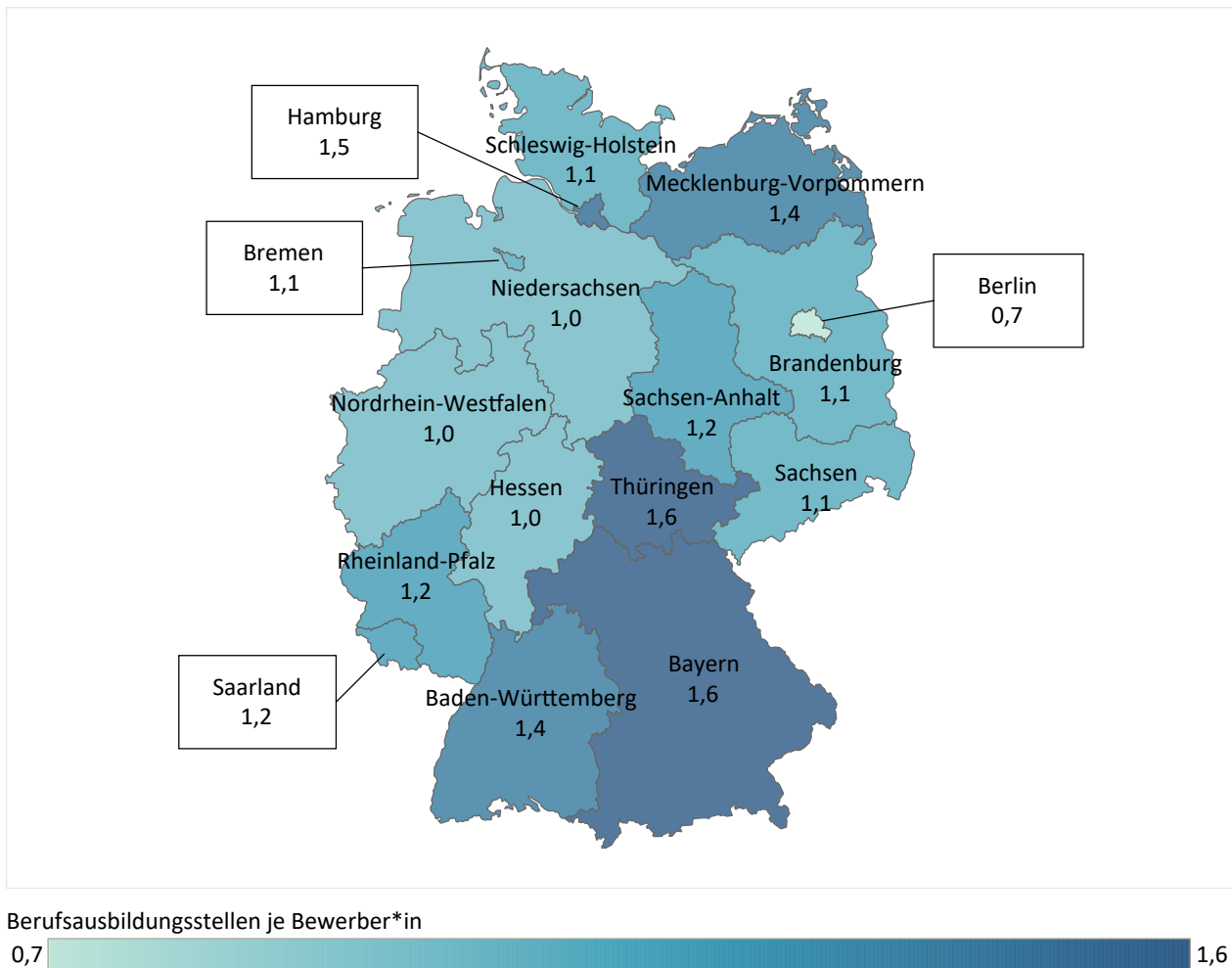


Abbildung 2: Gemeldete Berufsausbildungsstellen je Bewerber*innen nach Bundesland

Stand: 09.2024. Eigene Berechnung und Darstellung nach BA 2024a © Minor

Bewerber*innen in Berlin häufiger nicht-deutsch und älter als im Bundesdurchschnitt

Auch im Hinblick auf die soziodemografische Struktur von Ausbildungsbewerber*innen weist Berlin Unterschiede zum bundesweiten Durchschnitt auf. In Berlin liegt der Anteil nichtdeutscher Bewerber*innen bei 27,4 % und damit über dem bundesweiten Wert von 21,8 % (BA 2024a). Nahezu die Hälfte (46,2 %) der nichtdeutschen Bewerber*innen in Berlin hat Fluchterfahrung (BA 2024c), während dieser Anteil bundesweit bei 38,2 % liegt (BA 2024c).

Auch beim Alter der Bewerber*innen zeigen sich Unterschiede: Bundesweit sind 66 % der Bewerber*innen unter 20 Jahre alt, in Berlin hingegen nur 58,3 %. Der Anteil der über 20-Jährigen ist in Berlin mit 41,7 % entsprechend höher als im Bundesdurchschnitt (34 %) (BA 2024a; BA 2024d: 14).

Passungsproblem deutschlandweit und in Berlin

Eine hohe Zahl unbesetzter Ausbildungsplätze bei gleichzeitig vielen nicht vermittelten Bewerber*innen deutet auf Passungsprobleme im Ausbildungsmarkt hin. Deutschlandweit erreicht diese Situation im Jahr 2023 mit 73.440 unbesetzten Ausbildungsplätzen einen Höchststand, 2024 sinkt diese Zahl leicht auf 69.410 (Abbildung 3). Gleichzeitig steigt die Zahl der unversorgten Bewerber*innen seit 2022 kontinuierlich und beträgt im Jahr 2024 insgesamt 31.150 Personen.

In Berlin zeigt sich das Passungsproblem insbesondere darin, dass es trotz einer ausreichenden Zahl an Bewerber*innen und insgesamt zu wenigen Ausbildungsplätzen weiterhin eine relativ hohe Zahl unbesetzter Stellen gibt. Dadurch bleiben viele Bewerber*innen ohne Ausbildungsplatz, obwohl noch freie Plätze vorhanden sind. Selbst wenn alle im Jahr 2024 unbesetzten Ausbildungsstellen in Berlin besetzt würden, blieben rund 2.300 Bewerber*innen ohne Ausbildungsplatz. Positiv hervorzuheben ist jedoch der leichte Rückgang sowohl der unbesetzten Ausbildungsplätze als auch der unversorgten Bewerber*innen zwischen 2023 und 2024.

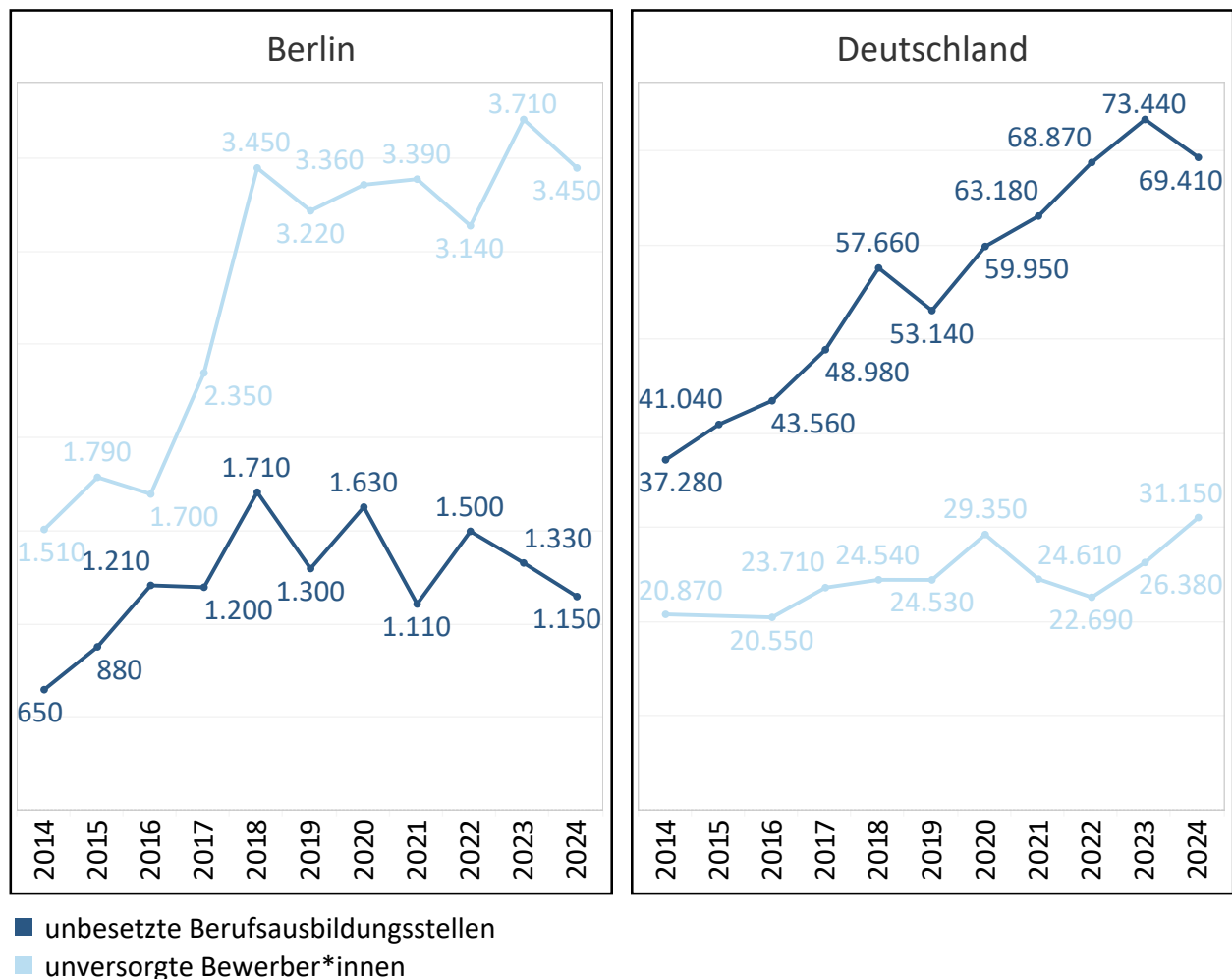


Abbildung 3: Anzahl der in Berlin und Deutschland (insgesamt) gemeldeten unbesetzten betrieblichen Berufsausbildungsstellen und Anzahl an unversorgten Bewerber*innen von 2014 bis 2024

Stichtag jeweils 30.09. Eigene Darstellung nach BA 2024a © Minor

Berufe mit den größten Passungsproblemen in Berlin

Die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt unterscheiden sich je nach Berufsgruppe. Besonders ausgeprägt zeigen sie sich derzeit im Bereich Verkauf ohne Produktspezialisierung. Hier verzeichnen sowohl die unversorgten Bewerber*innen als auch die unbesetzten Ausbildungsstellen die höchsten Fallzahlen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch im Berufsfeld der Arzt- und Praxishilfe, wo ebenfalls eine deutliche Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage besteht.

Weitere Berufsgruppen, die gleichzeitig zu den zehn Berufsgruppen mit den meisten unversorgten Bewerber*innen und den meisten unbesetzten Ausbildungsstellen gehören sind Büro- und Sekretariat; Klempnerei, Sanitär, Heizung, Klimatechnik sowie Verwaltung. Die vorliegende Konstellation legt nahe, dass in den genannten Berufsgruppen ein Mismatch zwischen den Anforderungen und Erwartungen der auszubildenden Betriebe und dem Profil bzw. den Vorstellungen der Bewerber*innen besteht, welches eine erfolgreiche und passgenaue Vermittlung erschwert. Diese Passungsprobleme treten in Berlin zusätzlich zum generellen Versorgungsdefizit auf.

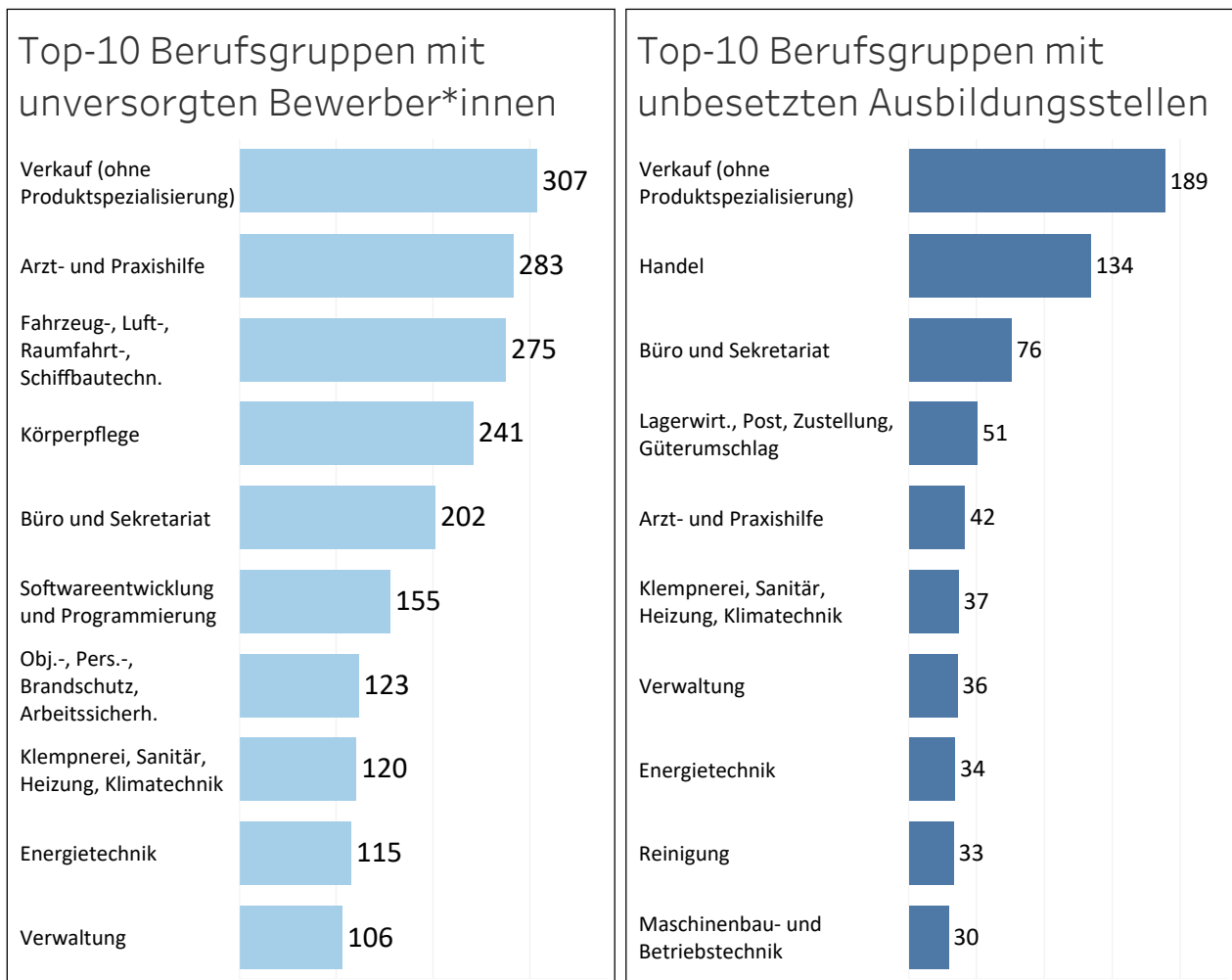


Abbildung 4: Berufsgruppen mit der höchsten Anzahl an unversorgten Bewerber*innen und unbesetzten Berufsausbildungsstellen in Berlin

Stand: 09.2024. Eigene Darstellung nach BA 2024b © Minor

3.2. Schüler*innen in den berufsbildenden Schulen sowie in Schulen des Gesundheitswesens

Die meisten Schüler*innen in der dualen Ausbildungsform

Im Schuljahr 2023/2024 besuchen 78.010 Schüler*innen berufsbildende Schulen in Berlin (Tabelle 2). Die Berufsschulen der dualen Ausbildung stellen dabei die am häufigsten besuchte Schulform dar: 40.959 Personen – über die Hälfte (52,5 %) aller Berufsschüler*innen.

Die zweithäufig besuchte Schulform sind die Fachschulen² mit 10.546, gefolgt von Berufsfachschulen mit 9.917 Personen.³ Die Verteilung der Schüler*innen in Berufsoberschulen weist im Vergleich zu den sonstigen Schulformen niedrige Anteile auf.

Nationalität/ Art der beruflichen Schule	Deutsche	Nichtdeutsche	Insgesamt
Berufsschulen	34.696	6.263	40.959
Berufsfachschulen	8.126	1.791	9.917
Fachschulen	9.063	1.483	10.546
Berufsvorbereitungsjahr	3.718	4.529	8.247
Fachoberschulen	2.853	569	3.422
Fachgymnasien	3.884	680	4.564
Berufsoberschulen	291	64	355
Insgesamt	62.631	15.379	78.010

Tabelle 2: Berufsschüler*innen in den unterschiedlichen Formen der berufsbildenden Schulen Berlins nach Nationalität im Schuljahr 2023/24

Eigene Darstellung nach Destatis 2024. Keine Unterscheidung nach Unterrichtsform (Teilzeit/Vollzeit)
© Minor

Hinzu kommen 10.355 Schüler*innen, die im selben Jahr eine Schule des Gesundheitswesens besuchen (Tabelle 3). Diese Schulform stellt eine Sonderform innerhalb des beruflichen Bildungswesens dar: Sie ist zwar staatlich anerkannt, jedoch nicht staatlich betrieben (Dielmann et al. 2020: 3-6). Bemerkenswert ist der hohe Anteil der nichtdeutschen Schüler*innen in dieser Schulform: 30,7 % im Schuljahr 2023/2024.

² Fachschulen sind Schulen der beruflichen Weiterbildung. In der Statistik des Statistischen Bundesamtes wird nicht eindeutig zwischen Teilnehmenden an Weiterbildungsmaßnahmen und jenen in ausbildungsbezogenen Bildungsgängen – wie etwa staatlich anerkannten Erzieher*innen – differenziert. Die in dieser Analyse verwendeten Zahlen beziehen sich daher auf alle Programme, die an Fachschulen angeboten werden.

³ Berufsfachschulen stellen eine Form der schulischen Berufsausbildung dar. In Berlin gewinnt die vollzeitschulische Berufsausbildung zunehmend an Bedeutung (Seibert 2024: 17).

Nationalität/Art der beruflichen Schule	Deutsche	Nichtdeutsche	Insgesamt
Schulen des Gesundheitswesens	7.176	3.179	10.355

Tabelle 3: Schüler*innen in den Schulen des Gesundheitswesens nach Nationalität im Schuljahr 2023/2024 in Berlin

Eigene Darstellung nach Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2024a © Minor

Wachsende Bedeutung nichtdeutscher Berufsschüler*innen

In den letzten zehn Jahren steigt der Anteil nichtdeutscher Berufsschüler*innen an den berufsbildenden Schulen Berlins signifikant – von 8.851 Personen im Schuljahr 2013/2014 auf 15.379 Personen in 2023/2024 (Destatis 2024), was einem Zuwachs von rund 73,8 % entspricht. Gleichzeitig sinkt die Zahl deutscher Berufsschüler*innen im selben Zeitraum von 79.231 auf 62.631 – ein Rückgang von rund 20,9 %. Damit gewinnen nichtdeutsche Schüler*innen an den berufsbildenden Schulen Berlins zunehmend an Relevanz und stellen im Schuljahr 2023/2024 bereits 19,7 % aller Schüler*innen in berufsbildenden Schulen in Berlin dar.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auszubildende nach Berufssektoren

Die branchenspezifische Auswertung der Daten der Bundesagentur für Arbeit erlaubt eine differenzierte Betrachtung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden nach Berufssektoren. Im Jahr 2023 waren in Berlin insgesamt 50.910 Auszubildende sozialversicherungspflichtig tätig.⁴

Wie in vielen anderen Metropolregionen dominiert auch in Berlin die Dienstleistungsökonomie, was sich deutlich in der Verteilung der Ausbildungsberufe über die Sektoren hinweg widerspiegelt. Besonders ausgeprägt zeigt sich dies im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen, zu denen Berufe im Lebensmittel- und Gastgewerbe, im sozialen und kulturellen Dienstleistungsbereich sowie medizinische und nicht-medizinische Gesundheitsberufe zählen. In diesem Sektor ist in den letzten fünf Jahren ein moderater, aber kontinuierlicher Anstieg (um 12,3 % seit 2019) zu beobachten, sodass im Jahr 2023 19.830 Auszubildende in diesem Bereich tätig sind (Abbildung 5).

Demgegenüber zeigen sich in den kaufmännischen und unternehmensbezogenen Dienstleistungsberufen (Handel, Unternehmensführung und -organisation, unternehmensbezogene Dienstleistungsberufe) sowie in den Produktionsberufen (Land-, Forst- und Gartenbauberufe; Fertigungsberufe, fertigungstechnische Berufe, Bau- und Ausbauberufe) stagnierende oder rückläufige Entwicklungen – obwohl sie zu den zahlenmäßig größten Berufssektoren zählen. Ein leichter Aufwärtstrend lässt sich seit 2022 im Bereich der kaufmännischen und unternehmensbezogenen Berufe feststellen (2022: 14.930; 2023: 15.130), was auf eine mögliche Stabilisierung hindeutet.

Die Berufssektoren IT- und naturwissenschaftliche Dienstleistungsberufe sowie die sogenannten sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungsberufe

⁴ Der überwiegende Teil entfällt dabei auf die duale Ausbildung. Jedoch kann auch im Rahmen anderer Ausbildungsformen – etwa bei vergüteten Praktika oder einem praktischen Jahr – eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorliegen.

(darunter Berufe im Bereich Sicherheit, Verkehr, Logistik und Reinigung) verharren seit Jahren auf einem konstanten, vergleichsweise niedrigen Niveau, ohne bedeutende Veränderungen.

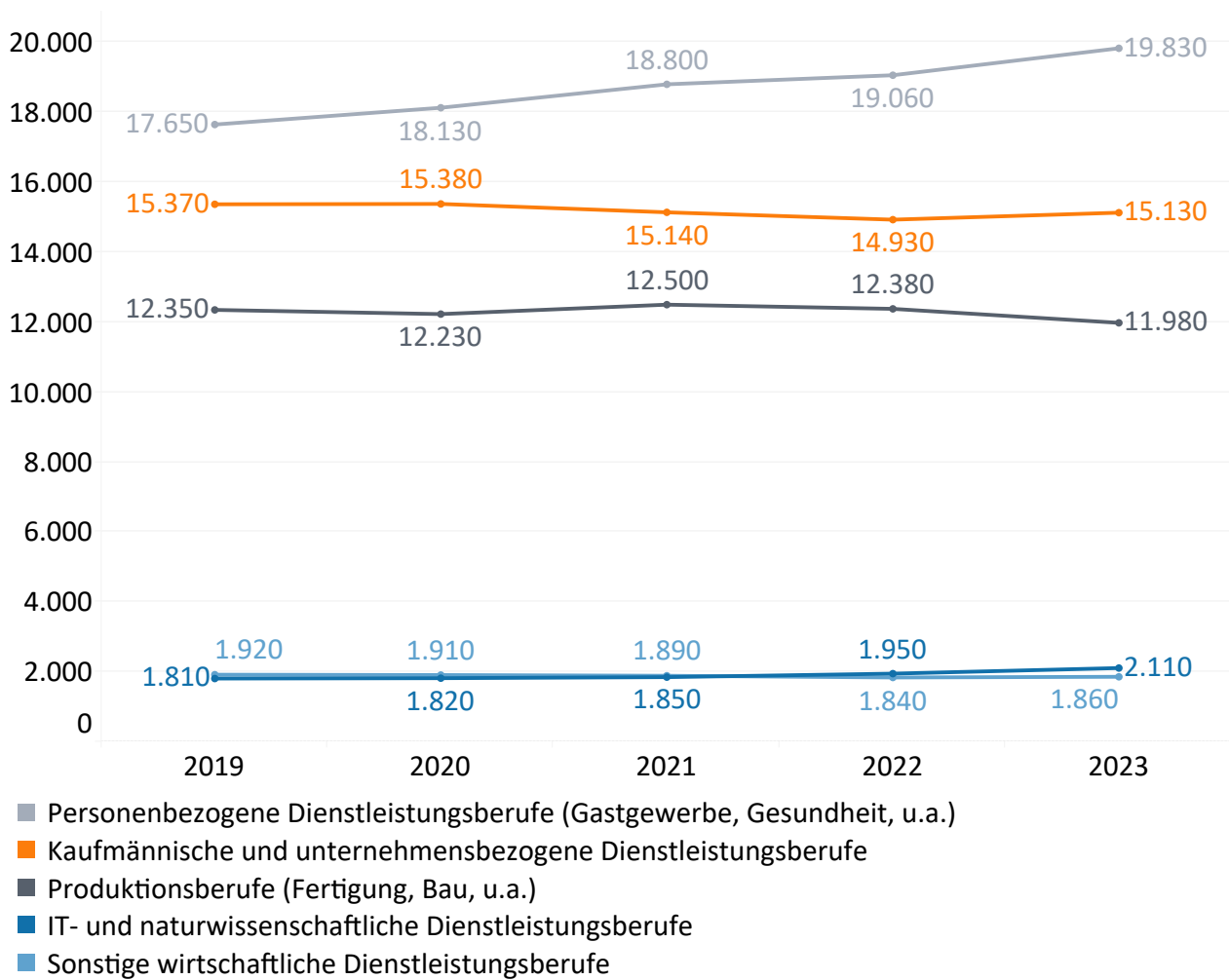


Abbildung 5: Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden in Berlin nach Berufssektor und Jahr

Stichtag jeweils 30.09. Eigene Darstellung nach BA 2025a © Minor

Über 14.000 neue Aus- bildungsverträge pro Jahr in Berlin – hohe Vertragslösungsquote

Nach dem markanten Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in den Jahren der COVID-19-Pandemie stabilisiert sich deren Zahl seit 2021. Zwischen 2021 und 2024 werden jährlich durchschnittlich 14.106 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Im Jahr 2023 liegt die Zahl bei 14.139 – ein leichter Rückgang von 0,8 % im Vergleich zum Vorjahr (2022: 14.256).

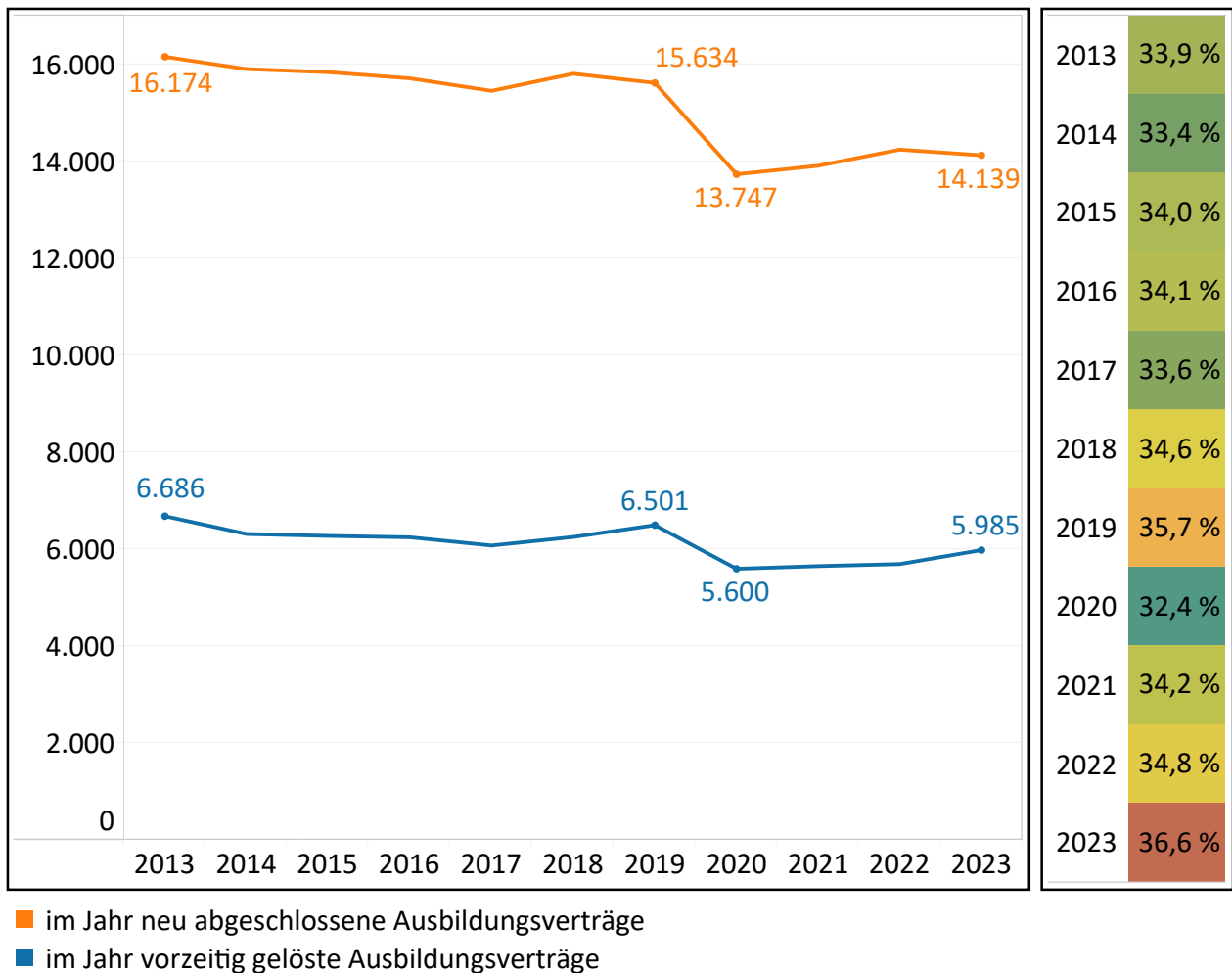


Abbildung 6: Anzahl von im Jahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Berlin und Anzahl von im Jahr vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen⁵ im Zeitverlauf, Vertragslösungsquote im Zeitverlauf (rechte Spalte)

Stichtag jeweils 31.12. Eigene Darstellung nach Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2024b; BIAJ 2024 © Minor

Die Zahl der vorzeitig gelösten Verträge steigt dagegen: Während 2013 noch 33,9 % der Auszubildenden vorzeitig enden, liegt die Vertragslösungsquote 2023 bei 36,6 % – das entspricht 5.985 gelösten Verträgen (2022: 5.697). Damit endet über ein Drittel der Auszubildenden vorzeitig. Besonders häufig geschieht dies im ersten Ausbildungsjahr: 61,5 % der Vertragslösungen entfallen auf diesen Zeitraum, weitere 27,1 % auf das zweite Ausbildungsjahr. Mehr als ein Drittel (35,7 %) der Vertragslösungen erfolgt innerhalb der Probezeit.

Im bundesweiten Vergleich liegt Berlin mit seiner Vertragslösungsquote deutlich über dem Durchschnitt von 29,7 % (BIAJ 2024). Dieser Befund ist jedoch kein isoliertes Berliner Phänomen: Ein Anstieg der Vertragslösungen lässt sich in nahezu allen Bundesländern und Personengruppen

⁵ Vorzeitige Vertragslösungen in der dualen Berufsausbildung erfolgen in der Regel entweder durch einen Aufhebungsvertrag oder durch Kündigung. Aus der Berufsbildungsstatistik lässt sich jedoch nicht ableiten, ob eine solche vorzeitige Vertragslösung tatsächlich zu einem vollständigen Abbruch der Ausbildung geführt hat (BiBB 2025).

beobachten, was auf eine generelle Entwicklung innerhalb des dualen Ausbildungssystems hinweist (BMBF 2024a: 91-93). Dabei gilt es zu differenzieren: Eine Vertragslösung ist nicht zwangsläufig mit einem vollständigen Ausbildungsabbruch gleichzusetzen. Viele Auszubildende wechseln lediglich in einen anderen Beruf oder eine alternative Ausbildungsform und bleiben somit im System der beruflichen Bildung verankert (ebd.).

Die Ursachen für Vertragslösungen sind komplex und vielschichtig. Sie beruhen selten auf einem einzelnen Faktor, sondern entstehen aus einem Zusammenspiel individueller (z. B. Motivation, Leistungsfähigkeit), betrieblicher (z. B. Ausbildungsqualität, Konflikte mit Ausbilder*innen) sowie arbeitsmarktbezogener Bedingungen (Uhly & Neises 2023: 13). Dabei nehmen Betriebe und Auszubildende die Gründe unterschiedlich wahr: Während Unternehmen häufig fehlende Leistungsbereitschaft und Motivation kritisieren, berichten Auszubildende eher von unzureichender Kommunikation, Problemen im Betriebsklima und schlechten Arbeitsbedingungen (G.I.B. 2024).

Ein zentraler Faktor ist die Passung von Berufswunsch und Ausbildungsberuf: Je größer der Kompromiss bei der Berufswahl, desto höher das Risiko einer vorzeitigen Vertragslösung (Siembab et al. 2023; Holtmann & Solga 2022; Ahrens et al. 2021, zit. in Uhly & Neises 2023: 13).

Arbeitskräfteengpass in Berlin: Prognostizierter Fachkräftemangel von 414.000 bis 2035

Nach Prognosen des IHK-Fachkräftemonitors steht Berlin im Jahr 2035 vor einem erheblichen Engpass von rund 414.000 Fachkräften (IHK Berlin 2024a). Neben dem altersbedingten Renteneintritt der geburtenstarken Jahrgänge („Babyboomer“) verschärft der demografische Wandel diese Entwicklung (ebd.; Bertelsmann Stiftung & Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. 2024: 7). In Berlin zählen insbesondere das Gesundheits- und Pflegewesen, die Informations- und Kommunikationstechnologie mit Schwerpunkt Digitalisierung sowie der Tourismus- und Gastgewerbesektor zu den am stärksten vom Fachkräftemangel betroffenen Branchen (IHK Berlin 2024b).

Der prognostizierte derart ausgeprägte Fachkräftemangel stellt nicht nur ein erhebliches wirtschaftliches Risiko für die Stadt Berlin dar – etwa in Form von Wachstumshemmnissen oder einer Gefährdung kritischer Infrastrukturen – (IHK Berlin 2024b), sowie in Konsequenz der Senkung des Wohlstands, sondern kann sich langfristig auch strukturell auf den Ausbildungsbereich auswirken. Gerade in Berlin besteht die Gefahr, dass eine unzureichende Infrastruktur im Ausbildungsbereich – insbesondere der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und attraktiven Ausbildungsbedingungen – einen Rückkopplungseffekt erzeugt: Weniger Auszubildende verschärfen den bestehenden Fachkräftemangel weiter, was sich wiederum negativ auf die Ausbildungsqualität und -attraktivität auswirkt. Es droht ein sich selbst verstärkender Kreislauf, den politische Maßnahmen gezielt und frühzeitig durchbrechen müssen.

Empfehlungen zur Stärkung des Ausbildungsbereichs angesichts des Fachkräftemangels

Angesichts des bereits bestehenden und voraussichtlich weiterhin anhaltenden Fachkräftemangels ist es von strategischer Bedeutung, Berlin als attraktiven Standort für Fachkräfte langfristig zu stärken. Die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen für junge Menschen ist entscheidender Faktor zur nachhaltigen Fachkräftesicherung und eröffnet für

Berlin die Chance, sich gezielt als attraktiver Ausbildungs- und Arbeitsort zu positionieren. Denn laut einer (bundesweiten) Befragung der Bertelsmann Stiftung wünschen sich Jugendliche und junge Erwachsene von der Politik mehr Unterstützung bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum während der Ausbildungszeit (Bertelsmann Stiftung 2024a: 18).

Ein weiterer zentraler Lösungsansatz besteht in der verstärkten Investition von Unternehmen in die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte (IHK Berlin 2024a). Dies umfasst nicht nur die Ausweitung des Angebots an Ausbildungsplätzen, sondern erfordert auch gezielte Maßnahmen zur qualitativen Weiterentwicklung der Berufsorientierung. Hierzu zählen insbesondere eine individualisierte Begleitung von jungen Menschen bei der Berufsorientierung, verbesserte Transparenz und Zugänglichkeit relevanter Informationsangebote sowie der Ausbau von Kooperationen zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben. Durch eine verstärkte betriebliche Präsenz im schulischen Umfeld können Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt reduziert werden. Ein frühzeitiger Kontakt zwischen Jugendlichen und Unternehmen fördert das gegenseitige Verständnis für Erwartungen, Anforderungen und Entwicklungsperspektiven. Auf diese Weise lassen sich betriebliche Bedarfe und die beruflichen Interessen junger Menschen wirksamer miteinander in Einklang bringen. Obwohl Studien belegen, dass praktische Einblicke – etwa durch Betriebsbesichtigungen – einen hohen Wirkungsgrad in der beruflichen Orientierung entfalten, bieten aktuell lediglich rund 50,0 % der Ausbildungsbetriebe solche Formate an (Bertelsmann Stiftung 2024: 4).

Darüber hinaus ist die Überprüfung, Optimierung und der bedarfsgerechte Ausbau unterstützender Maßnahmen zur Vermittlung in Ausbildungsplätze und zur Unterstützung während der Ausbildung erforderlich. Auch hier ist die Begleitung statt Verwaltung der jungen Menschen entscheidend (Fabiańczyk et al. 2023: 83). Vor dem Hintergrund des wachsenden Anteils zugewanderter Jugendlicher unter den Auszubildenden in Berlin ist es essenziell, bei der Ausgestaltung solcher Maßnahmen auch migrationsspezifische Anforderungen, insbesondere im Bereich der sprachlichen Förderung, systematisch zu berücksichtigen (Ünsal et al. 2023: 66-67).

Zugleich gewinnt die Förderung der Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung weiter an Relevanz. Angesichts der ungebrochenen Attraktivität von Studiengängen unter jungen Menschen bedarf es einer Stärkung beruflicher Bildungswege, um diese als gleichwertige Alternative sichtbar zu machen.

3.3. Gute Praxis-Beispiele

Die Stadt Berlin sowie zahlreiche Akteur*innen des Berliner Ausbildungsmarktes engagieren sich seit Jahren aktiv, um bestehenden Herausforderungen mit passenden Lösungsansätzen zu begegnen. Zu den besonderen Stärken des Berliner Ausbildungsmarktes zählen das vielfältige Beratungsangebot sowie bewährte Praxislösungen, die sich in der Umsetzung als besonders wirksam erweisen. Im Folgenden werden ausgewählte Maßnahmen exemplarisch als Gute-Praxis-Beispiele vorgestellt.

Gute Praxis bei Versorgungsproblemen: Das Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP)

Das Berliner Ausbildungsplatzprogramm (BAPP) richtet sich an Jugendliche, die trotz mehrfacher Bewerbungen keinen Ausbildungsplatz in ihrem Wunschberuf finden konnten. Jährlich identifiziert das Programm Berufe mit hoher Nachfrage und gleichzeitig begrenztem Ausbildungsplatzangebot. In diesen Berufen werden zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen. Für den BAPP-Ausbildungsstart 2023 waren es 500, durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) geschaffene zusätzliche Ausbildungsplätze. Die Ausbildung erfolgt in einem Verbundmodell: Ein Bildungsdienstleister organisiert die Ausbildung gemeinsam mit einem Berliner Kooperationsbetrieb. Diese Ausbildung entspricht den Anforderungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) bzw. der Handwerksordnung (HwO) und findet an drei Lernorten statt – Bildungsträger, Kooperationsbetrieb und Oberstufenzentrum (OSZ) (zgs consult 2025).

Gute Praxis bei Passungsproblemen: Einstiegsqualifizierung (EQ) z. B. bei den Berliner Wasserbetrieben

Die Berliner Wasserbetriebe bieten im Rahmen der Einstiegsqualifizierung (EQ) ein achtmonatiges Praktikum an, das Jugendlichen grundlegende berufliche Kenntnisse vermittelt. Ziel ist es, Teilnehmende an einen anerkannten Ausbildungsberuf heranzuführen. Pro Jahr stehen zwölf Plätze zur Verfügung. Die Übernahmequote ist hoch: Wer die EQ erfolgreich abschließt, erhält mit großer Wahrscheinlichkeit einen Ausbildungsplatz – unabhängig von Herkunft oder Vorbildung. Die Maßnahme erleichtert insbesondere den Übergang in die betriebliche Ausbildung für Jugendliche mit erschwertem Zugang (Amine El Aryf, Berliner Wasserbetriebe 2023 in Ünsal et al. 2023: 63).

Gute Praxis zur Wissensvermittlung über das Berufsbildungssystem: Berliner Beratung zu Bildung und Beruf

Die Berliner Beratung zu Bildung und Beruf ist ein mehrsprachiges, trägerneutrales Informations- und Beratungsangebot für alle Fragen rund um Ausbildung, Weiterbildung, berufliche (Neu- bzw. Um-)Orientierung und Integration in Arbeit. Zehn Beratungsstellen bieten individuelle Unterstützung zu Themen wie Nachqualifizierung, Finanzierungsmöglichkeiten, Sprachförderung oder dem Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die Beratung ist wohnortnah, kostenfrei, auch ohne Termin zugänglich und wird in zahlreichen Sprachen angeboten, darunter Arabisch, Englisch, Farsi, Polnisch, Türkisch und Spanisch (SenASGIVA 2025).

Gute Praxis im Oberstufenzentrum (OSZ) Gastgewerbe: Integrierte Sprachförderung während der Ausbildung und Unterrichtsmaterialien in einfacher Sprache

Um sprachbedingten Herausforderungen und Ausbildungsabbrüchen im Gastgewerbe entgegenzuwirken, initiierte das OSZ Gastgewerbe vor rund zwölf Jahren einen Runden Tisch mit zentralen Akteuren wie der Industrie- und Handelskammer (IHK), dem deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA), der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) sowie Ausbildungsbetrieben. Ziel war die Entwicklung praxisnaher Lösungen zur sprachlichen Unterstützung neu zugewanderter Auszubildenden. Das daraus entstandene Pilotprojekt ersetzt in den ersten sechs Ausbildungsmonaten den regulären Berufsschulunterricht durch eine intensive berufsbezogene Sprachförderung an zwei Tagen pro Woche. An den übrigen drei Tagen sammeln die Auszubildenden Praxiserfahrung im Betrieb. Der fehlende Schulstoff wird anschließend nachgeholt, entweder durch eine Verlängerung der Ausbildungszeit oder im Anschluss an die Sprachförderung. Die IHK begleitet die Umsetzung und unterstützt Betriebe bei der Anpassung der Ausbildungsgestaltung.

Ein weiterer Erfolgsfaktor ist der Einsatz von Unterrichtsmaterialien in einfacher Sprache, die die Unterrichtsqualität für Nichtmuttersprachler*innen erhöhen. Laut Schulleitung hat sich die Ausbildungsabbruchquote seit Einführung der Maßnahmen deutlich reduziert (Oberstufenzentrum Gastgewerbe Brillat-Savarin-Schule 2023 in Ünsal et al. 2023: 74).

Gute Praxis zur Unterstützung beim Übergang von der Schule in Ausbildung oder Beruf: Berliner Jugendberufsagentur

Die Jugendberufsagentur Berlin (JBA) ist ein kooperatives Beratungsangebot, das junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr beim Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium oder Beruf im Leben unterstützt. An zwölf Standorten, jeweils in einem Berliner Bezirk, arbeiten Expert*innen der Agenturen für Arbeit, der Jobcenter, der Jugendhilfe und der beruflichen Schulen unter einem Dach zusammen. Diese enge Kooperation ermöglicht eine ganzheitliche und individuelle Beratung, die auf die vielfältigen Bedürfnisse der Jugendlichen eingeht. Die JBA bietet umfassende Leistungen an, darunter Berufs- und Studienorientierung, Vermittlung in Ausbildungsplätze, Beratung zu schulischen Qualifizierungswegen sowie Unterstützung bei persönlichen Problemlagen wie Schulden oder Sucht. Ziel ist es, jedem jungen Menschen eine passgenaue Perspektive zu eröffnen und ihn bis zum erfolgreichen Berufsabschluss zu begleiten (JBA Berlin 2025).



4. Berliner Wohnungsmarkt für Auszubildende

4.1. Marktentwicklung und Preistrends

Der Berliner Wohnungsmarkt zählt zu den angespanntesten in Deutschland. Wie in vielen anderen Metropolen übersteigt auch in Berlin die Nachfrage nach Wohnraum das vorhandene Angebot deutlich. Diese Schieflage verschärft sich in den letzten Jahren weiter – insbesondere durch das anhaltende Bevölkerungswachstum, das unter anderem durch die Fluchtmigration im Zuge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zusätzlich beschleunigt wird.

Charakteristisch für Berlin ist in diesem Zusammenhang der vergleichsweise hohe Anteil nichtdeutscher Staatsangehöriger: Ende 2024 besitzt rund ein Viertel (24,9 %) der Berliner Bevölkerung keine deutsche Staatsbürgerschaft (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2024c). Im Jahr 2024 ziehen mehr als doppelt so viele Nichtdeutsche wie Deutsche nach Berlin. Der gesamte Wanderungsgewinn entfällt ausschließlich auf Personen ohne nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, während bei Zugezogenen mit deutscher Staatsangehörigkeit ein negatives Wanderungssaldo zu verzeichnen ist (Destatis 2025).

Bis 2040 fehlen
222.000 neue
Wohnungen

Der aktuelle Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040 (StEP Wohnen 2040) beziffert den Wohnraumbedarf bis 2040 auf rund 222.000 neue Wohnungen. Die Berechnung berücksichtigt dabei eine prognostizierte Bevölkerungszunahme um 187.000 Personen⁶, was einem Anstieg von etwa fünf Prozent entspricht. Besonders stark ist die Nachfrage derzeit im unteren und mittleren Preissegment. Der größte Mangel besteht bei mittelgroßen bis großen Wohnungen (70 bis 100 Quadratmeter), bei denen das Angebot im unteren Preissegment besonders knapp ist (IBB 2024a: 6). Zur Entlastung des Markts strebt der Berliner Senat an, bis 2026 jährlich mindestens 20.000 neue Wohnungen zu errichten (SenStadt 2025a: 20-21).

Berlin auf Platz 3 der
niedrigsten Leerstands-
quoten in Deutschland

Ein zentraler Indikator für die strukturelle Knappheit auf dem Markt ist die Leerstandsquote. Diese befindet sich in Berlin seit Jahren auf einem extrem niedrigen Niveau: In den Jahren 2022 und 2023 beträgt sie lediglich 0,3 %, nach 0,8 % im Jahr 2021 und noch 1,5 % im Jahr 2014. Der deutlichste Rückgang erfolgte zwischen 2021 und 2022, was vermut-

⁶ Die Einschätzung bezieht sich auf den Zeitraum 2021 bis 2040.

lich im Zusammenhang mit der verstärkten Fluchtmigration infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stehen kann. Bundesweit liegt die Leerstandsquote derzeit bei etwa 2,5 % (Statista 2025). Nur München (0,1 %) sowie Frankfurt, Freiburg und Münster (jeweils 0,2 %) weisen noch geringere Quoten auf (ebd.).

Die genannten Werte beziehen sich auf den marktaktiven Leerstand vollausgestatteter Geschosswohnungen gemäß CBRE-empirica-Leerstandsindex.⁷ Daneben erhebt auch der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) Leerstandsquoten unter seinen Mitgliedsunternehmen. Diese fallen mit 1,6 % im Jahr etwas höher aus.⁸

Es zeigen sich dabei deutliche Unterschiede: Während die Leerstandsquote bei BBU-Wohnungsgenossenschaften 2023 bei lediglich 0,9 % liegt, ist sie bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen mit 2,1 % deutlich höher (SenStadt 2025b). Die Hauptursachen für den Leerstand bei den BBU-Wohnungsunternehmen werden hauptsächlich mit Sanierungsmaßnahmen und Mieterwechseln erklärt (BBU 2024). Die geringe Leerstandsquote insgesamt erschwert Umzüge innerhalb der Stadt erheblich und bietet kaum Puffer zur Abfederung von Nachfrageschwankungen.

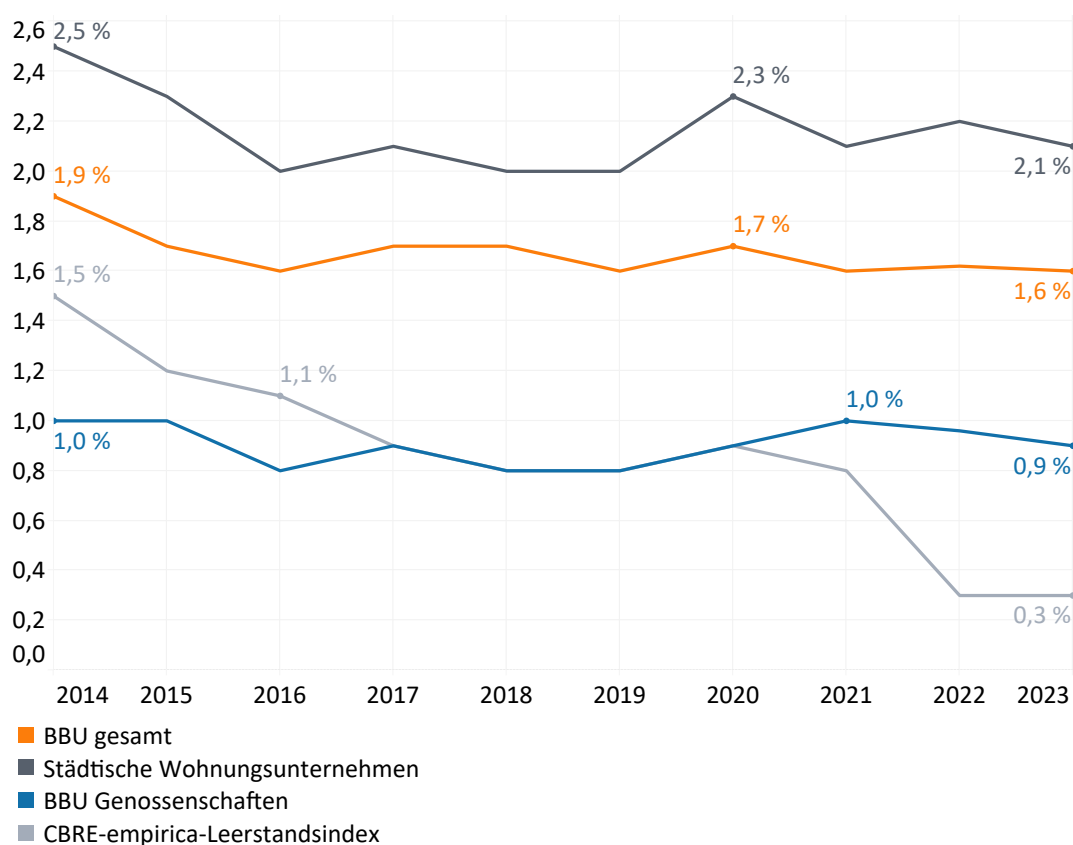


Abbildung 7: Entwicklung verfügbarer Leerstandsquoten in Berlin nach Wohnungsbeständen
Eigene Darstellung nach SenStadt 2025b (Sonderanfrage) © Minor

⁷ Der CBRE-empirica-Leerstandsindex bezieht sich auf den marktaktiven Leerstand, d.h. er umfasst leerstehende, objektiv bewohnbare Geschosswohnungen, die entweder unmittelbar vermietbar sind oder mittelfristig (innerhalb von sechs Monaten) wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt werden können (Empirica regio 2025).

⁸ Die vom BBU und von den landeseigenen Wohnungsunternehmen berichteten Leerstände umfassen auch nicht markttaktive Wohnungen, etwa solche in Sanierung, im Umbau,

Rasante Mietpreisentwicklung: Anstieg der Nettokaltmiete in den letzten zehn Jahren um + 91 % (Euro/pro m²)

Die hohe Nachfrage und das knappe Angebot führen zu stetig steigenden Mieten. In Berlin fällt die Mietpreisentwicklung besonders dynamisch aus: Die durchschnittliche Nettokaltmiete steigt von 8,25 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2014 auf 15,74 Euro im Jahr 2024, was einem Zuwachs von 91 %⁹ entspricht (Abbildung 8).

Insbesondere in den letzten Jahren war die Mietpreisdynamik bemerkenswert hoch: Zwischen 2022 und 2023 steigen die durchschnittlichen Angebotsmieten sprunghaft um 2,45 Euro pro Quadratmeter (+21,2 %). Zwischen 2023 und 2024 ist der Anstieg etwas moderater: die Mieten steigen um weitere 1,75 Euro pro Quadratmeter (+12,5 %). Im bundesweiten Vergleich 2024 belegt Berlin mit seiner durchschnittlichen Angebotsmiete Platz drei der teuersten Großstädte Deutschlands – hinter München (21,69 Euro pro Quadratmeter) und Frankfurt am Main (16,24 Euro pro Quadratmeter) (Berlin Hyp & CBRE 2025: 9-10). Im Vergleich mit den anderen Top-7-Städten¹⁰ zeigt Berlin zudem den stärksten Anstieg der letzten Jahre (ebd.).

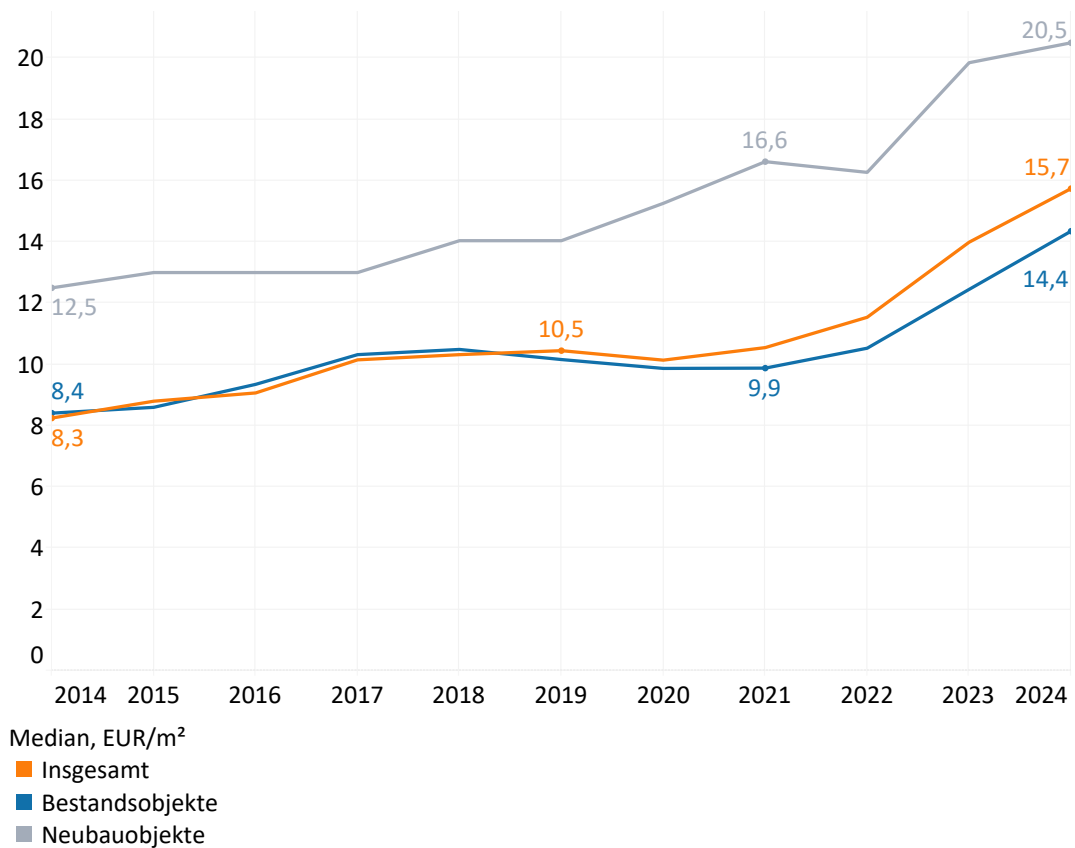


Abbildung 8: Entwicklung der Angebotsmieten im Zeitverlauf in Berlin (in Euro pro Quadratmeter, nettokalt)

Eigene Darstellung nach SenStadt 2025c (Sonderanfrage). Bestandsobjekte: 2014-2020 Median des IV. Quartals, ab 2021 Jahresmedian © Minor

mit Zweckbindungen oder bei kurzfristigem Mieterwechsel. Diese werden im Unterschied zum CBRE-Index mitgezählt, wodurch die Leerstandsquote insgesamt höher ausfällt (BBU 2024).

⁹ Grundlage des Werts sind alle im betreffenden Jahr veröffentlichten Mietinserate.

¹⁰ Unter den Top-7-Städten Deutschlands versteht man die sieben einwohnerstärksten Städte: Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart, Düsseldorf.

Die Differenzierung nach Angebotsmieten im Bestand und im Neubau zeigt: Die stärksten Preissteigerungen finden im Bestand statt. Zwischen 2021 und 2024 steigt der Medianpreis bei Bestandswohnungen um fast die Hälfte (45,4 %), während er im Neubau lediglich um 23,5 % zunimmt. Eine mögliche Erklärung dafür ist, dass Neubaupreise bereits ein hohes Niveau erreicht haben und daher weniger stark steigen. Zudem wirkt sich die Angebotsverknappung im Bestand stärker auf die Preise aus – auch weil viele Bestandswohnungen saniert werden (müssen) und die dabei entstehenden Kosten häufig auf die Mieter*innen umgelegt werden.

Zudem sind insbesondere kleine Wohnungen (unter 40 Quadratmeter) und sehr große Wohnungen (90 Quadratmeter und größer) teuer, im Gegensatz zu mittleren Wohnungsgrößen (40 bis unter 90 Quadratmeter), die tendenziell günstiger sind (IBB 2024b: 68; IBB 2023: 76).

Höhe der Angebotsmieten nach Preissegmenten

Zur Analyse der Mietpreisentwicklung nach Preisklassen werden alle Angebotsmieten nach Höhe geordnet und in drei gleich große Gruppen unterteilt, die jeweils ein Drittel der Inserate enthalten. So entstehen ein unteres, mittleres und oberes Preissegment.¹¹ Für jedes Drittel wird der Medianwert berechnet. Im Zeitraum der letzten zehn Jahre steigt der Median der Angebotsmieten im oberen Preissegment besonders stark – seit 2014 um 114,1 % – und liegt im Jahr 2024 bei 23,08 Euro pro Quadratmeter. Auch im mittleren Preissegment zeigt sich ein deutlicher Anstieg: Der Medianwert erhöht sich seit 2014 um 105,5 % und beträgt 2024 18,95 Euro pro Quadratmeter. Im unteren Preissegment fällt der Anstieg mit 69,0 % zwar geringer aus, trifft jedoch einkommensschwächere Haushalte besonders hart. Der Quadratmeterpreis liegt hier 2024 bei 12,40 Euro und damit über dem durchschnittlichen Angebotsmietpreis vor dem starken Preisanstieg im Jahr 2022 (11,54 Euro pro Quadratmeter; Abbildung 8).

Ein Vergleich mit dem Vorjahr (2023) zeigt differenzierte Zuwachsmuster innerhalb der Preissegmente. Prozentual betrachtet verzeichnet das untere Preissegment die stärksten Zuwächse (+12,7 % bzw. +1,40 Euro pro Quadratmeter). Im mittleren Preissegment ist hingegen der absolute Anstieg am höchsten (+1,66 Euro pro Quadratmeter bzw. +9,6 %). Im oberen Preissegment fällt der Anstieg des Medians etwas moderater aus (+4,9 % bzw. +1,08 Euro pro Quadratmeter).

Die Angebotsmieten der LWUs unter dem Berliner Durchschnitt

Im Jahr 2024 liegen die Angebotsmieten der landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWUs, ohne Neubau) bei einem Median von 8,23 Euro pro Quadratmeter (4.100 Inserate; Zunahme der Inserate um rund 41,0 % seit 2023) und damit deutlich unter dem Berliner Durchschnitt (IBB 2024b: 68).

Bemerkenswert ist die homogene Preisstruktur: Drei Viertel der Angebote kosten weniger als 9,35 Euro pro Quadratmeter und befinden sich damit in dem aktuell niedrigsten untersuchten Preissegment (ebd.). Trotz eines Anstiegs von rund 22,0 % gegenüber 2023 bleiben die LWU-Mieten klar unter dem Marktniveau (ebd.).

¹¹ Quelle: Sonderauswertung durch SenStadt (Juni 2025). Datengrundlage: IBB-Wohnungsmarktberichte 2014-2024, Daten der VALUE-Marktdatenbank, eigene Berechnungen von RegioKontext.

Barrierefreie Wohnungen

Von den untersuchten 31.852 Inseraten sind 10,9 % als barrierefrei gekennzeichnet. Unabhängig vom Preissegment liegen deren Angebotsmieten im Median über dem Median aller (nicht barrierefrei und barrierefrei) Wohnungen. Am stärksten fällt der Unterschied im unteren Preissegment aus: Hier beträgt der Medianpreis 14,95 Euro pro Quadratmeter und liegt damit 2,55 Euro über dem Median aller Angebote (12,40 Euro). Dies deutet darauf hin, dass barrierefreie Ausstattungsmerkmale – selbst bei preisgünstigeren Wohnungen – mit einem merklichen Preisaufschlag einhergehen, was die Zugänglichkeit für mobilitätseingeschränkte Haushalte zusätzlich erschweren kann.¹²

Keine signifikante Entspannung zu erwarten

Trotz der bekannten Herausforderungen – fehlender Wohnraum, steigende Preise, anhaltender Zuzug – bleiben die Rahmenbedingungen für den Neubau weiterhin schwierig. Zwar zeigt sich eine leicht wachsende Investitionsbereitschaft im Wohnungsbau, doch Fachkräftemangel und Inflation wirken weiter hemmend (Berlin Hyp & CBRE 2025; IBB 2024a).

Auch wenn sich die Preissteigerung bei Bauleistungen 2023/2024 leicht abschwächt, erschweren vor allem hohe Bau- und Finanzierungskosten weiterhin die Realisierung neuer Projekte (SenStadt 2025d: 7). Vor diesem Hintergrund erwarten Wohnungsmarktextpert*innen keine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen. Eine signifikante Entspannung im Neubausegment ist daher in naher Zukunft nicht zu erwarten (IBB 2024a).

4.2. Bezahlbarkeit und Verfügbarkeit des Wohnraums für Auszubildende

Kaum bezahlbarer Wohnraum für Auszu- bildende verfügbar

Angesichts der anhaltend angespannten Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt stellt sich die Frage, in welchem Umfang Auszubildenden überhaupt bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Die folgende Analyse verfolgt das Ziel, eine grobe Abschätzung der Anzahl an Wohnungs- und WG-Angeboten vorzunehmen, die mit der Ausbildungsvergütung der Berliner Auszubildenden theoretisch finanzierbar wären (Tabelle 4).¹³ Grundlage bildet die auf dem Wohnungsmarkt gängige Faustregel aus Vermieter*innenperspektive, wonach die monatliche Kaltmiete maximal ein Drittel des monatlichen Nettoeinkommens der potenziellen Mieter*innen nicht überschreiten sollte.

Im Jahr 2023 liegt das mittlere Bruttomonatseinkommen (Median) sozialversicherungspflichtig beschäftigter Auszubildenden in Berlin bei 1.135 Euro. Bei einem angenommenen¹⁴ Abzug von rund 20,0 % für Steuern und

¹² Quelle: Sonderauswertung durch RegioKontext (August 2025). Daten der VALUE-Marktdatenbank, eigene Berechnungen von RegioKontext.

¹³ Die Analyse wurde in Anlehnung an die Machbarkeitsstudie „Azubi-Wohnen in Frankfurt am Main“ von Wieland et al. (RegioKontext, 2022), Tabelle 9, S. 25, erstellt.

¹⁴ Das tatsächliche Netto-Einkommen von Auszubildenden variiert individuell. Laut Angaben der Deutschen Rentenversicherung werden durchschnittlich etwa 20,0 % der Ausbildungsvergütung für Sozialabgaben abgezogen. Der hier verwendete Wert stellt daher eine Schätzung dar, die auf dieser Information basiert und für die Zwecke dieser Analyse berechnet wurde.

Sozialabgaben ergibt sich ein geschätztes Netto-Medianentgelt von etwa 908 Euro – was einem theoretisch tragbaren Mietpreis von rund 303 Euro entspricht.

Auf dieser Grundlage werden im Jahr 2023 online ausgeschriebenen Wohnungs- und WG-Zimmer-Angebote auf ca. 60 Internetplattformen in Berlin untersucht. Dabei werden ausschließlich solche Angebote berücksichtigt, deren Kaltmiete (bei Wohnungen) bzw. Gesamt- oder Kaltmiete¹⁵ (bei WG-Zimmern) diesen Grenzwert nicht überschreiten.¹⁶

SV-pflichtig beschäftigte Auszu- bildende	Median- Bruttoentgelt	Ungefähres Median- Nettoentgelt	Rechnerisch bezahlbare Wohnkosten	Bezahlbare WG-Zimmer in Berlin	Bezahlbare Wohnungs- angebote in Berlin
50.910	1.135 €	908 €	~ 303 €	261	987

Tabelle 4: Bezahlbarkeit von WG-Zimmern und Wohnungsangeboten für Auszubildende in Berlin im Jahr 2023

Median-Bruttoentgelt pro Monat von sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden. Sonderauswertung BA 2025b (Stichtag: 31.12.2023). Eigene Berechnung von Nettoentgelten. Bezahlbare Wohnungs- und WG-Zimmer-Angebote nach Sonderauswertung VALUE Marktdatenbank für das Jahr 2023¹⁷ © Minor

¹⁵ Bei WG-Zimmern wird häufig nur die Gesamtmiete angegeben. Der zugrundeliegende Filter bezieht sich daher auf Angebote, bei denen entweder die Kalt- oder die Gesamtmiete unterhalb des definierten Mietgrenzwerts liegt.

¹⁶ Wie im Text erläutert, folgt die Berechnung der 1/3-Faustregel, wobei Vermieter*innen in Städten wie Berlin teils höhere Mietbelastungsquoten akzeptieren – was tendenziell zu einer Unterschätzung verfügbarer Angebote führen kann. Umgekehrt wurden bei WG-Zimmern auch Warmmieten bis 303 Euro berücksichtigt, obwohl sich die Regel streng genommen auf die Kaltmiete bezieht – was das Angebot leistbarer WG-Zimmer potenziell überschätzt. Zudem basiert das angesetzte Ausbildungsentgelt auf dem Median über alle Lehrjahre hinweg, obwohl viele Auszubildende bereits im ersten Lehrjahr auf Wohnungssuche sind, wenn ihr Einkommen typischerweise geringer ausfällt. Insgesamt enthält die Berechnung methodisch bedingte Vereinfachungen mit gegenläufigen Verzerrungstendenzen. Die Werte sind daher als Näherungswerte zu verstehen, die die grundsätzliche Marktverengung für Auszubildende illustrieren.

¹⁷ Die Anzahl der bezahlbaren Wohnangebote wurde unter Berücksichtigung des Filters für Kaltmiete unter dem Grenzwert (Mietwohnungen) sowie entweder Kaltmiete oder Gesamtmiete unter dem Grenzwert (WG-Zimmer) berechnet. Diese Tabelle wurde in Anlehnung an Tabelle 9 (S. 25) der Machbarkeitsstudie Azubi-Wohnen in Frankfurt am Main von Wieland et al. (RegioKontext, 2022) erstellt.

Das Ergebnis: Im Jahr 2023 standen in Berlin den 50.910 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden rechnerisch lediglich 261 WG-Zimmer und 987 Wohnungsangebote auf den Inseratenplattformen zur Verfügung, die unterhalb des genannten Mietgrenzwerts von 303 Euro lagen. Das bedeutet, dass nur für 0,5 % der Auszubildenden ein theoretisch bezahlbares WG-Zimmerangebot und für 1,9 % ein theoretisch bezahlbares Wohnungsangebot zur Verfügung steht. Diese Berechnung zeigt auf, wie stark begrenzt der bezahlbare Wohnraum für Auszubildende in Berlin ist. Dabei ist zu beachten, dass es sich um eine theoretische Verfügbarkeit handelt – die betreffenden Wohnangebote stehen nicht exklusiv Auszubildenden zur Verfügung, sondern stehen allen Wohnungssuchenden offen. Auszubildende müssen sich also im Wettbewerb mit anderen Gruppen behaupten – wie etwa Studierenden, Berufseinsteiger*innen oder Personen mit gesichertem Einkommen und Transferleistungen.

Herausforderungen und Handlungsbedarf

Diese Auswertung verdeutlicht die drastische Begrenzung des tatsächlich bezahlbaren Wohnraums für Auszubildende in Berlin. Besonders betroffen sind Auszubildende in Produktionsberufen, deren Medianbruttoentgelt mit 986 Euro pro Monat (Anhang II) deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Sie haben entsprechend geringere Spielräume auf dem freien Wohnungsmarkt.

Die aktuelle Mietbelastungsstudie der Angewandten Stadtforschung und Mieterberatung (ASUM) zeigt, dass mindestens ein Drittel der Berliner Haushalte, insbesondere Einpersonenhaushalte sowie größere Haushalte ab vier Personen, aufgrund der anhaltend hohen Mietpreise nicht in der Lage ist, aus eigener Kraft eine Wohnung zu finden (Gude et al. 2024: 2). Besonders betroffen sind Einpersonenhaushalte mit niedrigem Einkommen, zu denen viele Auszubildende zählen. Laut ASUM-Studie wenden diese Haushalte durchschnittlich 55,1 % ihres Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete auf (ebd.: 12) – ein Wert, der die allgemein akzeptierte Belastungsgrenze deutlich übersteigt. Auch Fachakteur*innen aus dem Bereich der beruflichen Bildung, die im Rahmen einer qualitativen Erhebung von Minor (2024) befragt wurden, bestätigen, dass Auszubildende, insbesondere solche mit eigener Migrations- oder Fluchtgeschichte, unter den derzeitigen Marktbedingungen kaum Chancen haben, auf dem freien Wohnungsmarkt eine eigene Wohnung zu finden (Fabiańczyk & Er 2024: 9-10). Zusätzlich erschwert wird ihre Situation dadurch, dass ein Großteil des verfügbaren Wohnraums auf Zwei- bis Drei-Personen-Haushalte zugeschnitten ist, was für viele Auszubildende weder bedarfsgerecht noch bezahlbar ist (Metzkow in Fabiańczyk & Er 2024: 8-9).

Langfristig kann geförderter Wohnungsneubau zur Entlastung beitragen. Da neue Wohnungen jedoch oft nicht im Preisrahmen der Auszubildenden liegen, ist kurzfristig vorrangig, bezahlbaren Wohnraum im Bestand – insbesondere im unteren Preissegment – zu sichern (Gude et al. 2024: 30; Kapitel : Lösungsansätze).

4.3. Bestehende Wohnangebote für Auszubildende

Neben eigenen Wohnungen oder Wohngemeinschaften existieren in Berlin auch spezielle Wohnangebote, die sich gezielt an Auszubildende richten – meist in Form von Wohnheimen. Die Abbildung 9 zeigt eine Übersicht der derzeit identifizierbaren Angebote. Die Datengrundlage basiert auf einer umfassenden Recherche¹⁸, erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Während es für Studierende eine Plattform des Studierendenwerks Berlin gibt, über die sie gezielt nach verfügbarem Wohnraum in Berliner Wohnheimen suchen können¹⁹, fehlt eine vergleichbare Übersicht für Auszubildende. Dies erschwert die selbstständige Informationssuche nach passenden Angeboten erheblich. Eine mögliche Lösung könnte in der Einrichtung einer zentralen Azubi-Wohnraumbörse liegen (Lösungsansatz 1, Kapitel 6.2.1). Die bestehenden Angebote lassen sich in drei unterschiedliche Kategorien einteilen:

Wohnheime exklusiv für Auszubildende

Einige Wohnanbieter richten sich mit ihren Angeboten ausschließlich an Auszubildende. Dazu gehören zwei Standorte von Berlinovo sowie zwei Wohnheime des Kolping Jugendwohnens.²⁰ Letztere verstehen sich als sozialpädagogisch begleitetes Azubi- und Jugendwohnen.²¹ Berlinovo ist derzeit das einzige landeseigene Wohnungsunternehmen, das Wohnheime ausschließlich für Auszubildende betreibt. Zudem ist es aktuell das landeseigene Wohnungsunternehmen mit der größten Anzahl an geschaffenen Wohnplätzen für diese Zielgruppe. Auch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften GESOBAU und GESOBAG bieten Wohnraum an, der sich auch an Auszubildende richtet – allerdings nicht exklusiv, sondern im Rahmen gemischter Zielgruppen und in geringerem Umfang.

Wohnangebote von Arbeitgebern

Anders als früher stellen Arbeitgeber heute ihren Beschäftigten nur noch selten eigenen Wohnraum zur Verfügung. In Berlin konnten im Rahmen der Recherche lediglich wenige Beispiele identifiziert werden: Ein Apartmenthaus für Anwärter*innen der Polizei und Feuerwehr in Kooperation mit Berlinovo sowie zwei Standorte der Johannisstift Diakonie. Diese stellt

¹⁸ Für die Recherche wurden neben der eigenständigen Erhebung die 20 größten Berliner Arbeitgeber (in Anlehnung an die jährliche Befragung der IHK (IHK Berlin 2021: 1)) kontaktiert; etwa die Hälfte hat auf Anfrage reagiert. Zudem erfolgte eine Anfrage bei allen landeseigenen Wohnungsunternehmen bezüglich spezifischer Wohnangebote für Auszubildende. Die Angaben beziehen sich somit auf die Aussagen der Anbieter selbst bzw. auf Informationen aus dem Internet.

¹⁹ Online verfügbar unter: <https://www.stw.berlin/wohnen/>.

²⁰ In Berlin-Mitte befindet sich derzeit ein drittes Wohnheim des Kolping Jugendwohnens im Bau.

²¹ Am Beispiel des Standorts Oberschöneweide zeigt sich folgende Belegungsstruktur: Die Hälfte der Plätze ist für das Jugendwohnen im Rahmen der Jugendhilfe vorgesehen und wird ausschließlich von Berliner Jugendlichen genutzt. Die andere Hälfte entfällt auf das Azubiwohnen, das als private Vermietung erfolgt. Etwa ein Drittel der Auszubildenden stammt aus Berlin, während zwei Drittel aus anderen Regionen Deutschlands oder dem europäischen Ausland kommen.

nach eigenen Angaben zwei „Schülerhäuser“ bereit – ein Gebäude mit Gemeinschaftsbädern im Stil eines Hostels sowie ein Mehrfamilienhaus (Johannesstift Diakonie 2024 in Fabiańczyk & Er 2024: 28).

Mischangebote für Studierende und Auszubildende

Ein großer Rest der identifizierten Wohnangebote in Berlin richtet sich primär an Studierende, steht jedoch auch Auszubildenden offen. Diese sogenannten Mischangebote umfassen sowohl Studierendenwohnheime, als auch kommerzielle Anbieter von teuren möblierten Mikroapartments (ein Beispiel hierfür ist „Felixx Student Home“, früher „Smartments“, in dem ein Einzelapartment ab rund 660 Euro pro Monat kostet). Der Zugang zu solchen Angeboten bleibt für viele Auszubildende mit begrenztem Ausbildungsentgelt daher eingeschränkt.

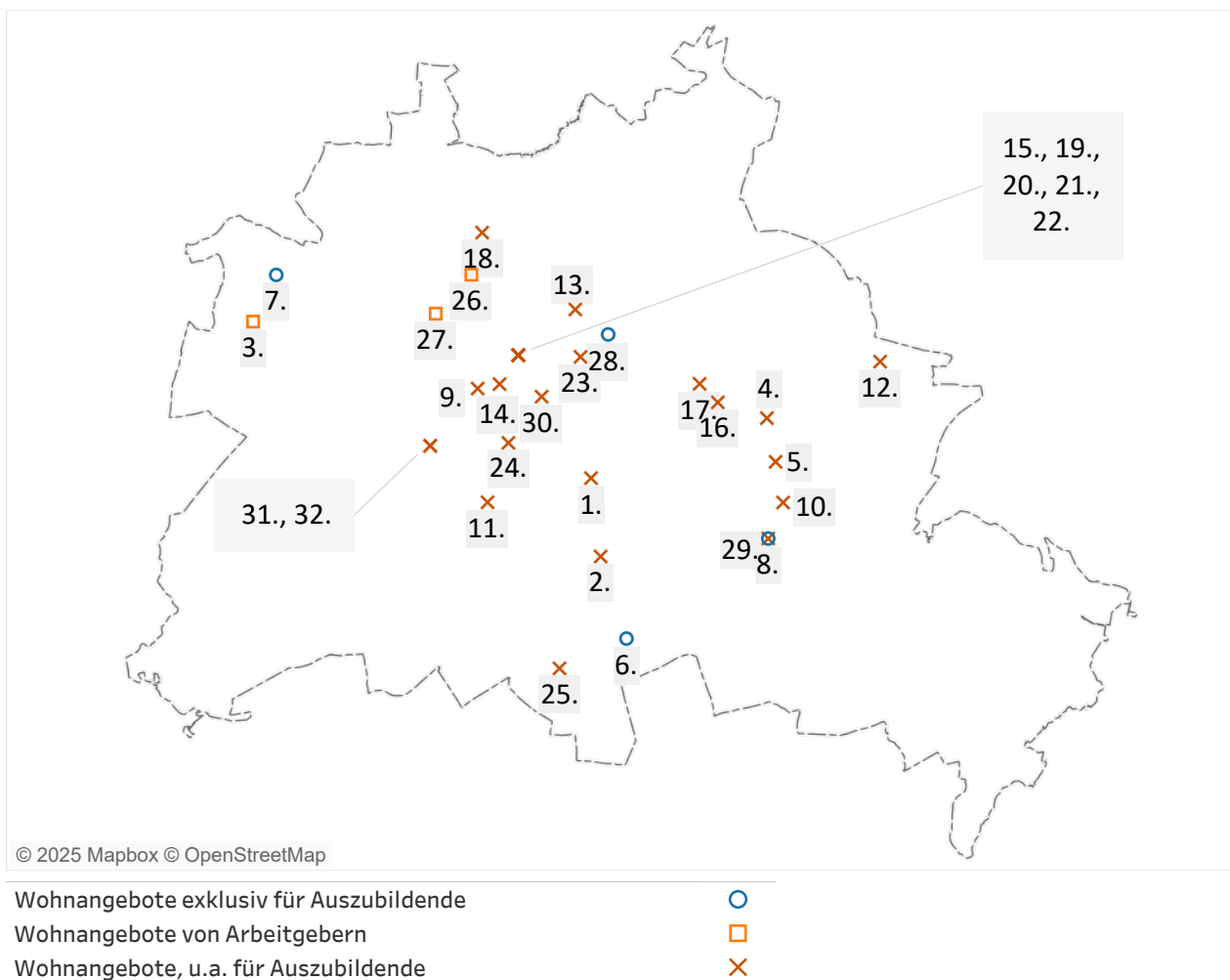


Abbildung 9: Standorte der Wohnangebote für Auszubildende in Berlin

Eigene Erhebung. Kartendarstellung nach OpenStreetMap © Minor

1.	BagUp, Jugendwohnen im Kiez, Friedrichshain-Kreuzberg	×
2.	BagUp, Jugendwohnen im Kiez, Tempelhof-Schöneberg	×
3.	Berlinovo (Kooperation mit Polizei usw.), Spandau	□
4.	Berlinovo, Lichtenberg	×
5.	Berlinovo, Lichtenberg	×
6.	Berlinovo, Neukölln	○
7.	Berlinovo, Spandau	○
8.	Berlinovo, Treptow-Köpenick	×
9.	Felixx Student Home, Charlottenburg	×
10.	Felixx Student Home, Lichtenberg	×
11.	Gesobau, Charlottenburg	×
12.	Gesobau, Marzahn-Hellersdorf	×
13.	Gesobau, Mitte	×
14.	Gewobag, Mitte	×
15.	Gewobag, Mitte	×
16.	Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Lichtenberg	×
17.	Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Lichtenberg	×
18.	Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Mitte	×
19.	Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Mitte	×
20.	Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Mitte	×
21.	Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Mitte	×
22.	Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Mitte	×
23.	Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Mitte	×
24.	Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Mitte	×
25.	Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung, Tempelhof-Schöneb..	×
26.	Johannesstift Diakonie, Spandau	□
27.	Johannesstift Diakonie, Spandau	□
28.	Kolping Jugendwohnen e.V., Prenzlauer Berg	○
29.	Kolping Jugendwohnen e.V., Treptow-Köpenick	○
30.	Moab, Berliner Stadtmission, Mitte	×
31.	Wohnheim Berlin, Förderkreis Junge Politik, Charlottenburg	×
32.	Wohnheim Berlin, Förderkreis Junge Politik, Charlottenburg	×

Verfügbarkeit und Preisstruktur

Die ergänzenden Angaben zur Anzahl und Art sowie zum Preis der Zimmer in den jeweiligen Standorten aus der Abbildung 9 sind im Anhang III ab Seite 105 aufgeführt. Die dargestellten Standorte umfassen insgesamt 1.625 Wohnplätze, die zumindest potenziell für Auszubildende zugänglich sind. Diese Zahl ist als Schätzwert²² zu verstehen.

Auf Grundlage der Erhebungen lässt sich festhalten, dass ein deutlicher Mismatch zwischen Angebot und Nachfrage besteht: Die meisten befragten Wohnraumanbieter berichten von einer deutlich höheren Nachfrage als verfügbarer Kapazität.

Die niedrigsten Mietpreise finden sich bei öffentlich geförderten oder von Arbeitgebern unterstützten Angeboten – etwa bei der Johannesstift Diakonie, im Polizei-/Feuerwehr-Apartmenthaus oder im Kolping Jugendwohnen. Hier beginnen die Monatsmieten bei 300 bis 350 Euro und entlasten damit Auszubildende finanziell deutlich stärker als marktübliche Angebote.

²² Der Grund dafür ist, dass nicht von allen Anbietern belastbare Angaben zur Anzahl der Plätze und zur Belegungsstruktur vorliegen.

4.4. Weitere Unterstützungsstrukturen für Auszubildende

Finanzielle Unterstützung in dualer und schulischer Ausbildung

Vor dem Hintergrund wachsender Herausforderungen im Bereich der Wohnraumbeschaffung und -finanzierung stehen Auszubildenden verschiedene finanzielle und soziale Unterstützungsangebote zur Verfügung. Diese Unterstützungsstrukturen gelten als wesentliche Stärke des bestehenden Ausbildungssystems, da sie zur sozialen Absicherung und zur Stabilisierung von Ausbildungslaufbahnen beitragen.

Im dualen Ausbildungssystem stellt die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) eine zentrale Förderleistung für Auszubildende dar. Sie wird von der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellt und richtet sich an Auszubildende, deren Ausbildungsvergütung nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt – insbesondere in einer eigenen Wohnung – zu bestreiten (BA 2025c).

Anspruchsberechtigt sind Auszubildende mit einem Ausbildungsvertrag in einem anerkannten Ausbildungsberuf, sofern sie nicht mehr im elterlichen Haushalt leben und darüber hinaus mindestens eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen: Volljährigkeit, Zusammenleben mit Partner*in, Betreuung eines eigenen Kindes oder Teilnahme an ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen wie der Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (BvB) oder der Assistierten Ausbildung (AsA). Die Fördervoraussetzungen werden individuell geprüft; entscheidend sind u. a. die Ausbildungsvergütung sowie das Einkommen der Eltern oder Partner*in. Die BAB wird ab dem Monat der Antragstellung für die Regelausbildungsdauer gewährt und muss nicht zurückgezahlt werden (ebd.).

Trotz dieser Möglichkeiten ist die tatsächliche Inanspruchnahme gering: Im Jahr 2023 erhalten in Berlin lediglich 2.291²³ Auszubildende BAB (BA 2025d) – das entspricht rund 4,5 % aller sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden in der Stadt.²⁴

Für schulische Ausbildungen bietet das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) eine zentrale finanzielle Unterstützungsform. Anspruch haben Schüler*innen mit unzureichendem eigenem oder elterlichem Einkommen, die eine förderfähige Ausbildung absolvieren und bei Ausbildungsbeginn jünger als 45 Jahre sind (BMBF 2024b). Die Förderhöhe richtet sich nach pauschalisierten Bedarfssätzen und berücksichtigt Einkommens- und Vermögensfreibeträge. Auch das Schüler-BAföG wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt (ebd.). Laut Angaben des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg erhalten im Jahr 2023 insgesamt 45.201 Personen BAföG, darunter 7.812²⁵ Schüler*innen der Berufsfachschulen im Rahmen der Berufsausbildung (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2024d). Damit entfällt etwa 17,3 % aller BAföG-Geförderten in Berlin auf diese Schulart.

²³ Jahresdurchschnittswert vom Bestand Leistungsempfänger BAB.

²⁴ Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Auszubildenden beträgt zum 31.12.2023 51.180 Personen (BA 2025a).

²⁵ Es werden hierbei nur Berufsfachschulen berücksichtigt; andere Schularten der beruflichen Bildung sind nicht enthalten. Die Zahl bezieht sich auf alle Geförderten im Jahr 2023; monatliche Schwankungen bleiben unberücksichtigt.

Beratung und soziale Begleitung

Eine weitere potenzielle Unterstützung stellt **das Wohngeld** dar – ein staatlicher Zuschuss zu den Wohnkosten für Personen mit geringem Einkommen (BMWSB 2025). Anspruch besteht für Mieter*innen, Untermieter*in einer Wohnung oder eines Zimmers sowie Eigentümer*innen, die ihren Wohnraum selbst nutzen. Die Höhe des Wohngeldes bemisst sich anhand der Haushaltsgröße, des Gesamteinkommens sowie der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung im Fall von Eigentum. Die Leistung wird jedoch nur gewährt, wenn keine anderen Förderungen (BAB oder BAföG) bezogen werden, da diese die Wohnkosten bereits abdecken sollen (ebd.).

Über finanzielle Leistungen hinaus bestehen ergänzende soziale Beratungs- und Begleitangebote, die auf die besonderen Herausforderungen beim Übergang ins selbstständige Wohnen reagieren.

Ein Beispiel hierfür ist die **Auszugsberatung der Jugendberufshilfe Mitte**, ein Angebot des Jugendamts im Bezirk Berlin-Mitte (Bezirksamt Mitte 2025). Es richtet sich an junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren, die eine eigene Wohnung beziehen möchten und Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts vom Jobcenter erhalten. Vor Bewilligung entsprechender Unterstützungsleistungen fordert das Jobcenter die Betroffenen auf, eine Stellungnahme des zuständigen Jugendamts einzuholen, das den geplanten Auszug zu prüfen und ggf. zu befürworten hat. In einem persönlichen Beratungsgespräch werden die individuelle Lebenslage sowie die Begründung für den Auszugswunsch erörtert. Daraufhin erfolgt die Erstellung einer Stellungnahme zur Vorlage beim Jobcenter (ebd.).

Ein weiteres Angebot ist die Hilfeform „**Hilfe für junge Volljährige**“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Sie richtet sich an volljährige junge Menschen mit Unterstützungsbedarf – etwa aufgrund von Ausbildungsabbrüchen, Obdachlosigkeit, psychischen Belastungen oder Suchtproblemen (SenBJF 2025). Die Hilfe umfasst Beratung, Begleitung bei Behördengängen, Unterstützung bei Wohnungssuche oder Zugang zu Therapieangeboten. Die Leistungen sind individuell zugeschnitten und enden in der Regel mit dem 21. Lebensjahr, können aber bei Bedarf verlängert werden. Auch nach erfolgreicher Verselbstständigung besteht die Möglichkeit einer weiteren Beratung (ebd.).

Beispiel guter Praxis: Social B&B von Gangway e.V. (Teil 1)

Social B&B ist ein Projekt von Gangway e. V., das sich zum Ziel gesetzt hat, jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 27 Jahren in schwierigen Lebenslagen den Zugang zu Wohnraum in Berlin zu erleichtern. Gerade für junge Menschen ohne materielle Sicherheiten oder mit Unterstützungsbedarf ist der Berliner Wohnungsmarkt nahezu unzugänglich. Social B&B setzt genau hier an: Es vermittelt nicht nur Wohnraum in Kooperation mit Partner*innen aus der Wohnungswirtschaft, sondern begleitet die Jugendlichen auch pädagogisch beim Übergang in ein selbstständiges Leben (Gangway 2023: 37).

Beispiel guter Praxis: Social B&B von Gangway e.V. (Teil 2)

Das Projekt basiert auf den beiden Säulen „Bett“ und „Bildung“. Neben der konkreten Wohnungsvermittlung werden junge Menschen in sogenannten Wohntrainings gezielt auf das eigenständige Wohnen vorbereitet. Dabei geht es um alltagspraktische Kompetenzen wie Haushaltsführung, Mietrecht, Umgang mit Behörden und Budgetplanung. Social B&B versteht sich zudem als Plattform der Vernetzung: In regelmäßigen Austauschformaten bringt das Projekt Akteur*innen aus Sozialarbeit, Politik, Verwaltung und Wohnungswirtschaft zusammen, um gemeinsame Lösungen für strukturelle Zugangsbarrieren zu entwickeln. Ein zentraler Erfolgsfaktor ist die enge Zusammenarbeit mit engagierten Vermieter*innen und Wohnungsunternehmen, die bereit sind, jungen Menschen faire Wohnchancen zu eröffnen (Gangway 2025).

Betriebe sehen das Problem – handeln jedoch kaum

Interviews mit den größten Ausbildungsbetrieben Berlins im Jahr 2024 zeigen, dass viele Arbeitgeber die Auswirkungen der Wohnraumsituation auf die Ausbildung erkennen. Insbesondere wird auf Fälle hingewiesen, in denen Ausbildungsplätze nicht angenommen werden, weil geeigneter Wohnraum fehlt (Fabiańczyk & Er 2024: 18-22).

Dennoch bleiben betriebliche Unterstützungsmaßnahmen meist begrenzt. Abgesehen von wenigen Ausnahmen, in denen Betriebe eigenen Wohnraum zur Verfügung stellen – wie im vorangegangenen Kapitel ausgeführt –, beschränkt sich das Engagement überwiegend auf indirekte Hilfestellungen. Dazu zählen unter anderem die Vermittlung von Kontakten zu Wohnungsanbietern, die Bereitstellung von Informationsmaterialien, Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen sowie finanzielle Zuschüsse für Pendler*innen (ebd.). Die Schaffung eigenen Wohnraums wird häufig mit dem Verweis abgelehnt, dass dies nicht in deren Kompetenzbereich falle.

Auch die Berliner Industrie- und Handelskammer (IHK) sowie die Handwerkskammer Berlin (HWK) nehmen die Wohnproblematik zunehmend in den Fokus ihrer Arbeit. Die IHK veröffentlicht im Jahr 2024 die Ergebnisse ihrer Umfrage, in der sie die Auswirkungen der Wohnraumsituation auf die Ausbildung aus Sicht der Berliner Unternehmen untersucht. In einer im Mai 2024 durchgeführten Umfrage, an der 155 Betriebe teilnehmen, geben 42 % der Unternehmen an, dass die angespannte Wohnraumsituation ein Hindernis bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen darstellt. Darüber hinaus berichten 26 % der befragten Betriebe, ihre Auszubildenden aktiv bei der Wohnungssuche zu unterstützen. 22 % gewähren ihren Auszubildenden Zuschüsse zu Fahrtkosten (IHK Berlin 2024c). Die Handwerkskammer Berlin führt zwischen Oktober 2024 und Januar 2025 eine Blitzumfrage durch, um die Bereitschaft der Mitgliedsbetriebe zur Unterstützung im Bereich Wohnen zu erheben. Mehr als die Hälfte der befragten Betriebe zeigt sich grundsätzlich bereit, Auszubildende finanziell bei der Wohnungssuche zu unterstützen. Über 70 % signalisieren die Bereitschaft, ihren Auszubildenden zusätzlich zum Ausbildungsgehalt Zuschüsse in Höhe von bis zu 200 Euro monatlich zu gewähren; im Durchschnitt beträgt die Zahlungsbereitschaft 109 Euro (bezogen auf eine Warmmiete von 500 Euro) (HWK 2025).

Diese Daten zeigen: Das Problembewusstsein in der Wirtschaft ist vorhanden, ebenso wie eine grundsätzliche Bereitschaft zur Unterstützung. Gleichzeitig bleiben betriebliche Maßnahmen bislang lückenhaft und auf wenige Vorreiter beschränkt.

Dabei folgt die Bereitstellung von Werks- oder Beschäftigtenwohnungen durch Unternehmen und deren Inanspruchnahme durch Beschäftigte unterschiedlichen Motivlagen. Auf Unternehmensseite stehen strategische Ziele wie Fachkräftegewinnung, Leistungssteigerung und Fluktuationsreduzierung. Beschäftigte hingegen schätzen vor allem den Zugang zu Wohnraum, geringere Kosten und die Nähe zum Arbeitsplatz (Voigtländer et al. 2024: 35-36). Damit wird deutlich, dass Werkswohnungen für beide Seiten potenzielle Vorteile bieten, jedoch jeweils unterschiedlichen Zielsetzungen dienen.



5. Einschätzungen und Erfahrungen von Auszubildenden in Berlin

5.1. Methodik der Untersuchung

Ziel der Studie ist es, die Perspektive der Auszubildenden ganzheitlich zu erfassen und in die Machbarkeitsstudie einzubringen. Dafür führt das Forschungsteam zu Beginn eine empirische Untersuchung durch, um die Sichtweisen der Auszubildenden systematisch zu erfassen und in die Studie einfließen zu lassen. Die Zielgruppe sind volljährige Auszubildende in Berlin oder anderen Bundesländern sowie an einer Ausbildung in Berlin Interessierte.

Die Untersuchung besteht aus einer quantitativen **Online-Befragung** sowie einer qualitativen Erhebung in Form von Einzelinterviews und einer Fokusgruppe. Die Online-Befragung dient dazu, die Einschätzungen einer möglichst großen Zahl von Auszubildenden zu erfassen – Ausbildungsinteressierte werden hingegen nur in geringer Zahl erreicht (21 Personen).

Sie findet im Zeitraum von sieben Wochen, vom 2. Januar bis zum 24. Februar 2025, über die Plattform SoSci Survey statt. Um eine möglichst hohe Reichweite und Teilnahmequote zu erreichen, verbreitet das Forschungsteam die Befragung in Kooperation mit relevanten Akteur*innen des Ausbildungsbereichs, darunter u.a. Berufsschulen, Gewerkschaften, Jugendberufsagenturen, Ausbildungsbetriebe, die Industrie- und Handelskammer (IHK), die Handwerkskammer (HWK), die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) sowie die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (Haupt-JAV). Zusätzlich schaltet das Team eine umfangreiche Online-Mediakampagne mit gezielter Bewerbung in sozialen Medien wie Facebook, Instagram und Telegram. Insgesamt nehmen 3.195 Personen an der Befragung teil, von denen 2.953 Antworten ausgewertet werden können, darunter 2.210 vollständig ausgefüllte Fragebögen. Zur tiefergehenden Exploration spezifischer Themenfelder führt das Forschungsteam **digitale Einzelinterviews sowie eine analoge Fokusgruppe** durch. Die Einzelgespräche dauern maximal 60 Minuten. Für die Teilnahme wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 35 Euro pro Person ausgezahlt. Insgesamt finden acht Einzelinterviews statt und eine Fokusgruppe mit elf Auszubildenden sowie Ausbildungsvertreter*innen der Berliner Wasserbe-

triebe, in der ausgewählte Fragestellungen der qualitativen Untersuchung im Gruppengespräch von über zwei Stunden behandelt werden.

Die Fragebögen der quantitativen und qualitativen Befragungen entstehen in enger Abstimmung mit Vertreter*innen der SenASGIVA. Führende Akteure der beruflichen Bildung in Berlin, darunter IHK, HWK, Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) und DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, erhalten vor Beginn der Erhebung die Möglichkeit, Anmerkungen einzubringen, die soweit möglich berücksichtigt werden. Vor Beginn der Untersuchung stellt das Forschungsteam sicher, dass alle Teilnehmenden eine informierte Einwilligungserklärung erhalten, in der Zweck, Umfang und Dauer der Datenerhebung sowie die Freiwilligkeit der Teilnahme erläutert werden. Die erhobenen Daten werden anonymisiert ausgewertet und ausschließlich für wissenschaftliche Zwecke genutzt.

Die Stichprobe wird als *Convenience Sampling*²⁶ realisiert. Die Auswertung der erhobenen Daten erfolgt mit sozialwissenschaftlichen Analyseprogrammen wie STATA, MAXQDA und Excel und wird grafisch mit Tableau und Canva aufbereitet.

5.2. Inhalte der Befragungen

Sowohl die Online-Befragung als auch die qualitative Datenerhebung fokussiert sich auf die Wohn- und Lebenssituation von Auszubildenden sowie auf ihre spezifischen Wohnbedürfnisse. Im Zentrum steht dabei nicht die Abfrage unverbindlicher Wunschvorstellungen im Sinne eines „wünsch dir was“, sondern die Frage nach konkreten Lösungen. Dabei wird untersucht, ob ein Bedarf an Azubiwohnheimen besteht und welche konkreten Erwartungen Auszubildende an solche Wohnform richten. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt liegt auf der Frage, welche Art von Unterstützung Auszubildende neben dem Wohnen für ihre Ausbildung benötigen.

Die Antworten auf die offenen Fragen der Online-Befragung wertet das Forschungsteam thematisch aus, clustert diese nach Schwerpunkten und integriert sie als Zitate oder Abbildungen in die Studie. Die Ergebnisse der qualitativen Befragungen in Form von Einzelinterviews und der Fokusgruppe fließen ebenfalls zusammenfassend sowie in Form von Zitaten beschreibend in die Studie ein.

²⁶ Beim Convenience Sampling werden Teilnehmende nicht zufällig ausgewählt, sondern aufgrund ihrer einfachen Erreichbarkeit oder Verfügbarkeit (Stratton 2021). Aufgrund der Rekrutierungsmethode ist eine Repräsentativität der Ergebnisse für alle Auszubildenden in Berlin nicht gewährleistet. Es besteht die Möglichkeit einer Verzerrung, da insbesondere Auszubildende mit hoher digitaler Affinität oder besonderem Interesse am Thema überrepräsentiert sein könnten.

5.3. Soziodemografisches Profil der Befragten

Geschlechter ausgewogen, überwiegend jung

Die Befragten verteilen sich hinsichtlich des Geschlechts nahezu gleichmäßig: 48,9 % der gültigen Antworten (n = 2.597) entfallen auf weiblich, 46,7 % auf männlich. Weitere 1,7 % der Befragten identifizieren sich als divers, 2,7 % machen keine Angabe.

Über drei Viertel (76,9 %) der Befragten sind zwischen 18 und 24 Jahre alt. Die restlichen 23,1 % sind 25 Jahre oder älter, davon 14,0 % zwischen 25 und 29 Jahren, 6,8 % zwischen 30 und 39 Jahren und lediglich 2,3 % sind 40 Jahre oder älter (Abbildung 10).

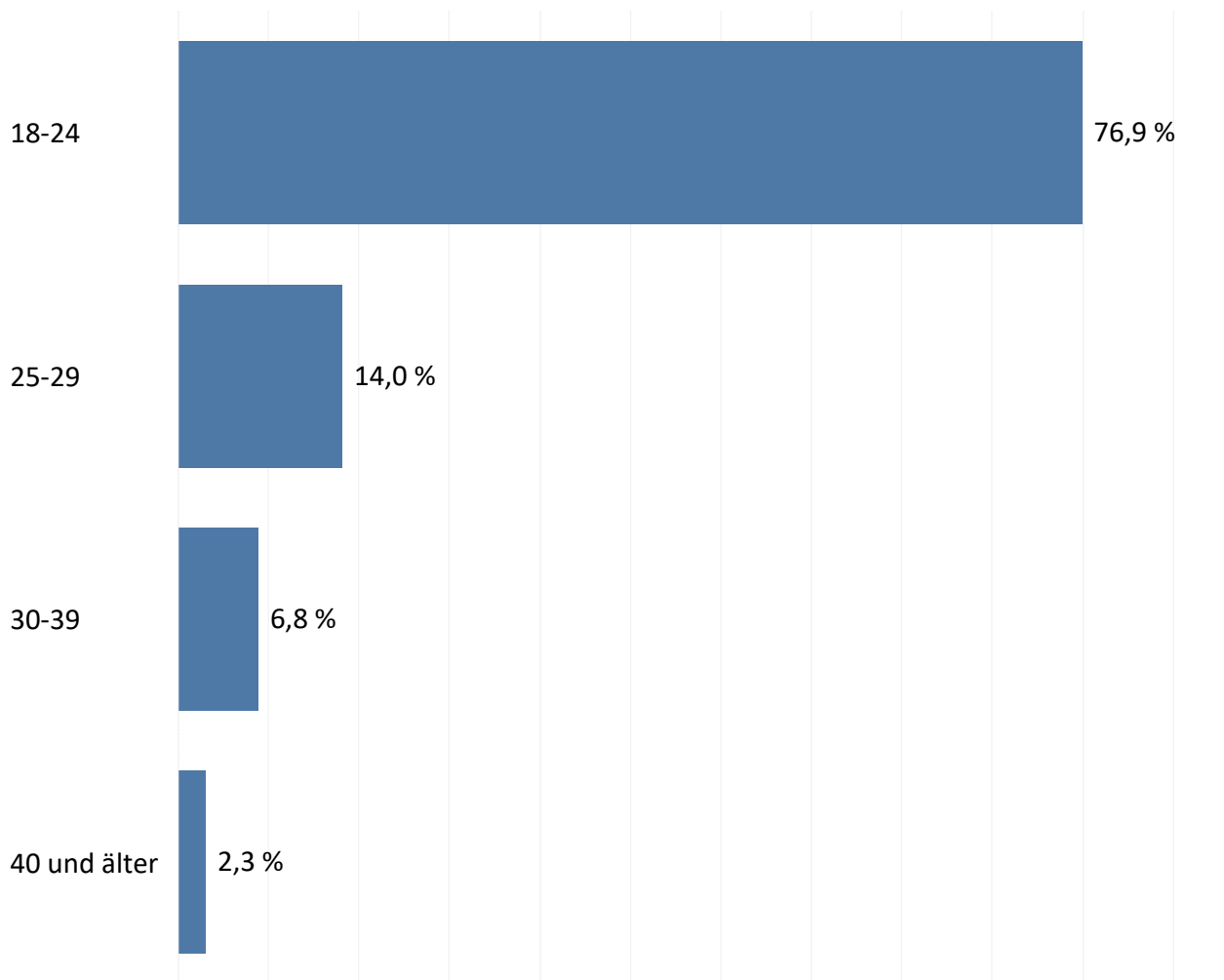


Abbildung 10: Antworten auf die Frage: „Wie alt sind Sie?“

n = 2.598 © Minor

Befragte überwiegend aus Berlin

Die überwiegende Mehrheit der Befragten (82,3 %) lebt zum Zeitpunkt der Erhebung in Berlin. Weitere 16,8 % wohnen im benachbarten Brandenburg, lediglich 0,9 % sind in einem anderen Bundesland ansässig (Abbildung 11).

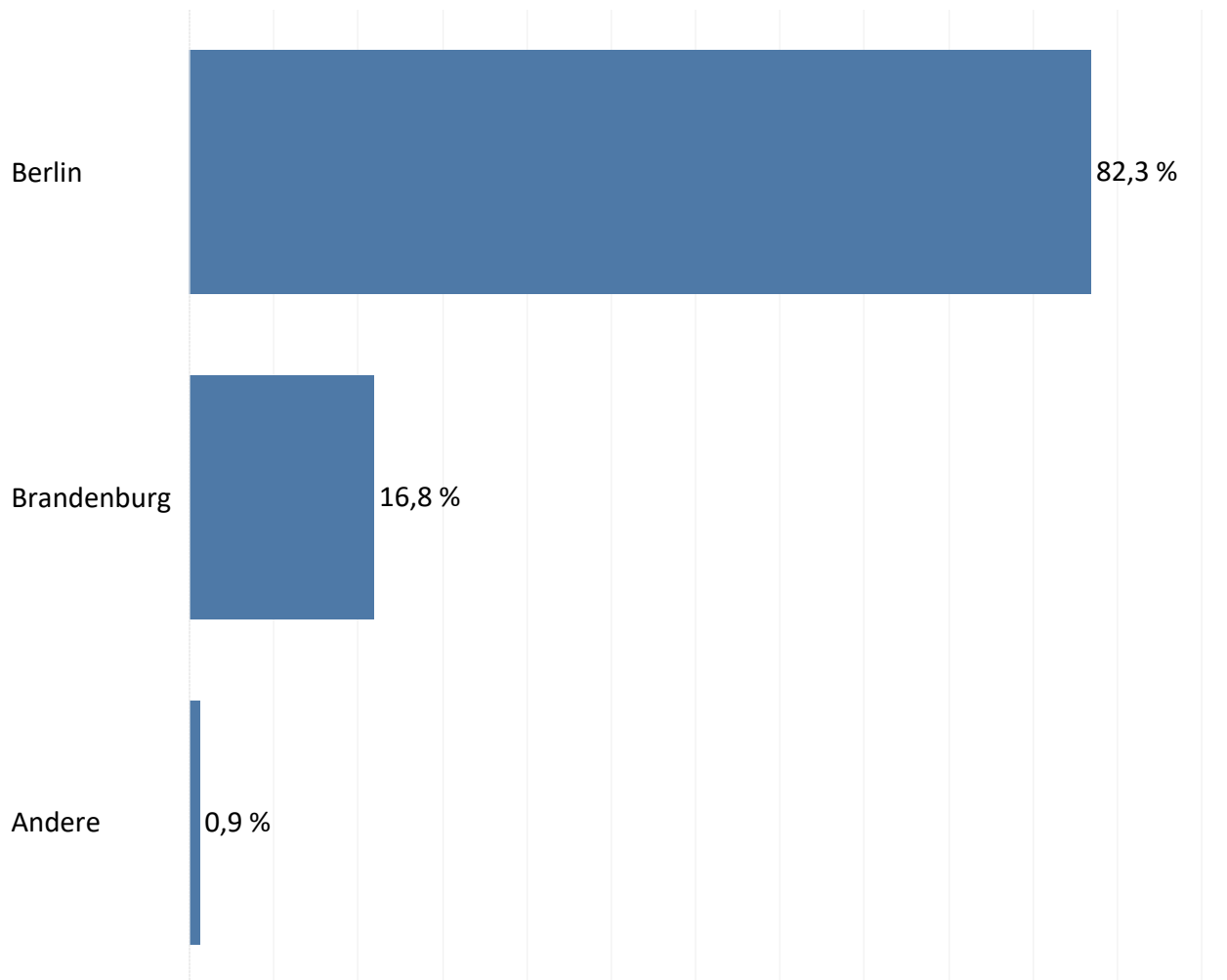


Abbildung 11: Antworten auf die Frage: „In welchem Bundesland leben Sie aktuell?“

n = 2.598 © Minor

Fast 30,0 % der in Berlin lebenden Befragten sind Zugezogene

Von den in Berlin lebenden Personen stammen 70,9 % (n = 2.136) ursprünglich ebenfalls aus Berlin. Die übrigen 29,1 % sind zugezogen, entweder aus einem anderen Bundesland oder aus dem Ausland. Eine große Gruppe unter den Zugezogenen kommt aus dem Ausland (194 Personen), gefolgt von Brandenburg (82 Personen). Die restlichen 346 Zugezogenen stammen aus anderen Teilen Deutschlands.

Mehrheit deutsch, international vielfältig

Die große Mehrheit der Befragten (88,6 % bei n = 2.596) besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Davon verfügen 82,9 % ausschließlich über die deutsche Staatsangehörigkeit, während 5,8 % zusätzlich eine oder mehrere weitere Staatsangehörigkeiten besitzen. Die übrigen 11,4 % sind Nicht-deutsche und stammen aus über 30 verschiedenen Herkunftsländern, am häufigsten genannt werden die Ukraine (20 Personen), Syrien (16 Personen) und Vietnam (13 Personen).

Familiensituation der Befragten

Die Mehrheit der Befragten hat keine Kinder (91,8 % bei n = 2.527). 8,2 % geben an, mindestens ein Kind zu haben; innerhalb dieser Gruppe haben 54,3 % ein Kind, 34,1 % zwei Kinder und 11,5 % mehr als zwei Kinder.

5.4. Wohn- und Lebenssituation der Auszubildenden

Die Hälfte der Befragten lebt bei den Eltern

Die Hälfte (51,0 %) der Befragten wohnt bei Eltern oder Verwandten. Etwa ein Drittel (33,3 %) lebt in einer eigenen Wohnung (zur Miete oder im Eigentum), 11,8 % wohnen in WG's und ein kleiner Anteil (2,3 %) lebt in Wohnheimen. Besorgniserregend sind 0,8 % der Befragten (21 Antworten), deren Angaben auf (verdeckte) Wohnungslosigkeit hinweisen²⁷, etwa „ich wohne mal hier, mal dort“, „bei einem Kumpel“, „im Hotel“ oder „auf der Couch bei einer Freundin“.

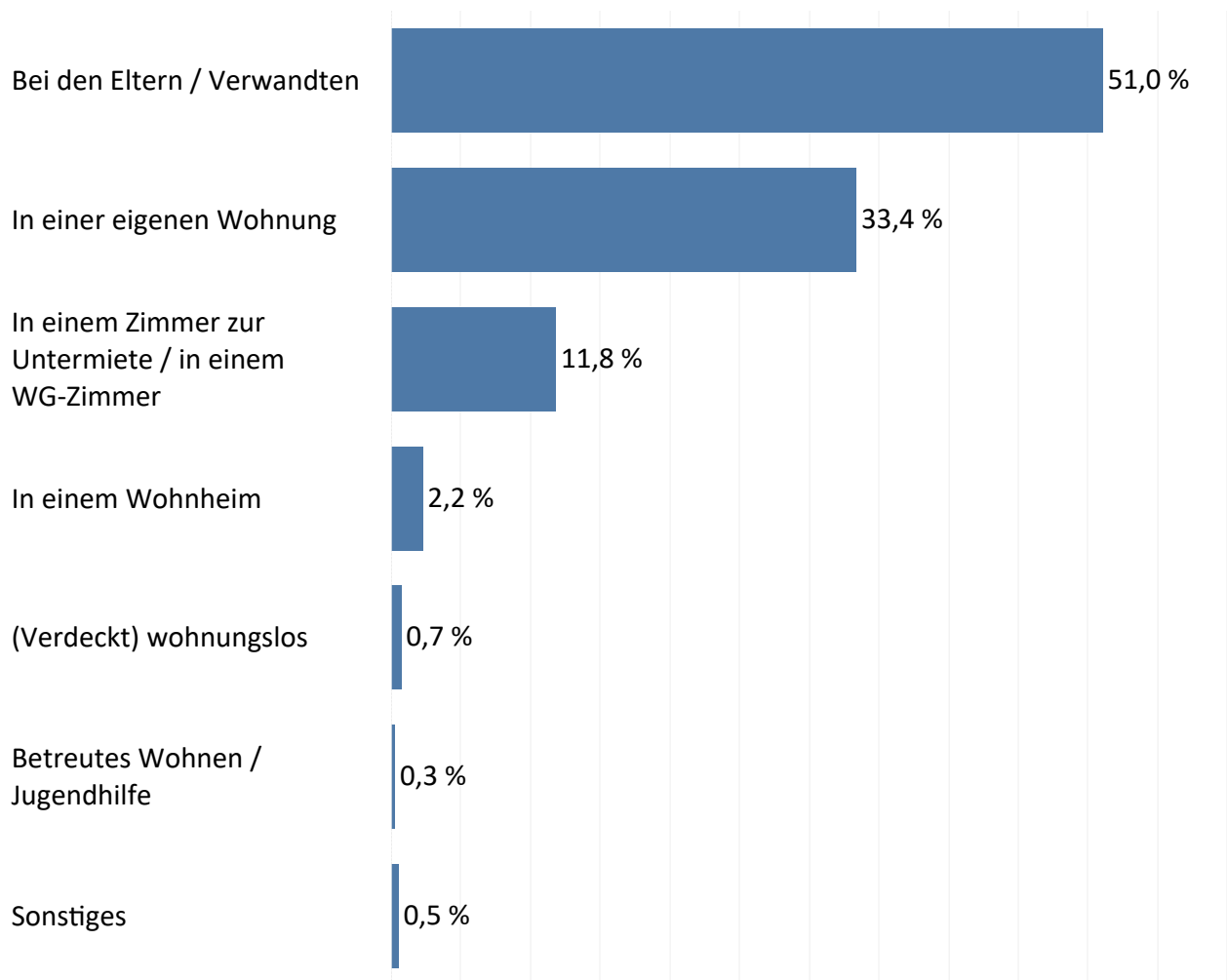


Abbildung 12: Antworten auf die Frage: „Wie leben Sie aktuell (während der Woche)?“

n = 2.594 © Minor

Wohnform variiert mit Alter und Staatsangehörigkeit

Die häufigste Wohnform verändert sich mit steigendem Alter. Während 61,1 % der 18-24-Jährigen bei Eltern oder Verwandten wohnen und nur 25,1 % eine eigene Wohnung haben, wohnen von den 25-29-Jährigen bereits 52,3 % in einer eigenen Wohnung und nur noch 23,1 % bei Eltern oder Verwandten.

²⁷ Diese Antworten werden unter „Sonstiges“ angegeben und aufgrund ihrer Relevanz in der Auswertung als eigene Kategorie unter „(verdeckt) wohnungslos“ berücksichtigt.

Auch bei der Staatsangehörigkeit zeigen sich Unterschiede: Nichtdeutsche Befragte (n = 295) leben häufiger in Untermiet- oder WG-Zimmern (32,5 %; Deutsche: 17,2 %) und seltener bei Eltern oder Verwandten (30,2 %; Deutsche: 53,0 %) oder in einer eigenen Wohnung (23,1 %; Deutsche: 61,2 %). Ein Grund hierfür könnte sein, dass die Familien vieler nichtdeutscher Befragter nicht in Berlin leben.

Jede dritte Person
ist mit der aktuellen
Wohnsituation (sehr)
unzufrieden

33,2 % der Befragten, die diese Frage beantworten (n = 2.437), geben an, unzufrieden oder sehr unzufrieden mit ihrer aktuellen Wohnsituation zu sein. Unter den nichtdeutschen Befragten fällt der Anteil höher aus: 44,4 % äußern Unzufriedenheit, gegenüber 31,8 % der deutschen Befragten. Am zufriedensten sind diejenigen, die in einer eigenen Wohnung leben (55,3 % sind zufrieden oder sehr zufrieden).

Wohnungssuche:
besonders schwer für
Nichtdeutsche

Für viele Auszubildende gestaltet sich die Wohnungssuche in Berlin als sehr schwierig. Auszubildende, die nicht bei Eltern bzw. Verwandten wohnen und ihre aktuelle Unterkunft in Berlin finden mussten, berichten mehrheitlich von großen Herausforderungen. 73,4 % (bei n = 990) bewerten ihre Wohnungssuche als schwierig oder sehr schwierig ein. Unter nichtdeutschen Befragten liegt dieser Anteil sogar bei 86,0 % (n = 179). Als zentrale Hindernisse werden vor allem hohe Mietpreise und Finanzierbarkeit des Wohnraums genannt. Viele Befragte berichten, dass ihr Ausbildungsgehalt nicht ausreicht, um die inserierten Mieten zu bezahlen bzw. beim Auswahlverfahren durch die Vermietende in Betracht gezogen zu werden. Dies bestätigt die Berechnungen zur Bezahlbarkeit des Wohnraums für Auszubildende im Kapitel 4.2. und wird beispielhaft an diesen Zitaten sichtbar:

„Aufgrund des geringen Gehalts als Auszubildende ist es unmöglich, eine eigene Wohnung zu finden. Die Mietpreise sind zu hoch, die Kautions nicht stemmbar“ (Auszubildende, 19 Jahre).

„Das schwierigste war, dass man nur an bezahlbaren Wohnraum durch Bekanntschaften kommt oder eine Miete bezahlt, die mindestens 60,0 % der eigenen Vergütung (brutto) ausmachen“ (Auszubildender, 21 Jahre).

Auch die hohe Nachfrage auf dem Berliner Wohnungsmarkt bei gleichzeitig geringem Angebot wird häufig thematisiert. Befragte berichten, dass sie trotz zahlreicher Bewerbungen nicht zu Besichtigungen eingeladen oder im Auswahlverfahren abgelehnt werden.

„[...] Auf eine Wohnung kommen hunderte Bewerber und die Mietpreise übersteigen oft das Einkommen“ (Auszubildender, 18 Jahre).

„Die Wohnungssuche in Berlin ist für mich äußerst schwierig aus verschiedenen Gründen. Zum einen sind die günstigen Studentenwohnheime, die [vorrangig, Anm. d. A.] nur für Studierende zugänglich sind, sehr begrenzt und die meisten sind bereits ausgebucht. Zudem ist es nahezu unmöglich, eine Wohnung mit einem WBS zu finden, da die Nachfrage sehr hoch und das Angebot entsprechend gering ist [...]. Zusammengefasst ist die Wohnungssuche aufgrund der extrem hohen Nachfrage, der eingeschränkten Möglichkeiten für Azubis und der finanziellen Hürden sehr frustrierend“ (Auszubildende, 28 Jahre alt).

Auszubildende berichten, dass sie ihre aktuelle Unterkunft nur durch einen Zufall bzw. Empfehlung durch den Familien- bzw. Freundeskreis bekommen:

„Beworben auf mehr als 300 Wohnungen. Zwei Einladungen zur Besichtigung. Hatte Glück als Nachmieter einer Freundin vorgeschlagen zu werden“ (Auszubildender, 29 Jahre).

Hinzu kommt, dass Vermieter*innen Auszubildenden oft eine unzureichende Bonität unterstellen und Bürgschaften der Eltern verlangen, die nicht alle vorlegen können. Weitere Schwierigkeiten, die genannt werden, sind lange Wartezeiten (z. B. bei den Wohnungsgenossenschaften bzw. bei Beantragung vom Wohnberechtigungsschein), schlechte Bedingungen des Wohnraums, der in Frage käme – in Bezug auf Lage, Anbindung und Zustand sowie Betrugsversuche. Die emotionale Belastung der Wohnungssuche wird von den Auszubildenden folgendermaßen beschrieben:

„Als ich eine Wohnung in Berlin gesucht habe, ging es mir relativ schlecht. Das war sehr nervenaufreibend, das hat sehr viel meiner Zeit gefressen [...]. Ich war immer nur am Handy und hab nach Wohnungen gesucht und das hat sich auch auf meine Konzentration auf der Arbeit ausgewirkt [...]. Weil in Berlin ist es so, eine Wohnung geht online und du hast zehn Minuten und dann ist das Angebot wieder weg“ (Auszubildende, in einer Fokusgruppe).

„Auf Kleinanzeigen bieten Menschen teils 5.000-10.000 Euro²⁸ Prämie an, wenn jemand denen eine günstige Wohnung vermitteln kann. Es stresst und macht einen krank, wenn man umziehen muss und nicht weiß, ob man überhaupt eine Wohnung findet“ (Auszubildender, 22 Jahre).

„Es ist sehr viel Stress, eine Wohnung zu suchen, der Zeitaufwand und die Frustration über diese Unsicherheit wirken sich auf die Ausbildung aus. Existenzangst“ (Auszubildende, 35 Jahre).

Berliner Auszubildende pendeln überdurchschnittlich lange

Viele Berliner Auszubildende nehmen lange Pendelstrecken in Kauf. 59,6 % von ihnen geben an, zwischen 30 und 60 Minuten für den einfachen Weg zum Ausbildungsbetrieb bzw. zur Ausbildungsstätte zu benötigen. Weitere 22,6 % pendeln sogar länger als eine Stunde. Lediglich 17,8 % berichten von einem Fahrtweg von unter 30 Minuten. Im bundesweiten Vergleich zeigt sich hingegen ein deutlich anderes Bild: Im Jahr 2021 beträgt der Anteil der Auszubildenden mit Fahrtzeiten unter 30 Minuten deutschlandweit 69,9 %.²⁹

Die durchschnittliche einfache Fahrtzeit der Berliner Auszubildenden beläuft sich auf 51 Minuten. 35,6 % der Befragten (n = 2.436) zeigen sich mit den Fahrzeiten (sehr) unzufrieden.

²⁸ Unsere Nachprüfung auf Ebay-Kleinanzeigen bestätigt, dass Anzeigen zur Vermittlungsprämien für den gefundenen Wohnraum angeboten werden, allerdings handelt es sich um Beträge in Höhe zwischen 400-2.000 Euro.

²⁹ Ein Vergleich ist möglich, da die Frage bewusst in identischer Form wie in der Bewerberbefragung der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung gestellt wurde. Die zugrunde liegenden Daten wurden im Rahmen einer Sonderauswertung an Minor übermittelt. Es handelt sich um eine gewichtete Stichprobe von 3.050 Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung eine Ausbildung in Deutschland (einschließlich Berlin) absolvierten. Die Gewichtung erfolgt auf Basis der Grundgesamtheit aller zum 30.09.2021 bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten Ausbildungsstellenbewerber*innen. Der Vergleich ist nur eingeschränkt aussagekräftig und dient zur Orientierung, da sich die Erhebungszeiträume unterscheiden (Berliner Auszubildende: 2025; bundesweit: 2021).

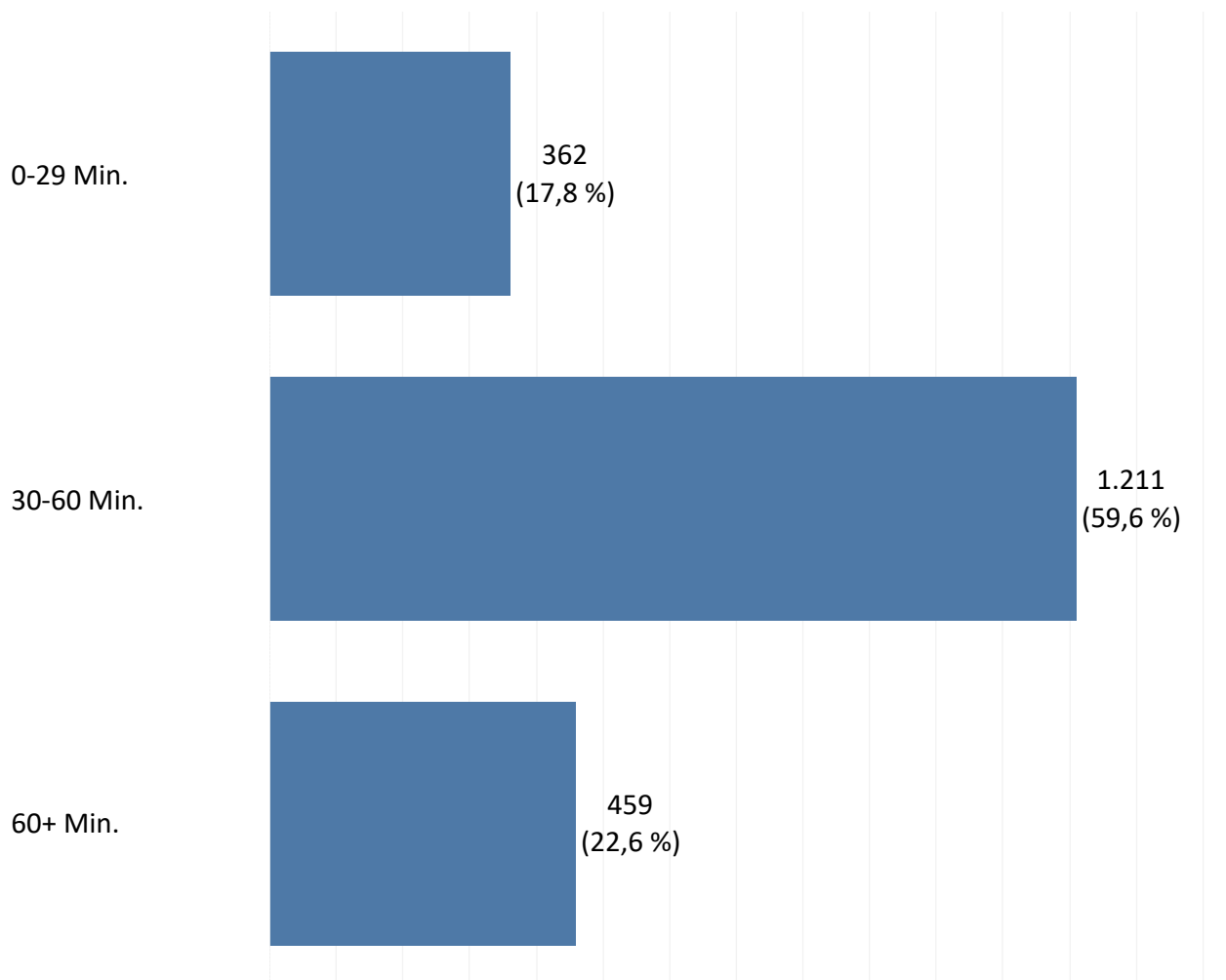


Abbildung 13: Antworten auf die Frage: „Wie lange ist Ihr täglicher Weg zu Ihrem Ausbildungsbetrieb / Ihrer Ausbildungsstelle? Mein Weg dauert ca. ___ Minuten“
 n = 2.594 © Minor

Auch die zurückgelegten Distanzen fallen für Berliner Auszubildende hoch aus. Mehr als jede vierte befragte Person (27,8 %, n = 2.399) pendelt täglich über 20 Kilometer (einfache Strecke); 6,1 % von ihnen legen sogar mehr als 50 Kilometer zurück. Besonders lange Wege sind bei Auszubildenden zu beobachten, die in Berlin ihren Ausbildungsbetrieb / ihre Ausbildungsstelle haben, aber außerhalb des Stadtgebiets wohnen.

Für den täglichen Weg zum Ausbildungsbetrieb oder zur Ausbildungsstelle nutzen die Auszubildenden überwiegend öffentliche Verkehrsmittel: 85,8 % der Befragten (n = 2.508) geben an, diese regelmäßig zu verwenden. Fast jede*r Vierte (22,7 %) nutzt regelmäßig ein Auto, während Fußwege (16,9 %) und das Fahrrad (12,3 %) seltener als regelmäßige Verkehrsmittel angegeben werden.³⁰

Dabei ist die Nähe zum Ausbildungsort für viele Auszubildende ein zentrales Thema. Nach der Verfügbarkeit von bezahlbarem und eigenem Wohnraum wird die Nähe zur Ausbildungsstelle am häufigsten als notwendige

³⁰ Da Mehrfachnennungen möglich sind, summieren sich die Angaben auf mehr als 100 %.

Verbesserung der aktuellen Wohnsituation genannt. Die Belastung durch lange Fahrzeiten wird in qualitativen Rückmeldungen eindrücklich geschildert. Eine 22-jährige Auszubildende bringt dies wie folgt zum Ausdruck:

„Ich finde keine Wohnung. Seit neun Jahren wohne ich in einem Heim und fahre täglich vier Stunden hin und her. Ich bereue, diese Ausbildung angefangen zu haben. Es macht keinen Sinn sie abzubrechen, da ich im Juli fertig werde“ (Auszubildende, 22 Jahre).

5.5. Finanzielle Situation und Belastung der Auszubildenden

Monatliches Budget Rund drei Viertel (75,0 %) der befragten Auszubildenden verfügen über ein monatliches Budget von weniger als 1.000 Euro. In diesem Betrag sind sämtliche Einkommensquellen enthalten, darunter die Ausbildungsvergütung, finanzielle Unterstützung durch Eltern, BAföG sowie Einkünfte aus Nebenjobs. Die größte Gruppe (37,0 %) fällt in die Kategorie von 800 bis 1.000 Euro, was nahelegt, dass für viele die Ausbildungsvergütung die zentrale oder gar einzige Einkommensquelle darstellt. Besonders deutlich zeigen sich finanzielle Unterschiede zwischen deutschen und nichtdeutschen Auszubildenden: Über die Hälfte (52,7 %) der nichtdeutschen Befragten (n = 254) verfügt über weniger als 800 Euro monatlich, während dies bei den deutschen Auszubildenden auf 36,1 % zutrifft.

Diejenigen Befragten, die eine Ausbildungsvergütung erhalten, bekommen 900 Euro netto monatlich (im Median, n = 2.007).

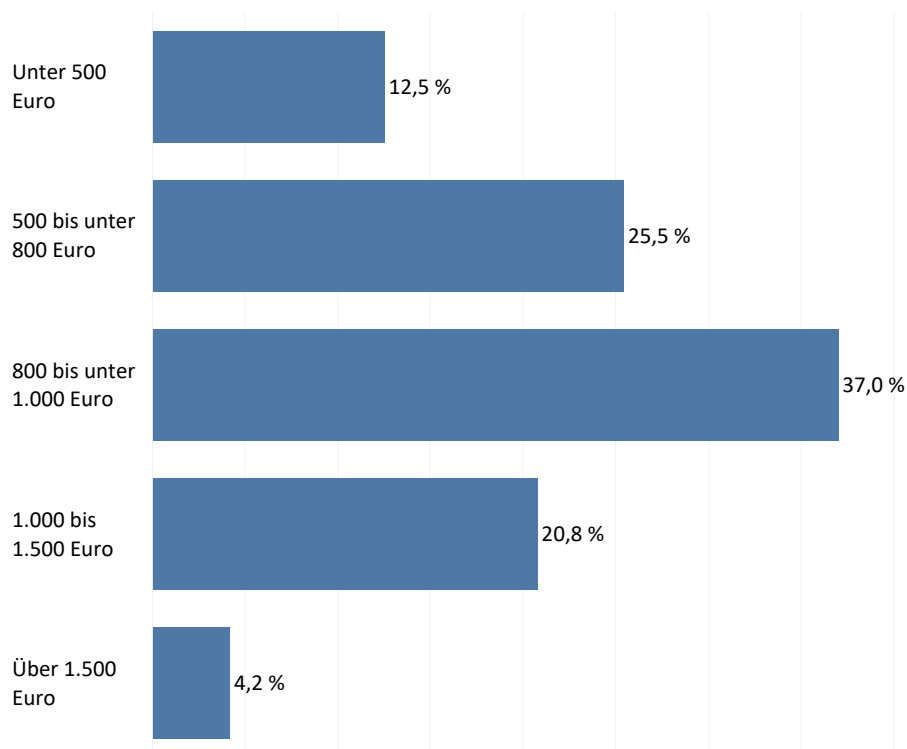


Abbildung 14: Antworten auf die Frage: „Wie viel steht Ihnen monatlich zur Verfügung (z. B. durch Hilfe von den Eltern, Ausbildungsvergütung, BAföG, Nebenjobs etc.)?“

n = 2.331 © Minor

Hohe Wohnkosten- belastung unter Auszubildenden

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welchen Anteil die Wohnkosten am monatlichen Einkommen einnehmen und wie viel für den Lebensunterhalt verbleibt. Etwas mehr als jede vierte Person (26,0 %) gibt an, keine Wohnkosten zu tragen – vermutlich handelt es sich hierbei überwiegend um Auszubildende, die im Elternhaus oder bei Verwandten wohnen. Keine Wohnkosten zu haben, trifft dabei häufiger auf deutsche sowie kinderlose Auszubildende zu. Ein erheblicher Teil der Befragten (44,3 %) zahlt zwischen 300 und 700 Euro monatlich für Miete inklusive Nebenkosten, während 16,4 %, also etwa jede sechste Person, mehr als 700 Euro aufwendet.

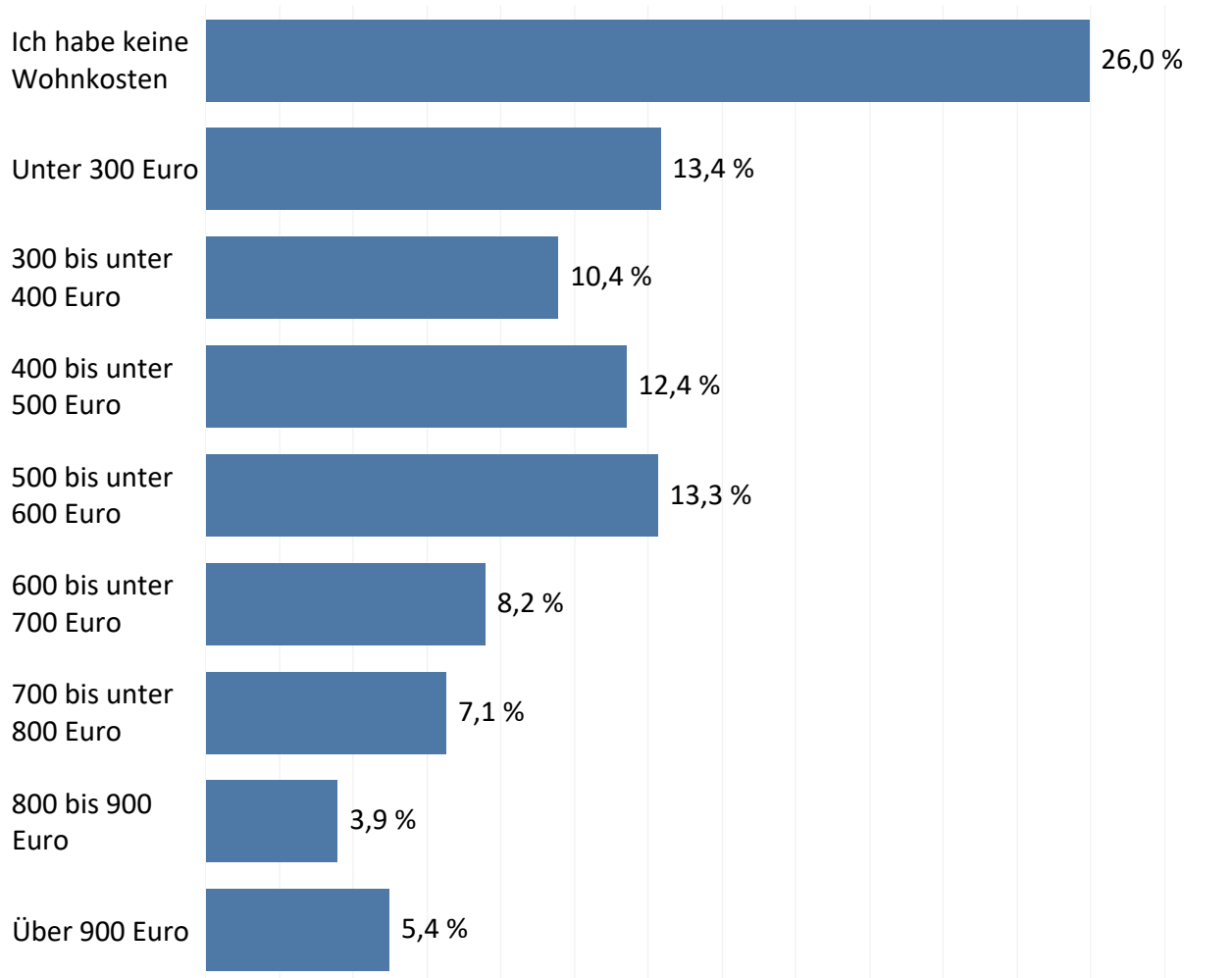


Abbildung 15: Antworten auf die Frage: „Wie hoch sind Ihre monatlichen Wohnkosten (Miete inkl. Nebenkosten)?“

n = 2.036 © Minor

Setzt man die monatliche Netto-Ausbildungsvergütung der befragten Auszubildenden, die eine solche erhalten, in Relation zu ihren angegebenen Wohnkosten (Miete, inkl. Nebenkosten), zeigt sich, dass ein erheblicher Anteil von ihnen (etwa 60,1 %) mehr als ein Drittel ihrer Ausbildungsvergütung für das Wohnen ausgibt. Besonders betroffen sind hierbei nicht-deutsche Auszubildende (77,5 % geben über ein Drittel ihrer Vergütung für

Wohnkosten aus) sowie Auszubildende mit Kindern (79,4 %), die in der Regel größeren Wohnraum benötigen und dadurch höhere Kosten tragen.³¹

Auch die Auswertung der qualitativen Einzelinterviews verdeutlicht eine hohe Wohnkostenbelastung: Fünf Auszubildende geben in den Gesprächen ihr monatliches Nettoeinkommen, ihre Einkommensquellen sowie ihre Wohnkosten (Warmmiete) detailliert an. Die daraus berechnete Wohnbelastung liegt bei vier von ihnen zwischen 43,0 % und 56,5 % und damit klar oberhalb der von Eurostat definierten Überlastungsschwelle von 40,0 % des verfügbaren Einkommens.³² Besonders gravierend erscheint der Fall einer Person, deren Wohnkosten 82,3 % des monatlichen Nettoeinkommens betragen. Diese Konstellation ist als extreme finanzielle Überlastung einzustufen und steht beispielhaft für die prekäre Wohnsituation mancher Auszubildender.

Eingeschränkter finanzieller Spielraum und subjektive Belastung

Auszubildende berichten in den qualitativen Gesprächen, dass ihnen nach Abzug der Miete und Fixkosten lediglich zwischen 270 und 350 Euro monatlich für den Lebensunterhalt verbleiben. In der quantitativen Befragung äußert sich knapp die Hälfte (47,4 %) der Teilnehmenden (n = 2.432) unzufrieden oder sehr unzufrieden mit ihrer aktuellen finanziellen Situation. Die individuelle Belastung wird in folgenden Aussagen deutlich:

„Ab der Mitte des Monats kann ich nicht mehr ordentlich essen, weil mir das Geld fehlt“ (Auszubildender, 21 Jahre).

„Drei Viertel des Ausbildungsgehalts geht in die Miete. Kaum genug Geld für Essen, Freizeit, Versicherungen. Sparen kann man nicht (man lebt von der Hand in den Mund). Anschaffungen für die Ausbildung oder Berufsschule müssen von Eltern oder Großeltern finanziert werden. An Exkursionen oder Bildungsreisen kann ich nicht teilnehmen“ (Auszubildende, 26 Jahre).

„Damit ich nicht zu tief im Dispo stecke, muss ich noch weitere Verdienstmöglichkeiten suchen, wie Minijobs am Wochenende. Dadurch habe ich auch meistens nur einen Tag zur Erholung und der ist für den Haushalt reserviert. Man steht ständig unter Stress wegen Geldmangels und kann sich nicht auf das Wesentliche konzentrieren“ (Auszubildende, 26 Jahre).

„Als ich eingezogen bin, war die Wohnung nicht fertig. Ich habe für acht Monate zwischen heruntergekommenen und halbwegs verspachtelten Wänden gehaust. Ich konnte mir kaum was zum Essen leisten, da die Miete so teuer ist. Und ich habe bis heute mir nur 2 Möbelstücke leisten können“ (Auszubildender, 27 Jahre).

³¹ Bei der Erstellung dieser Berechnung wurden nicht eindeutige Fälle, bei denen die Ein-Drittel-Grenze innerhalb der angegebenen Preisspanne der monatlichen Wohnkosten liegt (n = 239), aus Gründen der Berechnungspräzision ausgeschlossen. Die Gesamtfallanzahl beträgt damit 1.750 Personen.

³² Gemäß der Definition von Eurostat liegt eine Wohnkostenüberlastung („Housing Cost Overburden“) vor, wenn ein Haushalt mehr als 40 % seines verfügbaren Einkommens für Wohnkosten aufwendet. Diese Schwelle gilt in der europäischen Statistik als kritischer Wert, ab dem Wohnkosten als finanziell stark belastend gelten (Eurostat 2025).

5.6. Repräsentative Persona-Charakteristika ausgewählter Auszubildenden-Gruppen

Im Folgenden werden charakteristische Merkmale exemplarischer Auszubildenden-Personas dargestellt, die auf den erhobenen Umfragedaten basieren. Ziel ist es, häufig vorkommende Kombinationen von soziodemographischen Angaben in verdichteter Form abzubilden und damit typische Lebenslagen einzelner Gruppen zu veranschaulichen.

Die Konstruktion der Personas beruht auf einer Aggregation der Daten: Bei quantitativen Variablen (z. B. Alter) erfolgt die Aggregation durch Bildung eines Durchschnittswertes. Bei qualitativen bzw. kategorialen Variablen (z. B. Wohnform, monatliches Budget) wird hingegen die am häufigsten genannte Antwortkategorie innerhalb der jeweiligen Teilgruppe – an manchen Stellen aus Darstellungsgründen mit angrenzenden Kategorien gruppiert – herangezogen. Auf diese Weise entstehen idealtypische Repräsentationen, die keine individuellen Biographien beschreiben, sondern kollektive Charakteristika bündeln und wiederkehrende Muster sichtbar machen.

Als Differenzierungskriterien werden vier Merkmale gewählt, die sich im Verlauf der Erhebung als besonders relevant erweisen:

- » Pendler*innen (Wohnort Brandenburg) – da diese Gruppe durch längere Wege und eingeschränkten Zugang zum Berliner Wohnungsmarkt auffällt.
- » Wohnform „Elternhaus“ – da dies die häufigste Wohnform unter den Befragten darstellt.
- » Nichtdeutsche – als bedeutsame Kategorie für unterschiedliche Ausgangsbedingungen auf dem Ausbildungs- und Wohnungsmarkt.
- » Deutsche Zugezogene – Auszubildende, die für ihre Ausbildung nach Berlin ziehen und sich damit einem besonders angespannten Wohnungsmarkt gegenübersehen. Nichtdeutsche Zugezogene werden hier ausgeschlossen, da ihre Problemlagen häufig von anderen Faktoren geprägt sind und bereits in der separaten Kategorie „Nichtdeutsche“ berücksichtigt werden.

Die hier dargestellten Persona-Profile sind als idealtypische Verdichtungen zu verstehen. Sie fassen typische Eckdaten und Lebenslagen zusammen, ohne individuelle Biografien abzubilden.

Auszubildendenprofil

Pendler*innen



Zufriedenheit mit der Ausbildung

3,9 / 5 ★★★★★

Zufriedenheit mit der Wohnsituation

3,1 / 5 ★★★★★

Wohnort

Land Brandenburg

Alter

21,8

Wohnform

Bei Eltern/Verwandten (59,7 %) oder eigene Wohnung (31,6 %)

Monatliches Budget

<900 € (42,8 %)

Miethöhe

Keine Wohnkosten oder <300 € (51,6 %)

Auszubildendenprofil

Nichtdeutsche



Zufriedenheit mit der Ausbildung

3,7 / 5 ★★★★★

Zufriedenheit mit der Wohnsituation

2,6 / 5 ★★★★★

Wohnort

Berlin (94,0 %)

Alter

24,1

Wohnform

Zimmer zur Untermiete/WG-Zimmer (32,4 %) oder bei Eltern/Verwandten (30,1 %)

Monatliches Budget

<800 € (52,1 %)

Miethöhe

<700 € (67,6 %)

Auszubildendenprofil

Wohnen im Elternhaus



Zufriedenheit mit der Ausbildung

3,8 / 5 ★★★★★

Zufriedenheit mit der Wohnsituation

2,9 / 5 ★★★★★

Wohnort

Berlin

Alter

20,5

Monatliches Budget

700 - 1000 € (49,5 %)

Miethöhe

Keine Wohnkosten (46,7 %) oder <300 € (22,0%)

Auszubildendenprofil

Deutsche, nach Berlin zugezogen



Alter
23,0

Wohnform
Eigene Wohnung (51,3 %) oder bei Eltern/Verwandten (25,4 %)

Monatliches Budget
900 - 1500 € (53,2 %)

Miethöhe
<600 € (53,4 %)

Zufriedenheit mit der Ausbildung

3,9 / 5 ★★★★★

Zufriedenheit mit der Wohnsituation

3,2 / 5 ★★★★★

5.7. Zusammenhang zwischen Wohnen und Ausbildung

Das Wohnen kann einen positiven oder eher negativen Einfluss auf den Ausbildungsalltag und -verlauf haben. Um den Zusammenhang für Berliner Auszubildende zu untersuchen, werden diese in der Umfrage gebeten, einzuschätzen, inwieweit ihre aktuelle Wohnsituation ihre Ausbildung beeinflusst. Dabei zeigt sich: Etwas mehr als ein Viertel (25,8 %) der befragten deutschen (n = 2.085) und 39,7 % der befragten nichtdeutschen (n = 247) Auszubildenden geben an, dass ihre Wohnsituation ihre Ausbildung stark bzw. sehr stark beeinflusst.

Wohnsituation hemmt Ausbildung

Zur Vertiefung dieser Einschätzung beschreiben die Teilnehmenden in offenen Antworten, inwiefern ihre Wohnsituation ihre Ausbildung unterstützt oder beeinträchtigt. Diese offenen Antworten werden thematisch geclustert und quantitativ ausgewertet. Das Ergebnis: Die große Mehrheit der abgegebenen Nennungen verweist auf eine beeinträchtigende Wirkung der Wohnsituation auf die Ausbildung (83,2 %). In lediglich 16,8 % der Nennungen wird eine unterstützende Wirkung betont (Abbildung 16).

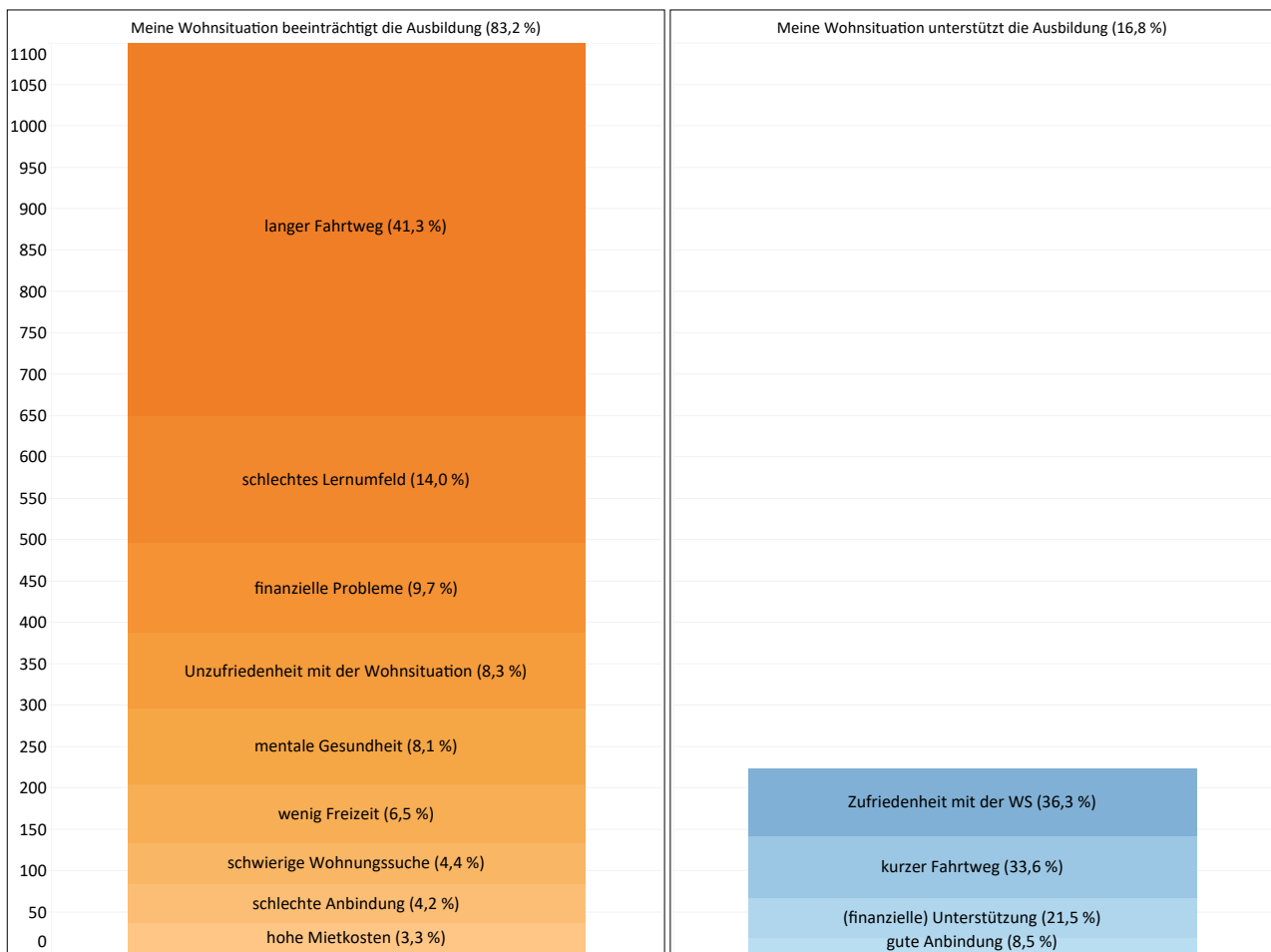


Abbildung 16: Antworten auf die offene Frage: „Bitte beschreiben Sie kurz, inwiefern Ihre Wohnsituation Ihre Ausbildung unterstützt oder beeinträchtigt“

n = 1.202³³ (davon 1.141 Nennungen „beeinträchtigt“, 231 Nennungen „unterstützt“) © Minor

Lange Fahrtwege als häufigstes Problem

Unter den Nennungen mit beeinträchtigender Wirkung beziehen sich 41,3 % auf lange Fahrtwege als zentrale Belastung. Diese führen zu Zeitdruck, Erschöpfung und Motivationsproblemen sowohl in der Schule als auch im Betrieb:

„Durch den langen Arbeitsweg muss ich jeden Tag um 4 Uhr aufstehen, was zu Schlafmangel, Verspätungen und Schwierigkeiten am sozialen Leben nach der Arbeit teilzunehmen führt“ (Auszubildender, 24 Jahre).

„Arbeitsmotivation wird teilweise gesenkt durch enorm lange Anfahrten und Bahnausfälle dabei“ (Auszubildender, 19 Jahre).

„Ich verbringe viel Zeit in der Schule und brauche zwei Stunden hin und zwei Stunden zurück. Das ist sehr viel. Ich muss nach der Schule lernen, Inhalte wiederholen. Aber ich komme nach Hause sehr müde und kann nicht lernen. Nur essen und schlafen“ (Auszubildende, 54 Jahre alt, in einem Einzelinterview).

Schlechtes Lernumfeld bremst Lernerfolg

Ein weiterer belastender Aspekt betrifft das schlechte Lernumfeld (in 14,0 % der negativen Nennungen betont). Vor allem Auszubildende, die im Elternhaus leben, beklagen fehlende Privatsphäre, mangelnden oder

³³ Die Gesamtzahl der Antworten (n = 1.202) weicht von der Summe der Nennungen (1.372) in den Themenkategorien ab, da einzelne Personen mehrere Themen genannt haben. Prozentwerte beziehen sich auf alle Nennungen.

ungeeigneten Raum zum Lernen und hohe Lärmbelastung (beispielsweise durch die Familie):

„Ich habe kaum Privatsphäre zu Hause und werde ständig von Familienmitgliedern gestresst, so kann ich nicht für meine Ausbildung lernen...“ (Auszubildende, 21 Jahre).

„Ich erlebe Stress durch unzureichend Ruhe und Raum und kann nicht lernen oder gut schlafen durch den Stress“ (Auszubildende, 32 Jahre).

„Aufgrund von wenig Platz ist es nicht möglich, einen Schreibtisch aufzustellen. Das adäquate Bearbeiten von Arbeitsaufträgen ist dadurch erschwert“ (Auszubildender, 22 Jahre).

Finanzielle Sorgen mindern Leistungsfähigkeit

Knapp jede zehnte negative Nennung (9,7 %) verweist auf finanzielle Probleme als Faktor, der sich nachteilig auf die Ausbildung auswirkt. Die Notwendigkeit, neben der Ausbildung einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, führt dabei häufig zu Erschöpfung, Fehlzeiten sowie einer insgesamt verminderten Leistungsfähigkeit:

„Ich muss nebenbei arbeiten, um die Kosten zusammenzubekommen. Dadurch bin ich sehr erschöpft und kann mich auf die Ausbildung nicht konzentrieren. In der Schule fehle ich sehr oft, verschlafe oder schlafe im Unterricht – die Noten sind schlecht dadurch“ (Auszubildende, 22 Jahre).

Neben der körperlichen und mentalen Überlastung berichten Auszubildende auch von anhaltender finanzieller Frustration, die sich negativ auf ihre Motivation und Leistungsbereitschaft auswirkt:

„Fahrweg und Arbeitszeit nehmen bei mir elf bis zwölf Stunden vom Tag ein. Zuhause reicht das Geld bloß für die Miete, Strom, Warmwasser und Essen. Es fühlt sich an, als ob man arbeiten geht, um am Ende am Existenzminimum halbwegs über die Runden zu kommen. Das kratzt sehr an der Motivation auf Arbeit“ (Auszubildender, 21 Jahre).

Mehrfachbelastungen im Ausbildungsalltag

Auch allgemeine Unzufriedenheit mit der Wohnsituation – sei es durch ein Gefühl des Unwohlseins in der jetzigen Wohnform sowie mentale Belastungen infolge Wohnraumsorgen und -Problemen werden häufig benannt:

„Durch den Stress, die Wohnung nach meiner Ausbildung verlassen zu müssen, ist es sehr stressig. Dazu kommt, dass bald Prüfungen sind“ (Auszubildender, 22 Jahre).

Weitere genannte problematische Aspekte, die sich negativ auf die Ausbildung auswirken, umfassen eingeschränkte Freizeit, Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche, schlechte ÖPNV-Anbindung (bei Wohnort am Stadtrand oder außerhalb Berlins) sowie hohe Mietkosten.

Wohnsituation nur selten als Ressource wahrgenommen

In lediglich 16,8 % der Nennungen wird auf eine unterstützende Wirkung der Wohnsituation auf die Ausbildung verwiesen. Diese beziehen sich vor allem auf eine grundsätzliche Zufriedenheit mit ihrer Wohnform. Besonders häufig betrifft dies Auszubildende, die noch im Elternhaus leben, dort über einen eigenen Raum oder Rückzugsort verfügen und sich in dieser Umgebung wohlfühlen. Kurze Fahrtwege, eine gute Anbindung an den Ausbildungsort, finanzielle Unterstützung durch die Eltern, geringe Wohnkosten sowie das Gefühl einer stabilen Wohnsituation wirken sich in diesen Fällen entlastend auf den Ausbildungsalltag aus.

Zusammenhang zwischen Wohn- und Ausbildungszufriedenheit

Je zufriedener Auszubildende mit ihrer Wohnsituation sind, desto häufiger geben sie an, mit ihrer Ausbildung (sehr) zufrieden zu sein. Betrachtet man die Angaben zur Wohn- und Ausbildungszufriedenheit im Verhältnis zueinander, wird dies deutlich: Unter den Auszubildenden, die mit ihrer Wohnsituation „sehr zufrieden“ sind, geben 78,8 % an, auch mit ihrer Ausbildung (sehr) zufrieden zu sein (n = 345). Bei denjenigen, die mit ihrer Wohnsituation „sehr unzufrieden“ sind, sinkt der Anteil der (sehr) Zufriedenen mit der Ausbildung auf 65,1 % (n = 275). Dies verdeutlicht, dass die Wohnsituation nicht nur das Wohlbefinden der Auszubildenden beeinflusst, sondern auch eng mit ihrer Zufriedenheit in der Ausbildung verknüpft ist.

5.8. (Unterstützungs-) Bedarfe von Auszubildenden in Bezug auf Wohnen

Bezahlbarer und eigener Wohnraum haben höchste Priorität

Die Ergebnisse der quantitativen wie auch der qualitativen Untersuchung zeigen deutlich: Für Auszubildende steht bezahlbarer und eigener Wohnraum im Zentrum ihrer Wohnbedarfe.

Dies bestätigt auch die Auswertung der offenen Frage, was an der aktuellen Wohnsituation der Befragten verbessert werden sollte (Abbildung 17). Am häufigsten genannt wird der Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum (28,5 % aller Nennungen). Viele Befragte betonen, dass niedrigere Mieten bzw. niedrigere Wohnkosten entscheidend wären, um mehr finanzielle Stabilität zu erreichen.

Ein Viertel der Nennungen (25,0 %) entfallen auf eine eigenständige Wohnmöglichkeit – meist eine eigene Wohnung oder ein eigenes Zimmer in einer WG bzw. in einem Wohnheim. Die Zitate verdeutlichen diesen Bedarf eindrücklich:

„Ich bin fast 24 Jahre alt und wohne noch bei meinen Eltern. Ich würde einfach gerne auf eigenen Beinen stehen wollen und alleine wohnen [...]. Das Gefühl der Abhängigkeit von meinen Eltern erniedrigt mich, und das nur weil ich noch bei ihnen wohne. Meine Eltern machen mir da auch bisschen Druck, ich soll nämlich ausziehen [...]“ (Auszubildender, 23 Jahre)..

„Ich wohne aktuell bei einer Freundin und möchte hier raus, weil ich hier nicht zur Ruhe komme“ (Auszubildende, 20 Jahre).

„[...] Wohnungssuche in Berlin ist UNMÖGLICH, wenn man keine Kontakte nach innen hat. Ein Studentenwohnheim, aber EXKLUSIV für AZUBIS, ist die BESTE Lösung für dieses Problem“ (Auszubildender, 25 Jahre).

Neben dem Wunsch nach eigenem Wohnraum wird auch der Bedarf nach kürzeren Fahrtwegen deutlich: 14,0 % aller Nennungen verweisen auf den Wunsch der Befragten nach Verbesserungen in diesem Bereich. Weitere häufige Nennungen beziehen sich auf finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten:

„Ich brauche dringend Zuschüsse! Denn mit meinem Baby-Ausbildungsgehalt komme ich mit der extrem hohen Miete nicht über die Runden und suche nach einem Nebenjob – hierunter leidet die Ausbildung an mangelnder Lernzeit“ (Auszubildende, 35 Jahre).

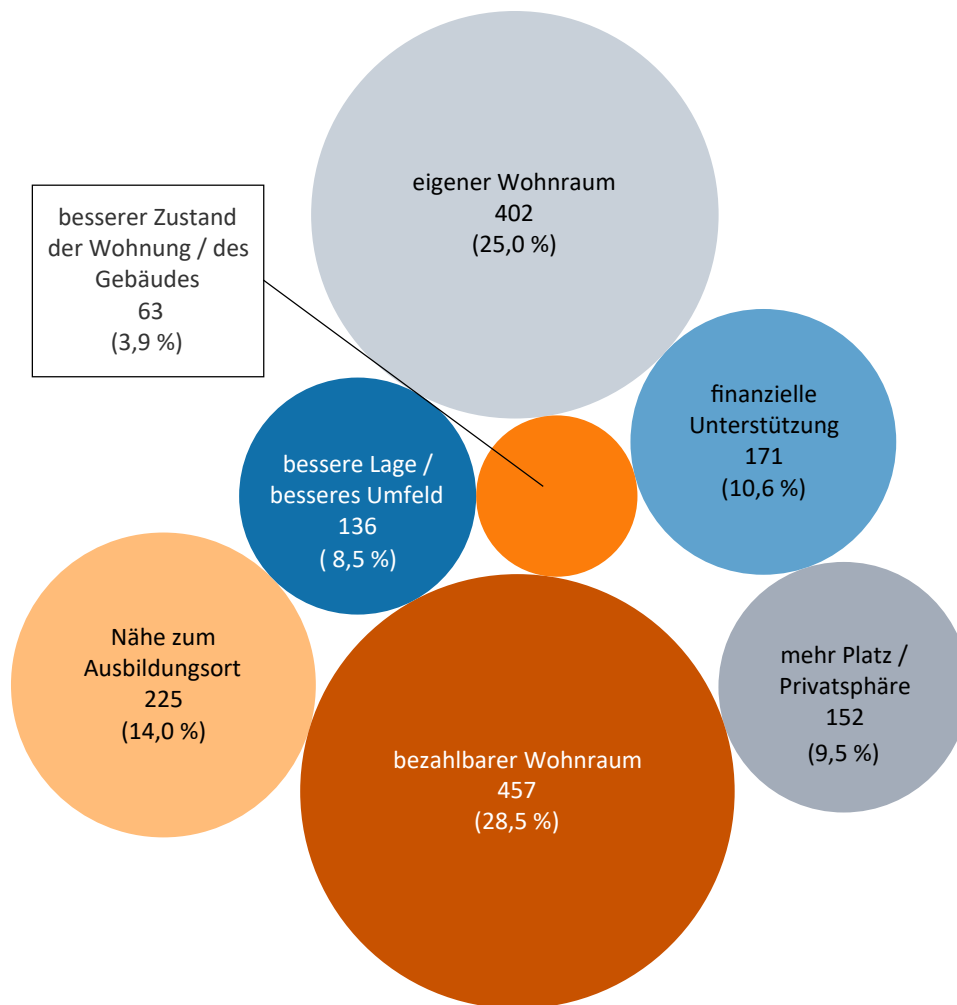


Abbildung 17: Antworten auf die (offene) Frage: „Beschreiben Sie ggf., was für Sie an der jetzigen Wohnsituation besser sein sollte

n = 1.451³⁴ © Minor

Mehr Platz, bessere Lage und angemessene Wohnbedingungen

In 152 Antworten (9,5 % der Nennungen) werden fehlende Rückzugsorte und empfundene räumliche Enge beschrieben, weshalb sie den Wunsch nach mehr Platz und Privatsphäre äußern:

„Etwas mehr Platz als die 14 qm, die ich mir auch nur mit finanzieller Unterstützung meiner Familie leisten kann“ (Auszubildende, 33 Jahre).

Darüber hinaus wird in 136 Antworten (8,5 % der Nennungen) der Wunsch nach Verbesserungen in der Lage und im Umfeld ihrer Unterkunft geäußert. Genannt werden dabei insbesondere ein besserer Anschluss an den ÖPNV, eine zentralere Lage sowie der Wunsch nach stärkerem Kontakt zu anderen Auszubildenden:

„Nähe zu anderen Azubis und jungen Menschen. Man ist zwar in der Berufsschule gemeinsam, aber danach räumlich zu sehr getrennt“ (Auszubildender, 23 Jahre).

³⁴ Die Gesamtzahl der Antworten (n = 1.451) weicht von der Summe der Nennungen (1.606) in den Themenkategorien ab, da einzelne Personen mehrere Themen genannt haben. Prozentwerte beziehen sich auf alle Nennungen.

Zudem wird in 63 Nennungen (3,9 %) von einem schlechten baulichen Zustand ihrer Wohnung bzw. ihres Gebäudes berichtet. Die folgende Aussage veranschaulicht die Problemlage:

„Ich lebe eingeeengt mit einer Baustelle am Haus seit zwei Jahren, die mich nicht schlafen lässt, und einer sehr stark heruntergekommenen Wohnsituation. Man muss eigentlich umziehen, hat aber keine Möglichkeit in der Ausbildung umzuziehen“ (Auszubildende, 25 Jahre).

Bezahlbar wohnen: höchste Priorität auch bei Ausbildungsinteressierten An der Umfrage beteiligen sich 21 Personen, die derzeit keine Ausbildung in Berlin absolvieren, jedoch an einer solchen interessiert sind. Sie sollen angeben, welche Voraussetzungen beim Wohnen erfüllt werden müssten, damit sie sich für eine Ausbildung in Berlin entscheiden. Auch hier steht bezahlbarer Wohnraum an oberster Stelle. Die Angaben beziehen sich sowohl auf die Höhe der Mieten als auch auf die Qualität des Wohnraums:

„Bezahlbarer Wohnraum steht ganz oben! Ich suche aktuell wieder Arbeit in Berlin, aber keine bezahlbare Wohnung zu finden, hindert alles“ (Ausbildungsinteressierter, 32 Jahre).

„Wohnungen hier fallen schon fast in sich ein, Heizungen funktionieren nicht anständig, undichte Fenster, ständige Bildung von Schimmel und trotzdem unbezahlbar teuer“ (Ausbildungsinteressierte, 21 Jahre).

Finanzielle Zuschüsse als wichtigste Verbesserung der Wohnsituation Die Angaben zu maximal leistbaren monatlichen Wohnkosten (inklusive Nebenkosten) der Ausbildungsinteressierten reichen von 200 bis 800 Euro, mit einer durchschnittlichen Zahlungsbereitschaft von etwa 450 Euro (neun Antworten).

Mehr als die Hälfte der Befragten (55,2 %) gibt an, dass finanzielle Zuschüsse ihre Wohnsituation am meisten verbessern würden:

„Wenn so viele Azubis gesucht werden, muss vom Staat oder Betrieb auch dafür gesorgt werden, dass die Azubis nicht verarmt leben müssen ohne Unterstützung der Eltern“ (Auszubildender, 27 Jahre).

Weitere 23,7 % sehen in betriebseigenen, vergünstigten Wohnungen die größte Entlastung. Unterstützung bei der Wohnungssuche schätzen insbesondere nichtdeutsche Befragte (22,5 %, n = 289) als vorrangig ein – im Vergleich zu 9,8 % (n = 2.260) der deutschen Befragten. Wie groß die Zwickmühle und der Unterstützungsbedarf mancher Auszubildender sind, zeigt folgende Aussage:

„Ich bin vietnamesischer Staatsbürger und zahle derzeit 500 Euro Miete für meine Wohnung, allerdings ohne Anmeldung. Wenn ich die Wohnung offiziell anmelden möchte, müsste ich zusätzlich 70 Euro pro Monat zahlen. Mein Nettogehalt beträgt jedoch nur 850 Euro, was diese zusätzliche Belastung für mich sehr schwierig macht. Das ist die Realität für viele vietnamesische Auszubildende, die in Berlin leben, da die Mietkosten hier sehr hoch sind. Ich hoffe, dass die Schule oder die zuständigen Stellen in Zukunft mehr Unterstützung bei der Wohnungssuche oder bei der Vermittlung von WG-Zimmern anbieten können, um die finanzielle Belastung für internationale Auszubildende zu verringern“ (Auszubildender, 26 Jahre).

Einen günstigen Wohnheimplatz nennen 4,6 % der Befragten. In den offenen Antworten („Anderes“) artikulieren die Befragten vor allem den Wunsch nach bezahlbarem Wohnraum, ergänzt durch Forderungen nach politischen und strukturellen Veränderungen wie dem Ausbau von Sozialwohnungen. Die Kommentare verdeutlichen insbesondere, dass die kon-

krete Form der Unterstützung nachrangig erscheint, solange Wohnraum insgesamt bezahlbar und erreichbar bleibt.

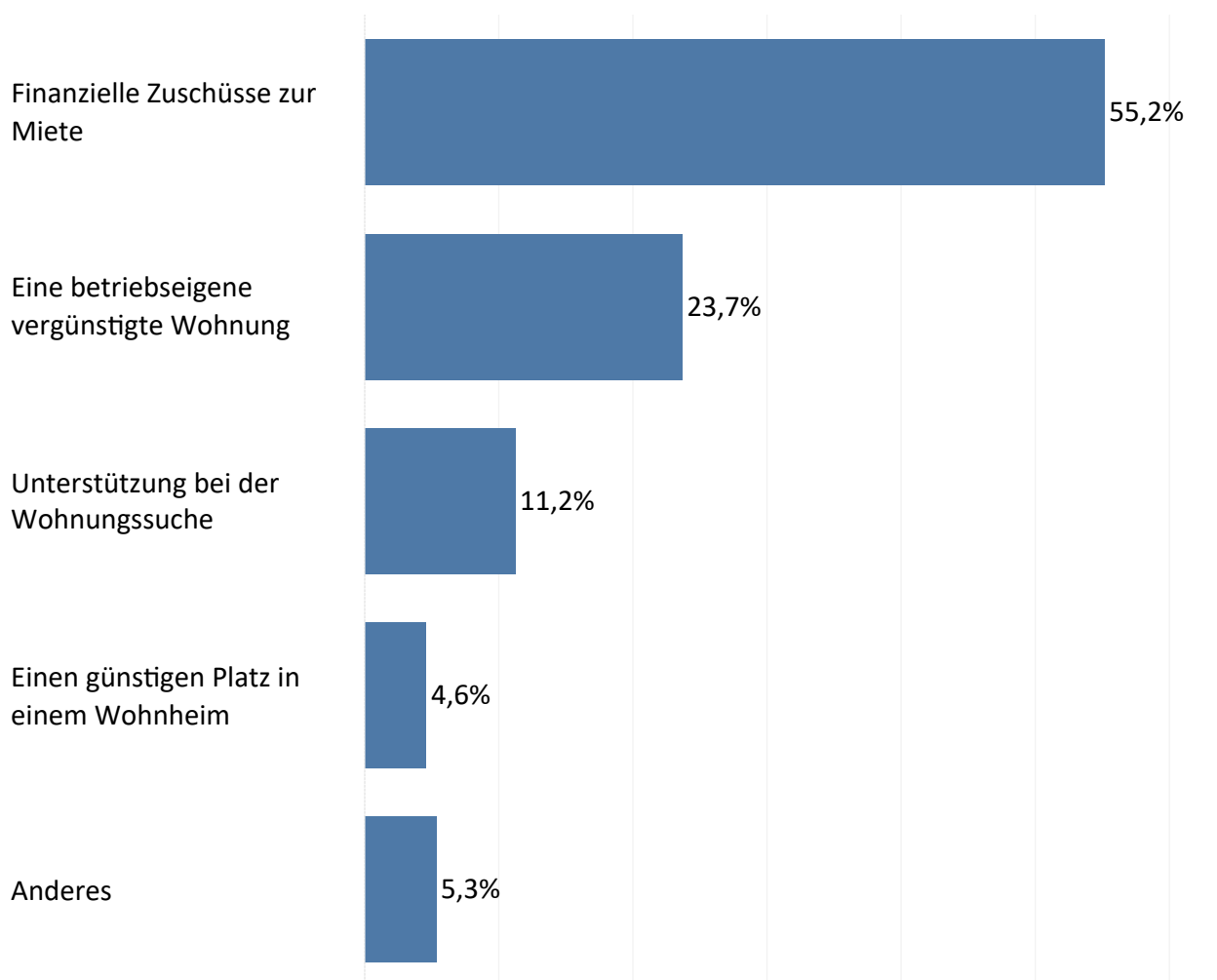


Abbildung 18: Antworten auf die Frage: „Was würde aus Ihrer Sicht Ihre Wohnsituation während der Ausbildung am meisten verbessern?“ Bitte wählen Sie die Art der Unterstützung, die Sie sich am meisten wünschen

n = 2.549 © Minor

Auszubildende bewerten ihre Wohnsituation vor allem pragmatisch: Aspekte, die finanzielle Absicherung, Privatsphäre und Erreichbarkeit betreffen, stehen klar im Vordergrund.

Abbildung 19 zeigt, wie die Befragten die Bedeutung verschiedener Aspekte ihrer Wohnsituation auf einer fünfstufigen Skala von „gar nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“ einschätzen. Für 96,6 % hat ein bezahlbarer Mietpreis oberste Priorität, gefolgt von einem sicheren und stabilen Mietverhältnis, das 94,7 % als (sehr) wichtig bewerten. Auch ein eigenes Zimmer (92,7 %) und eine eigene Wohnung (81,8 %) gelten den meisten als wichtig bis sehr wichtig, was das Bedürfnis nach Privatsphäre nochmals hervorhebt.

89,9 % der Befragten bewerten eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr als (sehr) wichtig. Auch die Sicherheit des Wohnumfelds stufen 76,8 % als wichtig bis sehr wichtig ein. Weitere zentrale Faktoren sind die Nähe zum Ausbildungsplatz (74,4 % bewerten diesen Aspekt als

wichtig bis sehr wichtig) sowie Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten in der Umgebung (73,3 %).

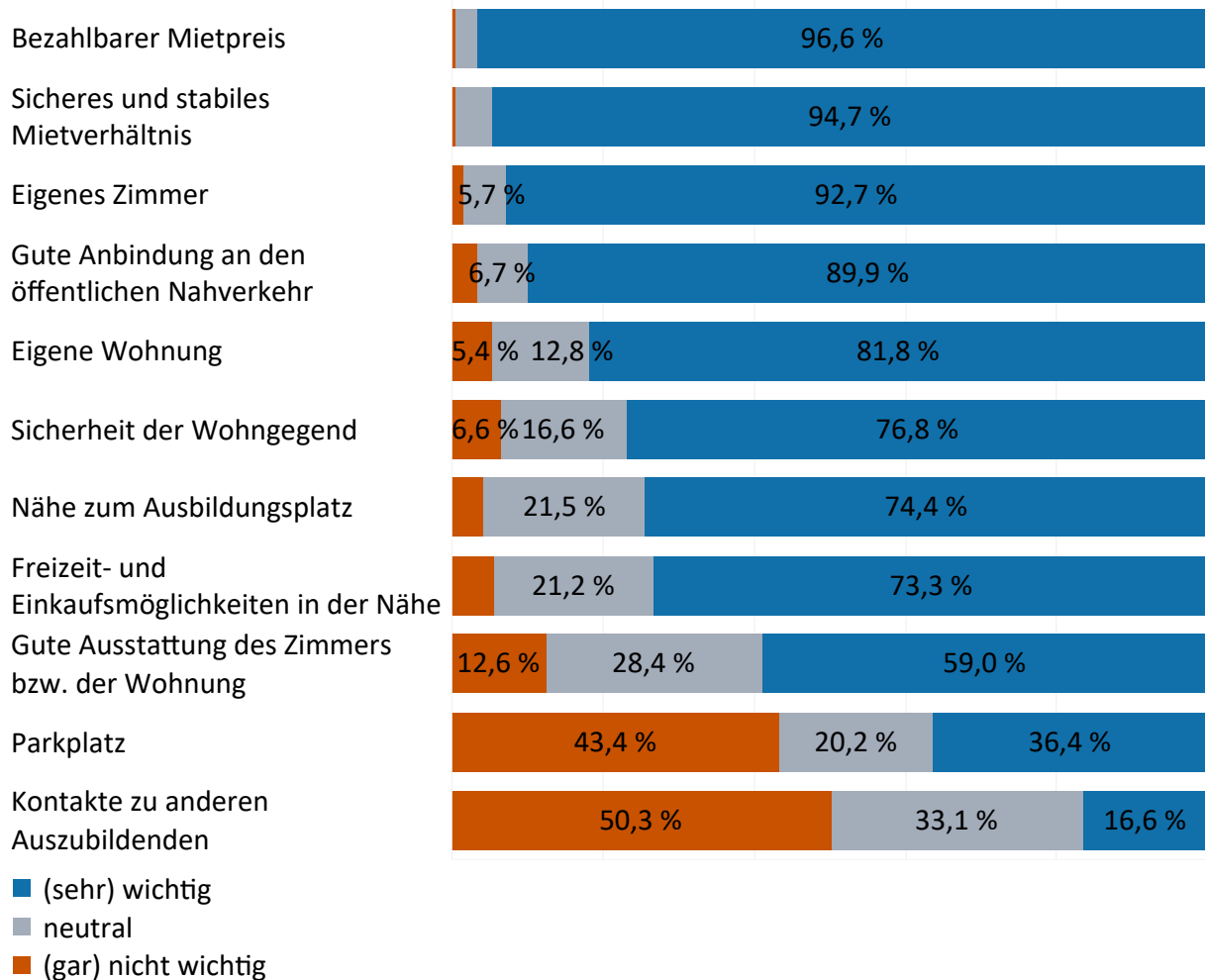


Abbildung 19: Antworten auf die Frage: „Welche Aspekte sind Ihnen bei Ihrer Wohnsituation besonders wichtig?“

n = 2.298/2.293/2.288/2.297/2.294/2.295/2.297/2.292/2.279/2.291/2.292 © Minor

Weniger stark priorisiert werden dagegen Komfort- und Sozialaspekte: 59,0 % bewerten die gute Ausstattung als wichtig bis sehr wichtig, 36,4 % legen Wert auf Parkplätze und lediglich 16,6 % sehen Kontakte zu anderen Auszubildenden als (sehr) wichtig an. Dies unterstreicht, dass für Auszubildende vor allem finanzielle Sicherheit und strukturelle Stabilität ausschlaggebend sind, während soziale und komfortbezogene Aspekte zwar nachgeordnet, aber dennoch von Bedeutung sind.

5.9. Bekanntheit und Anforderungen zur Wohnform „Azubiwohnheim“

Hohe Unbekanntheit der Wohnform

Die Wohnform „Azubiwohnheim“ ist vielen Berliner Auszubildenden weitgehend unbekannt. Mehr als die Hälfte der Befragten (56,8 %) gibt an,

dass sie diese Wohnform bisher kaum oder gar nicht kennen. Fast ein Drittel der Befragten äußert, dass diese Wohnform für sie nicht interessant ist, was an Zweifeln an der Eignung und Lebensqualität des Wohnheims liegen könnte (siehe „Einstiegsbarrieren und Vorbehalte gegenüber Azubiwohnheimen“). 24,0 % geben an, dass diese Wohnform unter bestimmten Bedingungen interessant wäre; 6,9 % würden sogar sofort einziehen wollen.

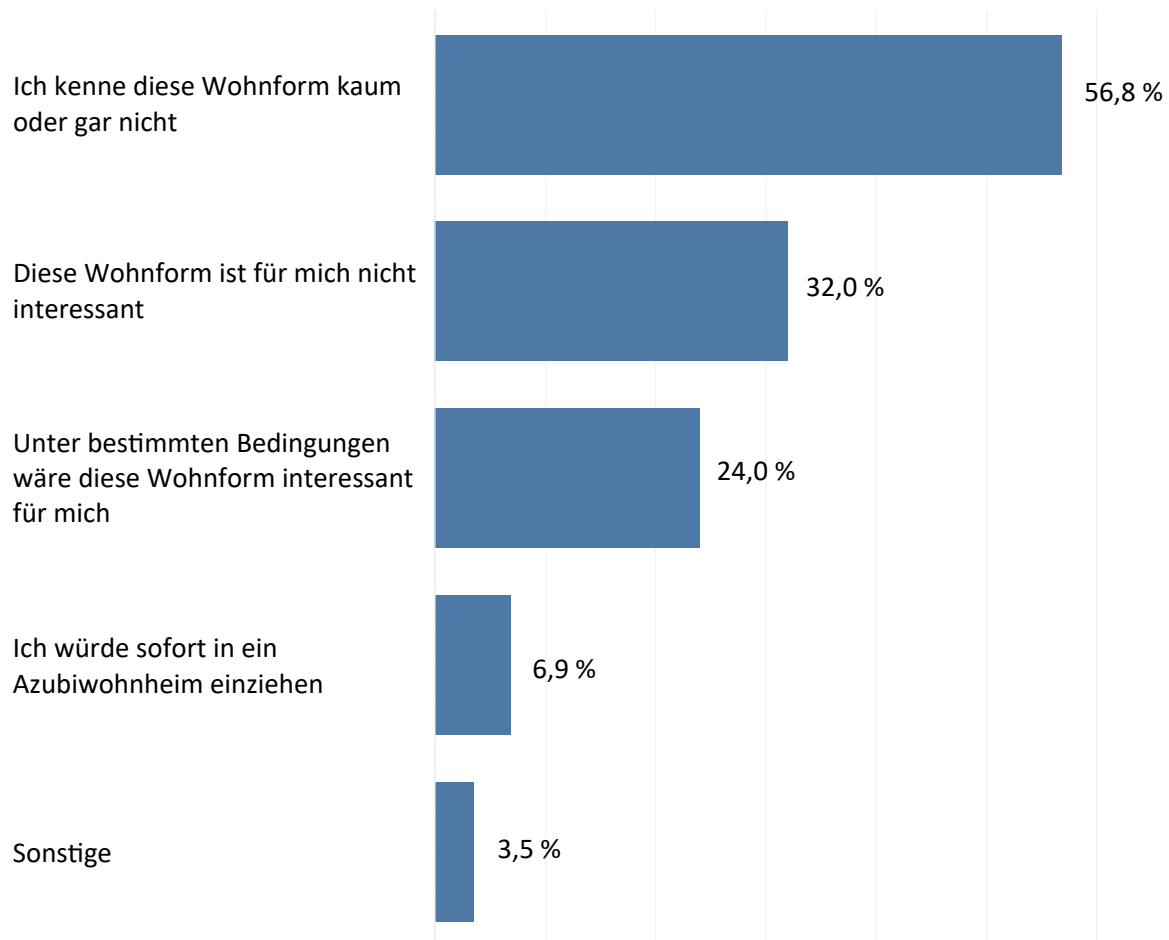


Abbildung 20: Antworten auf die Frage: „Welche der folgenden Aussagen zum Thema Auszubildendenwohnheim (Azubiwohnheim) treffen auf Sie zu? Mehrfachantwort möglich“³⁵

n = 1.884 © Minor

Einstiegsbarrieren und Vorbehalte gegenüber Azubiwohnheimen

In den offenen Kommentaren äußern einige Befragte Vorbehalte gegenüber dieser Wohnform. Besonders häufig werden Zweifel in Bezug auf die Sauberkeit, Wohlfühlfaktor, geeignete Mitbewohner*innen und Lernmöglichkeiten genannt. Auch die Frage nach Anschlussmöglichkeiten nach dem Auszug wird wiederholt problematisiert. Ältere Auszubildende und Auszubildende mit Familie gehen davon aus, dass sich das Angebot nicht an sie richtet bzw. dass ein Azubiwohnheim für ihre Lebenssituation ungeeignet ist. Sie erwarten, dass ihre Bedürfnisse – etwa nach mehr Ruhe, Ordnung und Familienfreundlichkeit – dort nicht erfüllt werden.

³⁵ Da Mehrfachantworten möglich sind, überschneiden sich die Anteile und summieren sich nicht zu 100 %.

Leben im Wohnheim aus Sicht der Befragten

Die in Wohnheimen lebenden Auszubildenden werden gebeten, sowohl positive als auch negative Aspekte ihrer Wohnsituation zu beschreiben. Das Gesamtbild fällt ambivalent aus, wobei negative Erfahrungen überwiegen: Von 44 Nennungen entfallen 28 auf Kritikpunkte und 16 auf positive Bewertungen.

Positiv hervorgehoben werden vor allem der Gemeinschafts- und Zusammenhalt unter den Bewohner*innen, gefolgt von vergleichsweise günstigen Mietkonditionen – häufig ermöglicht durch Leistungen wie die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) –, möblierter Ausstattung, ruhiger Lage und guter Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Demgegenüber stehen Schilderungen von baulichen Mängeln, defekten Heizungen oder Warmwasseranlagen, langsamen oder ausbleibenden Reaktionen der Hausverwaltungen, Lärmbelastung und fehlender Privatsphäre. Weitere Kritikpunkte betreffen hohe Mieten im Verhältnis zum Wohnstandard, mangelhafte Hygiene, Platzmangel sowie restriktive Besuchsregelungen.

„Ich wohne in einem Wohnheim, es ist schmutzig und laut, es ist schwierig, Platz zum Lernen zu finden“ (Auszubildender, 27 Jahre alt).

Die Aussagen aus der Fokusgruppe stützen diese Einschätzungen und verdeutlichen zugleich, dass sich das gemeinsame Wohnen von Studierenden und Auszubildenden als konfliktuell bzw. nicht passend erweist, insbesondere aufgrund unterschiedlicher Lebensrhythmen, etwa durch unregelmäßige Arbeitszeiten und längere nächtliche Freizeitaktivitäten von Studierenden.

Insgesamt wird deutlich, dass trotz vorhandener struktureller und sozialer Qualitäten die alltägliche Erfahrung des Wohnens im Wohnheim häufig von baulichen, organisatorischen und sozialen Defiziten geprägt ist.

Voraussetzungen für ein Azubiwohnheim

Die Befragten haben klare Vorstellungen darüber, unter welchen Bedingungen sie ein Azubiwohnheim in Betracht ziehen würden (Abbildung 21).³⁶ Besonders hohe Zustimmung findet der Wunsch nach einem bezahlbaren Mietpreis, den 98,5 % der Befragten als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ einstufen. Ebenso hoch bewertet werden ein Mietvertrag, der die gesamte Ausbildungsdauer abdeckt (93,9 %), eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr (92,1 %) und die Nähe zum Ausbildungsplatz (85,3 %). Diese Anforderungen stimmen mit den Ergebnissen der Frage zu den wichtigsten Aspekten der Wohnsituation überein (Abbildung 19).

³⁶ Diese und die darauffolgenden vertiefenden Fragen zum Thema Azubiwohnheim werden nur den Teilnehmenden der Online-Befragung gestellt, die angeben, dass die Wohnform „Azubiwohnheim“ für sie unter bestimmten Bedingungen interessant wäre oder dass sie sofort in ein Azubiwohnheim einziehen würden (Abbildung 20).

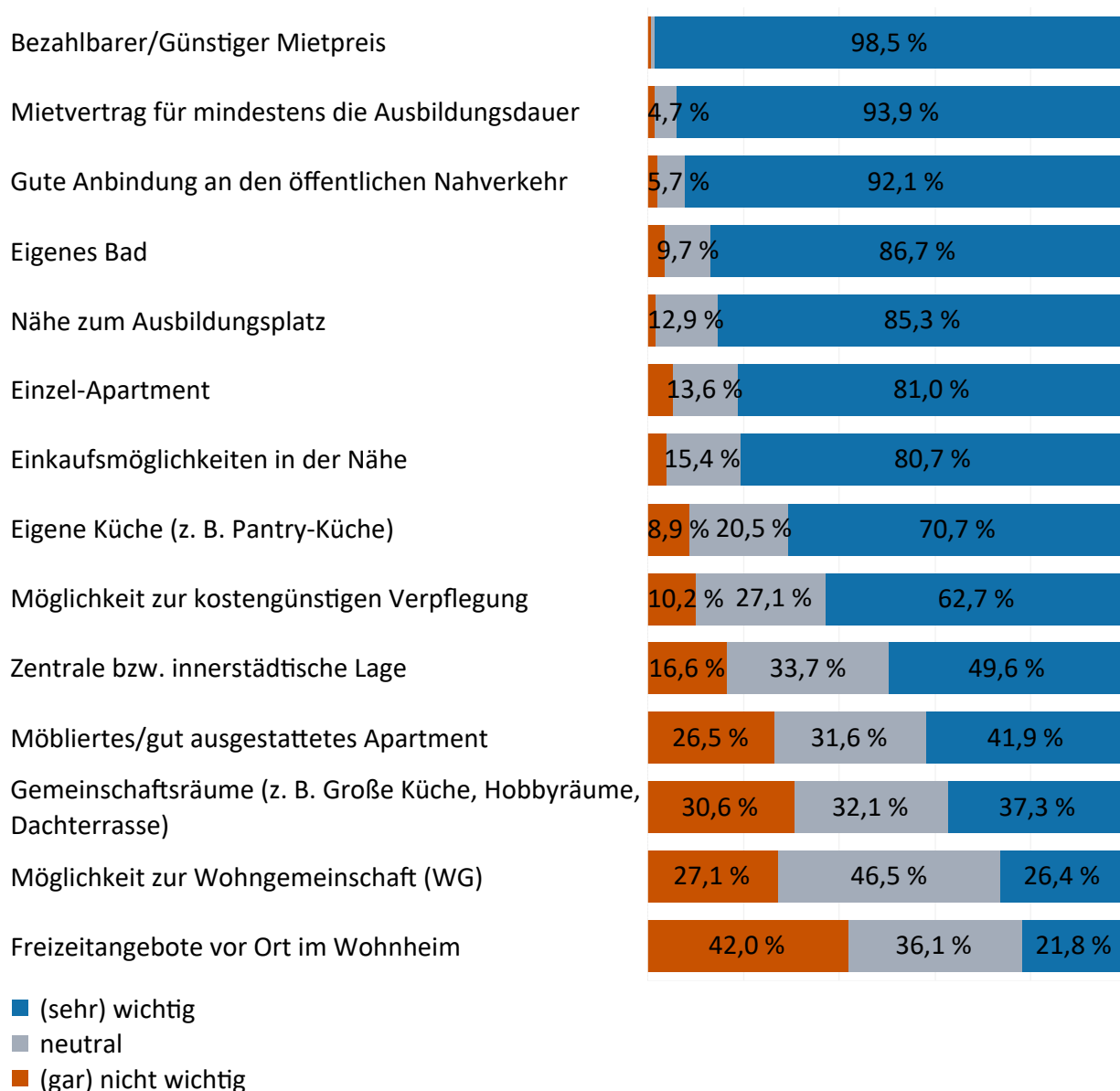


Abbildung 21: Antworten auf die Frage: „Welche Bedingungen müsste ein Azubiwohnheim erfüllen, damit Sie dort einziehen würden?“ Bitte bewerten Sie die Wichtigkeit folgender Aspekte auf einer Skala von „gar nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“

n = 644-672 © Minor

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Privatsphäre. 86,7 % der Befragten würden ein Azubiwohnheim bevorzugen, wenn es ihnen die Möglichkeit eines eigenen Badezimmers bieten würde und 81,0 % geben an, ein Einzelapartment zu bewohnen wäre ihnen (sehr) wichtig. Im Vergleich dazu werden Gemeinschaftsräume, die Möglichkeit zur WG-Bildung und Freizeitangebote im Wohnheim als weniger wichtig erachtet: Nur 37,3 % der Befragten schätzen Gemeinschaftsräume als wichtig bis sehr wichtig, 26,4 % sehen die Möglichkeit einer WG als (sehr) wichtig an und 21,8 % die Möglichkeit der Freizeitangebote vor Ort im Wohnheim. Dennoch zeigt sich unter den nichtdeutschen Befragten ein höheres Interesse an Freizeitangeboten: 39,5 % dieser Gruppe halten diese für (sehr) wichtig, während nur 19,3 % der deutschen Befragten dasselbe sagen.

Zimmergröße und räumliche Trennung als wichtige Wohnaspekte für Auszubildende

Im qualitativen Teil der Untersuchung betonen die Befragten wiederholt die hohe Bedeutung ausreichender Zimmergröße und einer klaren räumlicher Trennung innerhalb der Unterkunft. Wohnflächen von 14 bis 18 Quadratmetern werden als zu klein und beengend beschrieben, wobei die räumliche Enge nicht nur als kurzfristig unangenehm, sondern auch langfristig als belastend wahrgenommen wird. Besonders kritisch wird die Unterbringung von Koch-, Wohn- und Schlafbereich in einem einzigen Raum bewertet:

„Mir wäre eine räumliche Trennung auch wichtig. Von meiner Couch aus sehe ich den ganzen Abwasch vor mir. Und wenn ich koche, muss ich sofort abwaschen, sonst riecht mein ganzes Zimmer nach Essen, aber man kommt da nicht weg. Ich habe auch gar keinen Platz zum Verstauen“ (Auszubildende in einer Fokusgruppe).

„[...] ein Wohnraum ist einfach nicht angenehm. In den seltensten Fällen schlafen, essen, arbeiten/lernen und entspannen Menschen in ein und demselben Raum“ (Auszubildender, 21 Jahre).

Zudem weisen insbesondere Auszubildende mit Partner*in und/oder Kindern auf den Bedarf an kleineren Wohnungen im Azubiwohnheim hin:

*„Es wäre wichtig zu berücksichtigen, dass viele Auszubildende (zumindest in meiner Ausbildung, Verwaltungsfachangestellte*r) bereits Familie oder Partner haben. Daher sollte auch die Möglichkeit bedacht werden, kleine Wohnungen (1-3 Zimmer) bezahlbar anzubieten“ (Auszubildende, 25 Jahre).*

Gemeinschaftsräume als sozialer Mehrwert

Obwohl Gemeinschaftsräume insgesamt eine geringere Priorität erfahren, verdeutlichen qualitative Aussagen, dass ihr sozialer Nutzen geschätzt wird. In offenen Antworten und Interviews betonen einige Auszubildende den Wert solcher Räume für Begegnung, Austausch und gegenseitige Unterstützung:

„Gemeinschaftsräume würde ich eigentlich schon sehr sinnvoll finden. Vor allem, wenn man in derselben Ausbildung ist, kann man sich ja auch immer weiterhelfen. Das wäre auch ein sehr wichtiger Aspekt eines Wohnheims – dass man einen Ort hat, an dem man sich treffen kann“ (Auszubildende, 18 Jahre in einem Einzelinterview).

„Gemeinschaftsräume fände ich auf jeden Fall cool, weil unsere Zimmer ja ziemlich klein sind. Dann hätte man einfach einen größeren Raum, in dem sich mehr Leute versammeln können und wo man zum Beispiel Spiele hinstellen könnte“ (Auszubildender, 19 Jahre in einem Einzelinterview).

„Aktuell würde ich ein Wohnheim gegenüber einer eigenen Wohnung vorziehen, weil ich schon etwas Bedenken habe, wenn ich komplett alleine bin. In einem Wohnheim hat man ja auch die Möglichkeit, sich zurückzuziehen, aber gleichzeitig auch Gemeinschaftsräume, in denen man andere Leute treffen kann“ (Auszubildende, 21 Jahre in einem Einzelinterview).

Zwei Drittel offen für Azubiwohnheim

Die Bereitschaft, in ein Azubiwohnheim zu ziehen, ist insgesamt hoch, wenn die für sie wichtigen Bedingungen (Abbildung 21) erfüllt sind. 67,7 % (n = 678) derjenigen, für die ein Azubiwohnheim interessant ist, geben an, dass sie mit hoher oder sehr hoher Wahrscheinlichkeit in ein Azubiwohnheim einziehen würden, wenn die Bedingungen ihren Vorstellungen entsprechen.

450 Euro ist die Schmerzgrenze

Das Interesse an einem Azubiwohnheim steigt deutlich bei niedrigen Mietpreisen: Liegt die Miete unter 350 Euro (inkl. Strom und Internet), bewerten 93,1 % der Befragten ihre Bereitschaft zum Einzug als (sehr) wahrscheinlich. Bei Mietpreisen zwischen 350 und 450 Euro sinkt dieser Anteil auf 75,8 %. Ab 450 Euro geht das Interesse spürbar zurück: Nur noch 32,8 % bewerten ihre Einzugsbereitschaft bei Mieten zwischen 450 und 550 Euro als (sehr) wahrscheinlich. Bei Preisen über 550 Euro liegt der Anteil bei lediglich 9,1 %. Insgesamt deuten die Ergebnisse somit auf eine klare Mietpreisgrenze von etwa 450 Euro hin.³⁷

5.10. Bedeutung von kostenlosen Angeboten in Azubiwohnheimen

Neben der Bereitstellung von Wohnraum übernehmen Wohnheime häufig weitere Funktionen, etwa Beratung, Bildungsangebote oder die Förderung der Interaktion zwischen den Bewohner*innen. In der Befragung werden die Teilnehmenden gebeten, auf einer fünfstufigen Skala von „gar nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“ einzuschätzen, welchen Stellenwert kostenlose Angebote im Azubiwohnheim für sie haben.

Priorisierte Beratungs- und Bildungsangebote zur Lebenssicherung

Die Ergebnisse zeigen, dass Angebote, die zur Sicherung der Wohn- und Lebenssituation beitragen, deutlich höher geschätzt werden als solche ohne direkten Bezug zu existenziellen oder ausbildungsrelevanten Bedürfnissen. Etwas weniger als drei Viertel (72,6 %) der Befragten bewerten die Unterstützung bei der Wohnungssuche nach Ausbildungsende als wichtig bzw. sehr wichtig, während lediglich 9,7 % diesen Aspekt als nicht wichtig bzw. gar nicht wichtig einschätzen. Ähnlich hoch ist die Relevanz von Bildungsangeboten wie Soft-Skills-Trainings sowie Sozial- und Rechtsberatung und finanzielle Beratung – 63,5 % / 63,6 % / 61,9 % der Befragten schätzen diese als (sehr) wichtig ein.

Auch Angebote im Bereich sozialer und psychologischer Unterstützung erfahren hohe, wenn auch etwas geringere Werte. So geben 58,3 % an, Beratung und Unterstützung während der Ausbildung (sehr) wichtig zu halten und 54,2 % halten psychologische Beratung bzw. Mental-Health-Angebote für (sehr) wichtig. Beratungsangebote zur beruflichen Qualifizierung liegen mit 46,8 % auf der Skala „(sehr) wichtig“ im unteren Mittelfeld.

³⁷ n= 649 (< 350 Euro) / 641 (350-450 Euro) / 637 (450-550 Euro) / 636 (550-650 Euro).

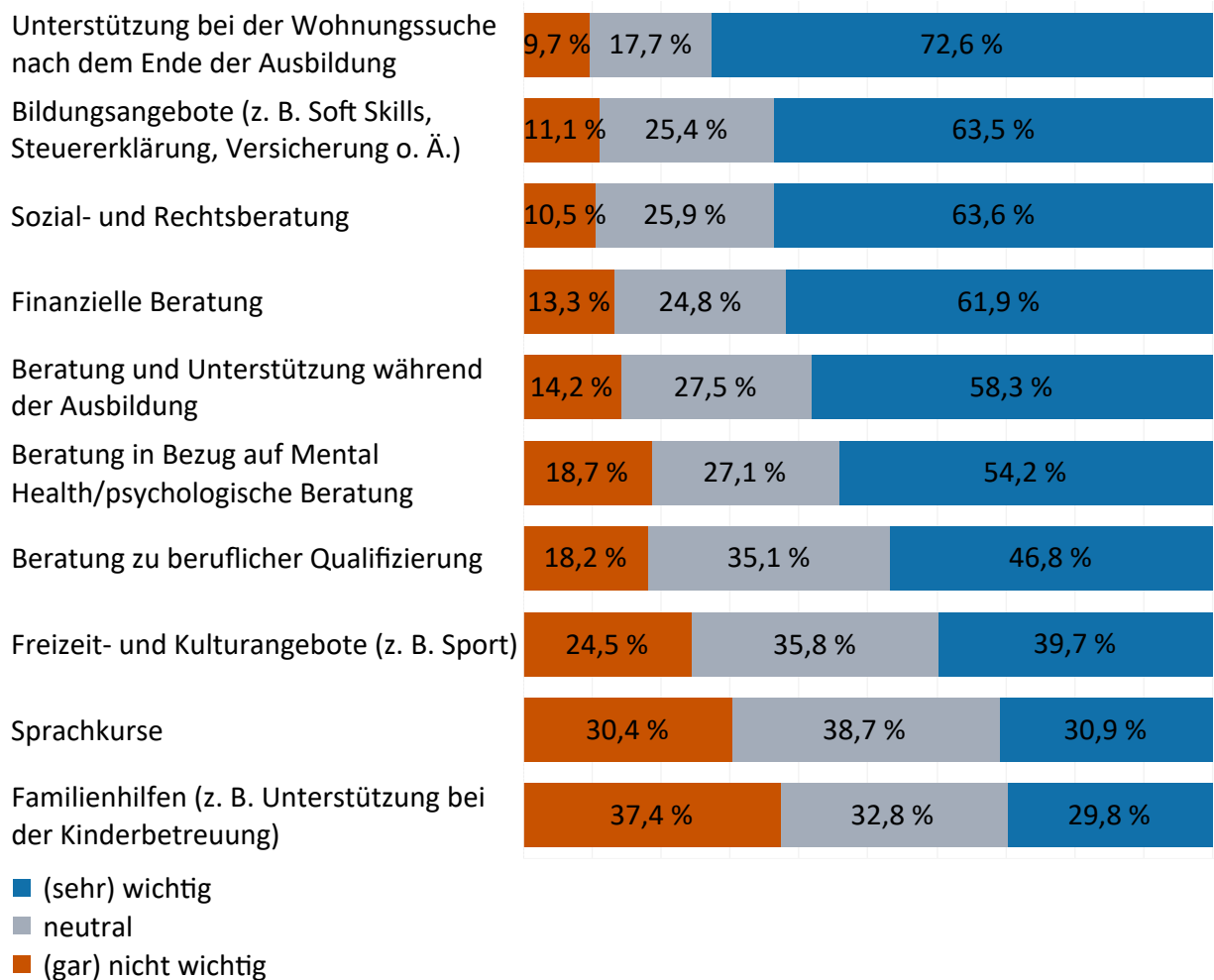


Abbildung 22: Antworten auf die Frage: „Inwieweit wären Ihnen die folgenden kostenlosen Angebote in einem Azubiwohnheim vor Ort wichtig?“

n = 637-640 © Minor

Geringere Priorität von Freizeit-, Kultur- und Zusatzangeboten

Deutlich niedriger fallen die Werte für Freizeit- und Kulturangebote aus: 39,7 % bewerten diese als (sehr) wichtig, für Sprachkurse liegt der Anteil bei 30,9 %, für Familienhilfen bei 29,8 %. Diese geringere Priorisierung deutet darauf hin, dass Zusatzangebote ohne direkten Bezug zur Ausbildung oder zu existenziellen Fragen im Kontext eines Azubiwohnheims nachrangig bewertet werden. Der vergleichsweise hohe Anteil neutraler Einschätzungen in diesen Kategorien (z. B. 38,7 % bei Sprachkursen und 35,8 % bei Freizeitangeboten) lässt darauf schließen, dass diese Angebote von einem Teil der Befragten als für sie persönlich nicht relevant erachtet werden, sie jedoch deren potenzielle Relevanz für andere nicht in Frage stellen.

Nichtdeutsche und Frauen bewerten Unterstützungsangebote höher

Nichtdeutsche Befragte bewerten sämtliche Angebote wichtiger als deutsche Befragte (z. B. Sozial- und Rechtsberatung: 80,8 % vs. 61,3 %), wobei die geringe Fallzahl unter den Nichtdeutschen (n = 77-79) zu berücksichtigen ist. Auch geschlechtsspezifisch zeigen sich Unterschiede: Frauen schätzen alle Unterstützungsangebote im Azubiwohnheim höher ein als Männer. Besonders ausgeprägt ist der Unterschied beim Angebot „Beratung in Bezug auf mental Health/psychologische Beratung“ (62,2 % vs. 43,6 % geben an, diese als wichtig bis sehr wichtig zu erachten).

5.11. Das Wichtigste aus den Befragungen in Kürze

Soziodemografie

- » Mehrheit 18-24 Jahre; 11,4 % Nichtdeutsche; Geschlechtsverteilung fast ausgeglichen; 8,2 % haben mindestens ein Kind.

Wohnsituation und Hürden bei der Wohnungssuche

- » 82,3 % wohnen in Berlin, 16,8 % in Brandenburg. 51,0 % leben bei Eltern/Verwandten, ein Drittel (33,3 %) in eigener Wohnung.
- » 33,2 % sind mit ihrer aktuellen Wohnsituation unzufrieden bzw. sehr unzufrieden.
- » 73,4 % der Befragten, die ihre Unterkunft in Berlin gefunden haben, bewerten Wohnungssuche als (sehr) schwierig. Nichtdeutsche: 86,0 %. Hauptprobleme: hohe Mieten, ein knappes Wohnungsangebot, fehlende Bonität.

Pendelzeiten zum Ausbildungsbetrieb / Ausbildungsstelle

- » 59,6 % pendeln 30-60 Minuten pro Strecke, 22,6 % über eine Stunde; nur 17,8 % unter 30 Minuten (Bund im Jahr 2021: 69,9 %).

Finanzielle Lage und Belastung

- » 74,9 % verfügen über <1.000 Euro / Monat, Nichtdeutsche: 52,7 % <800 Euro / Monat. 44,3 % zahlen 300-700 Euro Miete / Monat inkl. Nebenkosten.
- » Etwa 60,1 % der Befragten mit Ausbildungsvergütung geben monatlich mehr als ein Drittel ihrer Netto-Vergütung für die Wohnkosten aus. Nichtdeutsche: 77,5 %; Auszubildende mit Kindern: 79,4 %.
- » 47,4 % sind (sehr) unzufrieden mit finanzieller Situation; nach Fixkosten bleibt für viele kaum Spielraum für Lebensunterhalt, Freizeit, Lernmaterialien.

Zusammenhang zwischen Wohnen und Ausbildung

- » Die Wohnsituation wirkt sich überwiegend negativ auf die Ausbildung aus: 83,2 % der abgegebenen Nennungen verweisen auf eine beeinträchtigende Wirkung. Hauptgründe: lange Fahrtwege, ungeeignete Lernbedingungen, finanzielle Belastungen.

Bedarfe und Prioritäten in Bezug auf Wohnen

- » Die größten Bedarfe: bezahlbarer und eigener Wohnraum mit eigenem Bad, kürzere Pendelzeiten, finanzielle Unterstützung, mehr Platz, bessere Lage, angemessene Wohnbedingungen.
- » 55,2 % sehen finanzielle Zuschüsse als größte Verbesserung ihrer Wohnsituation.
- » (Sehr) wichtige Kriterien der Wohnsituation für Befragte: bezahlbarer Mietpreis, stabiles Mietverhältnis, Privatsphäre durch eigenes Zimmer.

Bekanntheit und Anforderungen zur Wohnform Azubiwohnheim

- » 56,8 % kennen die Wohnform „Azubiwohnheim“ nicht bzw. kaum.
- » 67,7 % würden beim Erfüllen der ihnen wichtigen Bedingungen mit „(sehr) hoher“ Wahrscheinlichkeit einziehen. Wichtig: günstige Miete (Schmerzgrenze: 450 Euro), Vertrag über Ausbildungsdauer, gute Anbindung, Privatsphäre.
- » Besonders geschätzte Unterstützungsangebote: Hilfe bei der Wohnungssuche nach Ausbildungsende, Bildungsangebote, Sozial-, Rechts- und Finanzberatung). Nichtdeutsche und Frauen bewerten alle Unterstützungsangebote höher als deutsche / männliche Auszubildende.



6. Lösungsansätze zur Verbesserung der Lebenssituation von Auszubildenden in Berlin

6.1. Einführung

„Nichts mehr als: ‚Macht mal diese Azubi-Wohnheime!‘. Baut mal die Kapazitäten aus, verdammt nochmal! Es entscheiden sich zehntausende jedes Jahr nicht für Berlin bzw. nicht für eine Ausbildung oder müssen warten, weil sie keine Wohnung finden. Das größte Problem bei einer Ausbildung in dieser Stadt ist nicht der Ausbildungsplatz oder der Betrieb [...], aber kaum bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende [...]“ (Auszubildender, 21 Jahre).

Der freie Wohnungsmarkt in Berlin ist für Auszubildende kaum zugänglich (Kapitel 4.2.) mit spürbaren Folgen für Ausbildungsbedingungen und -erfolg. Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt betrifft jedoch nicht nur Auszubildende: Vielmehr konkurrieren sie mit zahlreichen anderen sozialen Gruppen um ein deutlich zu geringes Angebot an Wohnungen im unteren und mittleren Preissegment. Die wenigen vorhandenen, teils exklusiv für Auszubildende reservierten Wohnangebote reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf zu decken. Sie unterstreichen lediglich den strukturellen Mangel an bezahlbarem Wohnraum für junge Menschen in Ausbildung (Kapitel 4.3.).

Diese Herausforderung ist nicht allein als soziale Frage zu betrachten, sondern berührt ebenso zentrale wirtschafts- und bildungspolitische Fragen. Die Wohnsituation hat unmittelbaren Einfluss auf die Attraktivität Berlins als Ausbildungsstandort. Denn Ausbildungsinteressierte werden zunehmend davon abgeschreckt, sich in Berlin niederzulassen, wenn sie keine bezahlbare Unterkunft finden. Andere wiederum beginnen eine Ausbildung, stehen aber unter erheblichem Druck, weil ihre Wohnsituation keine stabilen Lebens- und Lernverhältnisse bietet (Kapitel 5). Das hat negative Folgen für ihren Ausbildungserfolg und damit auch für die Unternehmen, die Auszubildende dringend benötigen.

Besonders kleine und mittlere Betriebe sehen sich zunehmend außerstande, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wirkt somit als Standortnachteil und verhindert u.a. den Ausbau betrieblicher Ausbildungskapazitäten, obwohl gerade sie ein zentrales Element zur Fachkräftesicherung darstellen.

Entsprechend fordert die Präsidentin der Berliner Handwerkskammer, Carola Zarth, Wohnheime für Auszubildende sowie die Bereitstellung von Zimmern für Auszubildende in Berlins Studentenwohnheimen. Denn im Vergleich zu Studierenden gibt es viel zu wenige Wohnheimplätze für Auszubildende in Berlin:

„Es wird Zeit, dass die duale Ausbildung genauso ernst genommen wird wie das Studium an einer Hochschule. Und weil wir dabei sind: Warum können beide, Studierende und Auszubildende, nicht auch Wand an Wand wohnen? Bisher gibt es bedauerndswert wenige Wohnheimplätze, die auch Azubis zur Verfügung stehen. Wenn wir wirklich wollen, dass die duale Ausbildung eine anerkannte Qualifizierung parallel zur akademischen Laufbahn darstellt, brauchen wir mehr als nur Lippenbekenntnisse“ (Zarth 2024).

Ein Lösungsansatz für die Ausbildungsstadt Berlin könnte in einer integrativen Wohn- und Lebensraumgestaltung für Auszubildende liegen, wie etwa im AzubiWerk München, dem Heidelberger Auszubildendenhaus, dem Azubiwerk Hamburg oder dem Azubiwerk Bremen. Dieses Modell schafft bezahlbaren stabilen Wohnraum, ergänzt um Beratungs- und Unterstützungsangebote und übersetzt damit die empirischen Bedarfe (Kapitel 5) in konkrete Infrastruktur. Denn die Erfahrungen aus den bestehenden Azubiwerken zeigen, dass reine Unterbringung nicht ausreicht: Es braucht pädagogische Begleitung und Unterstützungsangebote sowie Wohnformen, die den Ausbildungsalltag unterstützen – mit Lernorten, Gemeinschaftsräumen und Rückzugsflächen, die auf die Bedürfnisse junger Menschen in Ausbildung zugeschnitten sind. Während Studierende Zugang zu Bibliotheken und weiteren Campus-Infrastrukturen haben, fehlen solche gezielten Angebote für Auszubildende weitgehend.

Gleiche Unterstützung für Auszubildende und Studierende

Die Erfahrungen der bestehenden Azubiwerke, wie in München und Hamburg, legen nahe, dass ein integriertes Unterstützungsmodell für Auszubildende den Ausbildungserfolg fördert (Harutunian & Hartmann 2024; Azubiwerk Hamburg 2025a). Beide Städte kombinieren bezahlbaren Wohnraum mit sozialpädagogischer Begleitung, rechtlicher und psychosozialer Beratung sowie niedrigschwelligen Freizeit- und Bildungsangeboten. Diese Verknüpfung adressiert zentrale Herausforderungen der Ausbildungsphase: finanzielle Belastungen, soziale Isolation, Unsicherheiten im Ausbildungsbetrieb sowie persönliche und familiäre Problemlagen.

Ein Berliner Azubiwerk kann auf bewährte Good-Practice-Modelle zurückgreifen und diese an die besonderen Bedarfe der lokalen Ausbildungslandschaft anpassen. Die im Rahmen der Studie erhobenen Daten verdeutlichen, dass viele Auszubildende sich bei allgemeinen Lebensfragen, psychischen Belastungen oder persönlichen und finanziellen Herausforderungen häufig allein gelassen fühlen. Besonders ausgeprägt ist der Unterstützungsbedarf bei vulnerablen Gruppen wie Auszubildenden mit Migrations- oder Fluchterfahrung, Eltern oder Personen mit Inklusionsbedarfen

(siehe dazu ausführlich das Kapitel 5 zu den Umfrageergebnissen und das Kapitel 7 zu den Beratungs- und Unterstützungsangeboten).

Vor diesem Hintergrund ergibt sich für Berlin ein klarer Bedarf, ein Azubiwerk zu etablieren, das neben der Wohnraumversorgung auch umfassende Beratungs- und Unterstützungsstrukturen bereitstellt. Ziel ist es, Auszubildende ganzheitlich zu begleiten, ihre Selbstständigkeit zu fördern und ihre Ausbildungserfolge nachhaltig zu sichern.

Dadurch könnte das Azubiwerk einen großen Beitrag leisten, Auszubildende langfristig in Berlin zu halten und ihnen ein Umfeld zu bieten, das ihre Eigenverantwortung stärkt und soziale Teilhabe ermöglicht. Gleichzeitig wird die Attraktivität der Stadt als Ausbildungsstandort gesteigert und Unternehmen erhalten verlässliche Rahmenbedingungen für die Nachwuchsgewinnung. Das AzubiWerk Berlin symbolisiert damit nicht nur Wertschätzung für die Ausbildung, sondern setzt auch ein starkes Signal: Ausbildung ist in Berlin genauso viel wert wie ein Studium.

Es braucht politischen Willen

Während Studierende vielfach auf institutionalisierte Wohnformen wie Studierendenwohnheime zurückgreifen können, fehlen für Auszubildende vergleichbare Strukturen fast vollständig. Die niedrigen Ausbildungsvergütungen, der erstmalige Auszug aus dem Elternhaus und der enge Zeitrahmen der Ausbildung erschweren es zusätzlich, eigenständig geeigneten Wohnraum zu finden.

Das Beispiel München zeigt, dass gezielter politischer Wille, kombiniert mit strategischer Finanzierungsplanung, entscheidend sind, um nachhaltige Lösungen für diese Zielgruppe zu schaffen.

„Wir hatten im November 2021 den Grundsatzbeschluss, im Mai 2022 den Realisierungsbeschluss und im März 2023 die genaue Formulierung der Projekte nachgeschoben. Also man hat quasi Entwicklungsstufen mitgeplant und das Ganze als Prozess gesehen. Also auch das Azubiwerk als Organisationseinheit immer gedacht mit Entwicklungsstufen, mit einer Gründungsaufstellung, mit einem Kern, mit einem Personalaufbau und so weiter“ (Interview mit dem AzubiWerk München).

Dort wurde mit dem Aufbau des AzubiWerk München ein konkretes organisatorisches und infrastrukturelles Modell entwickelt, das auf einem klaren politischen Beschluss, einem Sonderbudget sowie einem phasenweise angelegten Entwicklungsprozess basiert. Dieses Modell kann für Berlin als richtungsweisend gelten, sowohl was die institutionelle Struktur als auch die soziale Wirkung betrifft.

Das AzubiWerk München als gute Praxis für Berlin

Hintergrund & Entwicklung

Das AzubiWerk München entstand aus einem schrittweisen Prozess, der Ende 2020 begann. Mit einem Grundsatzbeschluss im November 2021 und einem Realisierungsbeschluss im Mai 2022 wurde der Weg für die institutionelle Gründung des Vereins im Oktober 2022 geebnet. Entscheidend für den Erfolg war die frühzeitige Einbindung aller relevanten städtischen Referate und Fachstellen sowie eine fachübergreifende Projektleitung, die gemeinsame Verantwortung sicherstellte. Erste praktische Erfahrungen sammelte München bereits mit dem Pilotprojekt am Innsbrucker Ring, wo 2019 ein Wohnheim mit 118 Plätzen eröffnet wurde. Arbeitgeber beteiligten sich dort durch Mietkostenzuschüsse. 2023 folgte der größere Standort am Hanns-Seidel-Platz mit 221 Apartments. Hier wurden erstmals Wohnplätze auch direkt über ein transparentes Bewerbungsverfahren und nicht mehr nur über Belegrechte der Unternehmen vergeben.

Zweck & Aufgaben

Das AzubiWerk München verbindet bezahlbaren Wohnraum mit einem umfassenden Unterstützungsangebot. Dazu gehören Beratungen zur Ausbildungsfinanzierung (z. B. Berufsausbildungsbeihilfe oder BAföG), die Vernetzung bestehender Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie Mitbestimmungs- und Freizeitmöglichkeiten. Die Partizipation der Bewohner*innen steht im Mittelpunkt: Sie wirken über Hausversammlungen, gewählte Bewohner*innenvertretungen im Vorstand und die Mitarbeit in einem Fachbeirat aktiv an der Gestaltung des Projekts mit.

Umsetzungskonzept: Struktur, Standorte & Governance

Aktuell betreibt das AzubiWerk zwei große Standorte: den Innsbrucker Ring mit 118 Plätzen und das Wohnheim am Hanns-Seidel-Platz mit 221 Apartments. Weitere rund 400 Plätze sind in Planung, ergänzt durch innovative Pop-up-Dorms. Die Zimmer sind überwiegend Einzelapartments zwischen 17,3 und 19,8 Quadratmeter, ergänzt durch größere, barrierearme Einheiten von 37 Quadratmeter, die auch für kleinere Familien oder Menschen mit Behinderung geeignet sind. Gemeinschaftsflächen – Küchen auf jeder Etage, eine Dachterrasse und Waschmöglichkeiten – fördern soziale Kontakte. Die Warmmieten liegen bei rund 300 Euro pro Mikroapartment und damit deutlich unter dem Münchner Durchschnitt.

Das Vergabeverfahren folgt einem dreisäuligen Modell, das soziale Durchmischung sicherstellt: 1. Ein Drittel der Plätze wird von der Stadt München an eigene Auszubildende vergeben. 2. Ein Drittel geht an Ausbildungsbetriebe, die diese direkt an ihre Auszubildenden weitergeben und 3. das letzte Drittel wird durch das AzubiWerk selbst vergeben mittels eines Losverfahrens, das Kriterien wie gesellschaftliches Engagement, prekäre Wohnsituationen, Geschlechterparität und Einkommen berücksichtigt. Dabei sind 60 % der Plätze für Bewerber*innen unterhalb des Medianeinkommens reserviert.

Trägerschaft & Governance

Träger ist der 2022 gegründete Verein AzubiWerk München e. V., getragen von der Landeshauptstadt München, dem Kreisjugendring und der DGB-Jugend. Die Governance-Struktur umfasst Vorstand und Geschäftsstelle, einen Fachbeirat sowie Gremien zur Mitbestimmung der Bewohner*innen. Dieses Modell stellt sicher, dass kommunale Akteure, Sozialpartner und die Auszubildenden selbst gleichberechtigt in Entscheidungsprozesse eingebunden sind.

Gleichzeitig erfordert die Debatte um das Azubiwohnen eine differenzierte Perspektive:

Einerseits sind die besonderen Lebenslagen von Auszubildenden – etwa Zeitdruck, eingeschränkte Mobilität und geringe Einkommen – so prägend, dass sie spezifische, auf diese Zielgruppe zugeschnittene Wohnlösungen rechtfertigen. Andererseits spricht vieles für einen erweiterten, integrativen Ansatz im Sinne eines „jungen sozialen Wohnens“, das sich nicht ausschließlich auf Auszubildende beschränkt, sondern ebenso für Studierende, junge Berufstätige und für junge Geflüchtete offensteht.

Solche hybriden Wohnkonzepte fördern nicht nur die soziale Durchmischung und reduzieren das Risiko von Leerstand, sondern schaffen auch Potenziale für Synergien, etwa in Betreuung, Infrastruktur und sozialer Integration.

Gerade für Berlin besteht die Herausforderung darin, tragfähige und zugleich skalierbare Modelle zu entwickeln, die sich an bewährten Beispielen orientieren, dabei jedoch konsequent an die lokalen Gegebenheiten und Bedarfe angepasst werden.

Baukasten möglicher Lösungsansätze bzw. Handlungsoptionen

Im Folgenden wird ein Baukasten möglicher Lösungsansätze bzw. Handlungsoptionen für das AzubiWerk Berlin vorgestellt: von digitaler Steuerung über Anmietung, Neubau oder temporäre Lösungen bis hin zur Umnutzung bestehender Infrastrukturen. Mit der Anmietung der ersten Wohnplätze geht in allen Lösungsansätze/Bausteinen auch die Entwicklung einer integrierten Begleit- und Unterstützungsstruktur für die Berliner Auszubildenden einher (siehe ausführlich Kapitel 7). Welche Bausteine in welcher Reihenfolge und in welchem Umfang realisiert werden, bleibt Teil der Machbarkeitsprüfung und politischen Entscheidung.

Lösungsansatz 1/Baustein 1: Aufbau einer Koordinierungsstelle und Wohnraumbörse für Auszubildende auf Verwaltungsebene

Ein möglicher Ausgangspunkt für das AzubiWerk Berlin ist der Aufbau einer Koordinierungsstelle auf Verwaltungsebene. Diese Koordinierungsstelle verfolgt folgende zentrale Aufgaben:

1. Entwicklung einer digitalen Wohnraumbörse, die alle relevanten Wohnangebote für Auszubildende bündelt (von Einzelapartments über WGs bis hin zu temporären Wohnlösungen) und diese niedrigschwellig und sozial gerecht vergibt.
2. Die erste Anmietung von Wohnplätzen für Auszubildende bei privaten, öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die nach der Gründung im AzubiWerk Berlin aufgenommen werden (Zielgröße: 150 Wohnplätze schon ab 2026).

Die Koordinierungsstelle kann langfristig als ein strategischer Hebel in Berlin genutzt werden, um den vorhandenen Wohnraum gezielt für Auszubildende zugänglich zu machen und mit künftigen Neubau- und Umnutzungsprojekten zu verknüpfen.

Lösungsansatz 2/Baustein 2: Schaffung und Bereitstellung von neuen bezahlbaren Wohneinheiten (Übergang vom Verwaltungsprojekt zur Gründung des AzubiWerk Berlin)

In Kooperation mit privaten und landeseigenen Wohnungsunternehmen (wie Berlinovo und Howoge) wird die Anmietung und der Neubau von bezahlbaren Wohnplätzen für Auszubildende über das gegründete AzubiWerk Berlin angestrebt (Zielgröße: mindestens 175 Wohnplätze in 2027).

Hierbei könnten unterschiedliche Wohnformen berücksichtigt werden: Mikroapartments als kompakte und kosteneffiziente Lösung für Auszubildende sowie Wohngemeinschaften, die neben günstigen Mieten auch soziale Vernetzung und gegenseitige Unterstützung fördern. Beide Modelle hätten das Potenzial, sich schrittweise und in modularen Ausbaustufen in die städtische Infrastruktur einzufügen.

Lösungsansatz 3/Baustein 3: Umnutzung bestehender Infrastrukturen

Eine weitere Möglichkeit besteht in der Umnutzung bereits vorhandener Gebäude, die aktuell nicht oder nur teilweise genutzt werden. Dabei werden ungenutzte Bestandsimmobilien wie Schulgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, ehemalige Hotels oder Apartmenthäuser in Wohnimmobilien für Auszubildende transformiert. Dabei könnten sowohl Apartment- als auch Gemeinschafts-, Lern und Funktionsflächenstrukturen entwickelt werden. Neben der Entlastung des angespannten Wohnungsmarktes würde dieses Modell auch zur nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen, da ungenutzte Bauten wieder aktiviert und Quartiere städtebaulich aufgewertet werden.

Lösungsansatz 4/Baustein 4: Pop-up-Dorms

Die Pop-up-Dorms nach Wiener Vorbild sind temporär angelegt und lassen sich flexibel auf- und abbauen. Sie ermöglichen die schnelle und vergleichsweise kostengünstige Bereitstellung temporären Wohnraums. Besonders auf Grundstücken, die mittelfristig für andere Bauvorhaben vorgesehen sind, könnten Pop-up-Dorms eine wichtige Entlastung für mindestens fünf Jahre schaffen.

Im Zentrum: die Auszubildenden

Trotz der möglichen Öffnung auf alle jungen Menschen bleibt es essenziell, den Fokus explizit auf Auszubildende zu richten, und zwar nicht nur während der Ausbildung, sondern auch in der sensiblen Übergangsphase in den Arbeitsmarkt. Hierfür sprechen mehrere Gründe:

- » Im Unterschied zu Studierenden oder jungen Berufstätigen verfügen Auszubildende oftmals über kein etabliertes Unterstützungsnetzwerk. Während Studierende über das Studierendenwerk Zugang zu Wohnheimen, Kitas, Mensen und weiteren Services haben, fehlen entsprechende flächendeckende Angebote für Auszubildende. Gleichzeitig bewegen sie sich häufig am unteren Ende der Einkommensskala und haben geringe Möglichkeiten, hohe Wohnkosten zu tragen.
- » Die Wohnungssituation kann ein entscheidender Hinderungsgrund sein, eine Ausbildung überhaupt aufzunehmen, insbesondere in einer

Stadt mit so einem angespannten Wohnungsmarkt wie Berlin (Kapitel 4). Fehlender bezahlbarer Wohnraum gefährdet damit nicht nur den Ausbildungserfolg, sondern auch die Ausbildungsfähigkeit der Region.

- » Während für Studierende oder Familien verschiedene wohnungspolitische Förderprogramme bestehen, bleiben Auszubildende bislang weitgehend unberücksichtigt – obwohl sie sich in einer besonders vulnerablen Übergangsphase zwischen Schule und Beruf befinden.
- » Mit dem Ende der Ausbildung entfällt häufig der förderrechtliche Status als Auszubildende*r, wodurch der Zugang zu speziellen Wohn- und Sozialleistungen wegfällt. Gleichzeitig liegen in den ersten Monaten nach Arbeitsbeginn meist noch keine stabilen Gehaltsnachweise vor. Ohne Unterstützung drohen den Berufseinsteiger*innen Wohnungsverlust und Überforderung (Kapitel 7.1.).
- » Die Untersuchungsergebnisse machen deutlich, dass eine stabile Wohnsituation ein Schlüsselfaktor für Ausbildungszufriedenheit, Abschlusswahrscheinlichkeit und erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ist. Wer in prekären Verhältnissen lebt oder unter existenziellen Belastungen steht, ist deutlich stärker gefährdet, Ausbildung und Berufseinstieg abubrechen. Wohnraumförderung für Auszubildende ist somit nicht nur eine soziale, sondern auch eine strukturpolitische Investition in die Fachkräftesicherung.

Vor diesem Hintergrund sollten die vier Lösungsansätze für das AzubiWerk Berlin zwar perspektivisch offen für weitere junge Zielgruppen sein. Doch in Planung, Umsetzung und sozialer Begleitung sollte ein expliziter Vorrang für Auszubildende bestehen, einschließlich der Übergangsphase in die Erwerbstätigkeit. Nur so können bestehende Versorgungslücken geschlossen und die soziale wie berufliche Stabilisierung junger Menschen gezielt gefördert werden.

6.2. Baukasten möglicher Lösungsansätze für das AzubiWerk Berlin

6.2.1. Lösungsansatz 1/Baustein 1: Aufbau der Koordinierungsstelle und Wohnraumbörse für Auszubildende

Der Aufbau einer Koordinierungsstelle mit einer digitalen Wohnraumbörse auf Verwaltungsebene könnte schnell für ausbildungssuchende junge Menschen umgesetzt werden. Erstes Ziel ist es, Markttransparenz im privaten, gemeinnützigen und öffentlichen Wohnungsangebot zu schaffen und die soziale Wohnraumvergabe zu unterstützen und zu steuern. Dabei könnte eine Verweisberatung für die Auszubildenden über die digitale Wohnraumbörse angeboten werden.

Angesichts der strukturellen Benachteiligungen von Auszubildenden auf dem Berliner Wohnungsmarkt, insbesondere durch geringe Einkommen,

zeitliche Einschränkungen und oft fehlende Netzwerke, ist dieser Service ein wichtiger erster und schnell umsetzbarer Schritt hin zu mehr Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit. Angesichts des sehr angespannten Wohnungsmarktes in Berlin sollte das Modell als erster zentraler Schritt der Unterstützung von Auszubildenden in der Stadt gesehen werden, welcher gleichzeitig vom Prozess der Wohnraumschaffung für Auszubildende begleitet werden sollte.

Für diesen Lösungsansatz ist der politische Wille entscheidend. Die Plattform allein schafft keinen neuen Wohnraum, sie wirkt jedoch als Instrument der politischen Steuerung und Priorisierung. Entscheidend ist, dass sich Land und Bezirke gemeinsam dafür einsetzen, bestehenden Wohnraum gezielt für Auszubildende zu sichern, etwa durch Belegungsrechte, Quotenregelungen, Anreizmechanismen oder Kooperationsvereinbarungen mit öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Wohnungsunternehmen.

Ein zweites Ziel dieses Lösungsansatzes ist es, nicht nur Wohnraum sichtbarer und über die Wohnraumbörse mit Verweisberatung leichter zugänglich zu machen, sondern zugleich auch erste Wohnplätze für Auszubildende anzumieten und somit die Grundlage für eine sozial geregelte, strategisch gesteuerte Wohnraumvergabe im Ausbildungssektor zu schaffen. Die Koordinierungsstelle auf der Verwaltungsebene erfüllt damit vier zentrale Funktionen:

1. Strategische Koordination und Vernetzung:

Die Koordinierungsstelle übernimmt unter Federführung der SenASGIVA die fachliche Steuerung aller Prozesse rund um das Thema Azubiwohnen und koordiniert die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Berliner Senatsverwaltungen (SenStadt, SenFin, SenJugend), den landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU), den freien Wohnungsmarkt, den Kammern, Bildungsträgern, sozialen Trägern und weiteren Schlüsselakteuren. In dieser Phase erfolgt keine eigenständige Anmietung von Wohnraum, sondern der Aufbau tragfähiger Kooperationsstrukturen.

2. Digitale Wohnraumbörse für Auszubildende mit Verweisberatung

Kernbestandteil der Wohnraumbörse ist der schrittweise Aufbau einer digitalen Plattform, die alle für Auszubildende verfügbaren Wohnangebote in Berlin bündelt und transparent zugänglich macht. Die Plattform dient als zentrale Schnittstelle zwischen Angebot und Nachfrage mit dem Ziel, bestehende Wohnressourcen künftig systematisch und sozial ausgewogen an berechnete Auszubildende zu vermitteln.

In den Pool aufgenommen werden verschiedene Wohnformen, darunter Einzelwohnungen, Wohngemeinschaften, Plätze aus Wohnheimen, die sich an Auszubildende richten, sowie alternative Wohnlösungen, etwa Wohnprojekte oder temporäre Übergangslösungen. Die Plattform stellt sicher, dass alle Wohnplätze nach nachvollziehbaren, fairen Kriterien vergeben werden, bspw. orientiert an Einkommen, Ausbildungsform, sozialer Lage und individueller Bedürftigkeit. Die Wohnvergabe erstreckt sich dabei über die gesamte Dauer der Ausbildung. Die Akquise der Wohnangebote der ersten Wohnplätze erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den sieben landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU), Wohnungsbaugenossen-

schaften sowie privaten Marktakteuren, die Kontingente oder Belegungsrechte für Auszubildende zur Verfügung stellen.

3. Anmietung erster Wohnplätze

Die Anmietung erster Wohnplätze im Baustein 1 könnte über zwei Wege erfolgen:

- » Anmietung von Kontingenten: Generalmietverträge mit LWU oder privaten Anbietern für ganze Gebäude oder Apartmentkontingente, die in die digitale Wohnraumbörse integriert werden.
- » Belegungsrechte: Vereinbarungen über Kontingente in Neubauten oder Bestandsbauten, mit Direktvermietung zwischen privaten und/oder öffentlichen Wohnungsunternehmen und Auszubildenden.

Für ein faires und sozial gerechtes Vergabeverfahren der angebotenen Wohnplätze sollte ein System entwickelt werden, dass allen Auszubildenden in Berlin gleiche Chancen auf einen Wohnplatz bietet und soziale Kriterien angemessen berücksichtigt.

Gute Praxis Beispiel: Gewichtetes Losverfahren mit festgelegten Quoten des Bremer Azubiwerks

Eine Bewerbung für einen Wohnplatz im Azubiwerk Bremen ist nur möglich, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:

- » Mindestalter von 18 Jahren zum Zeitpunkt des Einzugs.
- » Die Ausbildung weist beim Einzug eine Restlaufzeit von mindestens neun Monaten auf.
- » Nachweis einer staatlich anerkannten Ausbildung (duale Berufsausbildung oder schulische Ausbildung an einer Fachakademie/Technikerschule).
- » Nachweis eines Wohnberechtigungsschein (WBS), der nicht älter als sechs Monate ist.

Alle Bewerber*innen, die die Grundvoraussetzungen erfüllen, nehmen mit einem Basislos teil. Unter bestimmten Bedingungen können Zusatzlose vergeben werden, um soziale Benachteiligungen auszugleichen:

- » Ehrenamtliches Engagement: ein Zusatzlos (mindestens sechs Monate, mindestens vier Stunden pro Monat).
- » Prekäre Wohnsituation: zwei Zusatzlose (Nachweis über eine anerkannte soziale Einrichtung erforderlich).

Um Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, wird die Verlosung nach Lostöpfen durchgeführt, die Geschlecht und Einkommenslage berücksichtigen:

- » Geschlechterquote: 50 % der Plätze sind für Männer, 50% für Frauen vorgesehen; Bewerber*innen mit nicht-binärer Geschlechtsidentität werden statistisch einem Lostopf zugeordnet, bis differenziertere Lösungen vorliegen.
- » Einkommensquote: 60 % der Plätze gehen an Auszubildende mit einem Nettoeinkommen unterhalb des Medians.

Die Lostöpfe kombinieren diese Kriterien, sodass beispielsweise männliche und weibliche Bewerber*innen jeweils in Untergruppen nach Einkommenslage aufgeteilt werden. Alle Wohnplätze sind barrierefrei gestaltet. Eine bestimmte Anzahl an Plätzen sind für Auszubildende reserviert, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Diese Plätze werden vorrangig an entsprechend berechnete Bewerber*innen vergeben (ABiG 2025).

4. Partizipation an stadtentwicklungspolitischen Prozessen:

Wünschenswert ist es, wenn die Koordinierungsstelle bzw. das zukünftige AzubiWerk Berlin Teil des wohnungspolitischen Planungs- und Aushandlungsprozesses des Landes Berlin wird und eine Mitwirkungsmöglichkeit erhält. Partner dafür sind unter anderem die LWU sowie die zuständigen Fachverwaltungen. So kann die Perspektive der Auszubildenden systematisch in künftige Bauprojekte und Quartiersentwicklungen integriert werden.

Dieser Lösungsansatz 1/Baustein1 legt als erstes, schlankes und effektives Interventionsmodell das Fundament für ein zukunftsfähiges Azubiwohnen in Berlin. Er schafft die notwendige Transparenz, sorgt für eine gerechte Vergabe bestehender Ressourcen und eröffnet Raum für langfristige strukturelle Lösungen, die sowohl soziale Gerechtigkeit als auch stadtpolitische Integration fördern.

Einordnung des Bausteins 1: Potenziale und Herausforderungen

Die Koordinierungsstelle mit digitaler Wohnraumbörse bietet einen realisierbaren und wirkungsvollen Einstieg in eine gerechtere Wohnraumvergabe für Auszubildende in Berlin. Seine Stärken liegen in der zentralen Steuerung, der Nutzung vorhandener Ressourcen und der schnellen Umsetzbarkeit mit vergleichsweise geringem Ressourceneinsatz. Durch die digitale Plattform lassen sich Vergabeprozesse transparenter gestalten und eine stabile Wohnsituation über die gesamte Ausbildungsdauer hinweg gewährleisten.

Als Herausforderung bleibt jedoch, dass die Lösung selbst zunächst keinen neuen Wohnraum schafft. Der Erfolg hängt stark vom politischen Rückhalt, von der Bereitschaft zur interinstitutionellen Zusammenarbeit ab. Die zentrale Steuerung erfordert hohe Abstimmungsleistungen, insbesondere mit Blick auf die Vielfalt der beteiligten Akteure.

Gleichzeitig eröffnen sich klare Chancen: Die Koordinierungsstelle mit der Wohnraumbörse kann Berlin als ausbildungsfreundliche Stadt positionieren, privatwirtschaftliche Akteure und Genossenschaften stärker einbinden und eine frühzeitige Berücksichtigung von Azubiwohnen in Bau- und Stadtentwicklungsprozesse ermöglichen. Insbesondere die aktive Beteiligung von Betrieben sowie die digitale Infrastruktur bieten Ansätze für eine langfristig effizientere Wohnraumsteuerung.

Nicht zu unterschätzen sind jedoch die Risiken: Die Konkurrenz um bezahlbaren Wohnraum bleibt groß, auch mit anderen sozial benachteiligten Gruppen. Eine geringe Beteiligung privater Anbieter oder das Fehlen von Neubauten mit Sozialbindung könnte die Wirkung der Koordinierungsstelle erheblich einschränken. Umso wichtiger ist es, dass der Baustein 1 nicht als Endpunkt, sondern als strategischer Ausgangspunkt für strukturelle Lösungen verstanden wird.

6.2.2. Lösungsansatz 2/Baustein 2: Anmietung und Neubau bezahlbarer Wohneinheiten

Ein wegweisendes Vorbild für Berlin bietet das Münchner Modell, das kommunale Einrichtungen für Azubiwohnen geschaffen hat. In München wurde früh deutlich, dass herkömmliche Verwaltungsprozesse nicht ausreichen, um den Bedarf an Ausbildungswohnraum wirksam zu adressieren. Stattdessen wurde ein interdisziplinäres, referatsübergreifendes Projektteam aufgebaut, das flexibel agierte, Fachressorts auf Arbeitsebene vernetzte und die Lebensrealität junger Menschen – einschließlich ihrer Rückzugsbedarfe, sozialen Dringlichkeiten und Lernumgebungen – systematisch berücksichtigte. Entscheidend für München war der politische Wille, getragen insbesondere durch die relevanten Fachressorts, die DGB-Jugend und städtische Jugendvertretungen (Interview mit dem AzubiWerk München).

Das geplante AzubiWerk Berlin knüpft an diese Erfahrungen an und verfolgt den Aufbau einer zentralen Wohnform für Auszubildende, die sowohl bezahlbaren Wohnraum als auch begleitende Beratungs- und Unterstützungsangebote umfasst. Ziel ist ein lebendiger Lern- und Lebensort mit individueller Förderung, sozialer Einbindung und langfristiger Wohnstabilität während der Ausbildung.

Realisierungsformen

Die Umsetzung kann durch Anmietung bestehender Gebäude oder den Neubau erfolgen, vorzugsweise in Kooperation mit landeseigenen Wohnungsbauunternehmen (LWU). Auch private Wohnungsunternehmen und Genossenschaften können einbezogen werden (siehe dazu auch Lösungsansatz 1/Baustein 1).

1. Anmietung von Wohnplätzen

- a. Anmietung von Kontingenten: Generalmietverträge mit LWU oder privaten Anbietern für ganze Gebäude oder Apartmentkontingente, die in den Pool der Azubiwohnraumbörse integriert werden.
- b. Belegungsrechte: Vereinbarungen über Kontingente in Neubauten oder Bestandsbauten, mit Direktvermietung zwischen privaten und/oder öffentlichen Wohnungsunternehmen und Auszubildenden.

2. Neubau von Azubiwohnheimen

Ein Neubau ist langfristig angelegt und bedarf einer Kooperation und Abstimmung zwischen den Verwaltungen. Wichtig dabei ist das Einvernehmen über u. a. die Zahl der Wohneinheiten und den Anteil am Förderprogramm „Junges Wohnen“ für Auszubildende, orientiert am Münchner Vorbild. Die Realisierung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit LWU, gemeinnützigen oder privaten Trägern unter Refinanzierung über den Mietzins.

Kooperationsmodelle

Für Anmietung und Neubau stehen zwei zentrale parallele Umsetzungswege zur Verfügung:

Modell 1: Bauen

- a. Kooperation mit öffentlichem Bauträgern: LWU oder eine Baudienststelle des Landes Berlin, beispielsweise auf Bezirksebene oder in Kooperation mit Unternehmen wie das TLX Projekt, übernehmen die Funktion des Bauträgers und realisieren den Neubau. Die Refinanzierung erfolgt über langfristige Generalmietverträge.
- b. Eigenbau durch das AzubiWerk Berlin: Alternativ kann das Azubiwerk selbst als Bauträger auftreten, sofern es über entsprechende finanzielle Mittel verfügt und die Rechtsform dies zulässt. Eine weitere Option besteht in der Umsetzung des Vorhabens in Kooperation mit einer Wohnungsbaugenossenschaft.

Modell 2: Anmietung

Bei geeigneten Objekten aus dem freien Markt agiert ein Immobilienverwalter (optimalerweise aus der öffentlichen Hand) als Verhandlungspartner und übernimmt das Vertrags- und Facilitymanagement im Auftrag des AzubiWerk Berlin, ebenfalls finanziert über öffentliche Zuschüsse.

Sozialpädagogische und infrastrukturelle Komponenten

Analog zum Münchner Modell soll das AzubiWerk Berlin über den reinen Wohnraum hinausgehende Angebote bereitstellen. Dazu zählen Beratung und Begleitung, Lernräume, Rückzugsorte und kollektive Austauschformate. Darüber hinaus stehen die Unterstützung in prekären Lebenslagen und der Aufbau einer ausbildungsbezogenen Infrastruktur im Fokus – vergleichbar mit den studentischen Bibliotheken und Lerntreffs –, um stabile Lern- und Lebenssituationen zu fördern, (Interview mit dem AzubiWerk München; Kapitel 5). Ein Vertreter des AzubiWerk München betont im Interview:

„Da würde ich in das Thema Ausbildungsförderung reingehen, das haben wir beim AzubiWerk in München auch. Und da geht es auch darum, dass man Leute aus einer reinen Unterbringungssituation herausholt und in einen Kontext setzt, der klar ausbildungsbezogen ist und der Beratungshintergrund hat. Das ist auch eine individuelle Förderungskomponente, die uns wichtig ist, dass man ein Umfeld schafft, in dem man einen klaren Ausbildungsbezug hat und Inhalte, die dort notwendig sind, auch gefördert werden. Also beispielsweise Lernen, Lernumgebung, Rückzugsort, dass man diesen Ort zur Verfügung stellt. Studierende haben zum Beispiel Bibliotheken, die sind in einem Azubi-Kontext überhaupt nicht Thema. Also könnte ein AzubiWerk auch eine Art Lerntreff, Arbeitsumgebung, Austauschort sein, wo dann solche entsprechenden Angebote gemacht werden. Damit schafft man stabilere Situationen während der Ausbildungszeit und behandelt das Thema Ausbildungsförderung auf einer individuelleren Ebene“ (Interview mit dem AzubiWerk München).

Zukunft: Junges soziales Wohnen

Ein zukunftsweisender Aspekt ist die mögliche Erweiterung auf allgemein „junges soziales Wohnen“. Diese Öffnung birgt mehrere Potenziale: Synergien durch Nutzung gemeinsamer Infrastruktur und soziale Integration und neue Lernkontexte. Gleichzeitig ergeben sich daraus neue Herausforderungen: etwa in der Abstimmung sozialpädagogischer Konzepte, in der Zielgruppenkommunikation oder bei der Mietpreisgestaltung.

Einordnung des Bausteins 2: Potentiale und Herausforderungen

Der Baustein 2 „Anmietung und Neubau bezahlbarer Wohneinheiten“ stellt einen zentralen Pfeiler der Strategie dar, um den Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende in Berlin strukturell zu adressieren.

Durch die duale Strategie von Anmietung und Neubau können sowohl kurzfristige Entlastungen als auch langfristige Kapazitätsaufbauten erreicht werden. Diese Flexibilität erlaubt eine stufenweise Implementierung, abgestimmt auf Haushalts- und Flächenverfügbarkeiten.

Das Münchner Modell zeigt, dass interdisziplinäre Kooperation (zwischen Fachressorts, Jugendvertretungen und Gewerkschaften) ein zentraler Erfolgsfaktor ist. Eine vergleichbare Struktur in Berlin könnte Verwaltungsprozesse beschleunigen, Kompetenzen bündeln und partizipative Planungsprozesse institutionalisieren.

Über den reinen Wohnaspekt hinaus bietet der Ansatz die Möglichkeit, soziale Integration, Lernförderung und individuelle Stabilisierung zu fördern. Einrichtungen wie das Azubiwerk könnten zu zentralen Lern- und Sozialräumen für Auszubildende werden, was wiederum den Ausbildungserfolg und die Vertragslösungsquote in der Ausbildung positiv beeinflussen dürfte.

Die Umsetzung des Bausteins 2 ist komplex und erfordert eine stabile Finanzierungs- und Governance-Struktur. Sowohl Anmietung als auch Neubau bedingen verlässliche Zuschüsse und klare Zuständigkeiten zwischen Land, Bezirken, LWU und privaten Trägern. Hinzu kommen Herausforderungen bei der Koordination der Akteure, der Verfügbarkeit geeigneter Flächen sowie der Balance zwischen Wirtschaftlichkeit und sozialpädagogischer Qualität.

Trotz dieser Hürden bietet der Ansatz ein hohes Potenzial: Er kann Berlin ein innovatives, sozial integriertes Wohnmodell eröffnen, das über reine Unterbringung hinausgeht. Entscheidend ist eine enge Verzahnung von Verwaltung, Wohnungswirtschaft und Sozialarbeit, um dauerhaft stabile Lebens- und Lernbedingungen für Auszubildende zu schaffen.

6.2.3. Lösungsansatz 3/Baustein 3: Umnutzung bestehender Infrastrukturen

Die Umnutzung leerstehender oder nur teilweise genutzter öffentlicher Gebäude stellt eine besonders nachhaltige und städtebaulich wertvolle Option dar, um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu schaffen. Geeignete Objekte können unter anderem ehemalige Schulstandorte, Büro- und Verwaltungsgebäude, Hotels oder Apartmenthäuser sein.³⁸

Die Umnutzung solcher Immobilien bietet sich besonders als mittel- bis langfristige Strategie an. Für das AzubiWerk Berlin könnte sie eine tragfähige Ergänzung zu Neubau- oder Anmietungsmodellen und zu kurzfristigeren Lösungen, wie Pop-up-Dorms darstellen.

Die Umnutzung bestehender Gebäude eröffnet erhebliche Chancen für eine zukunftsorientierte Wohnraumentwicklung. Zunächst ist diese Form der Realisierung ökologisch und ökonomisch nachhaltig. Bestehende Bau-

³⁸ Im Zuge der Kooperation innerhalb dieser Machbarkeitsstudie werden Abschlussarbeiten von Studierenden der Bauhaus-Universität Weimar zur architektonischen Umnutzung bestehender Infrastrukturen erstellt (Anhang IV).

substanz wird weiter genutzt, wodurch Ressourcen geschont, Abriss vermieden und neue Flächenversiegelungen reduziert werden. Im Vergleich zum Neubau können so erhebliche Kosten eingespart werden, da Grundstrukturen wie Gebäudehülle, Erschließung und technische Anschlüsse bereits vorhanden sind. Dies schafft Spielräume für sozialverträgliche Mietpreise und entlastet die öffentliche Hand.

Darüber hinaus leistet die Umnutzung einen wichtigen städtebaulichen Beitrag. Leerstehende oder untergenutzte Immobilien können wiederbelebt und in den städtischen Raum integriert werden. Dies stärkt nicht nur die Quartiere, sondern kann auch positive Impulse für Nachbarschaften setzen, indem neue soziale Treffpunkte entstehen und ungenutzte Flächen aufgewertet werden.

Ein weiterer Vorteil liegt in der Flexibilität der Nutzungskonzepte. Bestehende Gebäude bieten oft großzügige Grundrisse, die sich für verschiedene Wohn- und Gemeinschaftsformate anpassen lassen – von Einzelapartments über Lernräume bis hin zu Gemeinschaftsflächen. In manchen Fällen können Objekte mit vergleichsweise geringem Aufwand für eine Zwischennutzung vorbereitet werden, wodurch schneller auf akuten Bedarf reagiert werden kann.

Gleichzeitig ist die Umnutzung mit erheblichen planerischen und organisatorischen Herausforderungen verbunden: Viele Bestandsgebäude entsprechen nicht den aktuellen baurechtlichen, brandschutztechnischen oder energetischen Standards und müssen umfassend saniert werden. Umbauten zur Herstellung barrierefreier Zugänge, zur Anpassung der Raumzuschnitte oder zur Modernisierung der technischen Infrastruktur (wie etwa bei Heizung, Sanitär und Schallschutz) können sowohl zeit- als auch kostenintensiv sein.

Auch die Koordination zwischen den beteiligten Akteuren stellt eine anspruchsvolle Aufgabe dar. Eigentumsfragen, Abstimmungen zwischen Senatsverwaltungen, Bezirken, LWU sowie die Klärung von Nutzungsrechten und Genehmigungsverfahren erfordern einen hohen Grad an politischer und administrativer Steuerung. Ohne klare Zuständigkeiten und verbindliche Entscheidungsprozesse besteht das Risiko von Verzögerungen.

Einordnung des Bausteins 3: Potentiale und Herausforderungen

Der Baustein 3 „Umnutzung bestehender Infrastrukturen“ stellt eine strategisch nachhaltige und ressourcenschonende Ergänzung zu Neubau- und Anmietungsmodellen dar. Er verbindet ökologische, ökonomische und soziale Ziele und trägt damit zur integrierten Wohnraumentwicklung für Auszubildende in Berlin bei.

Die Umnutzung leerstehender oder untergenutzter öffentlicher Gebäude – etwa ehemaliger Schulen, Verwaltungsgebäude oder Hotels – bietet mehrdimensionale Vorteile:

- » Ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit: Durch die Weiternutzung bestehender Bausubstanz werden Ressourcen geschont, Abriss und Flächenversiegelung vermieden und Investitionskosten reduziert. Diese Einsparungen schaffen finanzielle Spielräume für sozialverträgliche Mieten und entlasten den öffentlichen Haushalt.
- » Städtebauliche Aufwertung und soziale Integration: Die Reaktivierung

brachliegender Immobilien trägt zur Revitalisierung von Quartieren bei, stärkt die lokale Infrastruktur und kann soziale Impulse durch neue Treffpunkte und Lernorte setzen. Damit leistet der Ansatz auch einen Beitrag zur sozialen Durchmischung und zur Belebung städtischer Räume.

- » Flexibilität und Anpassungsfähigkeit: Bestehende Gebäude ermöglichen variable Nutzungskonzepte – von Einzelapartments über Lernräume bis zu Gemeinschaftsflächen. Diese Flexibilität erlaubt eine schnelle Reaktion auf Bedarfsveränderungen, etwa durch temporäre Nutzungen oder modulare Umbauphasen.

Gleichzeitig ist die Umnutzung mit technischen, rechtlichen und organisatorischen Hürden verbunden. Viele Bestandsgebäude entsprechen nicht aktuellen Bau-, Brandschutz- und Energiestandards und müssen umfangreich saniert werden. Insbesondere Barrierefreiheit, Schallschutz und moderne Gebäudetechnik verursachen hohe Kosten und verlängern Planungszeiträume.

Die Abstimmung zwischen verschiedenen Senatsverwaltungen, Bezirken, LWU und privaten Eigentümern erfordert klare Zuständigkeiten und verbindliche Entscheidungsprozesse. Ohne politische Unterstützung drohen Verzögerungen und Koordinationsdefizite, die das Potenzial des Ansatzes schmälern könnten.

Die Umnutzung bestehender Infrastrukturen bietet für das AzubiWerk Berlin die Chance, ökologisch nachhaltigen, wirtschaftlich tragfähigen und sozial eingebetteten Wohnraum zu schaffen. Sie ist nicht nur eine ressourceneffiziente Lösung, sondern auch ein Instrument städtischer Erneuerung und sozialer Integration. Damit dieser Ansatz seine Wirkung entfalten kann, bedarf es politischer Rückendeckung, ressortübergreifender Steuerung und klarer rechtlicher Rahmenbedingungen. Als ergänzende Säule zu Neubau und Anmietung kann die Umnutzung wesentlich dazu beitragen, ein zukunftsfähiges, sozial integratives Konzept des „jungen Wohnens“ in der Ausbildungsstadt Berlin zu etablieren.

6.2.4. Lösungsansatz 4/Baustein 4: Pop-up-Dorms (temporäre Wohnlösungen)

Temporäre Pop-up-Dorms bieten eine flexible und schnell realisierbare Möglichkeit, kurzfristig zusätzlichen Wohnraum für Auszubildende zu schaffen. Das Konzept orientiert sich am erfolgreichen Wiener Modell, bei dem vorgefertigte, modulare Wohneinheiten auf zeitlich befristeten Flächen errichtet werden. In München wird dieses Modell derzeit als Ergänzung zum dortigen Azubiwerk diskutiert, um Übergangs- und Entlastungslösungen für den angespannten Ausbildungswohnungsmarkt bereitzustellen. Auch für Berlin eröffnet sich hier ein attraktiver Ansatz, um in der Aufbauphase des Azubiwerks oder während längerer Planungs- und Bauprozesse schnell Wohnkapazitäten zu schaffen.

Die Pop-up-Dorms bestehen aus modularen Holz- oder Containerbauten, die in serieller Fertigung hergestellt, innerhalb weniger Monate aufgebaut

und nach Ablauf der Nutzung demontiert oder an anderen Standorten erneut verwendet werden können. Jede Einheit ist als vollwertiges Apartment konzipiert, ausgestattet mit Sanitärbereich, Küchenzeile und Möblierung, ergänzt durch Gemeinschaftsflächen für Begegnung und Lernangebote. Als Standorte eignen sich vor allem landeseigene Grundstücke und Zwischennutzungsflächen, die für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren verfügbar sind, bevor eine dauerhafte Bebauung erfolgt.

Der große Vorteil dieser Lösung liegt in ihrer hohen Flexibilität und Geschwindigkeit. Dank standardisierter Bauweise und vereinfachter Genehmigungsverfahren können kurzfristig bezugsfertige Wohnplätze geschaffen werden, was angesichts des akuten Bedarfs an Wohnraum für Auszubildende ein entscheidender Faktor ist. Die Module sind transportabel und wiederverwendbar, sodass sie nach Ablauf der Zwischennutzung an anderer Stelle erneut eingesetzt werden können. Im Vergleich zu klassischen Neubauten sind die Investitionskosten deutlich niedriger, und die ökologische Bilanz fällt positiv aus, da Flächen nur temporär versiegelt und Bauteile mehrfach genutzt werden. Damit eignen sich Pop-up-Dorms nicht nur als schnelle Brückenlösung, sondern auch als Innovationsbaustein für ein nachhaltiges, ressourcenschonendes Wohnungsangebot.

Gleichzeitig sind mit diesem Modell auch Herausforderungen verbunden. Geeignete Flächen müssen zunächst identifiziert, erschlossen und rechtlich für eine Zwischennutzung freigegeben werden. Auch temporäre Bauten erfordern Bau- und Nutzungsgenehmigungen, und für den Betrieb braucht es verlässliche Träger, die Vermietung, Verwaltung und soziale Betreuung sicherstellen. Die zeitliche Befristung setzt zudem voraus, dass frühzeitig Anschlusslösungen oder Umzüge organisiert werden, um den Bewohner*innen Planungssicherheit zu geben. Darüber hinaus kann es in der Nachbarschaft Vorbehalte gegenüber der temporären Bauform geben, sodass eine frühzeitige Kommunikation und Einbindung der Anwohnerschaft entscheidend für die Akzeptanz sind.

Einordnung des Bausteins 4: Potentiale und Herausforderungen

Der Baustein 4 „Pop-up-Dorms“ bietet einen innovativen, temporären Lösungsansatz, um kurzfristig Wohnraum für Auszubildende in Berlin zu schaffen. Das Konzept der modularen, transportablen Wohneinheiten, inspiriert vom Wiener Modell, überzeugt durch hohe Flexibilität, schnelle Umsetzbarkeit und ökologische Effizienz.

Pop-up-Dorms ermöglichen es, innerhalb weniger Monate bezugsfertige Wohnplätze auf Zwischennutzungsflächen zu schaffen. Die serielle, nachhaltige Bauweise reduziert Kosten und Umweltbelastung, während die Wiederverwendbarkeit der Module langfristige Wirtschaftlichkeit gewährleistet. Damit eignen sie sich ideal als Brückenlösung in der Aufbauphase des AzubiWerk Berlin, bis dauerhafte Neubau- oder Umnutzungsprojekte abgeschlossen sind. Zudem bieten sie Raum für experimentelle Wohn- und Lernkonzepte, die sich flexibel an Bedarfe anpassen lassen.

Die Realisierung hängt von der Verfügbarkeit geeigneter Flächen, der rechtlichen Genehmigung von Zwischennutzungen und der organisatorischen Absicherung des Betriebs ab. Notwendig sind verlässliche Trägerstrukturen für Verwaltung und sozialpädagogische Begleitung.

Pop-up-Dorms können für das AzubiWerk Berlin eine zentrale Übergangslösung darstellen: Sie schaffen schnell Entlastung auf dem Ausbildungswohnungsmarkt und fungieren zugleich als Erprobungsfeld für innovative, nachhaltige Wohnformen. Bei klarer politischer Unterstützung und guter Koordination können sie einen wichtigen Beitrag zur Etablierung eines flexiblen und sozial verantwortlichen Wohnraumangebots für junge Menschen leisten.



7. Mögliche Beratungs- und Unterstützungsangebote des AzubiWerk Berlin

Das Konzept eines „Azubiwerks“ zielt darauf ab, nicht nur bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende bereitzustellen, sondern auch gezielte Beratungs- und Unterstützungsangebote zu schaffen. Ziel ist es, stabile Lebensbedingungen während der Ausbildung zu gewährleisten, Eigenständigkeit zu fördern und jungen Menschen das Gefühl zu geben, in Berlin ein Zuhause zu haben. Die Beratungs- und Unterstützungsangebote sollen insbesondere dort ansetzen, wo für Auszubildende besondere Bedarfe bestehen oder bestehende Strukturen Lücken aufweisen.

Die Ergebnisse der durchgeführten Befragungen (Kapitel 5) verdeutlichen den Wunsch der Auszubildenden nach mehr Unterstützung und Wertschätzung. Sie betonen, dass ihre Bedürfnisse bei der Gestaltung des möglichen Azubiwerks konsequent berücksichtigt werden sollten. Exemplarisch formulieren dies zwei Befragte:

„[...] Gerade Auszubildende haben das Recht, als Erste unterstützt zu werden, da sie den größten Beitrag zur Zukunft unserer Gesellschaft haben“ (Auszubildender, 21 Jahre).

„[...] Darauf achten, was die Auszubildenden wollen oder benötigen. Und das nicht nur aus finanzieller Sicht, sondern auch aus psychologischer Sicht, weil manche zum ersten Mal von ihren Eltern getrennt sind und von weiter weg herziehen (z. B. der Umgang der Verwaltung/des Personals mit den Azubis; die Gestaltung von Gemeinschaftsräumen [...], Möglichkeiten zum Netzwerken der Bewohner untereinander; gemeinsame Veranstaltungen des Wohnheims wie Stadterkundungen oder Rundfahrten“ (Auszubildender, 19 Jahre).

Die Beispiele bestehender Azubiwerke wie dem Azubiwerk in Hamburg oder dem AzubiWerk München zeigen, dass ein kombinierter Ansatz aus bezahlbarer Wohnraumversorgung und Beratung, (pädagogischer) Begleitung und Unterstützung die Ausbildungslaufbahnen von Auszubildenden stabilisieren und die soziale Integration fördern kann.

Vor diesem Hintergrund beschreibt das folgende Kapitel konkrete möglichen Handlungsfelder für Beratungs- und Unterstützungsstrukturen, die das AzubiWerk Berlin implementieren könnte. Die vorgeschlagenen Angebote leiten sich maßgeblich aus den Erfahrungen und Einschätzungen der Auszubildenden selbst (Kapitel 5) sowie aus den Erfahrungen vergleichbarer Einrichtungen wie dem AzubiWerk München, dem Kolping Jugendwohnen Berlin und dem Berliner Studierendenwerk ab, die in der

Machbarkeitsstudie analysiert und ausgewertet werden. Die Priorisierung der einzelnen Themenbereiche der Angebote orientiert sich dabei maßgeblich an den dargestellten Erfahrungen und Einschätzungen der Auszubildenden, deren wahrgenommene Dringlichkeit die Reihenfolge und Gewichtung der vorgeschlagenen Maßnahmen bestimmt.

7.1. Unterstützung der Wohnungssuche beim Übergang von der Ausbildung in den regulären Wohnungsmarkt

Herausforderung Wohnen in und nach der Ausbildung

Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum stellt für Auszubildende in Berlin eine erhebliche Herausforderung dar – nicht nur während der Ausbildung, sondern auch im direkten Anschluss an deren Abschluss. Mit Beendigung der Ausbildung fallen junge Menschen in der Regel aus bestehenden Unterstützungsstrukturen heraus, da sich diese auf den Status „in Ausbildung“ beschränken. Mietverhältnisse in Azubiwohnheimen sind meist an die Dauer der Ausbildung gekoppelt. In den Azubiwerken Hamburg und München endet der Mietvertrag spätestens drei Monate nach Ausbildungsende.³⁹ Absolvent*innen bleibt damit nur ein kurzer Übergangszeitraum, in dem sie parallel zu Prüfungen und Berufseinstieg unter erheblichem Druck eine Wohnung finden müssen, oftmals ohne oder nur noch mit sehr eingeschränktem Zugang zu Unterstützungsangeboten.

Die Befragungen von Minor zeigen, dass diese Situation für viele Auszubildende mit erheblichen Stressbelastungen und existenziellen Ängsten einhergeht. Erfahrungen aus dem Kolpinghaus Oberschöneweide verdeutlichen, dass nur etwa die Hälfte der Bewohner*innen nach Ausbildungsende innerhalb der vorgesehenen Übergangsfrist in der Lage ist, einen eigenen Wohnraum zu finden. Der verbleibende Teil gerät nicht selten in prekäre Wohn- oder Lebenslagen (Interview mit Kolping Jugendwohnen Berlin).

Benachteiligungen erschweren Wohnungssuche

Zusätzlich erschwert wird die Wohnungssuche dadurch, dass Berufseinsteiger*innen häufig nicht über die von Vermieter*innen erwarteten Bewerbungsunterlagen verfügen. Besonders problematisch ist das Fehlen von drei aufeinanderfolgenden Gehaltsnachweisen, die in Berlin bei Wohnungsbewerbungen praktisch vorausgesetzt werden. Auch Arbeitsverträge liegen häufig erst verspätet vor. Laut dem bekannten Immobilienportal ImmoScout24 sei es „sehr unwahrscheinlich“, ohne Einkommensnachweise eine Zusage für eine Wohnung in Städten mit angespannter Marktlage wie Berlin zu erhalten (ImmoScout 2025). Durch die zunehmende Digitalisierung der Bewerbungsverfahren entfällt zudem die Möglichkeit, in einem persönlichen Gespräch individuelle Umstände – wie das Fehlen von Gehaltsnachweisen – zu erläutern und Verständnis zu schaffen.

Strukturelle Benachteiligungen verschärfen die Situation für Nichtdeutsche, insbesondere für Drittstaatsangehörige. Auszubildende mit unsicherem Aufenthaltsstatus stoßen bereits bei grundlegenden Verfahren wie der Beantragung des Wohnberechtigungsscheins (WBS) auf Hürden: Dieser

³⁹ Quelle: die FAQs der beiden Auszubildendenwohnheime (Azubiwerk Hamburg 2025b; AzubiWerk München 2025).

Übergangsmanagement und strukturelle Verbesserungen beim Wohnen

kann nur beantragt werden, wenn der Aufenthaltstitel mindestens ein Jahr gültig ist (Land Berlin 2025). Die damit verbundene Ausschlusspraxis führt dazu, dass die Wohnungssuche für Betroffene faktisch unmöglich wird (Interview mit Kolping Jugendwohnen Berlin).

Vor diesem Hintergrund soll sich die Aufgabe des Berliner Azubiwerks nicht auf die Bereitstellung von Wohnraum während der Ausbildung beschränken. Erforderlich ist ein erweitertes Wohnübergangsmanagement, das den Schritt in den regulären Wohnungsmarkt begleitet. Dazu gehören:

- » Informationsveranstaltungen zum Mietrecht und zu Bewerbungsstrategien,
- » Hilfen bei der Beantragung von Sozialwohnungen bzw. Verweise auf spezialisierte Beratungsstellen,
- » gezielte Begleitung während der letzten Ausbildungsmonate und
- » langfristig ggf. Vermittlung von Übergangswohnungen.

Die Erhöhung individueller Kompetenzen allein reicht nicht aus, um die strukturellen Barrieren auf dem Berliner Wohnungsmarkt zu überwinden. Wichtig sind zugleich politische und institutionelle Anpassungen. So könnten landeseigene Wohnungsunternehmen von der Politik verpflichtet werden, ein festes Kontingent an Wohnungen mit angepassten Zugangskriterien für Auszubildende bereitzustellen. Dazu würde u. a. gehören, von Absolvent*innen unmittelbar nach der Ausbildung keine vollständigen Gehaltsnachweise einzufordern oder Übergangsregelungen zu schaffen, die den Zugang auch ohne langfristig gesicherten Arbeitsvertrag ermöglichen.

Damit würde das AzubiWerk Berlin eine Brückenfunktion übernehmen: Es würde Auszubildende auf ihrem Weg in den regulären Wohnungsmarkt unterstützen, sie in einer besonders sensiblen Lebensphase entlasten und dazu beitragen, prekären Wohnlagen vorzubeugen.

7.2. Bildungsangebote zu lebenspraktischen Fähigkeiten und finanzielle Beratung

Selbstständigkeit braucht Alltagskompetenz

Der Übergang in die Ausbildung markiert für viele junge Menschen eine Phase tiefgreifender Umbrüche. Sie ziehen erstmals aus dem Elternhaus aus, übernehmen Verantwortung für einen eigenen Wohn- und Lebensbereich und sehen sich parallel den Anforderungen im Betrieb gegenüber. Sowohl die befragten Auszubildenden als auch die interviewten Expert*innen heben einen deutlichen Unterstützungsbedarf junger Menschen im Bereich lebenspraktischer Fähigkeiten hervor. Gemeint sind neben den kommunikativen und sozialen Fähigkeiten (Soft Skills) auch elementare Kenntnisse im Umgang mit den Anforderungen des Alltags, von finanziellen Fragestellungen über bürokratische Prozesse bis hin zur Orientierung im neuen Lebensumfeld und der Organisation des eigenen Haushalts.

Finanzkompetenz als kritischer Risikofaktor

Unzureichende Finanzkompetenzen können junge Menschen in Verschuldung und Überschuldung führen, mit potenziell existenziellen Folgen. Viele Auszubildende wissen zudem nicht, ob und in welchem Umfang ihnen Zusatzleistungen wie bspw. Berufsausbildungsbeihilfe (BAB), Wohngeld oder Kindergeld zustehen. In Interviews berichten Auszubildende von Schwierigkeiten, mit dem kleinen Budget zurechtzukommen und ihr Geld zusammenzuhalten und formulieren den Wunsch nach praxisnahen Beratungs- und Bildungsangeboten. Dazu zählen Informationen zum Umgang mit knappen Mitteln ebenso wie konkrete Informationen zu möglichen staatlichen Unterstützungsleistungen.

Soft Skills und psychosoziale Stabilität

Neben der finanziellen Dimension werden soziale und kommunikative Kompetenzen genannt. Fähigkeiten in Konfliktmanagement, Teamarbeit oder Selbstorganisation sind nicht nur für das Miteinander im Betrieb relevant, sondern auch für die Stabilisierung persönlicher Lebenslagen. Sie unterstützen sowohl den Ausbildungserfolg als auch die psychosoziale Resilienz. Angebote zur Förderung dieser Fähigkeiten werden daher von Auszubildenden wie Expert*innen gleichermaßen als hilfreich beschrieben.

Vorhandene Beratungsstrukturen und Good-Practice-Beispiele

Im Studierendenwerk Berlin bilden finanzielle Problemlagen den größten Teil der Sozialberatung, von Antragsunterstützung bis Schuldnerberatung. Auch im Kolpinghaus Berlin dominieren finanzielle Fragen im Rahmen der sozialpädagogischen Begleitung. Das AzubiWerk München bietet hingegen ein breites Spektrum an Beratung und Begleitung, das Auszubildende beim Übergang in ein eigenständiges Leben begleitet und dabei das ganze Spektrum von Wohnen in München über Finanzen, Gesundheit bis zu persönlichen und sozialen Herausforderungen (Harutunian & Hartmann 2025: 49f.; AzubiWerk München 2025) in den Blick nimmt. Hier erhalten Auszubildende sowohl Informationen zu Unterstützungsleistungen als auch Hilfe bei der Antragstellung. Auch Berliner Organisationen wie der Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V. bieten Finanzberatung online wie offline an und stellt in diesem Zusammenhang u. a. Informationen zu staatlichen Leistungen sowie zur individuellen Begleitung bei Antragsstellung (Caritas 2025) zur Verfügung. Für spezialisierte Schuldnerberatung stehen zudem Einrichtungen wie die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin (LAG SIB) zur Verfügung.

Gute Praxis finanzieller Beratung für Auszubildende in Berlin:

Die LAG SIB bietet finanzielle Beratung für Schüler*innen, Auszubildende, Freiwillige und junge Erwachsene an (Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e.V. 2025). Es handelt sich um ein kostenfreies Angebot, das von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA) finanziert wird. Die Finanzberatung umfasst die Themen finanzielle Unterstützung in Ausbildung und Studium, Finanzdienstleistungen, Versicherungen, Umgang mit Verträgen, Budget- und Haushaltsplanung sowie Überschuldung (ebd.).

AzubiWerk Berlin:
Niedrigschwellige
Bildungs- und Bera-
tungsangebote sowie
Verweisberatung

In Anbetracht der klar erkennbaren Prioritäten gewinnt die Rolle des Berliner Azubiwerks deutlich an Konturen. Es könnte niedrigschwellige, praxisorientierte und zielgruppenspezifische Angebote entwickeln, die finanzielle Beratung, präventive Schuldnerhilfe und lebenspraktische Bildungsangebote miteinander verbinden.

1. Beratung zur Ausbildungsfinanzierung sowie präventive und kontinuierliche Finanzbildung

Das AzubiWerk Berlin kann über bestehende finanzielle Unterstützungsleistungen informieren, um Auszubildende frühzeitig mit den verfügbaren Möglichkeiten vertraut zu machen und bei der Antragsstellung im Rahmen der Unterstützung bei Anträgen auf Sozialleistungen (Kapitel 7.3.) unterstützen. Auszubildende sollen die Möglichkeit haben, einen Termin für die Finanzberatung entweder online oder persönlich zu buchen. Ergänzend soll eine Verweisberatung an weitere Stellen, wie etwa „Beratung Bildung & Beruf“, angeboten werden.

Zusätzlich könnte das AzubiWerk Berlin regelmäßige Angebote der Finanzbildung etablieren, die von Beginn an präventiv wirken. Im Zentrum stünden grundlegende Fragen der Haushaltsplanung, der Umgang mit begrenztem Budget sowie Kenntnisse zu Verträgen, Steuern und Versicherungen.

2. Präventive Schuldnerberatung und Krisenintervention

Zur Vorbeugung von Überschuldung kann das AzubiWerk Berlin Basiswissen zu finanziellen Risiken und zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Krediten vermitteln. In akuten Problemlagen soll eine schnelle Weitervermittlung an spezialisierte Beratungsstellen, etwa die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e. V. (LAG SIB) erfolgen.

3. Förderung lebenspraktischer Fähigkeiten

Das Angebot sollte bewusst über die finanzielle Dimension hinausgehen. Im Fokus könnten grundlegende Alltagskompetenzen stehen, die immer wieder von den Auszubildenden benannt werden: Workshops zu Soft Skills, Selbstorganisation und Konfliktmanagement im Betrieb oder im Zusammenleben, ergänzt durch Kurse zur Haushaltsführung und zum Umgang mit bürokratischen Alltagsprozessen.

Damit kann das AzubiWerk Berlin eine Schlüsselrolle in der Förderung von Selbstständigkeit und finanzieller Stabilität junger Menschen in Ausbildung übernehmen. Es würde nicht nur deren individuelle Handlungskompetenzen stärken, sondern zugleich zur Reduktion von Armutsrisiken und zur Prävention psychosozialer Belastungen beitragen.

7.3. Sozial- und Rechtsberatung

Bedarf nach Vermittlung der eigenen Rechte

Viele Auszubildende verfügen nur über eingeschränktes Wissen zu ihren Rechten im Ausbildungsverhältnis. Der DGB-Ausbildungsreport zeigt, dass etwa ein Drittel der Befragten (bundesweit) keinen gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildungsplan erhält. 15,3 % berichten darüber hinaus, entgegen geltender Vorschriften regelmäßig Tätigkeiten außerhalb ihres Ausbildungsrahmens verrichten zu müssen. Hier ist ein Anstieg um 2,6 Prozentpunkte seit 2023 zu verzeichnen (DGB-Jugend 2024b: 31-32). Für Berlin liegen zudem Daten zu Überstunden der Auszubildenden vor, die für viele zum Alltag gehören: 27,0 % arbeiten regelmäßig mehr als vertraglich vereinbart, vor allem in Branchen wie Veranstaltungstechnik (65,0 %), Hotel- und Gastgewerbe (61,0 %) sowie Lebensmittelverarbeitung inklusive Köch*innen (48,0 %). Hier leisten Auszubildende durchschnittlich 5,8 bis 6,4 Überstunden pro Woche (DGB-Jugend Berlin-Brandenburg 2024a: 23-25).

Viele Auszubildende fühlen sich gezwungen, den Erwartungen ihres Betriebs zu entsprechen, da ihnen Kenntnisse über ihre Rechte während der Ausbildung häufig fehlen. Besonders nichtdeutsche Auszubildende zögern, ihre Rechte gegenüber dem Betrieb einzufordern, aus Angst vor negativen Folgen. Expert*innen aus der Praxis bestätigen, dass unter Auszubildenden, insbesondere den nichtdeutschen, ein hohes Maß an Unsicherheit und Unwissenheit über rechtliche Ansprüche besteht. Gerade in kleinen Betrieben bestehen Abhängigkeitsverhältnisse den Ausbildungsstätten gegenüber, auf Grund von Aufenthaltsrecht und ggf. Wohnraum, der durch die Ausbildungsstätte zur Verfügung gestellt wird (Interview mit Kolping Jugendwohnen Berlin).

Eine Umfrage von Minor (2025) unter rund 100 vietnamesischen Auszubildenden in Berlin verdeutlicht dies: Fast die Hälfte der Befragten äußert einen Bedarf an rechtlicher Beratung (Klawitter & Ünsal 2025: 44). Diese Bedingungen führen zu Belastungen, die sowohl den Ausbildungserfolg als auch die Lebensqualität der Betroffenen beeinträchtigen.

Aufenthalts- und sozialrechtliche Unsicherheiten

Über arbeitsrechtliche Fragen hinaus entstehen für einen Teil der Auszubildenden zusätzliche Bedürfnisse im Aufenthalts- und Sozialrecht. Im Schuljahr 2023/2024 verfügen knapp 19,7 % der Schüler*innen an berufsbildenden Schulen Berlins über eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit (Destatis 2024), Tendenz steigend. In Gesundheitsfachschulen beträgt ihr Anteil bereits 30,7 %. Ein erheblicher Teil der Auszubildenden in den beruflichen Schulen und Schulen des Gesundheitswesens stammt im Schuljahr 2023/2024 dabei aus sogenannten Drittstaaten, die Top-4 der nichtdeutschen Berufsschüler*innen kommen aus Syrien, Vietnam, der Türkei und der Ukraine⁴⁰ (SenBJF 2024, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2024e).

⁴⁰ n = 2.758/1.545/1.277/962 im Schuljahr 2023/2024 (eigene Berechnungen). Daten nach SenBJF 2024, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

Personen, die lediglich über eine Duldung verfügen, erfahren eine ausgeprägte Unsicherheit hinsichtlich ihrer rechtlichen Stellung. Aufenthaltsgenehmigungen müssen regelmäßig verlängert werden und sind häufig eng an den erfolgreichen Verlauf der Ausbildung gebunden, wodurch eine starke Abhängigkeit von den Ausbildungsbetrieben entsteht (Schreyer et al. 2022).

Ein weiteres Themenfeld betrifft den Zugang zu Sozialleistungen. Viele Auszubildende brauchen Begleitung bei deren Beantragung. Insbesondere migrantische Auszubildende sind häufiger mit widersprüchlichen Informationen konfrontiert, was ihre soziale Teilhabe einschränkt und Armutsrisiken erhöht.

AzubiWerk Berlin mit Sozial- und Rechts- beratung

In Berlin gibt es zahlreiche Stellen, die Auszubildende in sozialen und rechtlichen Fragen unterstützen, darunter Jugendberufsagenturen, freie Träger, Wohlfahrtsverbände sowie Kammern (IHK, HWK) und Gewerkschaften (u. a. ver.di-Jugend, IG Metall Jugend). Die Angebote reichen von rechtlicher Beratung über Unterstützung bei Konflikten im Ausbildungsbetrieb bis hin zu sozialer Beratung und Begleitung bei Anträgen. Viele dieser Angebote richten sich jedoch nur an bestimmte Zielgruppen oder decken nur einzelne Bereiche ab, sodass es für Auszubildende häufig schwierig ist, den Überblick über die vorhandenen Strukturen und ihre eigenen Rechte zu behalten. Das AzubiWerk Berlin könnte hier eine zentrale Funktion übernehmen: Es würde den Auszubildenden einen Überblick über vorhandene Beratungsangebote im Rahmen der Verweisberatung vermitteln, könnte aber auch über ihre Rechte im Ausbildungsbetrieb informieren und vertrauensvolle Beratung mit dem Schwerpunkt auf Finanzberatung und Beantragung von Sozialleistungen anbieten. Ein besonderes Augenmerk sollte auf aufsuchender Beratung für besonders vulnerable Gruppen liegen.

1. Arbeits- und ausbildungsrechtliche Erstberatung

Das AzubiWerk Berlin soll Orientierung bei Konflikten im Ausbildungsbetrieb bieten (z. B. Überstunden, Abmahnungen oder ausbildungsfremde Tätigkeiten). Gemeinsam mit den Auszubildenden werden die Anliegen im Rahmen der offenen Sprechstunde strukturiert und bei Bedarf als Grundlage für das weitere Vorgehen dokumentiert. Für vertiefte rechtliche Klärungen kann eine Weiterleitung an zuständige Kammern, Gewerkschaften oder spezialisierte Beratungsstellen erfolgen.

2. Unterstützung bei Anträgen auf Sozialleistungen

Eine Kernaufgabe soll in der Unterstützung bei der Beantragung von Leistungen wie BAB, BAföG, Zuschüsse zur Miete oder Kindergeld liegen. Auszubildende sollten die Möglichkeit haben, einen Online- oder Präsenztermin für die Unterstützung bei der Antragsstellung zu vereinbaren (wie in der Beratung zur Ausbildungsfinanzierung auch).

3. (Aufsuchende) Beratung für besonders vulnerable Gruppen

Die Mitarbeitenden des AzubiWerk Berlin könnten, auch im Rahmen der für den Vertrauensaufbau wichtigen sogenannten Tür- und Angel-Gespräche, gezielt besonders schutzbedürftige Auszubildende ansprechen, etwa solche in prekären Lebenslagen, mit fehlenden Deutschkenntnissen oder

einem unsicheren Aufenthaltsstatus. Ziel wäre, Vertrauen aufzubauen, über Rechte und Unterstützungsangebote zu informieren und praktische Hilfe zu leisten, z. B. bei Anträgen, beim Kontakt mit Behörden oder, wenn notwendig, bei Fristenkontrolle, Zusammenstellung notwendiger Unterlagen und Terminorganisation. Darüber hinaus können über das AzubiWerk Weiterleitungen veranlasst werden, etwa an Beratungsstellen für Migrant*innen, Gewerkschaften oder rechtliche Beratungsangebote.

4. Einrichtung und Führung einer Beschwerdestelle

Die Beschwerdestelle soll Auszubildenden ermöglichen, Probleme im Betrieb zu melden, z. B. unzulässige oder nicht ausgeglichene Überstunden, Verstöße gegen Arbeitszeitregelungen oder Diskriminierung. Die Sozialberater*innen würden die Anliegen dokumentieren und die Fälle bei Bedarf an zuständige Kammern, Innungen, Aufsichtsbehörden, Gewerkschaften o. ä. weiterleiten. Zudem sollten die Auszubildenden auf die Unterstützungsmöglichkeit durch Kammern oder durch eine Gewerkschaftsmitgliedschaft hingewiesen werden. Ziel wäre, eine vertrauensvolle Anlaufstelle zu schaffen, die Auszubildende bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt.

7.4. Sozialpädagogische Beratung und Begleitung während der Ausbildung

Während der Ausbildungszeit sehen sich Auszubildende mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert, die sowohl ihr persönliches als auch ihr berufliches Umfeld betreffen. Diese Belastungen wirken sich potenziell hemmend auf den Ausbildungserfolg aus und können im ungünstigsten Fall zu einem vorzeitigen Abbruch führen. Bundesweit (inkl. Berlin) steigen die Vertragslösungsquoten seit einigen Jahren kontinuierlich an. Sie haben komplexe Ursachen und sind nicht automatisch mit einem endgültigen Ausbildungsabbruch gleichzusetzen. Gleichwohl liegt die Vertragslösungsquote in Berlin 2023 mit 36,6 % (BIAJ 2024) über dem Bundesdurchschnitt und markiert damit eine besondere Problemlage, die ernst genommen werden sollte.

Tatsächliche Ausbildungsabbrüche bringen für Auszubildende erhebliche biografische Risiken mit sich und erzeugen zugleich betriebliche Belastungen. Überall dort, wo sich Ursachen eines drohenden Abbruchs durch sozialpädagogische Begleitung und Beratung abmildern oder verhindern lassen, entsteht ein zentraler Interventionsbereich. Offene Sprechstunden sind dabei besonders wichtig, weil sie Hemmschwellen abbauen und den Zugang zu Unterstützung und Beratung erleichtern.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen dabei die Bedürfnisse von Auszubildenden mit Beeinträchtigungen und Behinderungen.⁴¹ Sie stehen neben den allgemeinen Anforderungen vor zusätzlichen Barrieren: Der Übergang

⁴¹ Nach § 2 Abs. 1 S. 1 SGB IX liegt eine Beeinträchtigung vor, wenn Abweichungen von dem für das Lebensalter typischen körperlichen, geistigen, seelischen oder Sinneszustand bestehen. Eine Behinderung ist erst dann gegeben, wenn diese Beeinträchtigung in

von der Schule in den Beruf ist für sie besonders kritisch, da hier nicht ihre Fähigkeiten, sondern die Beeinträchtigung oder Behinderung in den Vordergrund rückt (Aktion Mensch 2024: 24). Eine aktuelle Umfrage von Aktion Mensch (2024) zeigt, dass 39,0 % der Jugendlichen mit Beeinträchtigung Sorge haben, den Anforderungen von Schule, Ausbildung und Beruf nicht gerecht zu werden – fast doppelt so viele wie bei Jugendlichen ohne Beeinträchtigung (20,0 %). Die Besorgnis steigt zudem mit dem Grad der Beeinträchtigung (ebd.: 40).

Auch wenn keine umfassenden Daten darüber vorliegen, wie viele junge Menschen mit Behinderung eine duale Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen (ebd.: 26), zeigen die Angaben aus den Meldungen nach § 80 Abs. 2 SGB IX: 2023, dass sich in Berlin 416 schwerbehinderte oder gleichgestellte Auszubildende in Ausbildung befinden – ein Anstieg um 92 Personen gegenüber 2013 (BA 2025e). Dabei handelt es sich ausschließlich um jene Auszubildenden, die von den Arbeitgebern an das zuständige Integrationsamt gemeldet werden. Die tatsächliche Zahl junger Menschen mit anerkannten Behinderungen, aber auch weiteren nicht erfassten Beeinträchtigungen in Ausbildung in Berlin dürfte deutlich höher liegen. Sozialpädagogische Beratungs- und Unterstützungsangebote sollten daher gezielt auf die spezifischen Bedürfnisse dieser Gruppe ausgerichtet werden, um Barrieren abzubauen und eine erfolgreiche Ausbildungsbeteiligung zu ermöglichen.

Bedarf nach kontinuierlicher Begleitung

Auszubildende äußern regelmäßig den Wunsch nach Ansprechpersonen, die sie bei betrieblichen, schulischen oder privaten Problemen unterstützen:

„Eine Beratungsstelle ist sehr vorteilhaft, wenn man in der Berufsschule Probleme hat oder mit anderen Auszubildenden ein Problem hat“ (Auszubildender, 27 Jahre, in einem Einzelinterview).

Auch praktische Unterstützungsbedarfe, etwa eine „Hausaufgabenhilfe“ (Auszubildende, 21 Jahre, in einem Einzelinterview), treten hervor. Interviewte Expert*innen empfehlen Möglichkeiten für kollektives Lernen bzw. Lernunterstützung zu schaffen, da sie steigende Konzentrationsschwierigkeiten unter jungen Menschen beobachten.

Good-Practice-Ansätze: Modelle sozialpädagogischer Unterstützung

Das AzubiWerk München bietet fünfmal pro Woche mehrstündige offene Sprechstunden an, die zu festen Zeiten vormittags und nachmittags stattfinden. Zentrales Anliegen ist dabei, dass „die Mitbewohner*innen sehen, dass die Tür für sie offensteht“ (Interview mit AzubiWerk München). Bei rund 220 Bewohner*innen⁴² nehmen nach Angaben des sozialpädagogischen Teams wöchentlich etwa 20 Personen dieses Angebot wahr, was ein Hinweis auf die hohe Akzeptanz ist. Die Anfragen betreffen überwiegend ausbildungsbezogene Themen wie Konflikte im Betrieb oder Fragen zur

Wechselwirkung mit umweltbedingten oder einstellungsbedingten Barrieren die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate beeinträchtigt (Aktion Mensch 2024: 30).

⁴² Die genannte Zahl bezieht sich ausschließlich auf die Bewohner*innen des größten Wohnheims des AzubiWerks München am Hanns-Seidel-Platz (AzubiWerk München 2025).

Berufsschule, aber auch Alltägliches wie die Postzustellung (ebd.). Ergänzend fördert das AzubiWerk München Strukturen der Mitbestimmung sowie Freizeitangebote, die den sozialen Zusammenhalt stärken.⁴³

Im Studierendenwerk Berlin haben sich Peer-Ansätze bewährt: Tutor*innen fungieren als niedrigschwellige Ansprechpersonen und stärken die soziale Vernetzung im Wohnumfeld.

Über den Wohnkontext hinaus existieren programmatische Unterstützungsangebote, die den Ausbildungserfolg flankieren. Das bundesweite Mentoringprogramm „VerAplus“ vermittelt Auszubildende in belasteten Ausbildungssituationen an ehrenamtliche Mentor*innen im Eins-zu-eins-Format, um gefährdete Ausbildungsverhältnisse zu stabilisieren. Digitale Angebote wie „Dr. Azubi“ der DGB-Jugend ermöglichen zusätzlich ortsunabhängige rechtliche sowie praktische Beratung. Weitere Programme in Berlin, darunter das „Landesprogramm Mentoring“, „Bleib am Ball“ oder „JAzA – JA zur Ausbildung!“, begleiten Auszubildende während der gesamten Ausbildungszeit und fördern ihre persönliche, schulische und betriebliche Entwicklung. Diese Unterstützungsangebote können dem AzubiWerk Berlin als Orientierung bei der Entwicklung eigener Strukturen dienen. Zugleich ist eine enge Vernetzung mit bestehenden Berliner Programmen sowie ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch entscheidend, um die Angebote wirksam aufeinander abzustimmen. Wenn möglich, können solche Angebote auch vor Ort in Azubiwohnheimen eingebunden werden.

AzubiWerk Berlin:
Kontinuierliche, integrierte Unterstützung

Das AzubiWerk Berlin sollte soziale Beratung und Begleitung als zentrale Säule seiner Arbeit verankern. Es geht dabei nicht um punktuelle Hilfen, sondern um eine strukturierte, kontinuierliche und vernetzte Begleitung, zu der folgende Aufgaben gehören können:

1. Individuelle Beratung und Begleitung während der Ausbildung

Das AzubiWerk Berlin kann mehrmals wöchentlich offene Sprechstunden anbieten, in denen Auszubildende persönliche Unterstützung bei Alltagsfragen, Fragen zur Ausbildung und/oder Konflikten im Betrieb, in der Berufsschule oder im privaten Umfeld erhalten. Häufig wird in diesen Gesprächen erst die eigentliche Problemlage deutlich, etwa ob ein Bedarf nach rechtlicher, finanzieller, psychologischer oder anderer Art von Unterstützung besteht. Bei akuten Krisen soll das Team des Berliner Azubiwerks unmittelbar intervenieren, um in belastenden Situationen Auszubildende zu stabilisieren.

Darüber hinaus können die Mitarbeitenden des Berliner Azubiwerks gezielt Auszubildende mit Beeinträchtigungen und Behinderungen zu barrierefreiem Wohnen und inklusiven Ausbildungswegen beraten. Sie entwickeln Informationsangebote zu inklusiven Strukturen und weisen auf bestehende Unterstützungsleistungen hin.

⁴³ Im Kolping Jugendwohnen Berlin erfolgt die Betreuung hingegen engmaschig durch Sozialarbeiter*innen im Rahmen des Hilfeplanverfahrens. Jede*r Bewohner*in hat eine feste Ansprechperson, mit der in der Regel wöchentliche Gespräche stattfinden. Zudem ist das Haus rund um die Uhr besetzt, sodass jederzeit Unterstützung verfügbar ist. Diese intensive Form der Betreuung ist möglich, da das Kolpinghaus als sozialpädagogisch betreute Wohnform rechtlich verankert ist. Eine vergleichbare Lösung ist für das AzubiWerk Berlin derzeit nicht finanzierbar; hier soll sich die Betreuung daher am Münchener Modell orientieren.

Durch die Möglichkeit regelmäßiger Check-ins während der gesamten Ausbildungszeit wird den Auszubildenden eine kontinuierliche, niedrigschwellige Begleitung ermöglicht, die sowohl präventiv als auch reaktiv wirkt und darauf abzielt, Ausbildungserfolg, Teilhabe und persönliche Stabilität zu fördern.

2. Förderung sozialer Teilhabe und Gemeinschaftsbildung

Das AzubiWerk Berlin soll Mitbestimmungsmöglichkeiten anbieten, etwa Haussprecher*innen und Hausversammlungen, und kann gemeinschaftliche Aktivitäten bzw. Community-Events organisieren, um soziale Integration, soziale Kompetenzen, Vernetzung und Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Einführungsgespräche beim Einzug ins Wohnheim, die Organisation von Freizeitangeboten oder Beteiligungsbudgets fördern Zusammenhalt, Selbstorganisation und psychosoziale Stabilität. Dabei sollte die aktive Einbindung der Bewohner*innen durch regelmäßige Abfragen zu den gewünschten Angeboten sowie durch partizipative Feedbackformate erfolgen, um die Bedarfe der Bewohner*innen kontinuierlich zu erfassen und die Angebote bedarfsorientiert anzupassen.

3. Fachliche Unterstützung beim Lernen und kollektive Lern- und Begegnungsräume

Das AzubiWerk Berlin kann Orte schaffen, die das Lernen und kollektive Lernunterstützung ermöglichen und fördern. Lerncafés, Schreibwerkstätten oder offene Treffpunkte bieten Raum für gemeinsames Lernen, Erfahrungsaustausch und Vernetzung. Solche Formate wirken der sozialen Isolation entgegen und adressieren die zunehmenden Konzentrationschwierigkeiten junger Menschen.

4. Tutor*innen-Modell

Ergänzend kann ein Tutor*innen-Modell nach dem Vorbild des Studierendenwerks Berlin implementiert werden, bei dem Auszubildende selbst als Tutor*innen fungieren. Sie dienen als erste Anlaufstelle bei Konflikten im Ausbildungsalltag, Fragen des Ankommens in der Stadt o. Ä. Sie fördern die Vernetzung unter den Auszubildenden und tragen zum sozialen Zusammenhalt bei. Anreiz für das Engagement der Auszubildenden könnten vergünstigte Wohnmöglichkeiten im AzubiWerk Berlin sein.

7.5. Psychologische Beratung und mentale Gesundheit

Zunehmende psychische Belastungen in der Ausbildung

Die Ausbildungszeit stellt für viele junge Menschen eine Lebensphase mit hohen psychischen Belastungen dar. Ursachen sind unter anderem unregelmäßige Arbeits- und Schichtzeiten, unzureichende Pausen, Leistungs- und Zeitdruck, Konflikte mit Ausbilder*innen, die Notwendigkeit von Nebenjobs oder unsichere Übernahmebedingungen (DGB-Jugend 2024b: 61). Hinzu kommen finanzielle Engpässe und/oder Abhängigkeiten vom Elternhaus, die die Belastungssituation zusätzlich verschärfen. Auch Einsamkeit wirkt sich deutlich negativ auf das psychische Wohlbefinden aus: 2024 gelten ca. 60,0 % der jungen Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren als emotional einsam, 39,0 % als sozial einsam (Bertelsmann Stiftung 2024b: 6).

Expert*innen berichten übereinstimmend, dass sich die mentale Gesundheit vieler Auszubildender in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert hat (Schäfer 2023; DGB-Jugend 2024b: 61; durchgeführte Expert*inneninterviews). Die Corona-Pandemie verstärkte diese Belastungen zusätzlich (ebd.; Kraner & Holtmann 2022 in Konrad Adenauer Stiftung 2023: 91).

Der Ausbildungsreport 2024 der DGB-Jugend zeigt, dass 28,4 % der Auszubildenden „immer“ oder „häufig“ Schwierigkeiten haben, sich in der Freizeit zu erholen.

Parallel dazu steigt die Zahl der Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen in der Altersgruppe der 15- bis 25-Jährigen zwischen 2021 und 2022 um 29,0 % (Schäfer 2023). Depressionen sowie Belastungs- und Anpassungsstörungen gehören 2022 zu den häufigsten Diagnosen bei krankheitsbedingten Fehltagen (ebd.). Im Jahr 2024 liegen psychische Erkrankungen auf Platz drei der Erkrankungsgruppen mit den meisten Fehltagen (DAK-Gesundheit 2025: 7 in Schäfer 2023).

Während psychische Erkrankungen in der Gesellschaft insgesamt zunehmen, erschwert die begrenzte Regelversorgung den Zugang zu psychologischer Unterstützung erheblich: Im Jahr 2022 warten Patient*innen bundesweit durchschnittlich 142 Tage vom Erstgespräch bis zum Beginn einer ambulanten Psychotherapie (BPtK 2022). Diese langen Wartezeiten verdeutlichen die bestehende Versorgungslücke, insbesondere für Auszubildende, für die es in Berlin bislang keine flächendeckenden, auf psychologische Belastungen spezialisierten Strukturen gibt. Umso dringlicher sind niedrigschwellige Anlaufstellen und Unterstützungsangebote, die eine schnelle erste Einschätzung ermöglichen.

Bestehende Unterstützungsstrukturen und Good-Practice-Beispiele

Im Studierendenwerk Berlin bestehen etablierte psychosoziale Beratungsangebote, die stark nachgefragt werden. Insgesamt stehen 25 Psycholog*innen für Studierende zur Verfügung, wobei der Bedarf an persönlichen Einzelgesprächen kontinuierlich wächst. Häufig handelt es sich dabei um Angststörungen (Interview mit dem Studierendenwerk Berlin). Für Berliner Auszubildende existiert bislang kein vergleichbares flächendeckendes Angebot. Zwar gibt es einzelne Maßnahmen, die sich an bestimmte Ausbildungsgänge richten – wie die sozialpädagogische Beratung der Alexianer Akademie, die auch bei psychischen Belastungen unterstützt (Alexianer 2025) oder E-Learning-Angebote der IHK Berlin für Auszubildende in Kooperation mit der Stiftung „Achtung! Kinderseele“ (IHK Berlin 2025). Ein Good-Practice-Beispiel stellt der Zusammenschluss „Soulspace“ (siehe Infokasten) dar, der unterschiedliche Kontakt-, Beratungs- und Behandlungsangebote für junge Menschen zwischen 15 und 35 Jahren bündelt.

Gute Praxis psychologischer Beratung in Berlin: Soulspace – für junge Menschen in Krisen:

Soulspace ist ein Zusammenschluss von Kontakt-, Beratungs- und Behandlungsinitiativen in Berlin-Kreuzberg, der sich an junge Menschen im Alter zwischen 15 und 35 Jahren richtet (Soulspace 2025). Zum Netzwerk gehören die Kontakt- und Beratungsstelle Transit Friedrichshain-Kreuzberg, die Soulspace-Ambulanz des Vivantes Klinikums Am Urban sowie die Ambulanz des Vivantes Klinikums für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik. Das Angebot reicht von Einzel-, Angehörigen- und Familienberatung über Selbstsicherheits- und Kommunikationstraining bis hin zu psychiatrischer Behandlung. Ergänzend wird ein Check-up zur Früherkennung erster Anzeichen oder eines erhöhten Risikos für die Entwicklung psychischer Erkrankungen bereitgestellt. Die Beratung kann bei Bedarf anonym und ohne Einlesen der Krankenkassenskarte erfolgen; finanziert wird das Projekt durch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg (ebd.).

Auch im AzubiWerk München ist psychosoziale Begleitung fester Bestandteil der Strukturen. Offene sozialpädagogische Sprechstunden sowie Tür- und-Angel-Gespräche ermöglichen Auszubildenden, persönliche Sorgen in einem geschützten Rahmen zu thematisieren und bei Bedarf an weiterführende Fachstellen vermittelt zu werden (Harutunian & Hartmann 2025; Interview mit dem AzubiWerk München).

AzubiWerk Berlin: Frühzeitige Ansprache, Verweisberatung und Prävention

Vor diesem Hintergrund soll das AzubiWerk psychosoziale Beratung in seine Strukturen integrieren. Dabei geht es kurzfristig nicht um eine vollständige psychotherapeutische Versorgung, sondern um eine niedrigschwellige, vertrauensvolle Anlaufstelle, die Orientierung gibt und Zugänge zu spezialisierten Hilfen eröffnet.

1. Offene Sprechstunden zur Erfassung psychischer Belastungen
Regelmäßige, niedrigschwellige Gesprächsmöglichkeiten im Rahmen der sozialpädagogischen Sprechstunde können Auszubildenden die Möglichkeit geben, ihre Sorgen zu thematisieren. Dabei soll eingeschätzt werden, ob die bestehenden Angebote des AzubiWerk Berlin (Gespräche, Gruppenformate) ausreichen oder ob eine Weiterleitung an spezialisierte Fachstellen erforderlich ist.

2. Verweisberatung und Begleitung im Übergang
Das AzubiWerk Berlin soll Informationsmaterialien bereitstellen und – wenn nötig – bei der Kontaktaufnahme zu psychologischen und psychiatrischen Einrichtungen und bei organisatorischen Schritten unterstützen. Wartezeiten können durch stabilisierende Angebote, etwa zusätzliche Gespräche, überbrückt werden.

3. Präventive psychosoziale Angebote zur Stärkung der Resilienz
Ergänzend sollen Gruppenangebote / Workshops zu Mental Health (bspw. zu Stressbewältigung, Selbstorganisation und Achtsamkeit) etabliert werden. Diese Formate stärken die individuelle Resilienz und fördern Austausch- und Unterstützungsstrukturen unter den Auszubildenden.

4. Bekämpfung von Einsamkeit und Förderung sozialer Integration
Durch gemeinschaftsbildende Angebote wie Freizeitaktivitäten, Lerncafés oder Tutor*innenmodelle kann das AzubiWerk Berlin dazu beitragen, soziale Isolation und Einsamkeit, die eng mit psychischen Belastungen verknüpft sind, zu verringern.

5. Sensibilisierung von Betrieben und Berufsschulen
Durch Kooperationen mit Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen kann das AzubiWerk Berlin Impulse setzen, um Ausbilder*innen und Lehrkräfte für das Thema psychische Belastungen zu sensibilisieren und Mental Health Präventionsprogramme anzuregen.

Damit kann das AzubiWerk Berlin zu einer zentralen Instanz werden, die Auszubildende bei psychischen Belastungen nicht alleinlässt, sondern frühzeitig Unterstützung bietet, Übergänge in weiterführende Hilfen organisiert und durch präventive Angebote zur mentalen Gesundheit beiträgt. Langfristig könnte das Angebot durch die Beschäftigung eigener psychotherapeutischer Fachkräfte ergänzt werden, um die individuelle Stabilität und den Ausbildungserfolg zu stärken und gleichzeitig gesellschaftliche Folgekosten durch Ausbildungsabbrüche und Langzeiterkrankungen zu reduzieren.

7.6. Struktur und Modell der Beratungs- und Unterstützungsangebote im AzubiWerk Berlin

Das Berliner AzubiWerk soll seine Unterstützungsstrukturen in einem integrierten Modell bündeln, das sowohl niedrigschwellige Zugänge als auch spezialisierte Angebote umfasst.

Kernstück kann die **offene sozialpädagogische Sprechstunde** bilden, die mehrmals wöchentlich stattfindet. Hier haben Auszubildende die Möglichkeit, Anliegen ohne Voranmeldung einzubringen. Die Offenheit dieses Formats senkt die Hemmschwelle, Vertrauen aufzubauen und frühzeitig Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Eine zweite Säule würde in der **individuellen Finanz- und Antragsberatung** bestehen. Hierfür können Auszubildende feste Termine – digitale oder persönliche – vereinbaren. Der Schwerpunkt liegt auf Fragen der Ausbildungsfinanzierung, auf möglichen Zusatzleistungen sowie auf der konkreten Begleitung bei Antragsstellungen.

Die dritte Säule würden **Workshops und Gruppenangebote** bilden, die Selbstwirksamkeit und Schlüsselkompetenzen fördern. Dazu zählen etwa Formate zu Soft Skills, Lebenskompetenzen, Stressbewältigung oder Schreibwerkstätten. Ergänzend können **Freizeit- und Beteiligungsangebote** wie Haussprecher*innenwahlen oder Tutor*innenprogramme angeboten werden, die soziale Integration stärken und Peer-Support im Wohnkontext ermöglichen.

Zentral ist darüber hinaus die **Verweis- und Koordinationsfunktion** des AzubiWerk Berlin. Es soll sich mit den bestehenden Beratungs- und

Unterstützungsstrukturen in Berlin vernetzen und eine koordinierende Rolle für ihre Zielgruppe im Beratungsnetzwerk der Stadt übernehmen. Dadurch können passgenaue Verweisberatungen gewährleistet werden, etwa zu Schuldnerdiensten, rechtlicher Beratung, psychologischer Versorgung oder Migrationsdiensten. Durch diese Schnittstellenfunktion kann die Nutzung vorhandener Ressourcen erleichtert und die Wirksamkeit der bestehenden Strukturen erhöht werden. Auf institutioneller Ebene soll sich das AzubiWerk Berlin zudem für strukturelle Verbesserungen einsetzen, zum Beispiel beim Zugang zu Wohnraum nach Ausbildungsende.

Ein besonderes Augenmerk soll auf der Diversität im Team der Sozialarbeiter*innen liegen. Neben einer ausgewogenen Geschlechterrepräsentanz im Team soll Wert auf eine große Vielfalt hinsichtlich Migration(sgeschichte), Religion, Sprachkenntnissen, sowie auch fachlichen Perspektiven gelegt werden. Die Möglichkeit, sich mit Ansprechpersonen zu identifizieren, erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Auszubildende Unterstützungsangebote wahrnehmen.

Insgesamt entfaltet das Modell ein hohes präventives Potenzial, indem es Räume schafft, in denen Probleme frühzeitig thematisiert werden können, bevor sie in irreversible Entscheidungslagen (z. B. Ausbildungsabbrüche) münden. Die kontinuierliche Begleitung während der gesamten Ausbildungszeit soll eine verlässliche und nachhaltige Unterstützung gewährleisten.



8. Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie verdeutlichen die kritisch zugespitzte Lage auf dem Berliner Ausbildungs- und Wohnungsmarkt. Ein Mangel an Ausbildungsplätzen, ausgeprägte Passungsprobleme und eine überdurchschnittlich hohe Vertragslösungsquote treffen auf rasant steigende Mieten und einen zunehmend verknappten Wohnungsmarkt. Berliner Auszubildende stehen damit vor einer doppelten Herausforderung: Sie verfügen bundesweit über die geringsten Chancen auf einen Ausbildungsplatz und müssen zugleich auf einem der teuersten und dynamischsten Wohnungsmärkte Deutschlands um bezahlbaren Wohnraum mit anderen Gruppen konkurrieren.

Die Analysen der Studie bestätigen, dass Auszubildende mit ihren finanziellen Möglichkeiten auf dem freien Wohnungsmarkt faktisch kaum Chancen haben. Spezifische Wohnangebote sind rar, betriebliche Wohnraumlösungen nahezu nicht existent. Im empirischen Teil der Studie wird anhand der Antworten von rund 3.000 Berliner Auszubildenden deutlich, dass zwischen Wohn- und Ausbildungssituation ein enger Zusammenhang besteht. Die nicht zufriedenstellende Wohnsituation beeinträchtigt die Ausbildung und andersherum steigt die Ausbildungszufriedenheit mit der Wohnzufriedenheit. Auszubildende wünschen sich eigenen Wohnraum. Gleichzeitig gilt auch: wer eigenständig Wohnraum findet, beschreibt den Suchprozess als schwierig und stark belastend. Die Wohnverhältnisse der Befragten sind häufig mit finanziellen Engpässen, langen Pendelzeiten und eingeschränkten Lernbedingungen verbunden. Bezahlbarer, stabiler und gut erreichbarer Wohnraum wird folglich als zentrales Bedürfnis der Befragten formuliert. Zwar ist die Bekanntheit der Wohnform „Azubiwohnheim“ bislang gering, das Interesse daran jedoch hoch – vorausgesetzt, Bezahlbarkeit, vertragliche Sicherheit und ausreichende Privatsphäre sind gewährleistet. Besonders herausfordernd gestaltet sich die Situation für nichtdeutsche Auszubildende, deren Anteil in Berlin kontinuierlich steigt, sowie für Auszubildende mit Kindern sowie mit Beeinträchtigungen oder Behinderungen. Diese Gruppen benötigen in besonderem Maße Unterstützung.

Angesichts der vorliegenden Befunde erscheint die Einrichtung eines Berliner Azubiwerks als sozialpolitisch folgerichtiger und wissenschaftlich gut begründeter Schritt. Es vereint zwei zentrale Funktionen: erstens die Sicherstellung von bezahlbarem Wohnraum, zweitens die Integration der Beratungs- und Unterstützungsangebote. Damit trägt es nicht nur zur Linderung der Wohnungsnot bei, sondern stärkt zugleich Ausbildungsstabilität, Chancengerechtigkeit und Teilhabe. Ein Azubiwerk könnte eine entlastende und strukturstabilisierende Rolle übernehmen. Ein solches Modell stärkt Selbstständigkeit, soziale Integration und Ausbildungsmotivation

und vermittelt Auszubildenden eine gesellschaftliche Wertschätzung, die Studierenden bereits zuteilwird.

Für die Schaffung von Wohnraum zeigt die Studie eine Bandbreite realistischer Ansätze – von der Anmietung oder dem Neubau über die Umnutzung bestehender Gebäude bis hin zu temporären Lösungen wie sogenannten Pop-up-Dorms. In der konkreten Ausgestaltung sind sowohl funktionale als auch soziale Dimensionen gleichermaßen zu berücksichtigen: Neben ausreichend dimensionierten Mikroapartments sollten gemeinschaftliche Wohnformen wie Wohngemeinschaften vorgesehen werden, um Vereinsamung entgegenzuwirken und soziale Lernräume zu eröffnen. Ebenso sind Lernzonen und Gemeinschaftsräume zu schaffen, die als Orte der Begegnung, des Austauschs und des gemeinsamen Lernens dienen. Die in Begleitung dieser Studie entstandenen architektonischen Konzepte der Studierenden der Bauhaus-Universität Weimar liefern hierfür wertvolle Impulse.

Die im Rahmen der Studie entwickelten Lösungsansätze, sowohl zur Schaffung von Wohnraum als auch zu den Handlungsfeldern der Unterstützungs- und Beratungsangebote verstehen sich als fachliche Vorschläge und Orientierungspunkte. Sie zeigen mögliche Wege auf, wie ein AzubiWerk Berlin entwickelt und ausgestaltet werden könnte. Die politischen Entscheidungen über Prioritäten, Umfang und Umsetzung liegen jedoch bei den zuständigen Entscheidungsträger*innen. Fest steht: Ohne ein Azubiwerk wird Berlin seine Attraktivität und Leistungsfähigkeit als Ausbildungsstandort langfristig nicht sichern können. Die Errichtung des AzubiWerk Berlin stellt daher keine Option dar – sie ist eine notwendige Zukunftsinvestition in die soziale und wirtschaftliche Stabilität der Stadt.

Danksagung

Die Recherchen und Datenauswertungen im Rahmen dieser Studie wurden dankenswerterweise durch die Kolleginnen Olha Lushankina, Annalena Piper und Gizem Euler Ünsal unterstützt. Ihnen gilt unser besonderer Dank. Ebenso danken wir herzlich allen Interviewpartner*innen und Teilnehmenden der Online-Befragung, deren Beiträge einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen dieser Studie geleistet haben.

Anhang I: Mobilität von Auszubildenden in Berlin im Bundesvergleich⁴⁴

Jede*r Fünfte pendelt
zur Ausbildung nach
Berlin

Wie viele andere Großstädte fungiert auch Berlin als Einpendlerstadt. Die Einpendlerquote im Kontext der Berufsausbildung beschreibt den Anteil der Auszubildenden, die für ihre Ausbildung in eine andere Region pendeln. Im Fall Berlins liegt sie bei 21,6 % (Stand: 09.2022; BIBB 2024b: 216). Das bedeutet, dass über ein Fünftel der Berliner Auszubildenden – 11.157 von 51.721⁴⁵ Personen – außerhalb der Stadtgrenzen wohnt. In dieser Hinsicht nimmt Berlin hinter den Stadtstaaten Bremen (33,1 %) und Hamburg (29,6 %) den dritten Platz ein (ebd.). Bemerkenswert ist dabei, dass 20,2 % der 33.452 in Brandenburg wohnhaften Auszubildenden ihren Ausbildungsplatz in Berlin haben (ebd.: 215). Diese Zahlen unterstreichen Berlins Rolle als attraktives Ausbildungszentrum und Anziehungspunkt für junge Menschen aus umliegenden Regionen, insbesondere aus Brandenburg.

Die Auspendlerquote beschreibt umgekehrt den Anteil von Auszubildenden, die zwar in einem Bundesland wohnen, ihre Ausbildung jedoch in einem anderen absolvieren. Besonders hoch ist diese Quote in Brandenburg (25,5 %). Zum Vergleich: Die benachbarten Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt weisen mit 5,9 % beziehungsweise 11,5 % deutlich niedrigere Auspendler*innenquoten auf (Abbildung 23).

⁴⁴ Der Anhang orientiert sich inhaltlich sowie hinsichtlich der verwendeten Grafik an der Studie „Wohnsituation von Auszubildenden in Berlin. Zusammenhänge zwischen Berufsausbildung und Azubiwohnen“ von Fabiańczyk, E. & Er, A. 2024.

⁴⁵ Die Mobilitätsdaten des BIBB basieren auf der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit und erfassen somit überwiegend sozialversicherungspflichtige Auszubildende.

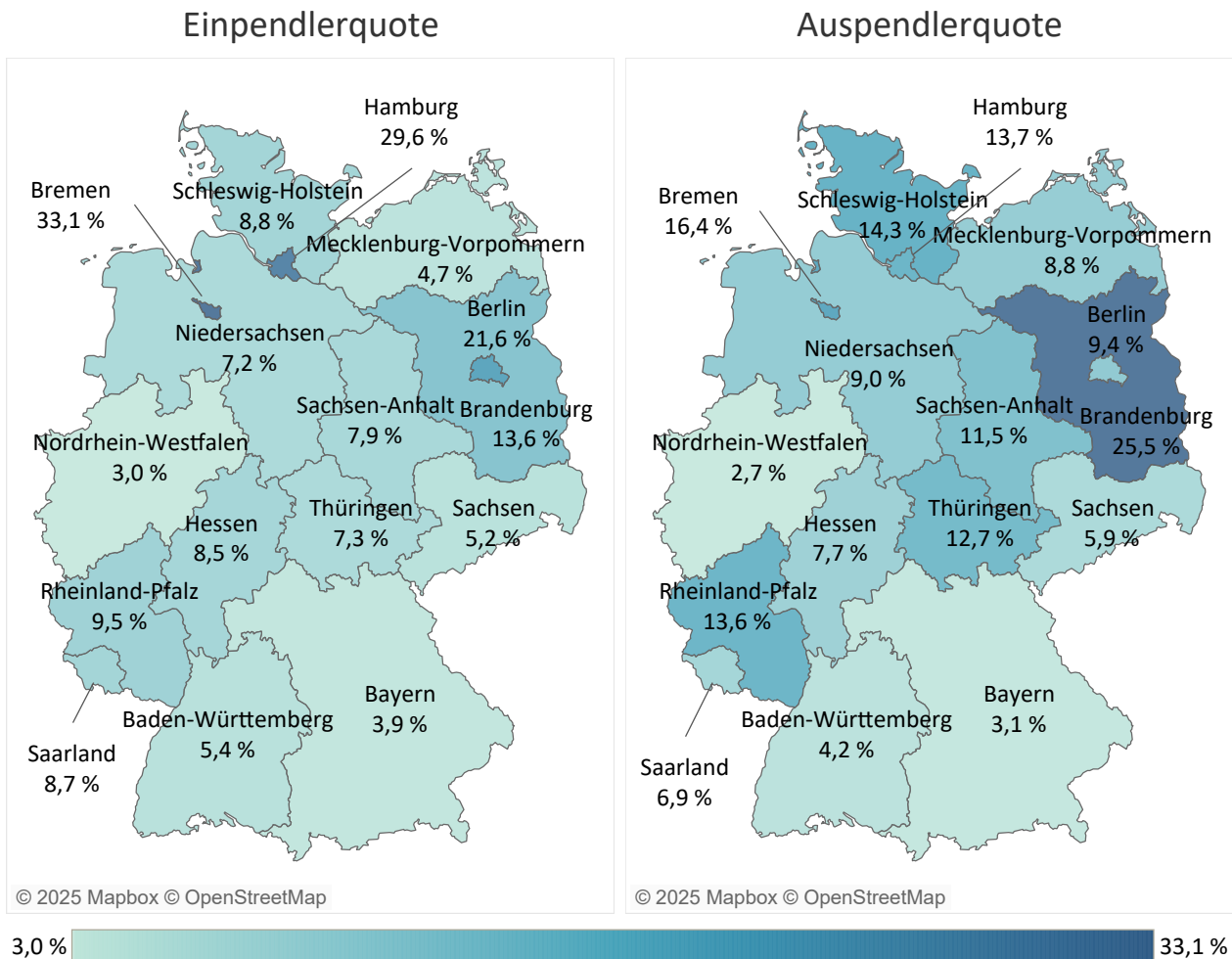


Abbildung 23: Länderübergreifende Einpendler- und Auspendlerquote

Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (hier Auszubildende) zum 30.09.2022 nach Wohn- und Arbeitsort; Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung im Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2024, eigene Darstellung nach BIBB 2024 © Minor

Anhang II: Höhe der Ausbildungsvergütung nach Berufssektor in Berlin

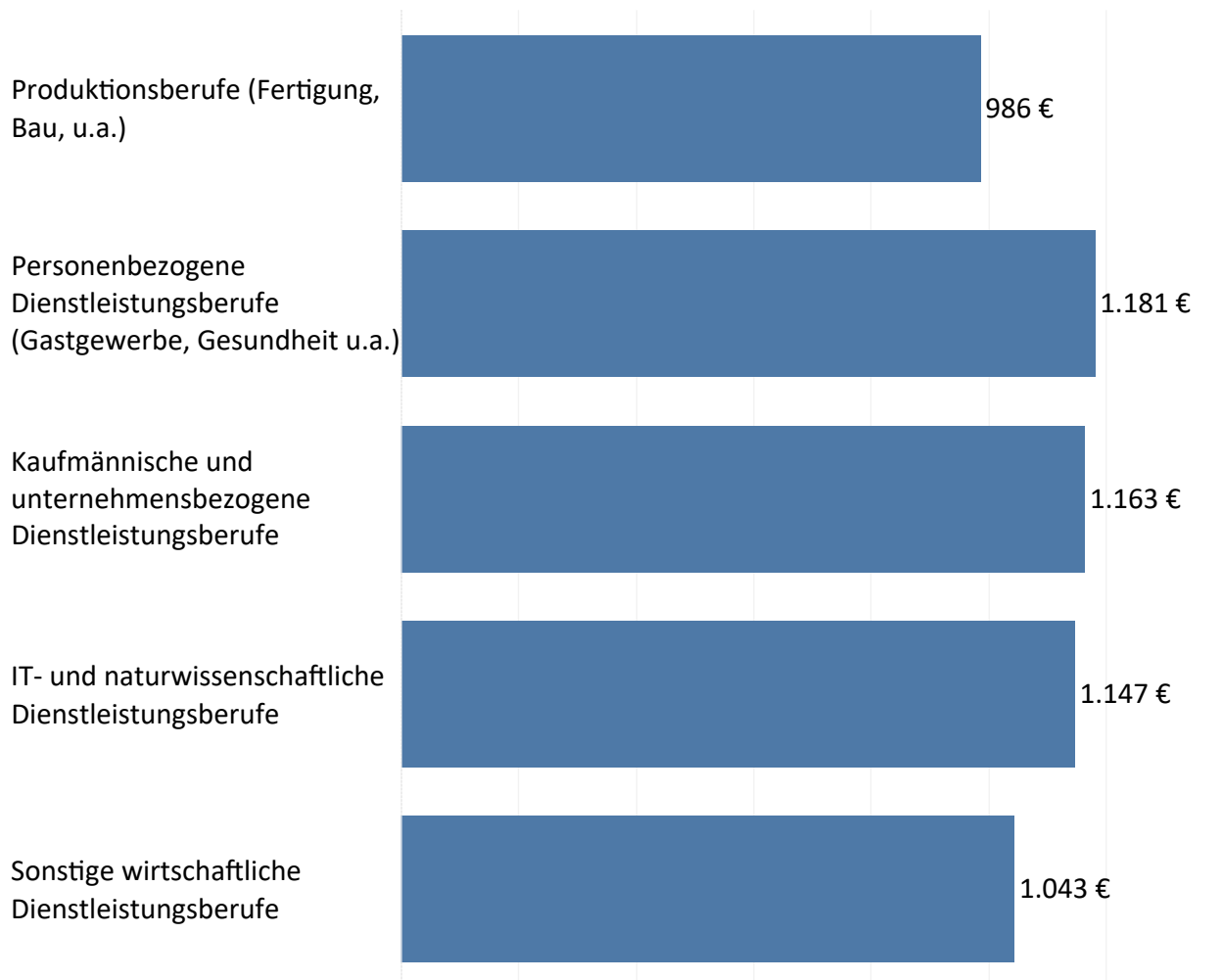


Abbildung 24: Medianbruttoentgelte pro Monat von sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden in Berlin im Jahr 2023 nach Berufssektor

Eigene Darstellung nach BA 2025a. Sonderauswertung (Stichtag: 31.12.2023) © Minor

Die Ausbildungsvergütungen in Deutschland sind überwiegend tariflich geregelt, variieren jedoch deutlich je nach Branche und Region. In Berlin liegen die Vergütungen in den Dienstleistungsberufen – laut Daten der BA im Jahr 2023 – mit Ausnahme der Berufsgruppe „sonstige wirtschaftliche Dienstleistungsberufe“ (1.043 Euro) – auf ähnlichem Niveau (Abbildung 24). Am niedrigsten fallen sie in den Produktionsberufen mit 986 Euro aus.

In den letzten Jahren sind die tariflichen Ausbildungsvergütungen überdurchschnittlich stark gestiegen, was vor allem als Reaktion auf den zunehmenden Fachkräftemangel zu bewerten ist (Hans - Böckler - Stiftung 2025: 14). Die gesetzliche Mindestausbildungsvergütung liegt mit 682 Euro im ersten Lehrjahr weiterhin deutlich unter dem Niveau tariflicher Vereinbarungen. Die höchsten tarifvertraglichen Vergütungen erhalten Auszubildende in Pflegeberufen mit 1.416 Euro bzw. 1.381 Euro, je nach Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (Bund/Kommunen bzw. Länder), die berufsspezifische Sonderregelungen vorsehen (Hans-Böckler-Stiftung 2025: 8). An zweiter Stelle liegt das private Bankgewerbe mit 1.350 Euro (ebd.).

Anhang III: Wohnanbieter für Auszubildende in Berlin, 2025

Wohnanbieter	Standort	Anzahl der Plätze und Zimmer	Preis ⁴⁶
Kolping Jugendwohnen	Prenzlauer Berg	51 Plätze (3 Zwei-Zimmer-Apartments, 45 Einzelzimmer)	350-520 ⁴⁷ Euro
Kolping Jugendwohnen	Treptow-Köpenick	136 Plätze (Einzelzimmer)	
Johannesstift Diakonie	zwei Standorte in Spandau	128 Plätze (keine Angabe zur Zimmeranzahl)	300-400 ⁴⁸ Euro
Berlinovo	Lichtenberg (Rhinstraße 157, 161, 163)	103 Plätze (Einzelapartments)	durchschn. 490 Euro brutto warm
Berlinovo	Treptow-Köpenick (Ostendstraße 19)	73 Plätze (Einzelapartments)	
Berlinovo	Spandau (Kulbeweg 30)	107 Plätze (Einzelapartments)	
Berlinovo	Neukölln (Buckower Damm 91)	140 Plätze (Einzelapartments)	
Berlinovo (Apartmentshaus für Anwärter*innen der Polizei und Feuerwehr)	Spandau (Pionierstraße 20)	168 Plätze (134 Einzelzimmer- und 34 Zwei-Zimmer-Apartments)	ab 340 Euro
Berlinovo	Lichtenberg (Sewanstraße 258)	30 Plätze (26 Einzelzimmer und 2 Zwei-Zimmer-Apartments)	ab 450 Euro
Home in Berlin, Bürgermeister-Reuter-Stiftung	fünf Standorte in Mitte, einer in Lichtenberg, einer in Tempelhof-Schöneberg	ungefähr 50 ⁴⁹ (Einzel- und Mehrpersonens-apartments)	ab 540 Euro

⁴⁶ Hinweis zur Preisangabe: Die genannten Preise basieren auf den Angaben der Wohnungsanbieter bzw. den Informationen auf deren Webseiten. Die Preisformate (z. B. Warmmiete, Kaltmiete, Bruttowarmmiete) wurden jeweils übernommen und sind daher nicht einheitlich ausgewiesen.

⁴⁷ In vielen Fällen erfolgt eine anteilige Finanzierung durch die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB), manchmal übernehmen auch Jugendämter vollständig die Kosten.

⁴⁸ Der vollständige Preis beträgt 500-600 Euro warm, davon werden ca. 200 Euro der Kosten durch den Arbeitgeber bezuschusst.

⁴⁹ Laut der Angaben von Home in Berlin wird ein festes Kontingent an Wohnplätzen speziell für Auszubildende aktuell nicht bereitgestellt. Die Belegungsrichtlinie von Home in Berlin sieht vor, dass Wohnplätze vorrangig an Bewerber*innen vergeben werden, die die Kriterien

Felixx Student Home (früher: SMARTments student)	Charlottenburg	keine Angabe	Einzelapartment ab 660 Euro
Felixx Student Home (früher: SMARTments student)	Lichtenberg	keine Angabe	Einzelapartment ab 595 Euro Doppelzimmer ab 780 Euro
BagUp – Wohnen für junge Menschen in Ausbildung, Jugend-wohnen im Kiez	zwei Standorte: Friedrichshain-Kreuzberg, Tempelhof-Schöneberg	20 Plätze (Einzelapartments)	ab 400 Euro ⁵⁰
Moab – Wohnheim für Studierende und Auszubildende, Berliner Stadtmission	Mitte (Moabit)	30 Plätze (Einzelapartments)	369-520 Euro warm
Wohnheim Berlin, Förderkreis Junge Politik	zwei Standorte in Charlottenburg	keine Angabe	keine Angabe
Gewobag	Mitte (Moabit)	100 Plätze (39 Ein-Personen-Wohnungen, 20 Zwei-Personen-Wohngruppen, 7 Drei-Personen-Wohngruppen) ⁵¹	durchschn. Bruttowarmmiete 387,34 bruttowarm Euro / Wohnplatz
Gewobag	Mitte (Wedding)	195 Plätze (76 Ein- und Zwei-Personen-Apartments, 12 Wohngemeinschaften für 3, 5, 6 oder 7 Personen) ⁵²	
Gesobau	Marzahn-Hellersdorf	84 Plätze in 40 Wohnungen (Ein-Zimmer-Wohnungen und Wohngemeinschaften)	480 Euro nettokalt
Gesobau	Mitte (Wedding)	158 Plätze in 62 Wohnungen (Wohnungen mit 1 bis 5 Zimmern)	keine Angabe
Gesobau	Charlottenburg/Wilmersdorf	52 Plätze n 24 Wohnungen	keine Angabe

Tabelle 5: Wohnanbieter für Auszubildende in Berlin im Jahr 2025

Eigene Erfassung. Stand Juli 2025 © Minor

der Absätze 1 und 2 der Richtlinie erfüllen, welche vorrangig Studierende sind. Sollten keine entsprechenden Bewerbungen zur Verfügung stehen, ist eine Vermietung an nachrangig wohnberechtigte Personenkreise (z. B. Auszubildende, Praktikant*innen) unter der Bedingung der zeitlichen Befristung möglich. Derzeit beträgt der Anteil der an Auszubildende vermieteten Wohneinheiten rund 2,3 % des Gesamtbestands von 2.155 Einheiten (Antwort auf die Anfrage von Minor, Stand Januar 2025).

⁵⁰ BagUp ist ein Projekt der Kinder- und Jugendhilfe, das Hilfen nach § 13.3 SGB VIII anbietet.

⁵¹ Nach eigenen Angaben von Gewobag handelt es sich hierbei nicht um Studierendenwohnheime, sondern um Studierendenapartments (z.T. nur Zimmer ohne Kochnische mit gemeinschaftlicher Küchen-/ Badnutzung).

⁵² Ebd.

Anhang IV: Architektonische Entwürfe zum Azubiwohnen

Im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie wurde eine Kooperation mit der Bauhaus-Universität Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik, aufgebaut.

Auf Grundlage der Fragestellungen der Studie sowie der Ergebnisse der Befragungen von Minor – Wissenschaft Gesellschaft mbH baut das Bachelorthesis-Studio der Bauhaus-Universität Weimar darauf auf und erweitert diese um eine architektonische Perspektive.

Anhand von zwei konkreten Standorten in Berlin – der ehemaligen Peter-Rosegger-Schule und dem Viktoriaspeicher – werden exemplarische Entwürfe für Auszubildendenwohnheime erarbeitet. Dem Thesis-Studio sind eine gemeinsame Recherche sowie der Besuch der Standorte vorangestellt.

Die vorliegenden Entwürfe untersuchen, wie bestehende Gebäude durch innovative Konzepte der Nachnutzung neu belebt werden können. Zugleich erproben sie zeitgemäße Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens für Auszubildende in der Stadt.

Dieser Anhang enthält eine Auswahl an Abbildungen zur möglichen Umnutzung der beiden Standorte. Eine ausführliche Version der Arbeiten wird von der Bauhaus-Universität Weimar bereitgestellt.

Lehrende: Prof. Verena von Beckerath, Till Hoffmann

Professur Entwerfen und Wohnungsbau

Fakultät Architektur und Urbanistik

Bauhaus-Universität Weimar

Zeit: Sommersemester 2025

Fotografie: Andrew Alberts

Zuordnung: Thesis im B.Sc. Architektur

Teilnehmende: Olga Correll, Valentin Eckardt, Liva Janekovic, Ida Janzen, Nico Pöhlmann, Nora Simonn

Standorte

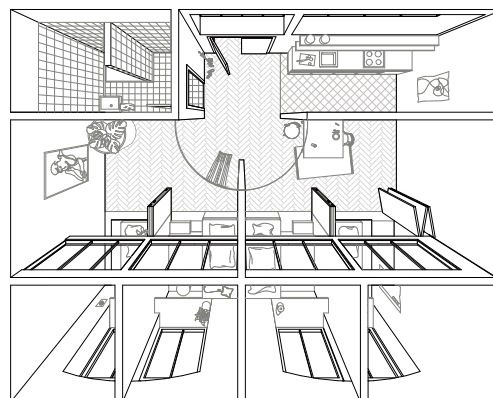
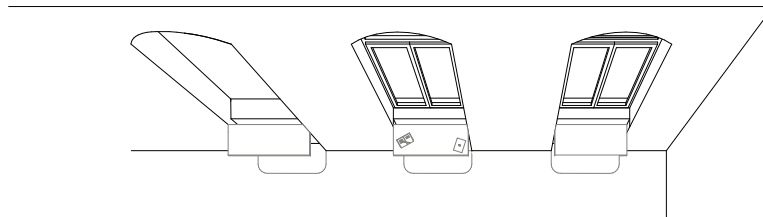


Ehemalige Peter-Rosegger-Schule in Berlin-Kreuzberg



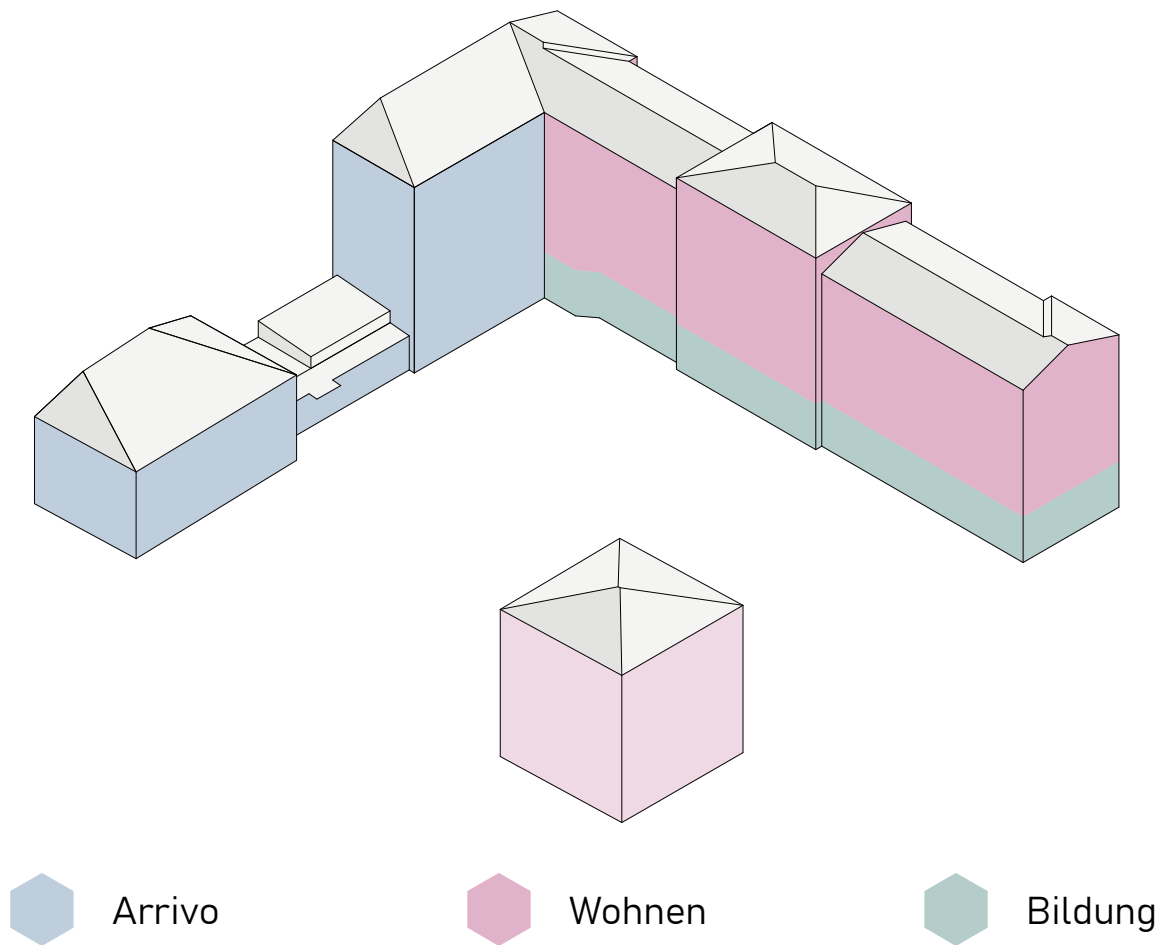
Viktoriaspeicher, Berlin-Kreuzberg

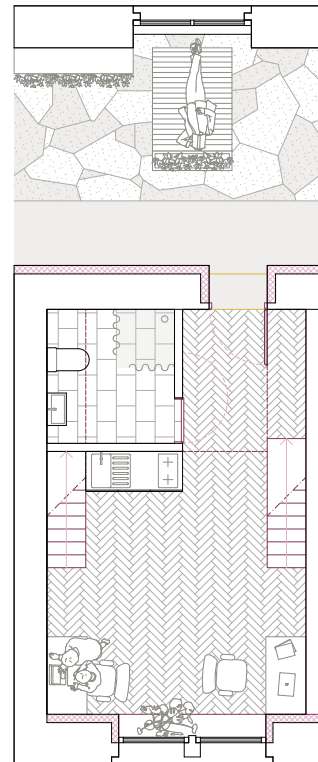
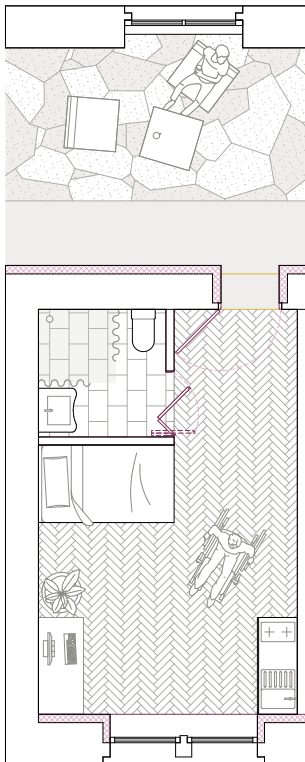
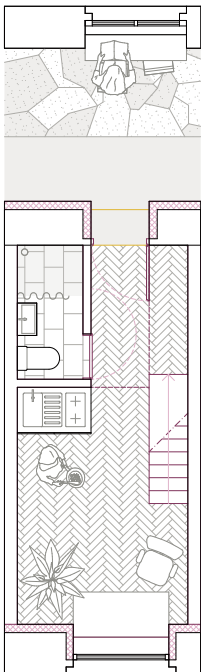
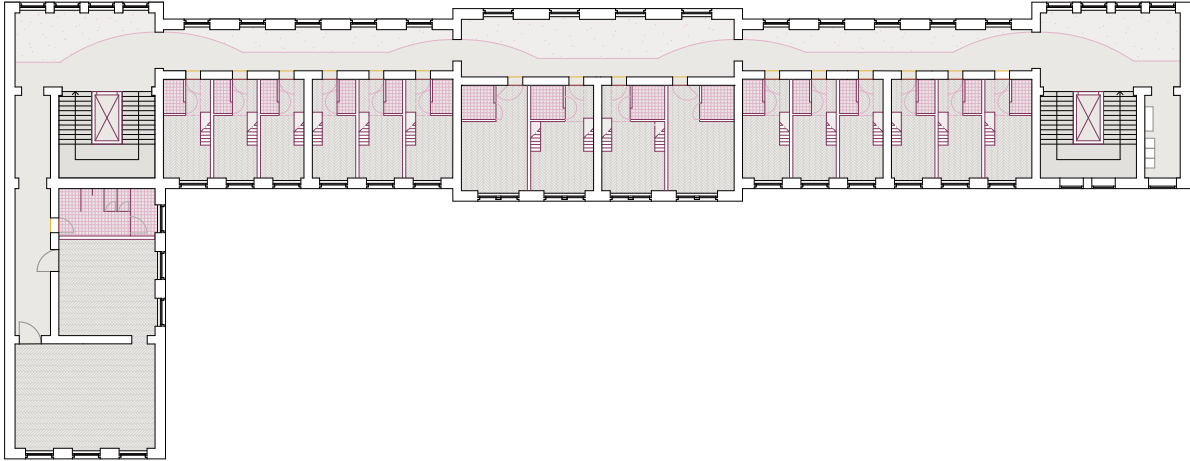
1. Entwurf: Umnutzung eines Schulgebäudes Valentin Eckardt

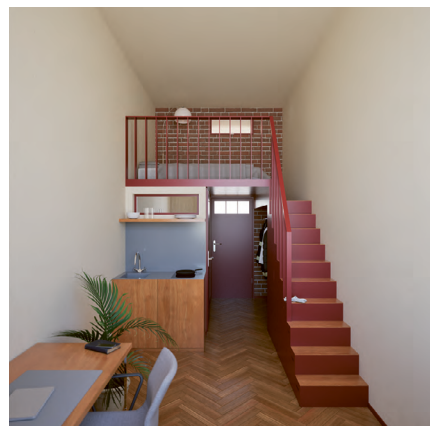
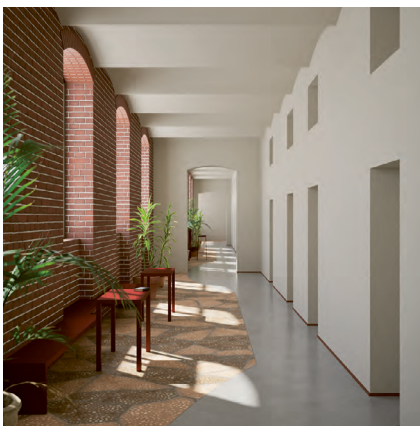




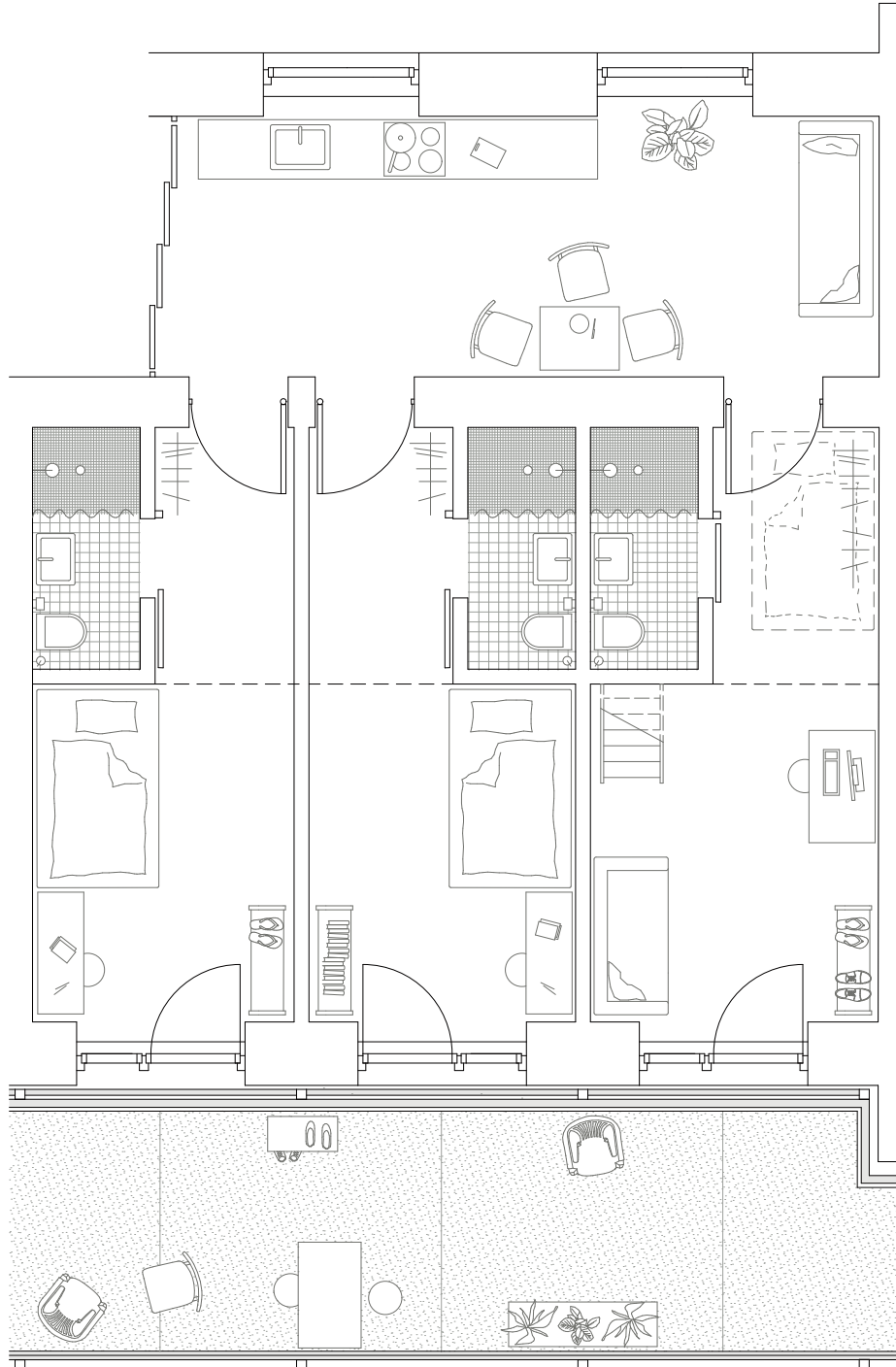
2. Entwurf: Umnutzung
eines Schulgebäudes
Nico Pöhlmann

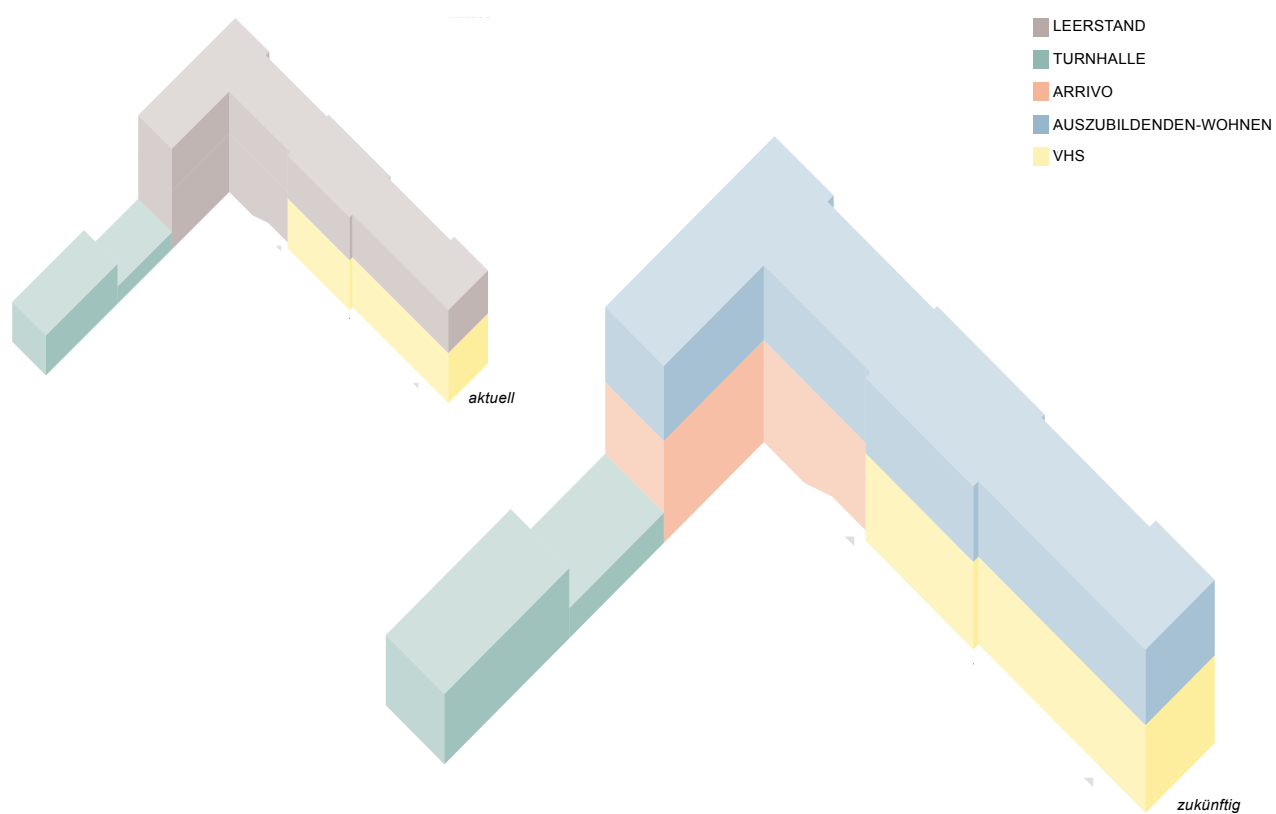


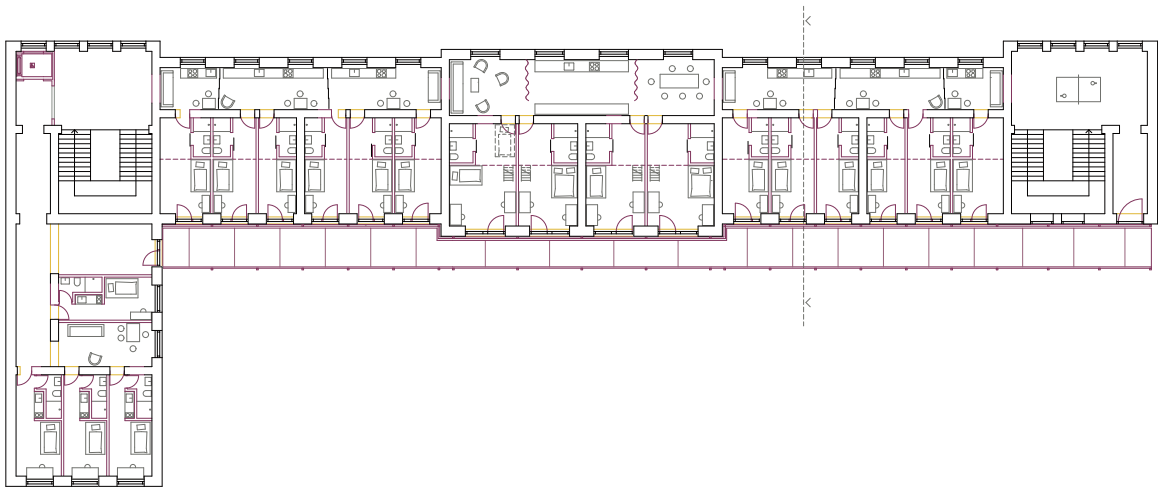




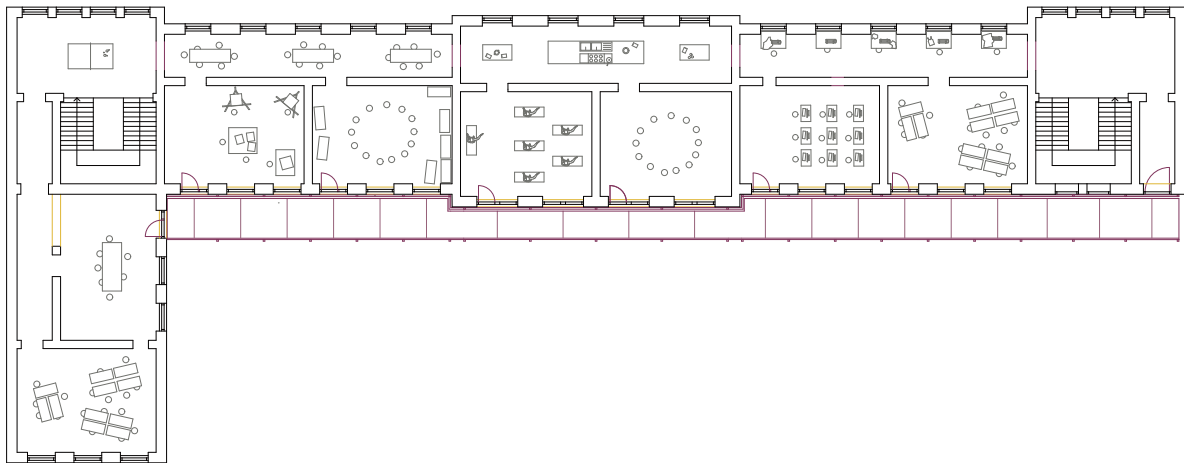
3. Entwurf: Umnutzung
eines Schulgebäudes
Liva Janekovic







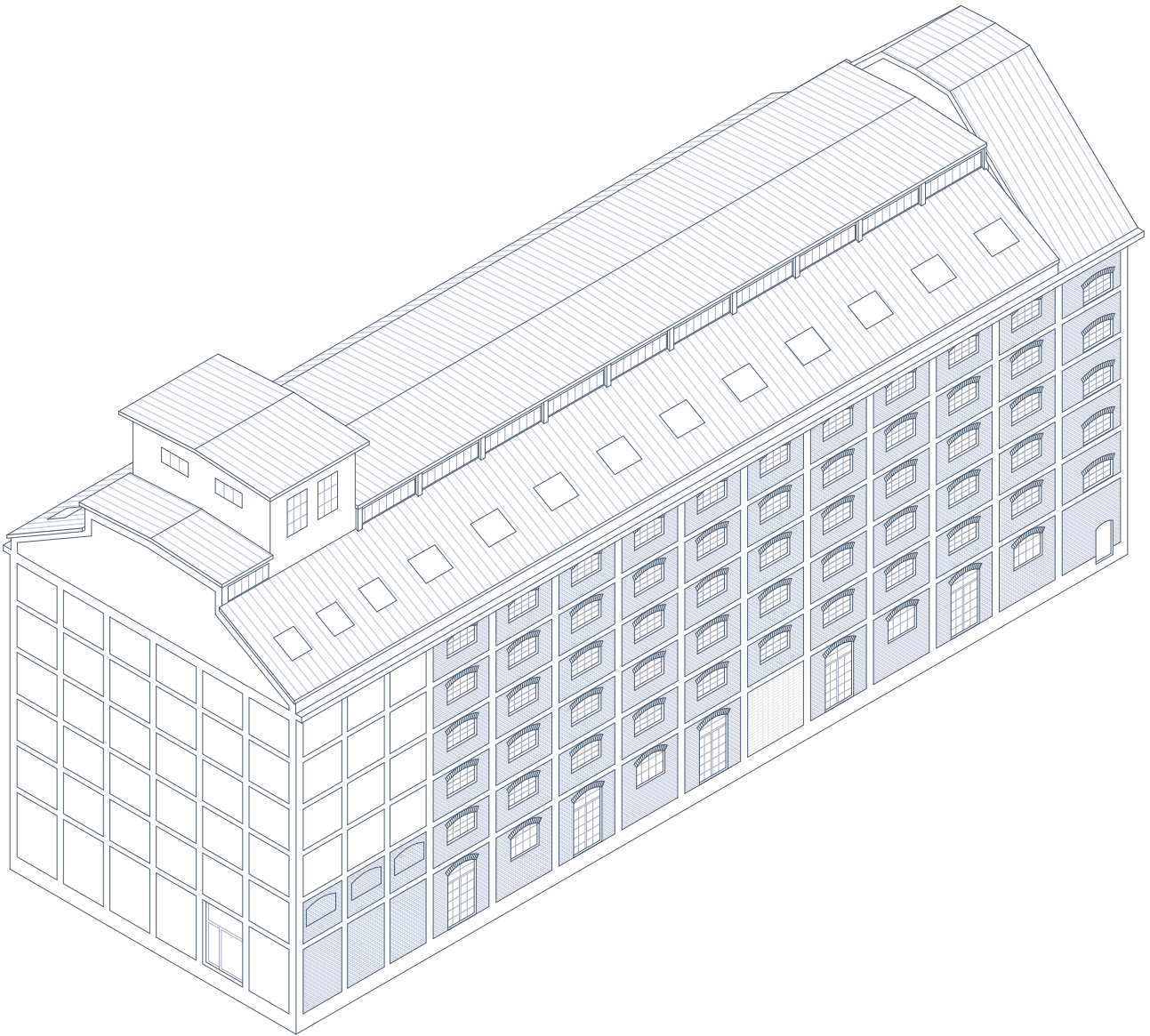
①

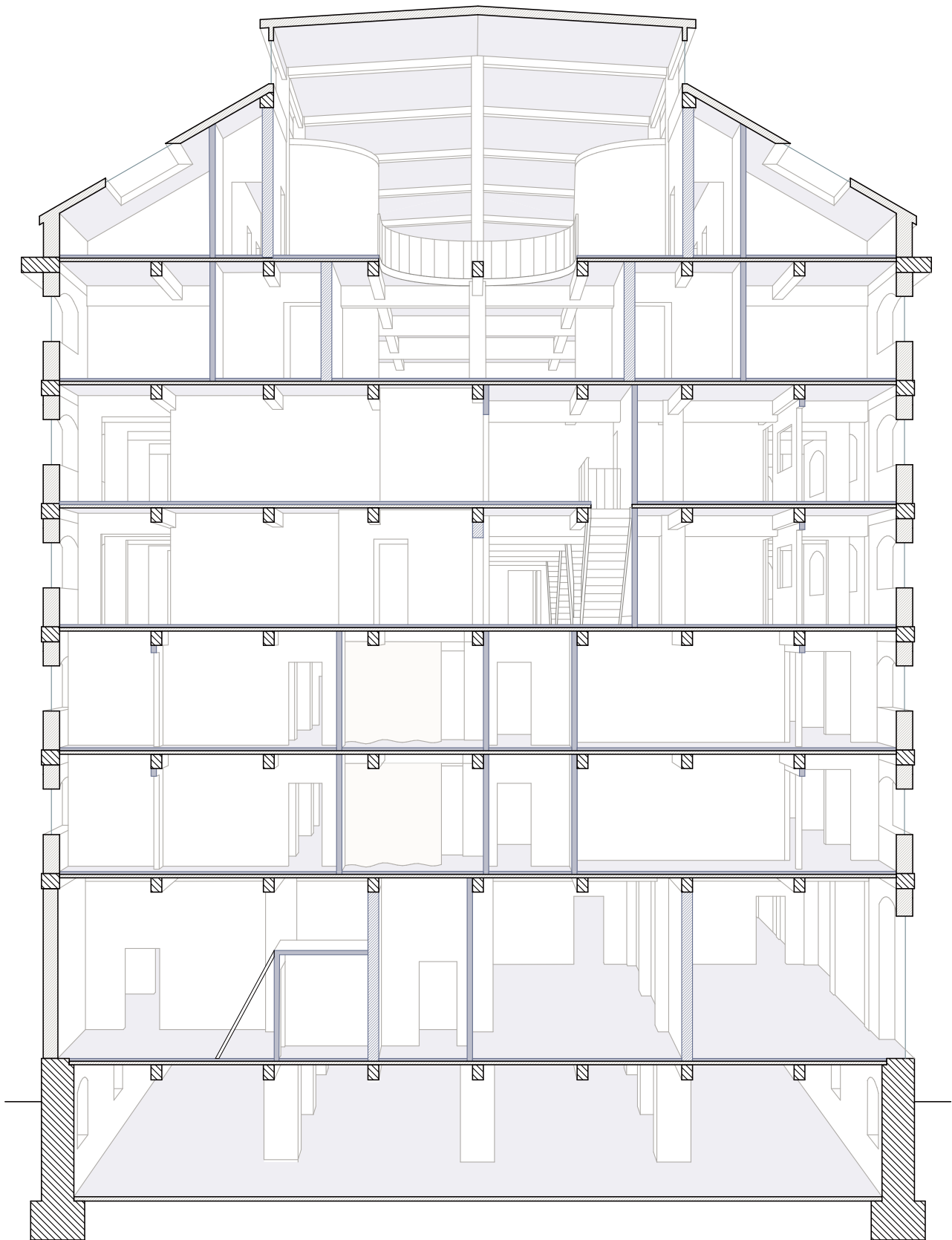


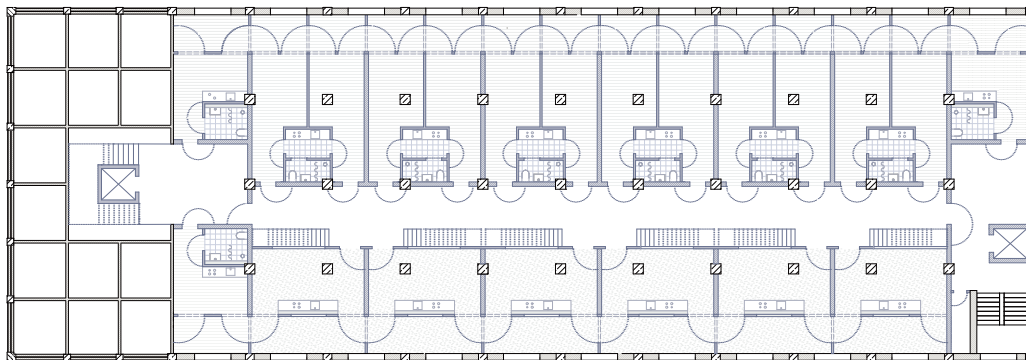
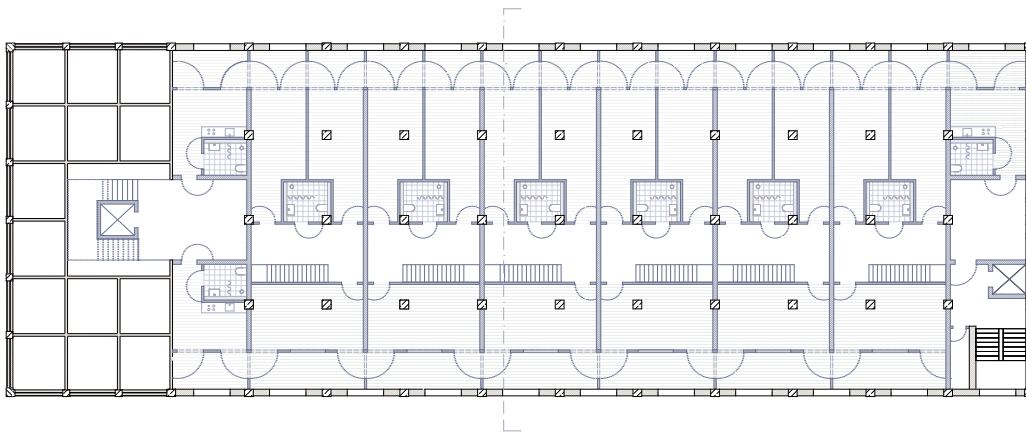
①

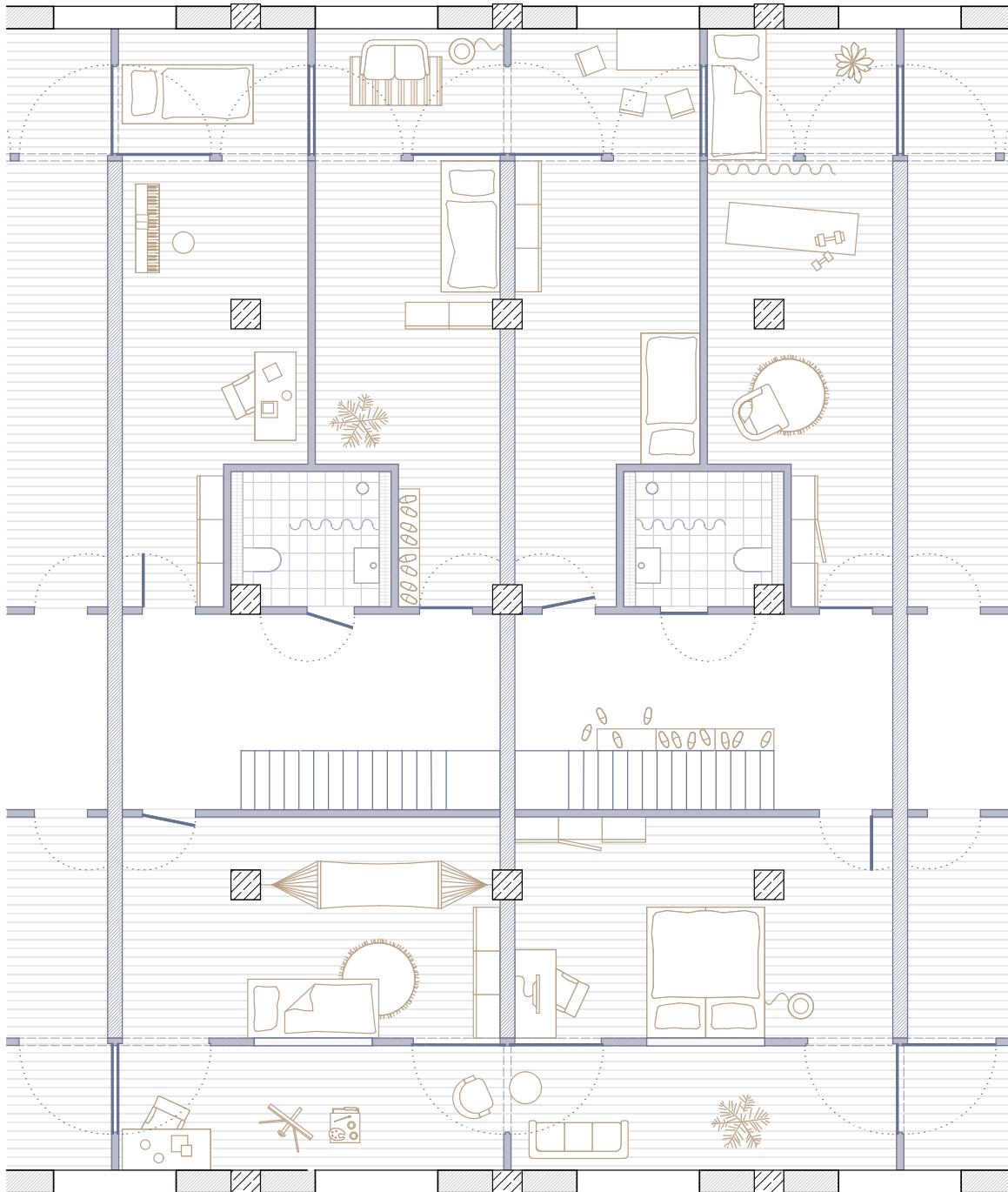


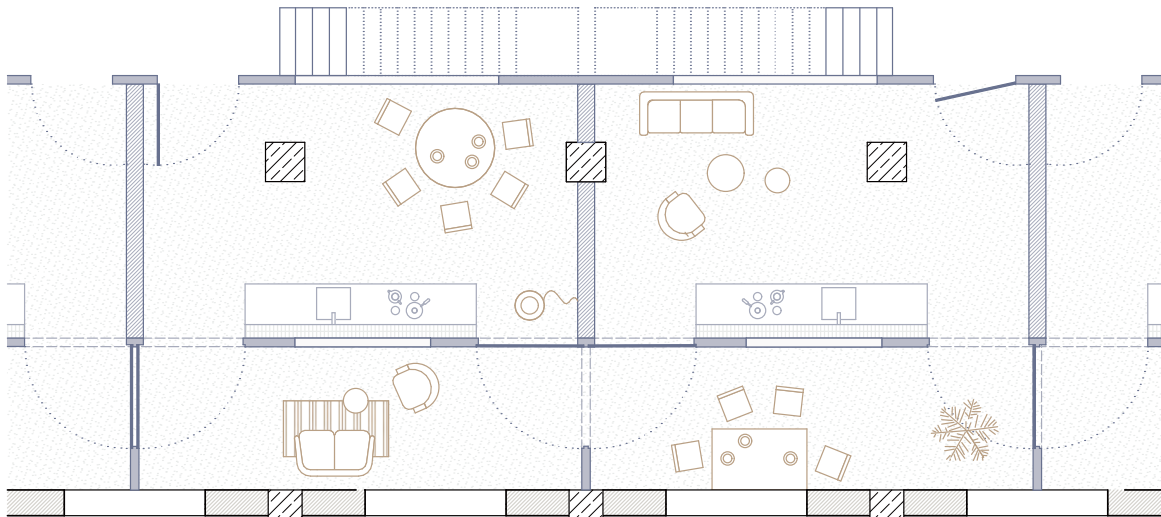
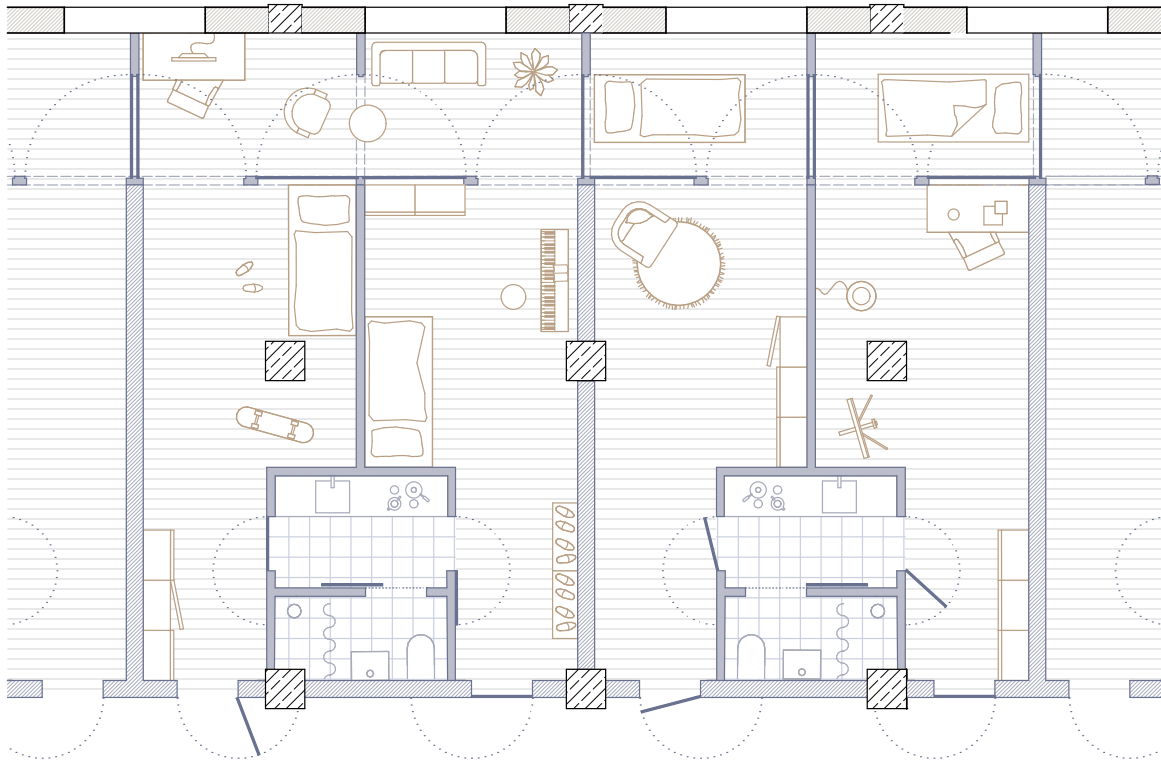
1. Entwurf: Umnutzung
Viktoriaspeicher
Ida Janzen und
Nora Simonn



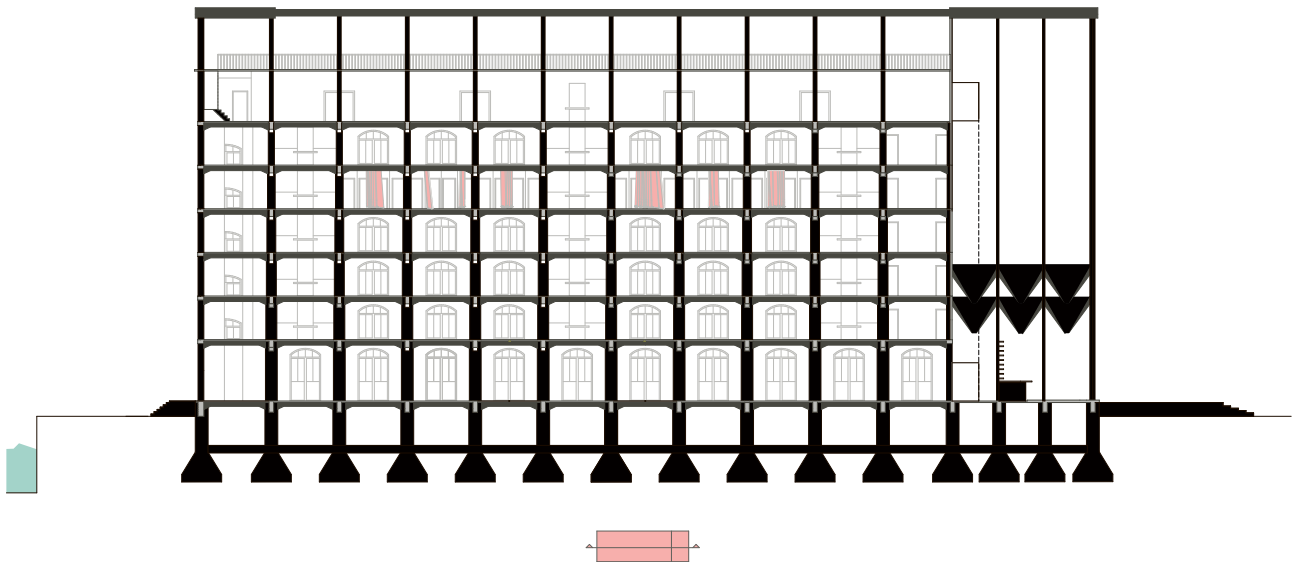




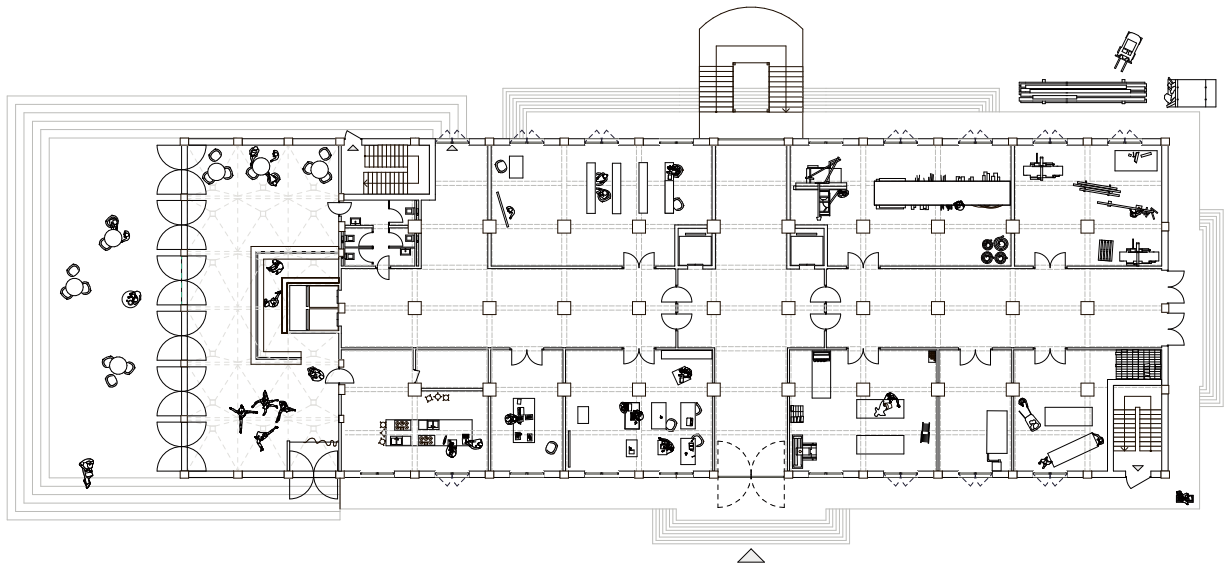




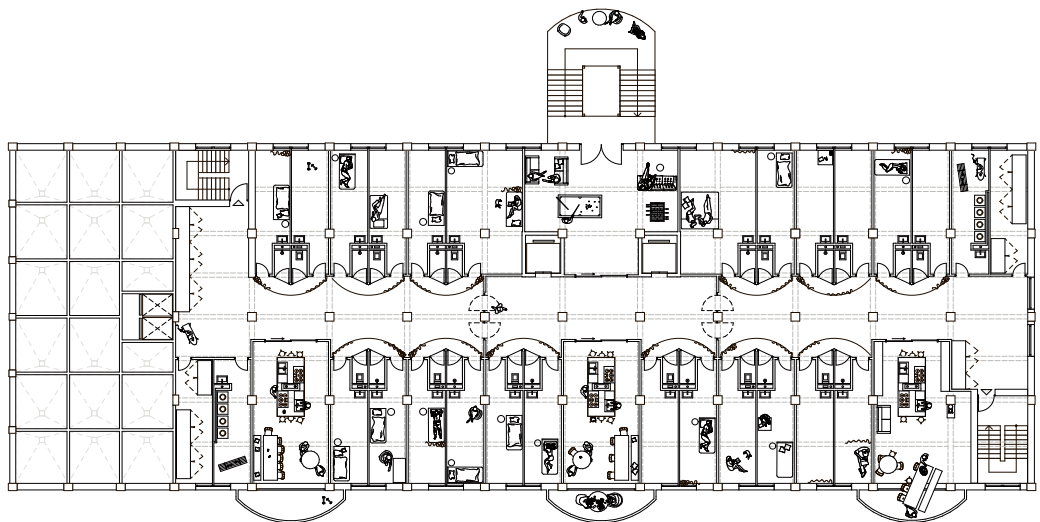
2. Entwurf: Umnutzung
Viktoriaspeicher
Olga Correll



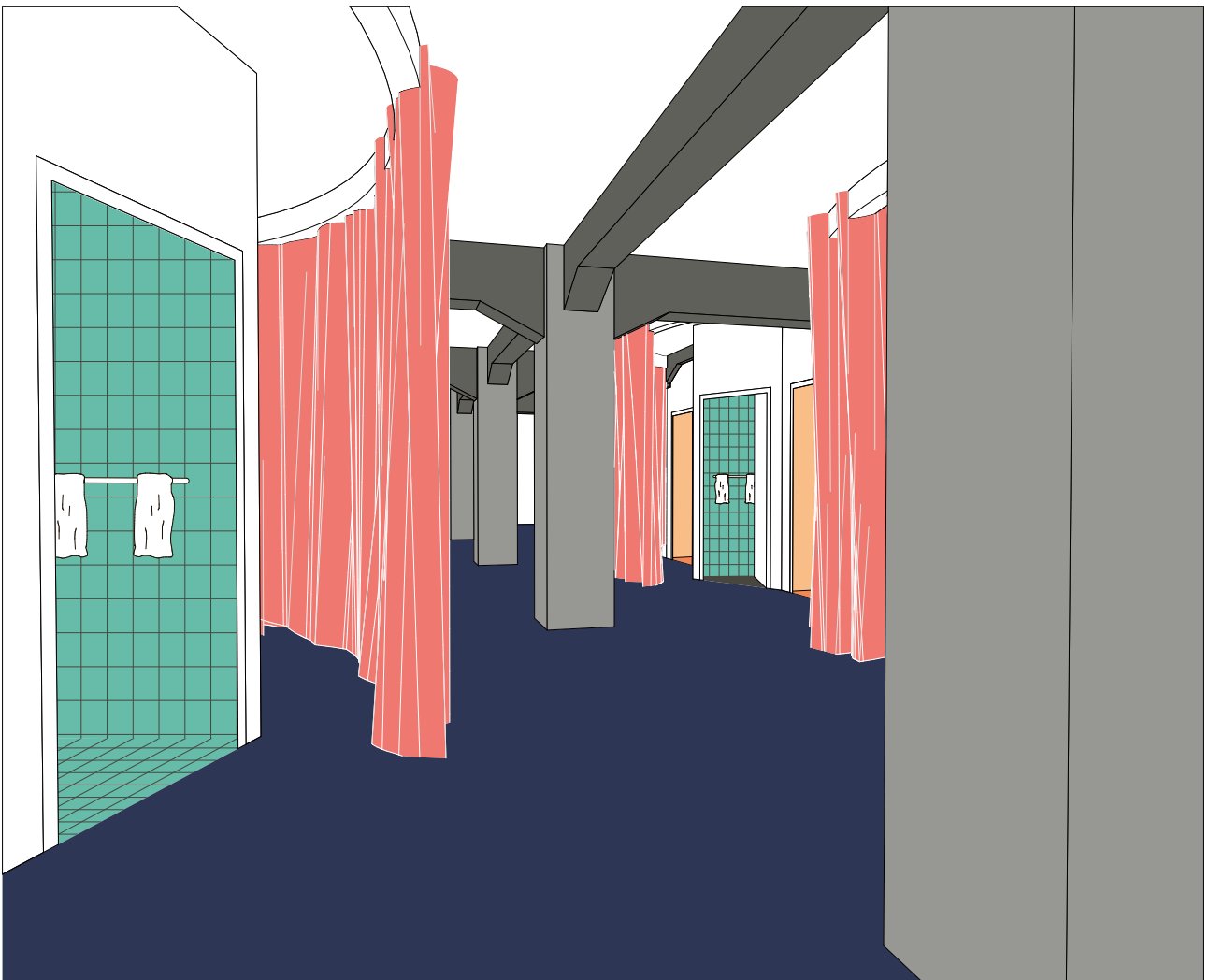
Schnitt
M 1:200



Werkstätten
EG
M 1:200



Wohnen
1-5
M 1:200



www.uni-weimar.de/designandhousing

www.placeswe.live

Literaturverzeichnis

[ABiG] Ausbildungsgesellschaft Bremen, 2025: Infomappe Azubiwerk Bremen. Informationen zum Bewerbungsverfahren für die Azubi-Wohnanlage „Ellener Hof“. <https://www.abig-bremen.de/wp-content/uploads/sites/7722/2025/05/Infomappe-Bewerbung-Azubiwerk-Ellener-Hof-1-1.pdf> (30.09.2025).

Aktion Mensch e.V., 2024: Inklusionsbarometer Arbeit. Ein Instrument zur Messung von Fortschritten bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. <https://www.aktion-mensch.de/inklusion/studien/zahlen-daten-fakten> (01.10.2025).

Alexianer, 2025: Sozialpädagogische Beratung und Begleitung. Individuelle Unterstützung für Auszubildende. <https://www.alexianer-berlin-hedwigkliniken.de/st-hedwig-krankenhaus/einrichtungen/alexianer-akademie-fuer-gesundheitsberufe-berlin/sozialpaedagogische-beratung-begleitung> (07.10.2025).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2024a: Statistischer Bericht, B II 6 – j / 23, Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens im Land Berlin Schuljahr 2023/24. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/b-ii-6-j> (30.01.2025).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2024b: Statistischer Bericht, B II 5 – j / 23, Auszubildende und Prüfungen im Land Berlin 2023. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/b-ii-5-j> (05.02.2025).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2024c: Statistischer Bericht, A I 5 – hj 2/24. Einwohnerregisterstatistik Berlin 31. Dezember 2024. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/a-i-5-hj> (04.07.2025).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2024d: Statistischer Bericht K IX 1 – j / 23. Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) im Land Berlin 2023. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/k-ix-1-j> (08.07.2025).

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2024e: Statistischer Bericht B II 6 – j / 23. Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens im Land Berlin Schuljahr 2023/24. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/archiv/b-ii-6-j> (07.08.2024).

Asklepios. BZG Hamburg: Ausbildung, 2025: Azubi-Apartments: Willkommen im THE FIZZ Juniors und im Azubiwerk Hamburg. https://www.asklepios.com/hamburg/bzg/ausbildung/beratung/Azubi-Wohnungen/?utm_ (21.08.2025).

Azubiwerk Hamburg, 2025a: Stiftung Azubiwerk. <https://azubiwerk-hamburg.de/stiftung/?utm> (21.08.2025).

Azubiwerk Hamburg, 2025b: Leben in Wandsbek. https://azubiwerk.de/standorte/wandsbek/?utm_ (21.08.2025).

AzubiWerk München, 2025: Das AzubiWerk München. <https://www.azubiwerk-muenchen.de/ueber-uns> (10.09.2025).

Berlin Hyp & CBRE, 2025: Wohnmarktreport Berlin. 21. Auflage. Berlin. https://mktgdocs.cbre.com/2299/ac77390d-59ff-4030-b6f3-e2229eeb940c-700323695/CBRE_Berlin_Hyp_Wohnmarktrepor.pdf (04.07.2025).

Bertelsmann Stiftung, 2024a: Ausbildungsperspektiven 2024. Eine repräsentative Befragung von jungen Menschen. Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Ausbildungsperspektiven2024.pdf> (23.05.2025).

Bertelsmann Stiftung, 2024b: Wie einsam sind junge Erwachsene im Jahr 2024? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/wie-einsam-sind-junge-erwachsene-im-jahr-2024> (19.08.2025).

Bertelsmann Stiftung und Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., 2024: Vom Mismatch zum Match:

Wie sich Jugendliche und Unternehmen auf dem Ausbildungsmarkt suchen und finden (können). Eine kombinierte Jugend- und Unternehmensbefragung. Gütersloh und Köln. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/vom-mismatch-zum-match-wie-sich-jugendliche-und-unternehmen-auf-dem-ausbildungsmarkt-suchen-und-finden-koennen> (15.05.2025).

Bezirksamt Mitte, 2025: Jugendberufshilfe Mitte – Auszugsberatung. <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/jugendamt/das-jugendamt-in-meinem-kiez-entdecken/ueberregional/artikel.1016447.php> (13.05.2025).

[BIAJ] Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, 2024: Ausbildungsverträge: neu abgeschlossen und vorzeitig gelöst – Bund und Länder 2013 bis 2023. <https://www.biaj.de/archiv-materialien/2032-ausbildungsvertraege-neu-abgeschlossen-und-vorzeitig-geloest-bund-und-laender-2013-bis-2023.html?utm> (05.02.2025).

[BA] Bundesagentur für Arbeit, 2024a: Themen im Fokus, Bildung. Interaktive Grafiken Ausbildungsmarkt. https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Ausbildungsmarkt/Ausbildungsmarkt-Nav.html?Thema%3Dueberblick%26DR_Gebietsstruktur%3Dd%26Gebiete_Region%3DDeutschland%26DR_Region%3Dd%26DR_Region_d%3Dd%26DR_Monat%3D0%26DR_BaStea%3Dalle%26mapHadSelection%3Dfalse (23.01.2025).

[BA] Bundesagentur für Arbeit, 2024b: Einzelausgaben, Tabellen. Der Ausbildungsmarkt, Kreis Berlin, Stadt, Berichtsjahr 2023/2024, September 2024, 3.1. Bewerberinnen und Bewerber sowie betriebliche Berufsausbildungsstellen nach Berufen. https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=15024&r_f=be_Stadt-Berlin&topic_f=ausb-ausbildungsstellenmarkt-mit-zkt (23.01.2025).

[BA] Bundesagentur für Arbeit, 2024c: Der Ausbildungsmarkt. Land Berlin. Berichtsjahr 2023/2024, September 2024. https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fstatistik.arbeitsagentur.de%2FStatistikdaten%2FDetail%2F202409%2Fiia5%2Fausb-ausbildungsstellenmarkt-mit-zkt%2Fausbildungsstellenmarkt-mit-zkt-11-0-202409-xlsx.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D1&wdOrigin=BROWSELINK (14.05.2025).

[BA] Bundesagentur für Arbeit, 2024d: Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt. Situation am Ausbildungsmarkt 2023/2024, Oktober 2024. https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Fachstatistiken/Ausbildungsmarkt/Generische-Publikationen/Blickpunkt-Arbeitsmarkt-Ausbildungsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=23 (01.07.2025).

[BA] Bundesagentur für Arbeit, 2025a: Datenbank Beschäftigungsstatistik. <https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Datenbanken/Datenbanken-BST-Nav.html> (22.10.2025).

[BA] Bundesagentur für Arbeit, 2025b: Sonderauswertung: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auszubildende mit Angaben zum Bruttomonatsentgelt nach Berufssektoren der KIdB 2010. Februar 2025. Auftragsnummer: 384654.

[BA] Bundesagentur für Arbeit, 2025c: Berufsausbildungsbeihilfe (BAB). <https://www.arbeitsagentur.de/bildung/ausbildung/berufsausbildungsbeihilfe-bab> (22.04.2025).

[BA] Bundesagentur für Arbeit, 2025d: Berufsausbildungsbeihilfe, Ausbildungsgeld, Übergangsgeld (Monats- und Jahreszahlen). Land Berlin. https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fstatistik.arbeitsagentur.de%2FStatistikdaten%2FDetail%2FAktuell%2Fiia7%2Fbab-abg-ubg-bab-abg-ubg%2Fbab-abg-ubg-11-0-xlsx.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D1&wdOrigin=BROWSELINK (11.06.2025).

[BA] Bundesagentur für Arbeit, 2025e: Schwerbehinderte Menschen in Beschäftigung (Anzeigeverfahren SGB). Tabelle 2.3. https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fstatistik.arbeitsagentur.de%2FStatistikdaten%2FDetail%2F202312%2Fiia6%2Fbsbm-bsbm%2Fbsbm-11-0-202312-xlsx.xlsx%3Bjsessionid%3DCC09B510F9E422BA3C07A38E647689AF%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D1&wdOrigin=BROWSELINK (01.10.2025).

[BMWSB] Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 2023: „Junges Wohnen“. Bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen in Ausbildung schaffen. <https://www.bmwsb.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/04/junges-wohnen.html> (06.10.2025).

[BPtK] Bundes-Psychotherapeuten-Kammer, 2022: Psychisch Kranke warten 142 Tage auf Psychotherapie. BPtK zur Befragung des GKV-Spitzenverbandes. <https://www.bptk.de/pressemitteilungen/psychisch-krank->

warten-142-tage-auf-eine-psychotherapeutische-behandlung/ (10.09.2025).

[BIBB] Bundesinstitut für Berufsbildung, 2024: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2024. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, S. 201-204. <https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb-datenreport-2024-final.pdf> (16.08.2025).

[BIBB] Bundesinstitut für Berufsbildung, 2025: Datenreport 2020. Indikatoren zur beruflichen Ausbildung. Ausbildung im dualen Ausbildungssystem – Analysen auf Basis der Berufsbildungsstatistik. Vorzeitige Lösung von Ausbildungsverträgen. <https://www.bibb.de/datenreport/de/2020/127216.php> (01.07.2025).

[BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2024a: Berufsbildungsbericht 2024. https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/DE/3/31856_Berufsbildungsbericht_2024.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (15.05.2025).

[BMBF] Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2024b: Das BAföG. Informationen für Schülerinnen und Schüler. https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/DE/4/31558_BAfoeG_Schuelerflyer.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (11.06.2025).

[BMWSB] Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 2025: Wohngeld. <https://www.bmwsb.bund.de/Webs/BMWSB/DE/themen/stadt-wohnen/wohnraumfoerderung/wohngeld/wohngeld-node.html> (22.04.2025).

Caritas, 2025: Wenn das Geld in der Ausbildung nicht reicht. <https://www.caritas.de/hilfeundberatung/ratgeber/schulden/finanzcoaching-fuer-junge-leute/wenn-das-geld-in-der-ausbildung-nicht-reicht> (18.08.2025).

DAK-Gesundheit, 2025: DAK Psychreport 2025 – Update: 2024 verursachten Depressionen erneut die meisten Fehltag. https://www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/psychreport-2025_91766 (01.09.2025).

DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, 2022: Ausbildungsreport der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg. Zugang zu Ausbildung und Berufsorientierung. <https://bb-jugend.dgb.de/ausbildung/ausbildungsreport/ausbildungsreporte-berlin-brandenburg/++co++6169cb8a-a034-11ef-949c-1b2e5868b6ed> (29.10.2025).

DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, 2024a: Ausbildungsreport Berlin-Brandenburg 2024. <https://bb-jugend.dgb.de/ausbildung/ausbildungsreport/ausbildungsreporte-berlin-brandenburg/++co++5abafd9c-ff50-11ef-bef9-2f8a8ef5e721> (09.09.2025).

DGB-Jugend, 2024b: Ausbildungsreport 2024. <https://jugend.dgb.de/materialien/++co++5001deb2-4a78-11ef-9641-55217e5128c5> (19.08.2025).

Dielmann, G. / Rehwinkel, I / Weisbrod-Frey, H., 2020: Berufliche Bildung im Gesundheitswesen: Reformbedarfe und Handlungsvorschläge. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Empirica Regio, 2025: CBRE-empirica-Leerstandsindex. <https://www.empirica-regio.de/produkte/leerstand/> (04.06.2025).

Eurostat, 2025: Statistics Explained. Glossary: Housing cost overburden rate. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Housing_cost_overburden_rate/de (14.08.2025).

Fabiańczyk, E. / Er, A., 2024: Wohnsituation von Auszubildenden in Berlin. Zusammenhänge zwischen Berufsausbildung und Azubiwohnen. <https://minor-kontor.de/wohnsituation-von-auszubildenden-in-berlin/> (22.05.2025).

Fabiańczyk, E. / Ünsal, G. / von Oswald, A., 2023: Handlungsempfehlungen. S. 81-91 in: C. Pfeffer-Hoffmann (Hrsg.), Vielfalt in Ausbildung. Berlin: Mensch und Buch Verlag.

Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin e.V., 2023: Jahresbericht Jugend und junge Erwachsene. <https://gangway.de/social-bnb/> (11.06.2025).

Gangway – Straßensozialarbeit in Berlin e.V., 2025: Social B&B. <https://gangway.de/social-bnb/> (11.06.2025).

[G.I.B.] Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung, 2024: Artikel Jugend und Beruf. Duale Berufsausbildung unter Druck. Warum vorzeitige Vertragslösungen zunehmen und wie man sie verhindern kann. G.I.B. - Beiträge zur Arbeits- und Sozialpolitik 2024/14. <https://gib.nrw.de/publikation/duale-berufsausbildung-unter-druck-warum-vorzeitige-vertragsloesungen-zunehmen-und-wie-man-sie-verhindern-kann/> (14.05.2025).

Gude, S. / Metzkow, K. / Rohde, M., 2024: Mietbelastung in Berlin: Welche Mieten können sich Berliner Haushalte leisten? Eine Analyse auf Basis der Daten des Mikrozensus Wohnen 2022 im Auftrag des Berliner Mietervereines. Berlin: Angewandte Stadtforschung und Mieterberatung.

Harutunian, A. / Hartmann, K.: AzubiWohnen in München – ein Einblick in das Wohnangebot des AzubiWerk. In: BWP 54 (2025) 3: 48-40. <https://www.bwp-zeitschrift.de/dienst/publikationen/de/20591> (19.08.2025).

[HWK] Handwerkskammer Berlin, 2025: Pressemitteilung vom 12. Februar 2025. Azubi-Wohnen: Berliner Betriebe zeigen Handlungsbereitschaft – Ergebnisse der Umfrage der Handwerkskammer Berlin. <https://www.hwk-berlin.de/artikel/azubi-wohnen-berliner-betriebe-zeigen-handlungsbereitschaft-ergebnisse-der-umfrage-der-handwerkskammer-berlin-91,0,826.html> (11.06.2025).

Hans-Böckler-Stiftung, 2025: Tarifvertragliche Ausbildungsvergütungen 2025. Eine Auswertung von 20 ausgewählten Tarifbranchen. Analysen zur Tarifpolitik. <https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?produkt=HBS-009158> (10.09.2025).

IAB Forum, 2022: Geduldete Menschen in Ausbildung: Betroffene und Betriebe haben bislang wenig Rechtssicherheit. https://iab-forum.de/geduldete-menschen-in-ausbildung-betroffene-und-betriebe-haben-bislang-wenig-rechtssicherheit/?utm_ (09.09.2025).

[IBB] Investitionsbank Berlin, 2023: IBB Wohnungsmarktbericht 2023. <https://www.ibb.de/media/dokumente/publikationen/berliner-wohnungsmarkt/wohnungsmarktbericht/ibb-wohnungsmarktbericht-2023.pdf> (30.07.2025).

[IBB] Investitionsbank Berlin, 2024a: IBB Wohnungsmarktbarometer 2024. Der Berliner Wohnungsmarkt aus Sicht der Expert*innen. <https://www.ibb.de/de/ueber-uns/publikationen/wohnungsmarktbarometer/2024.html> (04.06.2025).

[IBB] Investitionsbank Berlin, 2024b: IBB Wohnungsmarktbericht 2024. https://www.ibb.de/media/dokumente/publikationen/berliner-wohnungsmarkt/wohnungsmarktbericht/2024/ibb-wohnungsmarktbericht-2024_barrierefrei.pdf (30.07.2025).

[IHK Berlin] Industrie- und Handelskammer, 2021: TOP-100-Arbeitgeber in Berlin 2021. <https://www.ihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/2261072/e7eac6bfa016e8000653eddd4f8edcde/liste-der-100-groessten-arbeitgeber-berlins-data.pdf> (05.06.2025).

[IHK Berlin] Industrie- und Handelskammer Berlin, 2024a: IHK-Fachkräftemonitor. <https://www.ihk.de/berlin/politische-positionen-und-statistiken-channel/fachkraefte-arbeitsmarkt/fachkraeftemonitor-und-fachkraefteportal-2261270> (23.01.2025).

[IHK Berlin] Industrie- und Handelskammer Berlin, 2024b: Berliner Wirtschaft. Arbeit sucht Kräfte. <https://www.ihk.de/berlin/berliner-wirtschaft/anzeige-nach-ausgaben/bw-2024-juli-august/bw-2024-07-08-fokus-fachkraefte-6212532> (23.05.2025).

[IHK Berlin] Industrie- und Handelskammer Berlin, 2024c: Bildungspolitik aktuell: Aus- und Weiterbildungsumfrage 2024. <https://www.ihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/6205004/2347f59d37b10ed-3767cc52c12fa70df/aus-und-weiterbildungsumfrage-2024-data.pdf> (11.06.2025).

[IHK Berlin] Industrie- und Handelskammer Berlin, 2025: Hilfsangebote Berufsausbildung. <https://www.ihk.de/berlin/ausbildung/infos-fuer-azubis/unterstuetzung-auszubildende-4521482> (07.10.2025).

[ImmoScout24] Immobilienscout24, 2025: Wohnungsbewerbung: Muster und Tipps 2025. https://www.immobilienscout24.de/wissen/mieten/wohnungsbewerbung-tipps.html?msocid=08aff86e94826f9f-051cee4795286e73#was-geht-in-die-bewerbungsmappe-fr-eine-wohnung_ukptc (22.08.2025).

[JBA] Jugendberufsagentur Berlin, 2025: <https://jba-berlin.de/en/die-jba-berlin> (27.05.2025).

Klawitter, O. / Ünsal, G., 2025: Prekäre Lebensrealitäten vietnamesischer Auszubildender. Perspektiven aus Berlin im Spannungsfeld sozialer und politischer Herausforderungen. Noch nicht erschienen.

Konrad-Adenauer-Stiftung, 2023: „Generation Corona“? Jugend und (mentale) Gesundheit. Die Pandemie lenkt Aufmerksamkeit auf ein bereits zuvor aktuelles Thema. https://www.kas.de/documents/252038/29391852/Generation%2BCorona%2BJugend%2Bund%2B%28mentale%29%2BGesundheit.pdf?utm_ (11.09.2025).

Land Berlin, 2025: Wohnberechtigungsschein (WBS) beantragen am Standort Wohnungsamt. <https://service.berlin.de/dienstleistung/120671/standort/325855/> (10.09.2025).

Landesarbeitsgemeinschaft Schuldner- und Insolvenzberatung Berlin e. V., 2025: Angebot für Schüler:innen, Auszubildende, Freiwillige und junge Erwachsene. <https://www.schuldnerberatung-berlin.de/projekte/pravention/unser-schulungsangebot/angebot-fur-schuler-innen-auszubildende-freiwillige-und-junge-erwachsene> (19.08.2025).

RegioKontext, 2025: Sonderauswertung von Daten zu barrierefreien Wohnungen (August 2025). Daten der VALUE-Marktdatenbank, eigene Berechnungen von RegioKontext.

Schäfer, S., 2023: Psychische Gesundheit von Auszubildenden. Ein Sachstandsbericht. Skills Magazin, No. 26: 8-12. <https://www.skills-magazin.de/leitartikel/ein-sachstandsbericht-psychische-gesundheit-von-auszubildenden> (27.08.2025).

Seibert, H., 2024: Entwicklung am Ausbildungsmarkt Berlin-Brandenburg. IAB-Regional. Bericht Nr. 1/2024, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg. https://doku.iab.de/regional/BB/2024/regional_bb_0124.pdf (11.06.2025).

[SenASGIVA] Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, 2025: Berliner Modell. Beratung Bildung & Beruf. <https://www.berlin.de/sen/arbeit/weiterbildung/bildungsberatung/berliner-modell/> (27.05.2025).

[SenBJF] Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, 2024: Bildungsstatistik. <https://www.berlin.de/sen/bildung/schule/bildungsstatistik/> (05.08.2024).

[SenBJF] Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, 2025: Hilfe für junge Volljährige. <https://www.berlin.de/sen/jugend/jugend/hilfe-fuer-junge-volljaehrige/> (13.05.2025).

[SenStadt] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, 2025a: Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040. Neue Wohnungen für die wachsende Stadt. <https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/plannung/stadtentwicklungsplaene/step-wohnen-2040/> (03.06.2025).

[SenStadt] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, 2025b: Sonderauswertung von Daten zum Berliner Miet- und Wohnungsmarkt im Juni 2025. Leerstandsquote. Datengrundlage: Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. (BBU), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, CBRE-empirica-Leerstandsindex, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

[SenStadt] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, 2025c: Sonderauswertung von Daten zum Berliner Miet- und Wohnungsmarkt im Juni 2025. Angebotsmieten nach Objektart und nach Segmenten. Datengrundlage: IBB Wohnungsmarktberichte 2014-2024, Daten der VALUE Marktdatenbank, eigene Berechnungen der RegioKontext.

[SenStadt] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, 2025d: Immobilienmarktbericht Berlin 2024/2025. Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Berlin. Berlin: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen.

Schreyer, F./ Bauer, A. / Lakew, S. G., 2022. Geduldete Menschen in Ausbildung: Betroffene und Betriebe haben bislang wenig Rechtssicherheit. IAB-Forum. Das Magazin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. <https://iab-forum.de/geduldete-menschen-in-ausbildung-betroffene-und-betriebe-haben-bislang-wenig-rechtssicherheit/> (27.08.2025).

SoulSpace – für junge Menschen in Krisen, 2025: Eine Beratungs-, Kontakt- und Behandlungsinitiative für junge Menschen im Alter zwischen 15 und 35 Jahren. <https://soulspace-berlin.de/> (01.09.2025).

Statista, 2025: Leerstandsquote von Wohnungen in Berlin von 2001 bis 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/258439/umfrage/leerstandsquote-von-wohnungen-in-berlin/> (03.06.2025).

[Destatis] Statistisches Bundesamt, 2024: Schüler in beruflichen Schulen: Bundesländer, Schuljahr, Nationalität, Geschlecht, Schulart, Zeitform des Unterrichts, 21121-0012. <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/table/21121-0012/search/s/MjExMjEtMDAxMg==> (23.01.2025).

[Destatis] Statistisches Bundesamt, 2025: Gesamtwanderungen über die Grenzen der Bundesländer: Bundesländer, Jahre, Nationalität, Geschlecht, 12711-0020. <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/12711/table/12711-0020> (03.07.2025).

Stratton, S. J., 2021: Population research: convenience sampling strategies. Prehospital and disaster medicine, 36(4): 373-374.

Uhly, A. / Neises, F., 2023: Vorzeitige Vertragslösungen in der dualen Berufsausbildung. Aktuelle empirische Befunde der Berufsbildungsstatistik und Maßnahmen – Ein Überblick. <https://www.bibb.de/dokumente/>

pdf/dazubi_informationsbeitrag_vertragsloesungen-befunde-massnahmen-ueberblick.pdf (14.05.2025).

Ünsal, G. / Fabiańczyk, E. / von Oswald, A., 2023: EU-Zugewanderte im Berufsbildungssystem: Herausforderungen und Lösungsansätze in Berlin. S. 57-79 in: C. Pfeffer-Hoffmann (Hrsg.), Vielfalt in Ausbildung. Berlin: Mensch und Buch Verlag.

[BBU] Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, 2024: BBU-Jahresstatistik 2023: Wohnungsleerstand in Berlin zum 31. Dezember 2023. <https://bbu.de/beitraege/bbu-jahresstatistik-2024-berlin-wohnungsleerstand-berlin-zum-31-dezember-2024> (04.06.2025).

Voigtländer, M. / Deschermeier, P. / Malin, L. / Sagner, P. / Sprenger, J., 2024: Bestandsaufnahme zum Wohnen für Mitarbeitende. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Wieland, S. / Spital, S. / von Bodelschwingh, A., 2022: Machbarkeitsstudie Azubi-Wohnen in Frankfurt am Main. Berlin: Regiokontext.

Zarth, C., 2024: Für mehr Chancengleichheit. Zimmer in Berlins Studentenheimen für Auszubildende reservieren! <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-wirtschaft/fur-mehr-chancengleichheit-zimmer-in-berlins-studentenheimen-fur-auszubildende-reservieren-11678771.html> (06.10.2025).

zgs consult, 2025: Berliner Ausbildungsprogramm (BAPP), 2025. <https://www.zgs-consult.de/berufliche-bildung/berliner-ausbildungsplatzprogramm-bapp/> (27.05.2025).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anzahl der gemeldeten betrieblichen Berufsausbildungsstellen und Bewerber*innen in Berlin und bundesweit im Zeitraum von 2014 bis 2024	13
Abbildung 2: Gemeldete Berufsbildungsstellen je Bewerber*innen nach Bundesland	14
Abbildung 3: Anzahl der in Berlin und Deutschland (insgesamt) gemeldeten unbesetzten betrieblichen Berufsausbildungsstellen und Anzahl an unversorgten Bewerber*innen von 2014 bis 2024	15
Abbildung 4: Berufsgruppen mit der höchsten Anzahl an unversorgten Bewerber*innen und unbesetzten Berufsausbildungsstellen in Berlin	16
Abbildung 5: Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden in Berlin nach Berufssektor und Jahr	19
Abbildung 6: Anzahl von im Jahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Berlin und Anzahl von im Jahr vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen im Zeitverlauf, Vertragslösungsquote im Zeitverlauf (rechte Spalte)	20
Abbildung 7: Entwicklung verfügbarer Leerstandsquoten in Berlin nach Wohnungsbeständen	26
Abbildung 8: Entwicklung der Angebotsmieten im Zeitverlauf in Berlin (in Euro pro Quadratmeter, nettokalt)	27
Abbildung 9: Standorte der Wohnangebote für Auszubildende in Berlin	33
Abbildung 10: Antworten auf die Frage: „Wie alt sind Sie?“	41
Abbildung 11: Antworten auf die Frage: „In welchem Bundesland leben Sie aktuell?“	42
Abbildung 12: Antworten auf die Frage: „Wie leben Sie aktuell (während der Woche)?“	43
Abbildung 13: Antworten auf die Frage: „Wie lange ist Ihr täglicher Weg zu Ihrem Ausbildungsbetrieb / Ihrer Ausbildungsstelle? Mein Weg dauert ca. ___ Minuten“	46
Abbildung 14: Antworten auf die Frage: „Wie viel steht Ihnen monatlich zur Verfügung (z. B. durch Hilfe von den Eltern, Ausbildungsvergütung, BAföG, Nebenjobs etc.)?“	47
Abbildung 15: Antworten auf die Frage: „Wie hoch sind Ihre monatlichen Wohnkosten (Miete inkl. Nebenkosten)?“	48
Abbildung 16: Antworten auf die offene Frage: „Bitte beschreiben Sie kurz, inwiefern Ihre Wohnsituation Ihre Ausbildung unterstützt oder beeinträchtigt“	53
Abbildung 17: Antworten auf die (offene) Frage: „Beschreiben Sie ggf., was für Sie an der jetzigen Wohnsituation besser sein sollte“	56
Abbildung 18: Antworten auf die Frage: „Was würde aus Ihrer Sicht Ihre Wohnsituation während der Ausbildung am meisten verbessern?“ Bitte wählen Sie die Art der Unterstützung, die Sie sich <u>am meisten</u> wünschen	58
Abbildung 19: Antworten auf die Frage: „Welche Aspekte sind Ihnen bei Ihrer Wohnsituation besonders wichtig?“	59
Abbildung 20: Antworten auf die Frage: „Welche der folgenden Aussagen zum Thema Auszubildendenwohnheim (Azubiwohnheim) treffen auf Sie zu? Mehrfachantwort möglich“	60
Abbildung 21: Antworten auf die Frage: „Welche Bedingungen müsste ein Azubiwohnheim erfüllen, damit Sie dort einziehen würden?“ Bitte bewerten Sie die Wichtigkeit folgender Aspekte auf einer Skala von „gar nicht wichtig“ bis „sehr wichtig“	62

Abbildung 22: Antworten auf die Frage: „Inwieweit wären Ihnen die folgenden kostenlosen Angebote in einem Azubiwohnheim vor Ort wichtig?“	65
Abbildung 23: Länderübergreifende Einpendler- und Auspendlerquote	102
Abbildung 24: Medianbruttoentgelte pro Monat von sozialversicherungspflichtigen Auszubildenden in Berlin im Jahr 2023 nach Berufssektor	103

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gesprächspartner*innen in Berlin und München	11
Tabelle 2: Berufsschüler*innen in den unterschiedlichen Formen der berufsbildenden Schulen Berlins nach Nationalität im Schuljahr 2023/24	17
Tabelle 3: Schüler*innen in den Schulen des Gesundheitswesens nach Nationalität im Schuljahr 2023/2024 in Berlin	18
Tabelle 4: Bezahlbarkeit von WG-Zimmern und Wohnungsangeboten für Auszubildende in Berlin im Jahr 2023	30
Tabelle 5: Wohnanbieter für Auszubildende in Berlin im Jahr 2025	106